

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von  
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz  
Horst Möller

## Aus dem Inhalt

Harold James  
Krieg und Frieden in Zeiten der Globalisierung

Sergej Slutsch  
Stalins „Kriegsszenario 1939“:  
Eine Rede, die es nie gab

Ralf Ahrens  
Der Exempelkandidat  
Die Dresdner Bank und der Nürnberger Prozess gegen Karl Rasche

Michael Wildt  
Himmlers Terminkalender aus dem Jahr 1937

Walther L. Bernecker  
Spaniens Übergang von der Diktatur zur Demokratie

Institut für Zeitgeschichte  
Oldenbourg

■ Macht die Globalisierung die Welt sicherer?

Harold James

**Krieg und Frieden in Zeiten  
der Globalisierung** . . . . .

**585** Aufsätze

■ Was plante der Krenl im Sommer 1939?

Sergej Slutsch

**Stalins „Kriegsszenario 1939“:  
Eine Rede, die es nie gab** . . . . .

**597**

Die Geschichte einer Fälschung

■ Warum musste nur einer büßen?

Ralf Ahrens

**Der Exempelkandidat** . . . . .

**637**

Die Dresdner Bank und der Nürnberger Prozess  
gegen Karl Rasche

■ Neue Erkenntnisse über den Reichsführer SS?

Michael Wildt

**Himmlers Terminkalender aus dem Jahr 1937** . . . . .

**671**

■ Warum befasst Spanien sich erst heute mit Franco?

Walther L. Bernecker

**Spaniens Übergang von der Diktatur  
zur Demokratie** . . . . .

**693**

Diskussion

Deutungen, Revisionen, Vergangenheitsaufarbeitung

Online-Recherche zur Zeitgeschichte.

Kataloge der Bibliothek des Instituts  
für Zeitgeschichte im Internet

**711**

Notiz

**713**

Abstracts

**717**

Autoren

Globalisierung ist ein altes Phänomen; bereits im 18. Jahrhundert gab es Ansätze zu einer stärkeren Verflechtung der internationalen Märkte, so Harold James, einer der führenden Wirtschaftshistoriker unserer Zeit, der deshalb auch von dem Trugschluss warnt, Merkur, der Gott des Handels, habe Mars, den Gott des Krieges, ins Exil geschickt. Nicht wenige Phasen intensiver Globalisierung seien durch Kriege beendet worden.

Harold James

## Krieg und Frieden in Zeiten der Globalisierung

Wie schlecht in Sicherheitsfragen das Verhältnis zwischen den nun wirklich entgegengesetzt zu nennenden Seiten des Atlantik auch sein mag oder wie umstritten der Wert des chinesischen Renminbi und des japanischen Yen quer über den Pazifik, so begegnen wir doch häufig der Hoffnung, dass die Stärke und die Komplexität der wirtschaftlichen Wechselbeziehung – Produkte der Globalisierung – groß genug sind, um als Gegengewicht zu den politischen Spannungen zu wirken. Tatsächlich ist ein wesentlicher Grund dafür, dass in modernen Konflikten die Kontrahenten glauben, sich rhetorische Entgleisungen leisten zu können, in dem Gefühl der Interdependenz zu suchen, in der Überzeugung, dass ein ganz übler Ausgang ja nicht mehr möglich ist. Entwickelte Demokratien führen nicht Krieg gegeneinander, da sie zuviel zu verlieren haben<sup>1</sup>. Merkur, der Gott des Handels, hat es fertiggebracht, Mars, den Gott des Krieges, ins Exil zu schicken. Wir wähen uns mit diesem Argument und seinen Implikationen auf sicherem Boden – vielleicht sind wir uns aber zu sicher.

In der Vergangenheit hat es Perioden gegeben, in denen sich viele Kommentatoren angesichts der wachsenden Prosperität zu ähnlichen Urteilen haben hinreißen lassen, wie etwa Mitte des 19. Jahrhunderts vor dem Krimkrieg oder im frühen 20. Jahrhundert. In seiner „Apologia pro vita sua“ (1864) bedient sich beispielsweise John Henry Newman der Popularität dieses Standpunktes, um Versuche zu verurteilen, die darauf abzielen, „Mittel zu finden, die ungestüme, eigenwillige menschliche Natur in ihrem Voranschreiten anzuhalten und ihr Zügel anzulegen“: „Noch vor zehn Jahren gab es eine Hoffnung, dass Kriege, unter dem Einfluss des Handelsverkehrs und der Herrschaft der nützlichen schönen Künste, für immer aufhören werden; wird aber heute noch jemand sagen wollen, dass es irgendwo auf dieser Erde irgend etwas gibt,

<sup>1</sup> Zum „demokratischen Frieden“ gibt es eine umfangreiche Literatur, die eine ursprünglich von Kant ausgesprochene Idee aufgreift. Siehe Michael Doyle, Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs, in: *Philosophy and Public Affairs* 12 (1983), S. 205–235 u. S. 323–353; ders., Liberalism and World Politics, in: *American Political Science Review* 1986, S. 1151–1169. Ferner Bruce Russett, *Grasping the Democratic Peace: Principles for a Post-Cold War World*, Princeton 1993.

das uns als Hebel dienen könnte, die Welt an ihrer Vorwärtsbewegung zu hindern?<sup>2</sup>

Wo liegt der Ursprung des Trugschlusses, den Newman entdeckte? Träfe es zu, dass die Wirtschaft bestimmt, wie politische und Sicherheitsbeziehungen funktionieren, müsste offensichtlich zwischen den größeren Industriestaaten Harmonie herrschen. Wir würden in eine Art „post histoire“ im Sinne Fukuyamas gleiten. Jene Harmonie wird denn auch häufig im „Globalisierungsparadigma“ beschworen. Viele Menschen, besonders diejenigen, die mit der Welt der Geschäfte zu tun haben, heben immer wieder hervor, dass die Länder der Erde aufs engste miteinander verbunden und politische Grenzen wie politische Beweggründe für die Geschäftslogik irrelevant seien. Ungeachtet der politischen Friktionen seit dem 11. September und dem Krieg im Irak sei ein wachsender Fluss von Geld und Investitionen zu verzeichnen, sei die wirtschaftliche Verflechtung eher größer als geringer geworden. Viele Menschen, die in der Gedankenwelt der Globalisierung leben, möchten diese ökonomische Interpretation und die Tatsache der interdependenten Prosperität zum Baustein für bessere internationale Beziehungen machen.

Ist jedoch Globalisierung das einzige Stück, das gespielt wird? Die wichtigste Alternative zum Globalisierungsdenken sieht in der wirtschaftlichen Verflechtung die Ursache unfairer Vorteile, die internationalen Beziehungen seien auf Ausbeutung gegründet. Eine naheliegende Bezeichnung hierfür lautet „Imperialismus“, ein Begriff, der gewöhnlich in kritischer Absicht gebraucht wird<sup>3</sup>.

Aus dem Zusammenprall dieser Interpretationsmodelle resultieren die Reaktionen auf die entscheidenden ökonomischen Fragen unserer Tage. Jede Wirtschaftsordnung ist auf Regelsysteme angewiesen, die den Rahmen für Verträge bilden; das gilt für die internationale Ebene so gut wie für die nationalen Angelegenheiten. Globalisierung braucht ebenfalls Regeln, auch wenn ihre Kritiker sie als bloßen Ausdruck von Machtverhältnissen verstehen. Die wesentlichen Debatten betreffen das Welthandelssystem, die Regelung von „corporate governance“, das heißt der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, die unmittelbar oder mittelbar Einfluss auf den Unternehmenserfolg haben, sowie die globale monetäre Ordnung. Dies alles ist seit kurzem höchst umstritten.

Nehmen wir zuerst das Handelssystem: Im Weltbild der Globalisierer sind Handelskriege destruktiv und gefährlich. Globalisierer sind erleichtert, wenn Staaten schließlich doch vor Konfrontationen zurückweichen, wie jüngst beim Disput über die amerikanischen Stahlzölle. Sie glauben, internationale wirtschaftliche Institutionen seien dazu da, Regeln und Prozeduren durchzusetzen, mit denen die Eskalation selbsterstörerischer Reaktionen auf innenpolitische Pressionen verhindert werden soll. So half die Wahrscheinlichkeit einer Welthandelsorganisa-

<sup>2</sup> Wilfrid Ward (Hrsg.), *Newman's Apologia pro vita sua*, London 1913, S. 336 f.

<sup>3</sup> Zum generalisierten Gebrauch vom „Imperium“ und „Imperialismus“ als ein Weg zum Verständnis der modernen Welt vgl. das „Kulturbuch“ Michael Hardt/Toni Negri, *Empire*, Cambridge 2000.

tions-Anordnung den Vereinigten Staaten, eine bessere Politik zu finden und auf die einseitige Einführung des Zolls zu verzichten.

Nach dem „Imperialismus“-Modell schaffen Handelsbeziehungen ein ungleiches System von Dominanzen und Abhängigkeiten, bestimmt die Politik Handelsgesetze und die Muster des Handelsverkehrs. Aggressive Handelspolitik kann als Instrument von Politik genutzt werden und neue Möglichkeiten für die Behauptung von Macht und die Steigerung wirtschaftlicher Potenz eröffnen.

Die Festsetzung der Regelungen der „Corporate Governance“ galt bis vor kurzem ausschließlich als Domäne nationaler Regierungen. In den letzten zehn Jahren ist jedoch ein systematischer Versuch unternommen worden, internationale Institutionen in solche Fragen einzubinden. Zum Teil liegt dies daran, dass der rechtliche Rahmen moderner Volkswirtschaften außerordentlich komplex ist und es daher für nationale Regierungen eine unnötig komplizierte Aufgabe wäre, all die erforderlichen Regeln von Grund auf auszuarbeiten. In der Praxis haben viele Staaten, die nach dem Kollaps des Kommunismus zur Marktwirtschaft übergingen, fast ausnahmslos die Rechtssysteme der Europäischen Gemeinschaft (beziehungsweise der EU) oder der Vereinigten Staaten übernommen.

Auch bei Fragen des Handelsrechts und bei Problemen der finanziellen Stabilität gibt es offensichtliche Überschneidungen zwischen nationalen Regierungen und internationalen Organisationen. Nach der asiatischen Krise von 1997/98 haben internationale Institutionen und die Regierung der USA bei ihrer Analyse vor allem auch Misswirtschaft oder „Vettern-Kapitalismus“ als Gründe für die Krisen der asiatischen Wirtschaften ausgemacht. Danach hatte Vettern-Kapitalismus zu Fehlinvestitionen in unproduktive Projekte und zu heiklen moralischen Problemen geführt. Internationale Finanziere und Investoren hatten sich angewöhnt, ihr Geld vorzugsweise an solche Kreditnehmer zu verleihen, die über gute politische Beziehungen verfügten und für deren Schulden mithin implizite die Regierung bürgte. Jedes Reformprogramm erforderte daher ein Aufbrechen von Korruptionstrukturen und die Einrichtung von Mechanismen, die größere Unternehmenstransparenz gewährleisteten. Bei der 4. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Doha in Katar im Jahre 2001 war deshalb eine der umstrittensten Fragen die Festsetzung von Regeln für Investitionen, die in den Augen von Entwicklungsländern oft als Mittel zur Schaffung einseitiger Vorteile für kapalexportierende Industrieländer und Interessengruppen galten. Die harte Haltung, die in dieser Frage (der so genannten Singapur-Frage) Japan und die EU einnahmen, war weitgehend für den Zusammenbruch des Cancun-Ministertreffens der Welthandelsorganisation verantwortlich.

Bei der Analyse von „governance“ ist es schwierig, dieses Engagement für generelle Regeln von der Frage des Eigennutzes zu trennen; das gilt für die Diskussion von Investitionsproblemen, die mit Handel zusammenhängen, ebenso wie für das Niederreißen von „Vettern-Kapitalismus“. Dessen Kritiker haben darauf hingewiesen, dass bessere Transparenz des einheimischen Finanzsystems in der Praxis die Öffnung für große amerikanische und europäische Institute bedeutete. Amerikanische Banken gewannen dominante Positionen in Mexiko und Korea, spanische Banken in Südamerika. Nachdem es freilich zu großen Unternehmens-

skandalen in den USA und anderen großen Industrieländern gekommen war, erschien ein guter Teil der 1997/98 an Asien adressierten Predigten als pure Heuchelei, die leicht als Bemäntelungen egoistischer Interessen und der Ausdehnung der eigenen Macht verstanden werden konnten.

Bleibe drittens die internationale monetäre Ordnung: Nach Ansicht der Globalisierer braucht die internationale Wirtschaft, um funktionieren zu können, ein stabiles System monetärer Regeln, das unterschiedliche Formen annehmen kann. Nach dem Zusammenbruch in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg wurde die monetäre Weltordnung auf der Basis fester Wechselkurse und eingeschränkter Kapitalmobilität aufgebaut. Die moderne Globalisierung entwickelte sich auf der Grundlage flexibler Wechselkurse zwischen den größeren Industrieländern und bei Kapitalmobilität. Beide Systeme sind in sich konsistent und robust. Diejenigen, die mit Blick auf die Weltwirtschaft von Imperialismus sprechen, sehen hinter diesen Regeln viele Tücken lauern. Sowohl das System von Bretton Woods – die erste Nachkriegsordnung mit festen Wechselkursen – wie die moderne internationale Wirtschaft hätten den Vereinigten Staaten eine privilegierte Position verschafft, ein – in General de Gaulles denkwürdiger Formulierung – „exorbitantes Privileg“. Der Dollar fungierte in beiden Systemen als Leitwährung, was zur Folge gehabt habe, dass die USA ihren zivilen Verbrauch und zugleich ihre militärische Expansion mit anderer Leute Geld finanzieren konnten.

Wer die Vereinigten Staaten mit Argwohn betrachtet, wendet daher sehr viel Zeit und intellektuelle Energie auf, um neue monetäre Ordnungen zu entwerfen und Institutionen zu planen, mit denen den amerikanischen Ränken begegnet werden soll. Insbesondere in der langen Geschichte der europäischen monetären Integration ist etwas am Werke gewesen, das Wirtschaftspsychologen „Dollarmeid“ nennen könnten. Viele europäische Währungen – besonders im wichtigen Falle der DM – sind so angelegt, dass die politische Instrumentalisierung der Währung erschwert ist. Die DM gehorchte einer restriktiven Vision vom rechten Zwecke einer Währung, und dies wurde auf den Euro übertragen. Im Gegensatz dazu schien der Dollar eine „can-do“-Währung zu sein, die immer wieder in den Dienst der Politik gestellt wurde. Der Werner-Plan von 1970, der erste konkrete Plan für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion, wurde konzipiert, als das System von Bretton Woods in seine letzte Krise eintrat<sup>4</sup>, das spätere europäische monetäre System entstand zum Teil als Produkt der Vorstellung, Jimmy Carter missbrauche das System, und in den neunziger Jahren schlugen die Verfechter der Europäischen Währungsunion manchmal – aber keineswegs immer – sogar einen anti-amerikanischen Ton an.

„Globalisierung“ ist nicht immer populär, ihre Geschichte kennt Schwankungen und Rückschläge, die sich zum Teil aus der ihr inhärenten politischen und sozialen Psychologie ergeben; besonders wirksam sind Ressentiments, wie sie Veränderungen im Einkommen und im Wohlstand mit sich bringen.

<sup>4</sup> Vgl. auch Harold James, Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft, München 1997.

Das späte 20. Jahrhundert sah dennoch weithin den Sieg der Globalisierer: Das hatte zur Folge, dass sie sich der Stärke und der Widerstandskraft, die dem System innewohnen, sehr sicher wurden. Analysen, wie sie etwa Joseph Schumpeter gab, begannen dagegen recht altmodisch zu wirken. Aus der Perspektive der Mitte des 20. Jahrhunderts hatte er einerseits die kreativen Leistungen einer liberalen kapitalistischen Weltordnung gefeiert, auf der anderen Seite aber die Prognose gestellt, dass die Ressentiments, die das System entstehen lasse, seinen Zusammenbruch herbeiführen werden. Der Protest gegen die Globalisierung, den die neunziger Jahre erlebten, war zwar weit verbreitet, jedoch – wie selbst seine militanten Vertreter erkannten – intellektuell widerspruchsvoll und diffus. Die rationaleren Gegner der Globalisierung betonten daher stets, dass es ihnen nur um eine bessere oder gerechtere Globalisierung zu tun sei, mehr um eine Vereinigung der Menschen als um einen Zusammenschluss kapitalistischer Interessen. Indes setzten sowohl die Verfechter wie die Kritiker der Globalisierung zu großes Vertrauen in die Stabilität der global integrierten Wirtschaft.

Zu den wärmenden Decken, unter denen moderne Menschen gerne Schutz suchen, gehört die Vorstellung, dass es nur eine große weltweite Depression gegeben habe, die durch ein so merkwürdiges Zusammenwirken von Faktoren verursacht worden sei, dass sie als einmalig gelten dürfe: Da war die Hinterlassenschaft des Ersten Weltkriegs, zu der in finanzieller Hinsicht die Reparationen und die Kriegsschulden gehörten; da war das chaotische Bankensystem der größten Wirtschaft der Welt, der Vereinigten Staaten; und da war die mangelnde Erfahrung im Umgang mit Problemen monetärer Politik, in einer Welt, die noch immer nach Metallgeld lechzte. Weil diese Umstände einzigartig gewesen seien, könnten sie sich nicht wiederholen. Historiker sollten hier warnen; eine solche Argumentation kann völlig falsch sein.

Ein beträchtlicher Teil der auf historische Kenntnisse gestützten Literatur zur Globalisierung macht darauf aufmerksam, dass es schon in früheren Zeiten Perioden mit zunehmender weltweiter Integration gegeben hat, die unterbrochen wurden und sich in einen Gegenteilstrend verwandelten – mit schmerzhaften Konsequenzen. Der uns vertrauteste Präzedenzfall einer modernen Globalisierung ist die Entwicklung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, der die Große Depression der Zwischenkriegszeit ein definitives Ende setzte. Doch kennt die Geschichte auch frühere Beispiele: das römische Imperium, den ökonomischen Aufschwung im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert – der den ökonomischen Hintergrund der Renaissance bildete – oder das 18. Jahrhundert, als verbesserte Technologie und bessere Kommunikationsmöglichkeiten den Weg zu globalen Reichen – für Großbritannien und Frankreich – öffneten.

Alle diese früheren Globalisierungsepisoden nahmen ein Ende, und zwar fast immer mit Kriegen. Schlechte Politik vermag offensichtlich einzelne Wirtschaften auf vielfältige Weise zu ruinieren; der Kollaps eines Systems aber ist das Ergebnis militärischer Konflikte. Globalisierung als wirtschaftliches Phänomen braucht die Grenzen überschreitende Bewegung von Waren, Arbeitskräften und Kapital. Alle diese Formen von Mobilität steigern aber Besorgnisse, die sich aus Sicherheitsbedürfnissen ergeben. Handel kann Abhängigkeiten von Importen stiften, die zu

strategischer Verwundbarkeit führen, und eines der ältesten Argumente für die Protektion der Landwirtschaft lautet, dass es notwendig sei, im Falle eines Krieges zur Selbstversorgung imstande zu sein. Der Fluss von Arbeitskräften wiederum kann Spione und Saboteure begünstigen. So wurde zum Beispiel im Ersten Weltkrieg Großbritannien von Panik erfasst, weil so viele Deutsche in Londoner Restaurants beschäftigt waren. Ferner ist auch die Kontrolle von Kapital oft mit dem Argument begründet worden, dass sie der nationalen Sicherheit diene. Schließlich bestand eine Form destabilisierender Politik in Versuchen, in anderen Ländern finanzielle Panik hervorzurufen, und die Einschränkung der Mobilität von Kapital könnte vielleicht, so hieß es, größere Immunität gegen Spekulanten schaffen.

Besteht zwischen Kriegen und dem wiederholten Zusammenbruch von Globalisierung eine akzidentielle oder koinzidentielle Verknüpfung? Krieg unterminiert Globalisierung auf zweierlei Weise. Da sind zunächst – das ist offensichtlich und hat daher die größte Aufmerksamkeit gefunden – die im weitesten Sinne gefassten Folgekosten eines Krieges: die Finanzierung unproduktiver militärischer Geräte und Anlagen, die Unterbrechung des Handels, die Suspendierung von Migration und das Einfrieren – auf Grund von vorrangigen Sicherheitserwägungen – der Bewegung von Kapital. Zweitens aber schafft ein bewaffneter Konflikt, selbst wenn sein Ausmaß recht gering ist, neue Probleme, welche für internationale Uneinigkeit sorgen, die dann auch andere Bereiche der internationalen Kooperation berührt. Auf solche Weise stellt Krieg die Voraussetzungen der globalen Verteilung von wirtschaftlicher und politischer Macht in Frage.

Die Ansicht, dass Krieg kostspielig ist und den „normalen Kommerz“ zerrüttet, ist in der klassischen Literatur zur Wirtschaft fest verankert. Wie könnte es bei Autoren auch anders sein, die von den Kriegen der Amerikanischen und der Französischen Revolution geprägt waren? Adam Smith beispielsweise schließt den ersten Band seines Werks „The Wealth of Nations“ (1776) am Ende von Buch III mit der Überlegung, dass „die gewöhnlichen Umwälzungen von Krieg und Herrschaft nur allzu leicht die Quellen jenes Wohlstands austrocknen, der allein aus dem Kommerz entsteht“<sup>5</sup>.

Die meisten modernen Konflikte waren von inflationärer Kriegsfinanzierung begleitet, ihnen folgten Perioden einschneidender Deflation. Der sichtbarste Mechanismus, der nach Kriegen zu Deflation führt, besteht in der Wirkung höherer Staatsausgaben für Zinsen. Andererseits kann gesagt werden, dass in Kriegszeiten Kapital vernichtet wird oder sich erschöpft, weshalb für neues Kapital ein höherer Preis zu zahlen ist. Das Steigen der realen langfristigen Zinssätze verteuert im Frieden die Investitionen, lähmt also die Aktivität. Dieser Effekt wird noch verstärkt, wenn Regierungen – bei Preisen und Löhnen, die durch das hohe Niveau der Nachfrage während des Krieges in die Höhe getrieben und verfälscht sind – den Versuch machen, zu den Zinssätzen der Vorkriegszeit zurückzukehren.

<sup>5</sup> Edwin Cannan (Hrsg.), Adam Smith. An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Zwei Bände, hier Bd. I, Chicago 1976, S. 445.

Fast alle dramatischen historischen Episoden mit anhaltender Deflation entstanden nach Kriegen. Zu einer solchen Depression kam es nach dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, und sie verstärkte noch die Abneigung gegenüber dem Kommerz, die die Politik der jungen Republik ohnehin kennzeichnete. Nachdem der Wiener Kongress einen Schlusspunkt unter die Napoleonischen Kriege gesetzt hatte, erlebte Europa Dekaden mit Deflation, in denen industrielle Investitionen kostspielig und Bankrotte von Unternehmern häufig waren. Zu den Nachwehen der Bürger- oder Einigungskriege, die in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Italien, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfanden, gehörten überall zunächst Spekulationsfieber und nach dem jähen Ende des Fiebers Einbrüche der Börsenkurse, Bankrotte und die Reduzierung der Investitionen. Auch dem Ersten Weltkrieg folgte ein kurzer Rekonstruktionsboom und dann, 1920/21, in den größeren westlichen Wirtschaften ein Zusammenbruch; knapp zehn Jahre später kam die Große Depression.

Einige dieser klassischen Formen monetärer Instabilität, wie ein Krieg sie produziert, sind auch in den größeren internationalen Konflikten nach 1945 sehr deutlich zu erkennen. Korea und Vietnam verursachten inflationäre Wellen, die anfänglich die realen Zinssätze herabsetzten und dann erhöhten, was mit der Zu- und der Abnahme von Investitionen korrespondierte. Der 1991 geführte Golfkrieg passte nicht mehr in dieses Muster: sowohl Inflation wie Zinssätze gingen zurück. Dann folgte eine kurze Rezession, von der politische Analysten glauben, sie habe 1992 die Wiederwahl von Präsident George H. W. Bush vereitelt.

Eine Erklärung des Wandels in den Auswirkungen von Kriegen der jüngsten Zeit liegt klar vor Augen: Die Kosten, die jeder Krieg der größten Supermacht bescherte, sind seit der Mitte des 20. Jahrhunderts gesunken. In Dollars des Jahres 2002 kostete der Zweite Weltkrieg die Vereinigten Staaten 4700 Milliarden, Korea 400 Milliarden, Vietnam 572 Milliarden, der Golfkrieg von 1991 80 Milliarden und der Irak-Krieg von 2003 etwas über 20 Milliarden<sup>6</sup>. Folglich wäre es angemessen, eine Verringerung der rein fiskalischen Wirkungen von Kriegen zu erwarten, dementsprechend eine kleinere deflationäre Erbschaft.

Wenn wir nun – ganz naiv – das Problem von militärischen Konflikten unter dem Gesichtspunkt von Angebot und Nachfrage betrachten, so sollten fallende Kosten auf eine zunehmende Nachfrage, also auf eine größere Wahrscheinlichkeit zur gewaltsamen Änderung von Regimen hindeuten. Je geringer die Kosten und je niedriger die Verluste, des Militärs wie der Zivilbevölkerung, desto wahrscheinlicher werden Kriege. Adam Smith traf die gleiche Feststellung in Bezug auf einige Kriege des 18. Jahrhunderts. Die Verbindung neuer Technologien, die Kriege zwischen entwickelteren und rückständigen Ländern für das fortgeschrittenere Land weniger kostspielig machen, mit neuen Methoden zur Verteilung der finanziellen Last eines Krieges, nämlich durch den Verkauf von Schuldscheinen, lasse Kriege wahrscheinlicher werden. „In großen Imperien spüren die Menschen, die in der Hauptstadt und in den von den Schauplätzen der Handlung

<sup>6</sup> Die Zahlen aus „In Perspective: America's Conflicts“, in: New York Times vom 20. 4. 2003, S. B16.

weit entfernten Provinzen leben, jedenfalls viele von ihnen, kaum eine Unbequemlichkeit durch den Krieg, sondern genießen, in aller Behaglichkeit, das Vergnügen, in den Zeitungen über die Taten ihrer Flotten und Armeen zu lesen.“<sup>7</sup>

Zum gleichen Schluss kann man auf weniger zynische Weise gelangen. Während des Kalten Krieges und in der Zeit der Spannung zwischen den Supermächten sind Kriege durch die weitverbreitete Erkenntnis verhindert worden, dass die Kosten einer Eskalation zu hoch wären. Doch seit dem Ende des Kalten Krieges ist eine Zunahme internationaler und – beim Auseinanderbrechen von Staaten – drohender innerer Konflikte zu verzeichnen.

Einige Kommentatoren sind bereits zu der etwas voreiligen Folgerung gekommen, dass es falsch sei, einfach nur über die Kosten militärischer Konflikte nachzudenken, und dass insbesondere die steigenden Aufwendungen und die politischen Verlegenheiten, die sich nach dem Krieg im Irak ergaben, die Wiederholung eines solchen Konflikts ausschließen. Diese Argumentation ist trügerisch, weil sich ähnliche Situationen höchstwahrscheinlich wieder einstellen werden. Wir reagieren international empfindlich auf Menschenrechtsfragen und auf die Fähigkeit übler Regierungen, ganze Regionen zu destabilisieren. In beiden Fällen ist diese Sensibilität angemessen und, wie ich hinzufügen möchte, ehrenwert. Sie wird aber notwendigerweise zu militärischen Engagements in manchmal erwarteten und manchmal unerwarteten Schauplätzen führen. Allerdings ist es möglich, sich besser auf die Zeit danach vorzubereiten und der Beherrschung von Situationen, wie sie nach Konflikten auftreten, vorausschauend die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen; im Falle Irak machte das der rasche Ablauf des Geschehens unmöglich.

Kriege führen auch zu Fragen nach den Regeln, die bei der Gestaltung wirtschaftlicher Kooperation, sowohl auf internationalem wie auf nationalem Felde, essentiell sind. Alle Kriege, ob groß, ob klein, bringen neue Probleme und Spaltungen hervor, wobei Sicherheitsängste auf das Ökonomische übergreifen. Die Form, in der das am augenfälligsten geschieht, ergibt sich aus der finanziellen Hinterlassenschaft von Kriegen und aus den Debatten über Reparationen und Kriegsschulden. Solche Auseinandersetzungen haben die internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts vergiftet (wie das Keynes in seiner Studie „The Economic Consequences of the Peace“ vorhergesagt hat). Sie kehren derzeit wieder in der heftigen Diskussion über die Frage, ob und wie die irakischen Vorkriegsschulden – und welche davon – erlassen werden können, um den Wiederaufbau des Irak zu unterstützen.

Eine traditionelle Denkschule zum Problem des Krieges – insbesondere zu den kleineren Kriegen der klassischen Globalisierungsperiode im späten 19. Jahrhundert – meint, Kriege hätten wirtschaftliche Ursprünge und würden – namentlich in Zeiten von Globalisierung – auf Grund des Dranges einzelner Staaten geführt, einen größeren Anteil an den globalen Ressourcen zu kontrollieren. Historiker und Sozialwissenschaftler kennen das als die von Hobson, Hilferding und Lenin

<sup>7</sup> Cannan (Hrsg.), Smith. Wealth of Nations, Bd. II, S. 455 f.

stammende Interpretation des Imperialismus<sup>8</sup>. Sie ist als Erklärung der Ursachen von Kriegen größtenteils irrig, aber sehr hilfreich, wenn man die politische Reaktion auf sie verstehen will. Dieses Paradox entsteht aus anderen Wirkungen von Globalisierung. Neue Möglichkeiten zur Schaffung neuen Wohlstands bringen radikale Veränderungen bei der Verteilung mit sich. Große und dem Anschein nach illegitime Vermögenszuwächse provozieren Ressentiments und populistische Reaktionen.

Es gibt eindeutige historische Präzedenzfälle zur gegenwärtigen weltweiten Welle der Ablehnung von Vorgängen, die nun als Imperialismus amerikanischen Stils gedeutet werden. Martin Luthers Brandrede gegen den Universalismus der Welt der Renaissance nahm auch die Form eines Protests gegen den „Luxus“ des Fern- und Außenhandels an: „Aber der außlendisch kauffshandel / der auß Kalikut und Indien und der geleychen wahr her bringt / als solch köstlich seyden und goldwerck und würz / die nur zurpracht und keynem nutz dienet / und land und leuten das gelt außsauget / solt nit zugelassen werden / wo wir ein regiment und fürsten heten.“<sup>9</sup> Das 18. Jahrhundert, in dem sowohl die französische wie die britische Ostindische Kompanie ihre Aktivitäten voll entfalteten und mit ihnen Kontinente umspannten, darf in fast jeder Hinsicht als eine Ära der Globalisierung gelten. Die Proteste, auf die sie dabei stießen, weil sie global agierten und bei Teilen ihrer Produktion den Arbeitskräften Niedriglöhne zahlten, haben einen sehr modernen Klang. Schon Adam Smith konnte zeigen, wie die Ostindische Kompanie in Bengalen die Einkommen reduzierte und weithin Hungersnöte verursachte<sup>10</sup>. Hier hatte man Unternehmen, die, ohne jemand Rechenschaft schuldig zu sein, Luxusgüter verteilten, welche man für überflüssig hielt und vielen christlichen Geistlichen als moralisch verderblich erschienen. Smith kam zu dem Schluss: „Solche exklusiven Kompanien [...] sind in jeder Hinsicht Ärgernisse; mehr oder weniger lästig den Ländern, in denen sie etabliert sind, und zerstörerisch in jenen, die das Unglück haben, unter ihre Herrschaft zu geraten.“<sup>11</sup> Die Geschichte der Vereinigten Staaten begann mit einer Revolte gegen Globalisierung, die sich gegen eine bestimmte Gesellschaft und nicht gegen die britische Monarchie richtete: Dass im Hafen von Boston Tee ins Wasser geworfen wurde, war nicht einfach ein Protest gegen Steuern, sondern gegen die Geschäftspraktiken der Ostindischen Kompanie.

<sup>8</sup> Die kanonischen Texte sind John A. Hobson, *Imperialism. A Study*, New York 1902; Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Wien 1910; Wladimir I. Lenin, *Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss* (1915), in: *Ausgewählte Werke*, Bd. I, Berlin 1955, S. 767–875. Analysen bei David Fieldhouse, *Imperialism: An Historical Revision*, in: *Economic History Review* 14 (1961), und Wolfgang J. Mommsen, *Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen*, Göttingen 1977.

<sup>9</sup> Martin Luther, *Von Kauffshandlung und Wucher*, Wittemberg 1524 (Nachdruck: Frankfurt a. M. 1987).

<sup>10</sup> Siehe Emma Rothschild, *Economic Sentiments: Adam Smith, Condorcet and the Enlightenment*, Cambridge/Mass. 2001, S. 27, S. 32 u. S. 73.

<sup>11</sup> Cannan (Hrsg.), *Smith. The Wealth of Nations*, Bd. II, S. 158.

In England konzentrierte sich das Aufbegehren gegen die Ostindische Kompanie zunehmend auf etwas, das man damals „Exorbitanz“ nannte: die unangemessen hohe Bezahlung der leitenden Manager. Warren Hastings, der Generalgouverneur in Indien, musste sich schließlich einem öffentlichen Gerichtsverfahren des britischen Parlaments stellen. Im Jahre 1777 hatte sich sein Gehalt auf 10 000 Pfund belaufen, doch hatte er genau diesen Betrag nach Hause schicken können, und 1778 sandte er sogar 45 000 Pfund nach England.

Die gleichen Debatten wiederholten sich, verbunden mit Kritik am imperialistischen Krieg, im späten 19. Jahrhundert. Das Muster eines imperialistischen Krieges, das der britische Liberale Hobson und die seine Interpretation übernehmenden Marxisten im Auge hatten, war der keineswegs totale, sondern der relativ kurze Krieg, der für jene Ära der Globalisierung charakteristisch war. Der Spanisch-Amerikanische Krieg von 1898 brachte die Vereinigten Staaten in das internationale System. Es handelte sich, anders als bei den zuvor im 19. Jahrhundert ausgefochtenen längeren Kriegen, um einen höchst ungleichen Konflikt zwischen der größten und der am raschesten wachsenden Industrielandschaft der Erde und einer äußerst rückständigen europäischen imperialen Macht. 274 000 Soldaten boten die USA auf, die nur 379 Gefallene zu beklagen hatten. Bald danach folgte mit der britischen Unterwerfung der Buren eine weitere ungleiche Auseinandersetzung.

Beide Kriege waren Gegenstand heftigen innenpolitischen Streits und konnten als „land grabs“ interpretiert werden, als Griff nach knappen Ressourcen: Zucker in der Karibik und Diamanten (die Felder vom Kimberley) beziehungsweise Gold in Südafrika. Anfänglich riefen die Kriege einen Nationalismus hervor, der in den USA Theodore Roosevelt, dem Helden des Krieges von 1898, eine Welle der Popularität bescherte und in den britischen „Khaki-Wahlen“ von 1900 den Konservativen und Imperialisten einen hohen Stimmenanteil einbrachte. Dann kam der Rückschlag, und Kritiker machten darauf aufmerksam, dass es Zusammenhänge zwischen den Kriegen und der persönlichen Bereicherung einer kleinen Gruppe korrupter Geschäftsleute und Finanziers gebe. In Großbritannien brandmarkte Leo Chiozza Money die Korruption im Finanzwesen. Die Liberalen warfen der Regierung vehement Heuchelei vor, weil sie den Rassismus der Buren verurteile, gleichzeitig aber eine massive chinesische Einwanderung nach Südafrika fördere, um billige Arbeitskräfte für die Entwicklung des Lands zu gewinnen; sie erfochten 1906 einen triumphalen Wahlsieg. In den USA wiederum wandte sich die Stimmung gegen die Bonzen, die 1896 die Wahl von Präsident McKinley finanziert hatten. Auch Roosevelt begann „gewisse Übeltäter von großem Reichtum“ zu verurteilen, die einen großen Teil der Gewinne, die dem Handeln des Staates zu verdanken waren, an sich gerissen hätten. Populisten behaupteten sogar, Kriege und Unternehmensskandale gingen Hand in Hand.

Beide Kriege führten auch zu einer spürbaren Erhöhung der Spannungen in den internationalen Beziehungen. Der Burenkrieg gehörte zu den entscheidenden Momenten des Bruchs zwischen Großbritannien und Deutschland, denn der deutsche Kaiser trat öffentlich für die Buren ein. Die kleinen Konflikte bereiteten so die Bühne für größere und globalere Zusammenstöße vor, in denen es eben-

falls um die Verteilung von Beute ging und die das internationale Klima ruinierten. In solchen Augenblicken beginnen die Kontrahenten auch, sich eine spezifische Art und Weise, Geschäfte zu machen, zuzuschreiben, ganz anders, als es das „Globalisierungsparadigma“ von der einen Welt verlangt. Vor dem Ersten Weltkrieg beispielsweise entdeckten prominente Deutsche den heuchlerischen „Kommerzialisismus“ des britischen Hegemons. Sich selber sahen sie als die Träger einer heroischeren und edleren Art von Gesellschaft, in der „Helden“ statt „Händler“ bestimmend seien. Wer diese Unterscheidung traf, namentlich der Wirtschaftswissenschaftler Werner Sombart, argumentierte ferner, dass auch deutsche Geschäftsleute heroisch handelten, weil sie Geschäfte anders handhabten und kurzfristigen Profit langfristigen kollektiven und nationalen Interessen opferten.

Die politischen Spannungen unserer Tage gehen Hand in Hand mit einer Wiederbelebung der Diskussion kontrastierender Kapitalismusmodelle und mit einer Renaissance der Skepsis gegen das „angelsächsische Modell“. Diese neue Stimmung verbindet sich mit weit verbreiteten ökonomischen und politischen Unsicherheiten. Zum Teil ist die europäische Sensibilität das Produkt der Angst um die Zukunftsfähigkeit kleiner Betriebe in einer Ära des globalen Wettbewerbs. Andererseits machen sich Europäer naturgemäß Sorgen, weil der Sozialstaat leidet und weil die Alterung der Gesellschaft Kosten verursacht und die niedrigen Geburtenraten ebenfalls unerfreuliche Konsequenzen haben. Diese Debatten produzieren defensive Vorstellungen von einer Ordnung, die des Schutzes bedarf, und Bilder einer feindseligen Außenwelt und ihres Ethos. Enron ist zum Feldzeichen der Bewegung gegen Globalisierung geworden. Geschäftsleute in Europa, die als Anwälte eines Kapitalismus amerikanischen Stils oder von „shareholder value“ aufzutreten versuchten, wie etwa Thomas Middelhoff, Ron Sommer oder Jean-Marie Messier, wurden nun als unfähig oder korrupt an den Pranger gestellt (was sie, unnötig zu sagen, in vielen Fällen auch waren). Europäische Manager fanden sich vor Gericht, weil sie Kompensationen akzeptierten, die als exzessiv gelten.

Dass relativ kleine Konflikte der internationalen Verständigung schweren Schaden zufügen können, ist uns 2003 im Irak-Krieg wieder deutlich geworden. Aber die Gefahr, dass eskalierende Konflikte das Geflecht der Globalisierung zerrütten, hat historische Präzedenzfälle, die lange vor der Globalisierung des ausgehenden 19. Jahrhunderts liegen. Der erste Band von Edward Gibbons klassischer Studie „The Decline and Fall of the Roman Empire“ hat zufällig 1776 das Licht der Öffentlichkeit erblickt, in einem Jahr, in dem die amerikanische Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet und Adam Smiths „Wealth of Nations“ publiziert wurde. Gibbons Worte und Smiths Sorgen über die zerstörerischen Effekte, die Kriege für Handel und Wandel haben, erscheinen heute als unmittelbar relevant und als recht erschreckend. Gibbon und Smith machen sich, nach der Demütigung des globalen britischen Wirtschaftssystems und militärischen Imperiums, Gedanken über die Probleme eines Vorgangs, den man als Umkehrung von Globalisierung bezeichnen könnte. Gibbon beginnt mit einem Preislied auf den friedlichen Charakter von Kaiser Augustus, auf römischen Realismus und Multilateralismus: „Ohnehin zum Frieden durch Temperament wie durch Stellung

geneigt, sah er unschwer ein, daß Rom in seiner gegenwärtigen Lage vom Wechselglück der Waffen viel weniger zu hoffen als zu fürchten habe, besonders da bei Führung entfernter Kriege das Unternehmen jeden Tag schwieriger, der Ausgang zweifelhafter, der Besitz unsicherer und minder wohlthätig werden mußte.“ Hier haben wir eine schöne Beschreibung der Vorzüge und Gefahren wirtschaftlicher Prosperität. So richtig aber Kaiser Augustus die Sinn- und Zwecklosigkeit von Kriegen in fernen Ländern auch erkannt hatte, in Wirklichkeit blieb ihm doch kaum eine Wahl. Die Kriege folgten unweigerlich aus den Strudeln der Instabilität, die sich um den Erfolg bilden, jedenfalls um den Erfolg imperialer Systeme. Rom mag sich im allgemeinen Wohlstand gesonnt haben, es wurde gleichwohl in eine Welt voller Konflikte gezogen und von ihr schließlich zerstört. Gibbon gab im Übrigen auch eine hübsche Schilderung der nordeuropäischen Reaktion auf die römische Macht: „Die sumpfigen Wälder Deutschlands waren von einem Volke kühner Barbaren bewohnt, welche ein Leben ohne Freiheit verachteten, und wenn sie auch beim ersten Angriff der Wucht der römischen Macht zu weichen schienen, errangen sie doch bald durch eine verzweifelte Heldenthat ihre Unabhängigkeit wieder und mahnten Augustus an die Unbeständigkeit des Glückes.“<sup>12</sup> Der „Globalisierungs-Gedanke“ verwandelte sich in das Bild eines Imperialismus, der zurückgewiesen und bekämpft werden müsse.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass wir am Beginn einer neuen Ära stehen, in der die Globalisierungs-Idee einmal mehr zurückgeworfen wird: In der neuen Welt erhalten Differenzen nach und nach mehr Gewicht. Führende Unternehmer besinnen sich auf die Art und Weise, in der sie „traditionell“ Geschäfte betrieben haben. Viele Menschen sehen von außen mehr Risiken als Chancen auf sich zukommen: Bürger entdecken Korruption. Staaten sind bereit, Handels- und Währungskriege zu führen und sich äußerer Intervention in ihr Wirtschaftssystem zu widersetzen. Politische Führer beschäftigen sich mit der Neukonstruktion des kommerziellen und monetären Systems, um die Verteilung politischer und wirtschaftlicher Macht zu ändern. In dieser Welt haben Konflikte die Tendenz zu eskalieren. Ihre Bewohner denken an Mars, nicht an Merkur.

<sup>12</sup> Edward Gibbon, *The Decline and Fall of the Roman Empire*, New York o.D., S. 1 f.

Welche außenpolitischen Ziele verfolgte Stalin im Sommer 1939? Welche Absichten standen hinter dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag? Wie wollte der Diktator die Sowjetunion in jenem Weltkrieg positionieren, der sich damals abzuzeichnen begann? Über diese zentralen Fragen der sowjetischen Zeitgeschichte wird noch immer debattiert. Sicher ist nur, daß sie sich weder mit Legenden noch mit Fälschungen beantworten lassen.

Sergej Slutsch

## Stalins „Kriegsszenario 1939“: Eine Rede, die es nie gab

Die Geschichte einer Fälschung\*

Seit nunmehr rund 65 Jahren, seit dem Spätherbst 1939, geistert eine angebliche Rede Stalins vom 19. August 1939 durch Publizistik und Historiographie. Der angeblich auf geheimen Wegen in den Westen gelangte Text enthält Stalin zugeschriebene Erläuterungen über seine Motive zum Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland. Sein Kalkül soll demnach darin bestanden haben, einen erschöpfenden Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten herbeizuführen, um diesen dann zur Revolutionierung Europas auszunützen.

Die angebliche Rede, die in Churchills Weltkriegsmemoiren beiläufig erwähnt wird<sup>1</sup> und von deren Authentizität der ehemalige französische Ministerpräsident Daladier sich Ende der vierziger Jahre überzeugt zeigte (auch wenn er eingestand, diese nicht belegen zu können<sup>2</sup>), wird bis heute von einigen Publizisten und Historikern als ein Schlüsseldokument für die Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkriegs betrachtet. „Jeder beliebige Versuch, das genaue Datum für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und des Eintritts der UdSSR in diesen zu bestimmen, führt uns unweigerlich zum Datum des 19. August 1939“, schreibt etwa Viktor Suvorov<sup>3</sup>. Und bei Joachim Hoffmann heißt es: „Am 19. August 1939 hatte Stalin auf einer überraschend einberufenen Geheim Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees [...] in einer programmatischen

\* Der Autor dankt Dr. Jürgen Zarusky (Institut für Zeitgeschichte, München) für seine Hilfe bei der Arbeit an diesem Aufsatz.

<sup>1</sup> Vgl. Winston Churchill, *The Second World War*, Vol. I, London u. a. 1948, S. 350.

<sup>2</sup> Vgl. *Les Événements survenus en France de 1933 à 1945: Témoignages et documents recueillis par la Commission d'Enquête Parlementaire*, Vol. 1–10, hier Vol. I, Paris 1947–1954, S. 49 f.

<sup>3</sup> Viktor Suvorov, *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül*, Stuttgart 1989, S. 62 [russische Ausgabe: *Ledokol. Kto načal Vtoruju mirovuju vojnu? Nefantastičeskaja povest'-dokument*, Moskau 1992].

Rede verkündet, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, die Lunte des Kriegsbrandes auch an das Pulverfaß Europa zu legen.<sup>4</sup> Richard C. Raack kommt denn auch zu dem Schluß: „Diese bislang unpublizierte Rede ist zweifellos das wichtigste Dokument, das seit ihrer Öffnung aus den sowjetischen Archiven ans Licht der Öffentlichkeit gezogen wurde“<sup>5</sup>, und sein russischer Historikerkollege Viktor Dorošenko meint, daß es „als eines der *grundlegenden* Dokumente für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs betrachtet werden muß“<sup>6</sup>. Als eben solches benutzt es der Heidelberger Osteuropa-Historiker Heinz-Dietrich Löwe in seiner unlängst erschienenen Stalin-Biographie, der ersten aus der Feder eines deutschen Forschers. Er führt umfangreiche Zitate aus der „Stalin-Rede“ an, um die Absichten des sowjetischen Führers zu enthüllen, der angeblich in dem Pakt mit dem nationalsozialistischen Deutschland eine notwendige Voraussetzung für die Revolutionierung Europas im Zuge des folgenden Krieges gesehen habe<sup>7</sup>.

In der Tat müßte natürlich eine authentische Aufzeichnung einer Rede Stalins über seine Motive, den Pakt mit dem nationalsozialistischen Deutschland einzugehen, als eine Schlüsselquelle eingestuft werden, und es wäre ein schwerwiegendes Versäumnis, daß sie bislang nicht als solche betrachtet worden ist<sup>8</sup> und weder Eingang in die im Westen erschienenen Akteneditionen zur sowjetischen Außenpolitik<sup>9</sup> noch in die von der Harvard Universität herausgegebene Sammlung der Werke Stalins<sup>10</sup> gefunden hat. Allerdings hat schon 1958 Eberhard Jäckel in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte wohlbegründete Zweifel an der Authentizität der angeblichen Stalin-Rede angemeldet<sup>11</sup>. Nichtsdestoweniger hat diese in

<sup>4</sup> Joachim Hoffmann, *Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation*, München 2001, S. 25.

<sup>5</sup> R. C. Raack, *Stalin's Role in the Coming of World War II. The International Debate Goes on*, in: *World Affairs* 159 (1996), Nr. 2, S. 51.

<sup>6</sup> V. L. Dorošenko, *Stalinskaja provokacija Vtoroj mirovoj vojny*, in: Ju. N. Afanas'ev (red.), *Dru-gaja vojna 1939–1945*, Moskau 1996, S. 60–72, hier S. 72.

<sup>7</sup> Vgl. Heinz-Dietrich Löwe, *Stalin. Der entfesselte Revolutionär*, Göttingen/Zürich 2002, S. 304 f.

<sup>8</sup> Sogar im Verlauf des Nürnberger Prozesses, als die Verteidigung sich bemühte, mit allen erdenklichen Mitteln den Eindruck einer gewissen „Balance“ zwischen der Politik des nationalsozialistischen Deutschland und der der Mächte der Anti-Hitler-Koalition am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zu erzeugen, hielt sie es nicht für möglich, die „Stalinrede“ vom 19. August 1939 hierfür heranzuziehen.

<sup>9</sup> Vgl. z. B. *Soviet Documents on Foreign Policy*, Vol. III: 1933–1941, ed. by Jane Degras, London u. a. 1953. Unter den vielbändigen Dokumentenpublikationen zu den Ereignissen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs konnte nur eine ausfindig gemacht werden, in der die „Stalinrede“ in gekürzter Form wiedergegeben wird. Vgl. Michael Freund (Hrsg.), *Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten*, Bd. III, Freiburg/München 1956, S. 159 f. Auch die Memoiren des polnischen Außenministers enthalten eine gekürzte Variante der Stalin-Rede. Vgl. Jozef Beck, *Demier rapport. Politique Polonaise 1926–1939*, Paris 1951, S. 322.

<sup>10</sup> Vgl. J. V. Stalin, *Sočinenija*, T. 1 [XIV]: 1934–1940, ed. by Robert H. McNeal, Stanford 1967.

<sup>11</sup> Vgl. Eberhard Jäckel, *Über eine angebliche Rede Stalins vom 19. August 1939*, in: *VfZ* 6 (1958), S. 380–389.

den neunziger Jahren, als eine Textvariante in einem russischen Archiv aufgefunden wurde, erneut Aufmerksamkeit erregt.

Im folgenden soll die Frage nach der Echtheit der Rede neu aufgerollt werden, wobei Quellen aus russischen Archiven und jüngste Forschungsergebnisse herangezogen werden, die Jäckel noch nicht bekannt sein konnten. Zugleich wird die Verbreitungs- und Wirkungsgeschichte des Dokuments beschrieben, das seit Jahrzehnten gerade bei jenen besondere Resonanz findet, die aus den unterschiedlichsten Motiven in Stalin und nicht in Hitler den eigentlichen Regisseur des Zweiten Weltkriegs sehen wollen.

### Havas meldet ...

Am 28. November 1939 verbreitete die Nachrichtenagentur Havas folgende Mitteilung<sup>12</sup>: „Die Agentur Havas hat aus Moskau via Genf von einer Quelle, die sie für absolut glaubwürdig erklärt, folgende Mitteilungen erhalten über die Sitzung, die das Politbüro, auf den Wunsch Stalins hin am 19. August um 10 Uhr abends abgehalten hat, und in deren Folge die UdSSR mit dem [Deutschen] Reich das bekannte politische Abkommen abgeschlossen hat:

Am Abend des 19. August wurden die Mitglieder des Politbüros zu einer dringlichen Geheimsitzung zusammengerufen, an der auch die wichtigsten Führer der Komintern teilnahmen, aber nur jene der russischen Sektion<sup>13</sup>. Keiner der ausländischen Kommunisten, nicht einmal Dimitroff, der Generalsekretär der Komintern, wurde zu dieser Versammlung eingeladen<sup>14</sup>, deren Zweck, der auf der Tagesordnung nicht angegeben war, darin bestand, einen Vortrag Stalins zu hören.“ Im weiteren folgte dessen Aufzeichnung<sup>15</sup>:

„Frieden oder Krieg<sup>16</sup>. Diese Frage ist in ihre kritische Phase eingetreten. Ihre Lösung hängt vollständig von der Position ab, die die Sowjetunion einnehmen

<sup>12</sup> Revue de Droit International de Sciences Diplomatiques et Politiques (1939), Nr. 3, Juillet-Septembre, S. 247–249. Verfasser und Übersetzer danken Dr. Thomas Raitel für die Hilfe bei der Übersetzung des Dokuments.

<sup>13</sup> Mitglieder der „Russischen Sektion“ oder Vertreter der VKP(b) [Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bol'sevikov) – Kommunistische Allunions-Partei (der Bolschewiken) – Bezeichnung der sowjetischen Kommunistischen Partei von Dezember 1925 bis Oktober 1952] waren im August 1939: A. A. Ždanov, D. Z. Manuil'skij, I. V. Stalin und im Status eines Kandidaten S. A. Lozovski; vgl. G. M. Adibekov/Ė. N. Šachnazarova/K. K. Širinja, Organizacionnaja struktura Koninterna 1919–1943, Moskau 1997, S. 209 f.

<sup>14</sup> Bei der Erstellung der Präambel zum Text der „Stalinrede“ war diese Begrenzung des Teilnehmerkreises natürlich nicht zufällig, sondern verfolgte das Ziel „Reinfälle“ mit ausländischen [nicht-russischen] kommunistischen Führern zu vermeiden, die sich zum betreffenden Zeitpunkt vielleicht nicht in Moskau aufgehalten hatten oder mit Dementis an die Presse hätten herantreten können.

<sup>15</sup> Die Stellen, an denen spätere Ergänzungen zum ursprünglichen Text auftreten, sind mit den entsprechenden Jahreszahlen in eckigen Klammern gekennzeichnet; die hochgestellten Ziffern bezeichnen dabei die Reihenfolge der auf S. 475 f. eingehender erörterten Hinzufügungen.

<sup>16</sup> Die Formulierung „Frieden oder Krieg – das ist jetzt die Frage!“ findet sich im letzten Absatz des [anonymen] Leitartikels „Frieden oder Krieg?“ in der „Izvestija“ vom 9. 10. 1939, der seiner-

wird<sup>17</sup>. Wir sind absolut überzeugt, daß sich, wenn wir einen Bündnisvertrag mit Frankreich und Großbritannien abschließen, Deutschland gezwungen sehen wird, vor Polen zurückzuweichen und einen *modus vivendi*<sup>18</sup> mit den Westmächten zu suchen<sup>19</sup>. Auf diese Weise kann der Krieg vermieden werden<sup>20</sup>, und dann

zeit Stalin zugeschrieben wurde. Seine Veröffentlichung erzeugte im Ausland keinen geringen Widerhall und wurde von der nationalsozialistischen Führung sehr begrüßt; vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. und bearb. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 7: Juli 1939–März 1940, München 1998, S. 145 f. (Eintragung vom 10. 10. 1939). Tatsächlich war der Artikel von Ždanov und V. M. Molotov verfaßt, jedoch von Stalin redigiert und mit wesentlichen Ergänzungen versehen worden; vgl. Russisches Staatliches Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (künftig: RGASPI), f. 77, op. 1, d. 886; f. 82, op. 2, d. 1485, l. 1–6; f. 558, op. 11, d. 1123, l. 32–37.

<sup>17</sup> Für Stalin waren derartige Erklärungen alles andere als verbindlich. Er versuchte im Gegenteil stets die Kompliziertheit der internationalen Lage hervorzuheben, in der die Sowjetunion handeln mußte, sowie den Umstand, daß in dieser Sphäre nicht alles von der sowjetischen Politik abhängen würde; vgl. z. B. I. V. Stalin, *Otčetnyj doklad na XVII s'ezde o rabote CK VKP(b)*, in: *XVII s'ezd Vsesojuznoj kommunističeskoj partii (b)*, 26 janvarja–10 fevralja 1934 g. Stenografičeskij otčet. Moskau 1934, S. 8–36, hier S. 14.

<sup>18</sup> In den veröffentlichten Reden, Gesprächen und Artikeln Stalins finden sich keine lateinischen Ausdrücke.

<sup>19</sup> Stalin verfügte über andere Informationen hinsichtlich der Pläne Deutschlands. Bereits am 17. 5. 1939 übersandte ihm der Leiter der Aufklärungsverwaltung der Roten Armee, Divisionskommandeur I. I. Proskurov, eine über Agentenkanäle erhaltene Sondermeldung über die nächsten Pläne Hitlers in bezug auf Polen; vgl. *Iz istorii Velikoj Otečestvennoj Vojny*, in: *Izvestija CK KPSS* (1990), Nr. 3, S. 216–219. Die Quelle der Information war der Berater im „Büro Ribbentrop“, Dr. Peter Kleist, dessen regelmäßig übersandte Informationen sich in der Regel bestätigten. In dem Dokument, das Stalins Aufmerksamkeit auf sich zog, wovon seine Randbemerkungen zeugen, wird die Entschlossenheit Hitlers unterstrichen, unter allen Umständen „Polen mit Gewalt in die Knie zu zwingen“, worauf „die westliche Etappe folgt, die mit der Niederlage Frankreichs und Englands enden muß, sei es auf politischem oder militärischem Wege“, in: Ebenda, S. 217. Ähnliche Gedanken breitete Hitler bei seiner Rede vor dem engeren militärischen Führungskreis Deutschlands am 23. 5. 1939 aus; vgl. *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal* (künftig: IMT), Nürnberg 1949, Vol. XXXVII, Doc. 79-L, S. 546–556. Für die Einstellung der militärischen Führungsspitze siehe auch Christian Hartmann/Sergej Slutsch, Franz Halder und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939. Eine Ansprache des Generalstabschefs des Heeres, in: *VfZ* 45 (1997), S. 467–495.

<sup>20</sup> Stalin hatte in diesem Punkt eine vollkommen andere Meinung; er nahm an, daß ihn die Unterzeichnung eines Vertrags mit den Westmächten unmittelbar in einen Krieg mit Deutschland hineinziehen würde, und das verstand man auch in Berlin. Der Leiter des Osteuropareferats der wirtschaftspolitischen Abteilung des deutschen Außenministeriums, K. Schnurre, berührte im Gespräch mit dem Geschäftsträger der UdSSR in Deutschland, G. A. Astachov, am 24. 7. 1939 die Frage der anglo-sowjetischen politischen Gespräche und vertrat dabei die Meinung, daß „wir [d. h. die UdSSR und England] nicht zu einer Einigung kommen werden, weil klar ist, daß auf uns [die UdSSR] im Falle eines Krieges die ganze Last der Verpflichtungen fallen würde, während der Anteil Englands minimal wäre.“; *MID* [Außenministerium] SSSR (Hrsg.), *God krizisa, 1938–1939: Dokumenty i materialy*, Bd. 2, Moskau 1990, dok. 494, S. 121. Als Stalin Dimitroff das Scheitern der englisch-französisch-sowjetischen Gespräche erklärte, wiederholte er praktisch genau dasselbe: „... die Engländer und Franzosen wollten uns als Knechte und zudem nichts dafür bezahlen!“ Georgi Dimitroff, *Tagebücher*

wird die weitere Entwicklung dieses Stands der Dinge einen für uns gefährlichen Charakter annehmen.

Wenn wir andererseits den Ihnen bekannten Vorschlag Deutschlands<sup>21</sup> annehmen, mit ihm einen Nichtangriffspakt zu schließen, wird Deutschland sicherlich Polen angreifen und die Intervention Englands und Frankreichs in diesen Krieg wird unvermeidlich werden. [1941<sup>1</sup>]

Unter diesen Umständen werden wir große Chancen haben, uns aus diesem Konflikt herauszuhalten, und wir können in einer vorteilhaften Position abwarten, wann die Reihe an uns ist. Genau das erfordert unser Interesse. [1941<sup>2</sup>] [1942<sup>1</sup>]

Daher ist unsere Wahl klar: Wir müssen den deutschen Vorschlag annehmen und, mit einer höflichen Absage, die anglo-französischen Delegationen in ihre Länder zurückschicken<sup>22</sup>.

Es ist nicht schwierig den Vorteil vorherzusehen, den wir aus dieser Vorgehensweise ziehen. Es ist für uns offensichtlich, daß Polen vernichtet sein wird, bevor England und Frankreich imstande sein werden, ihm zu Hilfe zu kommen. In diesem Fall tritt uns Deutschland einen Teil Polens bis ganz in die Nähe Warschaus ab – das ukrainische Galizien inbegriffen.

Deutschland läßt uns völlige Handlungsfreiheit in den drei baltischen Staaten. Es widersetzt sich nicht der Rückkehr Bessarabiens zu Rußland<sup>23</sup>. Es ist

---

1933–1943, Bd. 1, hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, Berlin 2000, S. 274 (Eintragung vom 7. 9. 1939).

<sup>21</sup> Zu den über die Details der Gespräche mit Deutschland Informierten zählten keineswegs alle Mitglieder des Politbüros, sondern nur die der damals führenden „Fünfergruppe“: Stalin, Molotov, K. E. Worosilov, L. M. Kaganovič, A. I. Mikojan; vgl. Oleg W. Chlewnjuk, *Das Politbüro. Mechanismen der politischen Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre*, Hamburg 1998, S. 334. Nach den Erinnerungen von Nikita Chrusčev, zu jener Zeit Mitglied des Politbüros, hat den Vertrag mit dem nationalsozialistischen Deutschland inklusive der geheimen Vereinbarungen „außer Molotov, Stalin und einigen daran beteiligten Beamten des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten [...] bei uns niemand gesehen.“ N. S. Chrusčev, *Vremja. Ljudi. Vlast'. Vospominanija*, Bd. 1, Moskau 1999, S. 228.

<sup>22</sup> Die westlichen Militärdelegationen wurden „nach Hause geschickt“, wobei man die ganze Verantwortung für den Mißerfolg der Gespräche auf die sie nach Moskau entsendenden Regierungen abwälzte, was im Kreml bereits geplant worden war, bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen hatten; vgl. die Instruktion für den Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR Vorosilov als Chef der sowjetischen Delegation für die Verhandlungen mit den Militärmissionen Großbritanniens und Frankreichs vom 7. August 1939, in: *Dokumenty vnešnej politiki (künftig: DVP)*, 1939, Bd. XXII, Buch 1, Moskau 1992, dok. 453, S. 584.

<sup>23</sup> Konkrete außenpolitische Fragen, nicht zu reden von territorialen, wurden bis zu den Gesprächen Ribbentrops in Moskau nicht angeschnitten, sondern waren von der deutschen Seite nur in allgemeiner Form erwähnt worden, als solche, die „zur vollen Befriedigung beider Seiten“ zu lösen sein werden; vgl. die vom deutschen Botschafter von der Schulenburg an Molotov überreichte Denkschrift vom 15. 8. 1939, in: *God krizisa*, Bd. 2, dok. 556, S. 232, Beilage. Auf Vorschlag der sowjetischen Seite wurden sie in einem speziellen Protokoll behandelt, dessen Inhalt „Gegenstand der Erörterung“ sein sollte; vgl. Aufzeichnung des Gesprächs Molotovs mit Schulenburg, 17. 8. 1939, in: *Ebenda*, dok. 570, S. 271.

bereit, uns Rumänien<sup>24</sup>, Bulgarien<sup>25</sup> und Ungarn<sup>26</sup> als Einflußsphäre zu überlassen.

Es bleibt die Frage Jugoslawiens, deren Lösung von der Position abhängt, die Italien einnimmt. Wenn Italien an der Seite Deutschlands bleibt<sup>27</sup>, wird dieses fordern, daß Jugoslawien in seine Einflußsphäre einbezogen wird<sup>28</sup>, und eben durch Jugoslawien wird es Zugang zum adriatischen Meer erhalten. Wenn aber Italien nicht mit Deutschland marschiert, dann geht es auf Kosten Italiens, wenn Deutschland Zugang zum adriatischen Meer haben wird, und in diesem Falle

<sup>24</sup> Am 23. 3. 1939 wurde der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag unterzeichnet, der bei vollständiger Umsetzung „die rumänische Wirtschaft schon damals ganz auf Deutschland eingestellt“ hätte, an deren Produktion und Lieferung von Erdölprodukten Berlin am Vorabend des Krieges besonders interessiert war; vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik (künftig: ADAP), Serie D (1937–1941), Bd. VI, Baden-Baden 1956, Dok. 78, S. 76–80; siehe auch Andreas Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944, Wiesbaden 1954, S. 47, dort auch die oben zitierte Einschätzung von Erich Kordt. Zweifel daran, daß damals „Deutschland der wichtigste Kunde Rumäniens ist, der den Löwenanteil seines Exports erwirbt“ (Aufzeichnung des Gesprächs des Stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten V. P. Potemkin mit dem Gesandten Dianu vom 26. 3. 1939, in: DVP, Bd. XXII, Buch 1, dok. 176, S. 227) und dieses daher als seine Einflußsphäre betrachtete, konnte es im Kreml nicht geben.

<sup>25</sup> Die vorwiegende Ausrichtung der Wirtschaft Bulgariens auf Deutschland, in das der Löwenanteil der bulgarischen landwirtschaftlichen Produktion exportiert wurde, schuf eine enge Verflechtung der Interessen beider Länder, was die bulgarischen Politiker bei der Bestimmung des außenpolitischen Kurses im Auge haben mußten; vgl. Hans-Joachim Hoppe, Bulgarien – Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart 1979, S. 62; Aufzeichnung des Gesprächs von Potemkin mit dem Gesandten Bulgariens in der UdSSR, N. Antonow, vom 10. 7. 1939, in: DVP, Bd. XXII, Buch 1, dok. 420, S. 534.

<sup>26</sup> Am 24. 2. 1939 schloß sich Ungarn dem Antikominternpakt an, am 11. April verließ es den Völkerbund und demonstrierte damit seine außenpolitische Übereinstimmung mit den „Achsenmächten“. Anton Czettel, Pál Graf Teleki und die Außenpolitik Ungarns 1939–1941, München 1996, S. 27. Hitler rechnete im bevorstehenden Krieg mit Ungarn als – wenn auch nicht bedingungslosem – Verbündetem; vgl. Weisung Hitlers vom 11. 4. 1939 für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht für 1939/40 (Fall „Weiß“), in: IMT, Nürnberg 1949, Vol. XXXIV, Doc. 120-C, S. 389.

<sup>27</sup> Zur italienischen Politik der „non belligeranza“ vgl. Jerzy W. Borejsza, Italiens Haltung zum deutsch-polnischen Krieg, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, Stuttgart 1979, S. 148–194. Im Vorfeld der „Stahlpakt“-Gespräche wurde in der Zeitung „Izvestija“ ein Leitartikel „Zur internationalen Lage“ veröffentlicht, in dem insbesondere festgestellt wurde: „Jetzt hat es Europa mit einer einheitlichen allgemeinen und Kriegspolitik zu tun, mit der deutsch-italienischen Politik [...]“. Izvestija vom 11. 5. 1939. Der Verfasser des Artikels war Stalin; siehe RGASPI, f. 71, d. 130, l. 340–343.

<sup>28</sup> Die sowjetische Führung verfügte über Informationen „über die Existenz einer feststehenden italienisch-deutschen Aufteilung der „Sphären lebenswichtiger Interessen“, derzufolge der südliche Balkan, und insbesondere Jugoslawien und die Adria, gemäß einer Bestätigung des italienischen Außenministers, Graf Galeazzo Ciano, nicht Objekte deutscher Expansion sein konnten; vgl. Telegramm des Geschäftsträgers der UdSSR in Italien L. B. Gel'fand an Molotov vom 2. 6. 1939, in: DVP, Bd. XXII, Buch 1, dok. 348, S. 419.

wird Jugoslawien in unsere Einflußsphäre übergehen<sup>29</sup>. Das alles für den Fall, daß Deutschland siegreich aus dem Krieg hervorgeht.

Indessen müssen wir sowohl die Möglichkeiten bedenken, die aus einer Niederlage, als auch diejenigen, die aus einem Sieg Deutschlands resultieren. Untersuchen wir den Fall einer deutschen Niederlage. [1941<sup>3</sup>] England und Frankreich sind stark genug, um Berlin zu besetzen und Deutschland zu zerstören, und wir sind nicht in der Lage, ihm wirkungsvoll zu Hilfe zu kommen<sup>30</sup>.

Daher ist es unser Ziel, daß Deutschland den Krieg so lange wie möglich führen kann, damit England und Frankreich ermüdet und bis zu einem solchen Grad erschöpft werden, daß sie nicht mehr in der Lage sind, Deutschland niederzuwerfen.

Von daher ergibt sich unsere Position: Während wir neutral bleiben, helfen wir Deutschland wirtschaftlich, indem wir es mit Rohstoffen und Lebensmittel versorgen; aber es versteht sich von selbst, daß unsere Hilfe<sup>31</sup> eine bestimmte Grenze nicht überschreiten darf, um unsere eigene wirtschaftliche Lage nicht zu beeinträchtigen und die Kampfkraft unserer Armee nicht zu schwächen.

Zur gleichen Zeit müssen wir, ganz allgemein, eine aktive kommunistische Propaganda betreiben, insbesondere im anglo-französischen Block und hier ganz besonders in Frankreich. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß in diesem Land unsere [sic!] Partei während des Krieges gezwungen sein wird, den Boden der Legalität aufzugeben und in den Untergrund zu gehen. Wir wissen, daß diese Form der Arbeit viel Geld erfordert, aber wir müssen ohne zu zögern zu diesen Opfern bereit sein. [1942<sup>2</sup>] Wenn diese vorbereitende Arbeit durchgeführt wird, wie es sich gehört, dann wird die Sicherheit Deutschlands gewährleistet sein. Eben das kann zur Sowjetisierung Frankreichs beitragen. [1941<sup>4</sup>]

Untersuchen wir nun die zweite Hypothese, die des deutschen Sieges. Manche sind der Ansicht, daß dieser Fall für uns die größere Gefahr darstellen würde. Es

<sup>29</sup> Zu keiner Zeit, weder während der Gespräche Molotovs in Berlin noch nach der Unterzeichnung des Freundschafts- und Nichtangriffsvertrags mit Belgrad Anfang April 1941, strebte der Krenl eine Einbeziehung Jugoslawiens in seine Interessensphäre an; vgl. Memorandum der Regierung der UdSSR vom 25. 11. 1940, in: DVP, Bd. XXIII, Buch 2, dok. 548, S. 136 f.; Gespräch Molotovs mit Schulenburg vom 4. 4. 1941, in: Ebenda, dok. 746, S. 518–521.

<sup>30</sup> Am 28. 9. 1939 versicherte Stalin Ribbentrop, daß „wenn Deutschland, wider Erwarten in eine schwierige Lage geraten sollte, das sowjetische Volk Deutschland zu Hilfe kommen und nicht zulassen würde, daß man Deutschland erstickt. Die Sowjetunion ist an einem starken Deutschland interessiert und wird nicht erlauben, daß Deutschland niedergeworfen wird.“ Ingeborg Fleischhauer, Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939. Die deutschen Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen Stalin, Molotow und Ribbentrop in Moskau, in: VfZ 39 (1991), S. 447–470, hier S. 458.

<sup>31</sup> Im Krenl maß man nicht der Hilfe für Deutschland, sondern der Ausweitung des Handels Bedeutung bei, wodurch deutsche Lieferungen von Industrieausrüstung und moderner Wafentechnik sichergestellt wurden. Entsprechend wird in dem Brief Molotovs an Ribbentrop vom 28. 9. 1939 festgestellt: „Von beiden Seiten werden ökonomische Programme aufgestellt [...] dergestalt, daß der deutsch-sowjetische Warenaustausch neuerlich einen höheren Umfang erreicht, als dies in der Vergangenheit der Fall war.“ DVP, Bd. XXII, Buch 2, dok. 645, S. 137.

steckt in dieser Behauptung ein Stück Wahrheit, aber es wäre ein Irrtum zu denken, daß diese Gefahr so nahe und so groß ist, wie manche es sich vorstellen.

Wenn Deutschland den Sieg davonträgt, wird es aus dem Krieg zu erschöpft hervorgehen, um im darauffolgenden Jahrzehnt mit uns Krieg zu führen<sup>32</sup>. Seine größte Sorge wird sein, das besiegte England und das besiegte Frankreich zu überwachen, um sie daran zu hindern, sich wieder zu erheben.

Andererseits wird das siegreiche Deutschland über riesige Kolonien verfügen; deren Ausbeutung und ihre Anpassung an deutsche Methoden werden Deutschland ebenfalls für mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Es ist offensichtlich, daß Deutschland anderswo zu beschäftigt sein wird, um sich gegen uns zu wenden. [1941<sup>5</sup>] [1942<sup>3</sup>]

Genossen, schloß Stalin, ich habe Ihnen meine Erwägungen dargestellt. Ich weise Sie noch einmal darauf hin, daß es in Ihrem [sic!] Interesse ist, daß der Krieg zwischen dem [Deutschen] Reich<sup>33</sup> und dem anglo-französischen Block ausbricht. Es ist essentiell für uns, daß dieser Krieg so lange wie möglich dauert, damit sich die beiden Parteien erschöpfen. Aus diesen Gründen müssen wir den von Deutschland vorgeschlagenen Pakt akzeptieren und dafür arbeiten, daß der Krieg, wenn er einmal erklärt ist, sich so weit wie möglich in die Länge zieht. Zugleich müssen wir die ökonomische<sup>34</sup> Arbeit in den kriegführenden Ländern verstärken, damit wir gut auf den Moment vorbereitet sind, in dem der Krieg sein Ende nehmen wird.'

Auf die Darlegungen Stalins, die mit religiöser Ehrfurcht aufgenommen worden waren, folgte keinerlei Diskussion. Nur zwei Fragen von geringer Bedeutung wurden gestellt, auf die Stalin antwortete. Sein Vorschlag, den Nichtangriffspakt mit dem [Deutschen] Reich zu akzeptieren, wurde einstimmig angenommen. Dann faßte das Politbüro einen Beschluß, mit dem der Vorsitzende der Komintern, Manuilskij<sup>35</sup>, beauftragt wurde, gemeinsam mit dem Sekretär Dimitroff und unter der Anleitung von Stalin selbst geeignete Instruktionen, die man der kommunistischen Partei im Ausland [sic!] geben kann, auszuarbeiten."

Der von der Agentur Havas verbreitete Text wurde am 28. November 1939 in der französischen Presse publiziert<sup>36</sup>. Ungeachtet dessen, daß in Deutschland der Text nicht veröffentlicht wurde, blieb Berlin dieser „Sensation“ gegenüber nicht

<sup>32</sup> Die Entscheidung vom 31. 8. 1939 über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der UdSSR und die Vergrößerung der Streitmacht der UdSSR in den Jahren 1939–1941 belegen mehr als hinreichend, daß Stalin nicht mit einem Frieden für die UdSSR im bevorstehenden Jahrzehnt rechnete.

<sup>33</sup> In Stalins Wortschatz der dreißiger Jahre, ebenso wie in dem anderer hoher sowjetischer Funktionäre, findet sich das Wort „Reich“ als Bezeichnung des nationalsozialistischen Deutschland nicht.

<sup>34</sup> Vermutlich soll es hier „propagandistische Arbeit“ heißen.

<sup>35</sup> In der Struktur der Komintern gab es kein Amt eines Vorsitzenden. Manuilskij war von 1928 bis 1943 Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern, Dimitroff war von 1935 bis 1943 Generalsekretär des Exekutivkomitees der Komintern.

<sup>36</sup> Der Bevollmächtigte Vertreter der UdSSR in Frankreich, Ja. Z. Suric, sandte schon am 28. November aus Anlaß der „unter höchst marktschreierischen Schlagzeilen“ fast in allen französischen Zeitungen publizierten Meldung der Agentur Havas ein ausführliches Chiffre-Telegramm

teilnahmslos. Schon am nächsten Tag sandte das Auswärtige Amt dem Botschafter in Moskau den Text der Havas-Meldung<sup>37</sup> mit der Bitte, über die Reaktionen auf diesen in den offiziellen Kreisen der UdSSR zu informieren. Außerdem sei es wünschenswert, wenn das Volkskommissariat für Äußeres eine entsprechende Antwort in die sowjetische Presse lancieren würde<sup>38</sup>. Noch bevor jedoch die Anfrage in der Botschaft einging<sup>39</sup>, war sie schon überholt: Die sowjetische Reaktion auf die Havas-Mitteilung erfolgte schon am 30. November<sup>40</sup>, und zwar von höchster Stelle.

### „Über die lügenhafte Meldung der Agentur Havas“<sup>41</sup>

Der Chefredakteur der *Pravda*<sup>42</sup> wandte sich an Genossen Stalin mit der Frage, wie Genosse Stalin zu der Meldung der Agentur Havas über eine ‚Rede Stalins‘ stehe, die angeblich von ihm ‚im Politbüro am 19. August‘ gehalten worden ist, in der die angebliche Idee entwickelt wird, daß ‚der Krieg sich so lange wie möglich hinziehen muß, um die kriegführenden Parteien zu erschöpfen‘. Genosse Stalin sandte folgende Antwort:

„Diese Meldung der Nachrichtenagentur Havas ist, wie auch viele andere ihrer Meldungen, leeres Geschwätz“<sup>43</sup>. Ich kann natürlich nicht wissen, in welchem Kaffeehaus genau diese Lügen fabriziert worden sind. Aber so viel die Herren der

---

an das Narkomindel [Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten], in: DVP, Bd. XXII, Buch 2, dok. 813, S. 343.

<sup>37</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (künftig: PA AA), Botschaft Moskau, Krieg, Sonderakte, SD Pol. 2, geheim, S. 202689–202693. Der dem deutschen Botschafter vom Auswärtigen Amt zugesandte, aus dem Französischen ins Deutsche übersetzte Text der Havas-Meldung enthielt einige Unterschiede (Verbesserungen und Ergänzungen) zum Original.

<sup>38</sup> Baron von Stumm an die deutsche Botschaft in Moskau, 29. 11. 1939, in: Ebenda, S. 202688.

<sup>39</sup> Da es die Angelegenheit als nicht besonders eilig betrachtete, übersandte das Auswärtige Amt das Material mit der gewöhnlichen Diplomatenpost, und es ging in der Botschaft erst am 3. Dezember ein. Vgl. ebenda.

<sup>40</sup> Am 29. 11. schickte Ja. S. Chavinson als kommissarischer verantwortlicher Leiter der TASS Stalin und Molotov den vollständigen Text der per Funk übertragenen Meldung der Agentur Havas betr. „Erfindungen über eine Sitzung des Politbüros des ZK am 19. August“, in: Staatsarchiv der Russischen Föderation (künftig: GARF), f. 4459, op. 38, d. 97, l. 24–27.

<sup>41</sup> *Pravda* vom 30. 11. 1939, S. 3.

<sup>42</sup> Der Text wurde in solcher Eile verfertigt, inmitten einer Vielzahl anderer Fragen, die bei der Zusammenkunft der „Fünfergruppe“ während achteinhalb Stunden am Vorabend des Kriegs mit Finnland behandelt wurden (vgl. Istoričeskij archiv, 1995, Nr. 5–6, S. 60, Liste der Besucher Stalins vom 29. 11. 1939), daß Stalin und Molotov offenbar völlig vergaßen, daß bei der *Pravda* zu jener Zeit der Posten des Chefredakteurs vakant war. In den Papieren Stalins, die mit diesem Ereignis in Zusammenhang stehen, findet sich neben einem Ausriß aus der *Pravda* vom 30. 9. 1939 nur die maschinenschriftliche Variante eben dieses Textes ohne jegliche Korrekturen, in: RGASPI, f. 558, op. 11, d. 1123, l. 38 f.

<sup>43</sup> Die Agentur Havas hatte weltweit eine sehr große Reputation. Das wußte man auch in Moskau sehr gut. Die TASS wies den Leiter ihrer Pariser Niederlassung auf die Notwendigkeit hin, „sehr enge Verbindungen mit der Nachrichtenagentur Havas“ aufrechtzuerhalten; Brief Chavinsons an N. G. Pal’gunov vom 4. 2. 1939, in: GARF, f. 4459, op. 38, d. 102, l. 64.

Nachrichtenagentur Havas auch zusammenlügen, können sie doch nicht bestreiten, daß

- a) nicht Deutschland Frankreich und England angegriffen hat, sondern Frankreich und England Deutschland angegriffen und damit die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg auf sich genommen haben;
- b) nach der Eröffnung der Kriegshandlungen sich Deutschland an Frankreich und England mit Friedensvorschlägen gewandt hat und die Sowjetunion für die Friedensvorschläge Deutschlands offen unterstützt hat, weil sie den Standpunkt vertrat und weiter vertritt, daß die schleunigste Beendigung des Krieges die Lage aller Länder und Völker von Grund auf erleichtert;
- c) die regierenden Kreise Englands und Frankreichs sowohl die Friedensvorschläge Deutschlands als auch die Versuche der Sowjetunion für eine schleunige Beendigung des Krieges auf grobe Weise zurückgewiesen haben.

Soweit die Fakten.

Was können die Kaffeehauspolitiker der Agentur Havas diesen Fakten entgegensetzen?“

Der veröffentlichte Text wurde zweifellos von Stalin persönlich verfaßt. Zu spüren ist seine starke Verärgerung. Wie ist diese zu erklären? Warum ließ sich Stalin auf eine so offensichtliche und vor allem öffentliche Verzerrung noch frischer Tatsachen ein, warum spitzte er die Grundaussagen des offen pronazistischen Artikels „Frieden oder Krieg“ vom 9. Oktober derart zu und autorisierte sie zugleich<sup>44</sup>?

Stalin hatte wohl mindestens zwei wichtige Gründe für seine wenig diplomatische Erklärung. Seine Angst, daß der veröffentlichte Text die deutsch-sowjetischen Beziehungen ernsthaft schädigen und zweitens in Sonderheit die im August/September 1939 erreichten Vereinbarungen über die Teilung Osteuropas zunichte machen könnte. Nicht zufällig wurde der Kommentar Stalins schon am 30. November veröffentlicht: an diesem Tag begann die UdSSR den Krieg gegen Finnland, weshalb Stalin an einer möglichst wohlwollenden Position Berlins interessiert war.

Die Antwort Stalins war polemisch; auch hier bemühte er sich, „den Feind der eigenen Verbrechen und der eigenen Taktik zu beschuldigen“<sup>45</sup>. Tatsächlich warf er auch hier den Westmächten genau das vor, wofür eigentlich das nationalsozialistische Deutschland verantwortlich war, wobei er auch in diesem Fall nicht ver-

<sup>44</sup> „Der Kampf gegen die Hitlerische Ideologie – damit erklären die englischen und französischen Politiker das Ziel des gegenwärtigen Krieges. Können diese Argumente für die Verlängerung des Krieges als in irgendeiner Weise begründet und überzeugend anerkannt werden? [...] Man kann den Hitlerismus schätzen oder hassen wie jedes andere System politischer Anschauungen. Das ist Geschmackssache. Aber Krieg anfangen wegen der ‚Vernichtung des Hitlerismus‘, das bedeutet in der Politik verbrecherische Dummheit zuzulassen.“ „Frieden oder Krieg?“ in: *Izvestija* vom 9. 10. 1939, S. 1. Molotov unterstrich im Gespräch mit Schulenburg am 13. 11. 1939 den beispiellosen Charakter dieses Artikels und erklärte, daß „in dem Artikel ‚Frieden oder Krieg‘ England als Kriegsschürer gebrandmarkt wird. Niemand anderer hat etwas derartiges getan.“ *DVP*, Bd. XXII, Buch 2. dok. 773. S. 287.

<sup>45</sup> M. Vajskopf, *Pisatel' Stalin*, Moskau 2001, S. 83.

gaß, sich selbst die Absolution zu erteilen. Doch Stalin hatte sich umsonst aufgeregt, Berlin reagierte ganz gelassen. Dort war man mit der Reaktion Stalins vollkommen zufrieden und münzte sie propagandistisch geschickt in aufsehen-erregende Schlagzeilen um<sup>46</sup>. Dabei maß man in Berlin diesem Ereignis offenkundig keine ernstliche Bedeutung bei<sup>47</sup>. So übergang etwa Goebbels, der zu dieser Zeit regelmäßig in seinem Tagebuch alle für Deutschland vorteilhaften Äußerungen sowjetischer Führer festzuhalten pflegte, dieses Mal die Worte Stalins mit völligem Schweigen<sup>48</sup>.

### Stalins „Rede“ wird weiter bearbeitet

Mehr als eineinhalb Jahre lang erinnerte sich niemand an die „Stalin-Rede“; offenbar hatte man sie wie so viele Episoden des Propagandakriegs einfach vergessen. Der 22. Juni 1941 veränderte indes alles: Jene offenerzige „Rede Stalins“ wurde wieder aus der Versenkung geholt, und die nationalsozialistische Propaganda nutzte sie sofort für ihre Ziele.

Am 12. Juli <sup>49</sup>1941 veröffentlichte der ehemalige Genfer Korrespondent der Agentur Havas, Henry Ruffin, einen Artikel in der Zeitung „Journal de Genève“ unter der Überschrift „Zwei Dokumente“<sup>50</sup>. Eines dieser Dokumente war eben jene „Stalin-Rede“ vom 19. August 1939, allerdings in einer etwas veränderten Form und mit neuen Informationen über die Herkunft des Textes.

Aus Ruffins Veröffentlichung geht hervor, daß er am 27. November 1939 der Agentur Havas den Text der „Stalin-Rede“ übergeben hatte, den er von einer nicht entschlüsselten Quelle („secret professionnel“) erhalten habe. Darüber hinaus war die von ihm 1941 präsentierte Variante um einige neue Sätze erweitert.

1. „Durch ihn [den Krieg] wird Westeuropa eine tiefgreifende Zerstörung erfahren.“
2. „Die Diktatur der kommunistischen Partei ist nicht anders möglich als mittels eines großen Krieges.“

<sup>46</sup> „Stalin fertigt Havas-Lügen ab. ‚England und Frankreich überfielen Deutschland‘. Pariser Fälschungen von Moskau zurückgewiesen“, in: Völkischer Beobachter, Norddeutsche Ausgabe, 1. 12. 1939, S. 1. Bei der Zusammenstellung des 14. Bandes der Ausgabe der Gesammelten Werke Stalins durch das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (der so auch nicht in der UdSSR erschien) wurde entschieden, die Antwort Stalins auf die Havas-Meldung nicht aufzunehmen; vgl. RGASPI, f. 71, op. 10, d. 130, l. 346.

<sup>47</sup> Übrigens zeigte nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen führenden Mächte kein spürbares Interesse für die Havas-Meldung. Beispielsweise konnte der Autor in einer der umfassendsten Sammlungen diplomatischer Dokumente nicht einmal eine Erwähnung dieser „Presensensation“ finden; siehe Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1939: Vols. 1–5. Washington D. C. 1956.

<sup>48</sup> Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 7, S. 214–216.

<sup>49</sup> Das Material wurde offenbar 10 Tage früher vorbereitet, wovon das Datum zeugt, das hinter dem Titel des Artikels steht, außer wenn es sich um einen Druckfehler handeln sollte – 2. Juli anstelle von 12.

<sup>50</sup> Henry Ruffin, Deux Documents, Journal de Genève vom 12. 7. 1941.

3. „Auf eine deutsche Niederlage“, sagte er, „wird unausweichlich die Sowjetisierung Deutschlands und die Bildung einer kommunistischen Regierung folgen.“
4. „Aber dafür ist es unabdingbar, daß sich der Krieg so lange wie möglich hinzieht, und in eben diese Richtung müssen alle Mittel gelenkt werden, über die wir verfügen.“
5. „Wenn wir geschickt genug sind, um Nutzen aus den Ereignissen zu ziehen, werden wir dem kommunistischen Frankreich zu Hilfe kommen können und es zu unserem Verbündeten machen, ebenso wie allen Völker, die unter deutsche Vormundschaft gefallen sind.“

Dieses Mal reagierte die deutsche Presse sofort. Die Publikation paßte sehr gut in die von Goebbels entfachte „riesige Propagandakampagne ... Moskau ohne Maske“<sup>51</sup>. In den nächsten Tagen war die deutsche Presse mit Schlagzeilen überschrieben wie: „Der europäische Krieg sollte den Boden für die Weltrevolution bereiten“<sup>52</sup>, „Dieser Krieg muß so lange wie möglich dauern“<sup>53</sup>. Die Ergänzungen, die Ruffin vorgenommen hatte, waren mit ihren unzweideutigen Anspielungen auf die Rettungsmission des „Verteidigers“ der europäischen Zivilisation ebenso antisowjetisch wie pronazistisch.

Die nächste Version der „Stalin-Rede“ erschien 1942 in dem Buch des französischen Professors Albert de La Pradelle „Le Marxisme Tentaculaire. La Formation, la Tactique et l'Action de la Diplomatie Soviétique 1920–1940“<sup>54</sup>, das in dem vom Vichy-Regime kontrollierten Teil Frankreichs herauskam. Unter der Überschrift „Stalins Bekenntnis“ (L'aveu de Staline) wurden die „Documents Ruffin“ mit einer Einleitung des Journalisten präsentiert. Die Variante von 1942 enthielt einige weitere Hinzufügungen zu den bereits bekannten Varianten.

1. „Die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre zeigt uns eindeutig, daß es in Friedenszeiten unmöglich ist, in Europa eine kommunistische Bewegung zu haben, die stark genug ist, um der Kommunistischen Partei die Übernahme der Macht zu ermöglichen. Eine solche Bewegung und infolgedessen [die Diktatur der kommunistischen Partei ist nur infolge eines großen Krieges möglich – vgl. Ergänzung 1941<sup>2</sup>].“
2. „Wir wissen, daß diese Arbeit große Mittel erfordert, aber wir müssen ohne zu zögern, zu diesem Opfer bereit sein [hier beginnt der Zusatz] und den französischen Genossen die Aufgabe stellen, in erster Linie die Polizei zu korrumpieren.“
3. „Aber man muß noch auf etwas anderes gefaßt sein: in dem besiegten Frankreich wird unvermeidlich die kommunistische Revolution eintreten. [Wenn wir geschickt genug sind, um Nutzen aus diesem Umstand zu ziehen, können

<sup>51</sup> Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 9: Dezember 1940 – Juli 1941, bearb. von Elke Fröhlich, München 1998, S. 428 (Eintragung vom 6. 7. 1941).

<sup>52</sup> Völkischer Beobachter, Münchner Ausgabe vom 13. 7. 1941, S. 1.

<sup>53</sup> Völkischer Beobachter, Norddeutsche Ausgabe, vom 14. 7. 1941, S. 6.

<sup>54</sup> Vgl. Albert de La Pradelle, *Le Marxisme Tentaculaire. La Formation, la Tactique et l'Action de la Diplomatie Soviétique 1920–1940*, Issoudun 1942, S. 124–128.

wir dem kommunistischen Frankreich zu Hilfe kommen und es zu unserem Verbündeten machen. Ebenso werden alle Völker, die unter die Vormundschaft des siegreichen Deutschland gefallen sind, unsere Verbündeten werden – vgl. Ergänzung 1941<sup>55</sup>], und wir werden auf diese Weise ein ausgedehntes Aktionsfeld erhalten.“

Die Ergänzungen des Jahres 1942 verschieben den Akzent der „Stalin-Rede“ immer mehr auf das Zusammenwirken der UdSSR und der französischen Kommunisten beim Streben nach der Sowjetisierung Frankreichs und des übrigen Europa. Und das nicht zufällig. Es ist nicht bekannt, in welchem Monat des Jahres 1942 das Buch von A. de La Pradelle, einem „Pétainisten“<sup>55</sup>, erschienen ist, aber offenkundig hatte man schon verstanden, daß der Zusammenbruch des Blitzkriegs an der Ostfront und der Kriegseintritt der USA den Gang der Ereignisse ernsthaft verändert hatte. Auch spielten die Kommunisten in der französischen Widerstandsbewegung mittlerweile eine bedeutende Rolle<sup>56</sup>. All das war geeignet, das Vichy-Regime zu beunruhigen.

In seiner Einleitung zur „Rede“ in La Pradelles Buch gab Ruffin eine Darstellung der Umstände, unter denen er in den Besitz jener Informationen gekommen war, die von der Nachrichtenagentur Havas verbreitet worden waren. Demzufolge kursierten seit Anfang November 1939 schon drei Wochen lang unter Journalisten und Politikern Gerüchte über eine hochgeheime Sitzung des Politbüros des ZK der VKP (b), auf der eine außerordentlich wichtige Entscheidung über den Krieg gefallen sei. Plötzlich habe sich die Gelegenheit ergeben, mit einer hochgestellten Persönlichkeit in Kontakt zu treten, deren Informiertheit außer Zweifel stand. Diese Person habe ihm erschöpfende Auskünfte erteilt, die er, Ruffin, so genau wie möglich aufgezeichnet habe<sup>57</sup>.

Zwei Jahre später publizierte Ruffin in der in Vichy erscheinenden Zeitschrift „La Revue universelle“ einen Artikel „Stalins Plan (November 1939)“<sup>58</sup>, in dem er erneut die „Stalin-Rede“ anführte, und zwar in einer Version, die mit der bei La Pradelle veröffentlichten nahezu identisch war. Jedoch nahm sich dabei die Geschichte des Auftauchens der „Stalin-Rede“ anders aus als in dem Buch. Gemäß dieser Version befand sich der nichtsahnende Ruffin am 27. November 1939 im Genfer Büro der Agentur Havas, als plötzlich ein Besucher eintrat, der ihm ein Dokument anvertraute. Nach dessen eingehender Analyse, die keine

<sup>55</sup> Jäckel, Über eine angebliche Rede, S. 385.

<sup>56</sup> Die deutschen Besatzungsbehörden erwiesen den Anstrengungen der Vichy-Regierung im Kampf gegen den Kommunismus die gebührende Anerkennung: „Insbesondere Innenminister Pucheu, scheint sich entschlossen zu haben, die Zukunftsfahr des Kommunismus, die nach einer Beendigung der deutschen Besetzung nicht unbeträchtlich wäre, zu beseitigen.“ Lagebericht des Militärbefehlshabers in Frankreich Dezember 1941/Januar 1942, zit. nach Regina M. Delacor, Attentat und Repressionen. Ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42, Stuttgart 2000, Dok. 77, S. 212.

<sup>57</sup> Vgl. La Pradelle, Le Marxisme, S. 124.

<sup>58</sup> Vgl. Henry Ruffin, Le Plan des Staline (Novembre 1939), in: La Revue universelle, Aug. 1944, S. 105–110.

Zweifel an seiner Authentizität zugelassen hätte, habe er, Ruffin, es noch am selben Abend nach Paris weitergeleitet<sup>59</sup>.

Mit der Publikation Ruffins aus dem Jahr 1944 endet die „Kriegsgeschichte“ der „Stalin-Rede“. Jäckel hat alle Etappen der Transformation ihres Textes verfolgt und hat sogar, nachdem er in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre Ruffin ausfindig gemacht hatte, mit diesem korrespondiert. Ruffin bestätigte, daß er persönlich der Agentur Havas die „Stalin-Rede“ übermittelt hatte. Auf einen zweiten Brief jedoch, der konkrete Fragen zu den Abweichungen zwischen den beiden von Ruffin persönlich veröffentlichten Texten und der Variante in dem Buch von La Pradelle enthielt, antwortete er nicht<sup>60</sup>. Und das hatte, wie es scheint, seine Gründe. Jäckel fand heraus, daß Ruffin stark ausgeprägte antikommunistische Ansichten vertrat, die er schon Mitte der zwanziger Jahre in dem Buch „Reverrons-nous la guerre?“<sup>61</sup> sowie in weiteren Artikeln vertreten hatte<sup>62</sup>. Das erklärt in vieler Hinsicht, warum gerade Ruffin an der Publikation der „Stalin-Rede“ und ihrer Varianten beteiligt war, die jeweils dann erschienen, wenn dafür politischer Bedarf bestand. Es ist schwer zu sagen, ob Ruffin Verfasser oder Mitverfasser des Stalin zugeschriebenen Textes war, aber bestimmt wußte er einiges über seine dubiose Herkunft.

Jäckel hatte schon 1958 ernsthafte Zweifel an der Herkunft als auch am Inhalt des Dokuments. „All dies sollte genügen, um die angebliche Stalin-Rede, wenn nicht als erwiesenermaßen unecht<sup>63</sup>, so doch als im höchsten Grad fragwürdig aus der wissenschaftlichen Literatur auszuschließen“, konstatierte er<sup>64</sup>. Die „Rede“ enthalte keinerlei Informationen (mit Ausnahme offenkundig absurder Aussagen), die im November 1939 jedem Beobachter nicht schon bekannt gewesen wären. Viele in ihr erwähnte Fakten waren kein Geheimnis, weil sie sich bis zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon ereignet hatten<sup>65</sup>. Daher, so Jäckel, könnte die „Rede“ sehr wohl eine „prophetisch-fiktive“ Studie eines „Spezialisten des Bolschewismus“ sein<sup>66</sup>. Jäckels Aufsatz überzeugte die meisten westlichen Historiker<sup>67</sup>, die gewöhnlich seine Argumentation teilten.

<sup>59</sup> Vgl. ebenda, S. 106.

<sup>60</sup> Vgl. Jäckel, Über eine angebliche Rede, S. 386, Anm. 22.

<sup>61</sup> Vgl. Henry Ruffin, *Reverrons-nous la guerre? Une enquête internationale*, Genf 1925.

<sup>62</sup> Vgl. Jäckel, Über eine angebliche Rede, S. 387, Anm. 24.

<sup>63</sup> Da er über viele heute bekannte Dokumente noch nicht verfügte, konnte Jäckel sich kein kategorischeres Urteil erlauben, das in der Folge von seinen Gegnern benutzt worden wäre, um die Bedeutung der von ihm durchgeführten Forschungen in Zweifel zu stellen.

<sup>64</sup> Jäckel, Über eine angebliche Rede, S. 387.

<sup>65</sup> Vgl. ebenda, S. 388.

<sup>66</sup> Ebenda, S. 389.

<sup>67</sup> Z.B. Walter Hofer, der sich in der ersten Auflage seines Buches „Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939“, Stuttgart 1954, S. 183, auf die Publikation dieser Rede gestützt hatte, verzichtete in der Folge auf die Erwähnung dieses „Dokuments“. In der UdSSR konnte dieser Text natürlich nicht studiert werden. Lediglich einmal wurde diese „Stalin-Rede“ in einer offiziellen sowjetischen Veröffentlichung erwähnt. Dabei wurde sie aus dem Kontext gerissen und willkürlich einige Worte zur Entlarfung der „bourgeois Geschichtsfälscher“ zitiert, zu denen niemand anderer als auch

Die Geschichte der „Stalin-Rede“ vom 19. August 1939 war damit freilich noch nicht ganz beendet – von Zeit zu Zeit erwähnten oder zitierten sie vor allem rechtsextreme Autoren im Westen, ohne sich allerdings eingehender mit ihr auseinanderzusetzen<sup>68</sup>. Letztlich aber schien diese Geschichte in Vergessenheit geraten zu sein.

### 19. August 1939 – kein Sitzungstag des Politbüros

Im Zuge der in der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre begonnenen Perestrojka entstand schrittweise die Möglichkeit, die sowjetische Außenpolitik auf der Basis zuvor unzugänglicher Archivadokumente wissenschaftlich zu untersuchen. Die unterschiedlichsten Thesen werden nun vertreten. So versuchen manche Historiker, Stalins Außenpolitik als ausschließlich von nationalstaatlichen Interessen geleitet zu rechtfertigen. Ausgehend von der unbestrittenen Tatsache, daß an der Spitze des von den Bolschewiki in der UdSSR errichteten totalitären Regimes einer der größten Verbrecher des 20. Jahrhunderts stand, meinen manche, man könne ohne nähere Prüfung jegliches belastende Faktum oder Dokument Stalin zuschreiben – ein Ansatz, der in seiner mangelnden Professionalität mitunter auch die Sache der Neo-Stalinsten unterstützt<sup>69</sup>.

Vor diesem Hintergrund begann auch das Interesse an der „Stalin-Rede“ vom 19. August 1939 wieder zu wachsen. Der Impuls kam zunächst von außen: 1985 erschien ein Artikel eines in den Westen übergelaufenen Offiziers der GRU, der militärischen Aufklärung der sowjetischen Armee, der sich hinter dem Pseudonym V. Suvorov verbarg, in dem die These vorgetragen wurde, daß Stalin im Sommer 1941 beabsichtigt habe, Deutschland anzugreifen<sup>70</sup>. Erschienen in der Zeitschrift des britischen Instituts für Verteidigungsforschung, hätte er als eine weitere und dabei nicht einmal neue Interpretation der Ereignisse von 1941 wahrscheinlich nur die Aufmerksamkeit der Spezialisten auf sich gezogen, wenn

---

Jäckel gerechnet wurde, der eine grobe Fälschung veröffentlicht habe – „den Text einer angeblich von ihm gefundenen ‚Aufzeichnung‘ einer Rede J. Stalins auf der Sitzung des Politbüros vom 19. 8. 1939, in der ein Aufruf zur Organisierung eines Krieges ‚zwischen Deutschland und den anglo-französischen Blocks‘ enthalten ist; vgl. *Istorija vtoroj mirovoj vojny 1939–1945*, 12 Bde., hier Bd. 2, Moskau 1974, S. 285. Siehe auch die in der DDR erschienene Übersetzung dieser Ausgabe: *Geschichte des zweiten Weltkriegs in zwölf Bänden*. Bd. 2, hrsg. von Heinz Hoffmann u.a., Berlin 1975, S. 347.

<sup>68</sup> Siehe z. B. Heinrich Härtle, *Die Kriegsschuld der Sieger: Churchills, Roosevelts und Stalins Verbrechen gegen die Menschlichkeit*, Göttingen 1966, S. 321; Philipp Fabry, *Die Sowjetunion und das Dritte Reich*, Stuttgart 1971, S. 406, Erich Helmdach, *Überfall? Der sowjetisch-deutsche Aufmarsch 1941*, Berg am See<sup>6</sup> 1981, S. 31 f.

<sup>69</sup> Vgl. z. B. V. V. Suchodeev/B. G. Solov'ev, *Polkovodet Stalin*, Moskau 1999; R. F. Ivanov, *Stalin i sojuzniki: 1941–1945 gg.*, Smolensk 2000; Ju. V. Emel'janov, *Stalin: Put' k vlasti*, Moskau 2002; ders., *Stalin: Na vershine vlasti*, Moskau 2002.; V. V. Karpov, *Generalissimus: Istoriko-dokumental' – noe izdanie*, Kaliningrad 2002.

<sup>70</sup> Vgl. Viktor Suvorov, *Who was Planning to Attack Whom in June 1941, Hider or Stalin?* In: *The Journal of the Royal United Services Institute of Defence Studies* (1985), Vol. CXXX, Nr. 2, S. 50–55.

nicht die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Reklame für Suvorovs Ansichten gemacht hätte<sup>71</sup>. Damit wurde der Anfang für einen neuen „Historikerstreit“<sup>72</sup> gelegt, dieses Mal über die These von einem Präventivkrieg Hitlers im Jahre 1941, der bis zum heutigen Tag nicht beendet ist<sup>73</sup>.

Schon bevor sich das Zentrum dieser Diskussion Anfang der neunziger Jahre nach Rußland verlagerte, brachte der Exagent und jetzige Schriftsteller Viktor Suvorov sein erstes, aufsehenerregendes Buch „Der Eisbrecher“ heraus<sup>74</sup>, in dem er sich die Aufgabe gestellt hatte, die These von einem angeblich von Stalin im Jahre 1941 geplanten Angriff auf Deutschland zu begründen. Bei aller Anhäufung willkürlich selektierter Fakten fehlte dem Buch doch das Entscheidende: eine schlüssige Begründung für das angebliche Interesse Stalins an der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs. Da Suvorov nicht über die Meldung der Agentur Havas verfügte, sondern nur über die Reaktion Stalins auf diese, konzentrierte sich seine schriftstellerische Phantasie nur auf die Sitzung des Politbüros vom 19. August 1939, auf der angeblich „der endgültige Beschluß zur Realisierung [...] seines Plans zur ‚Befreiung‘ Europas [...] gefaßt“ wurde<sup>75</sup>.

Anfang 1994 erschien ein weiteres Buch Suvorovs: „Der Tag M“, in dem er die Idee entwickelte, der 19. August 1939 sei „der Tag, an dem Stalin den Zweiten Weltkrieg auslöste“<sup>76</sup>. Nach Meinung Suvorovs traf Stalin genau an diesem Tag „Entscheidungen, die die Weltgeschichte umkehren sollten“<sup>77</sup>. Dabei polemisiert er gegen jene, welche die Bedeutung dieses Tages in der Weltgeschichte gering einstufen und behaupten würden, daß „an diesem Tag keinerlei Entscheidungen getroffen wurden und daß überhaupt am 19. August 1939 eine Sitzung des Politbüros nicht stattgefunden hat“<sup>78</sup>. Zum Beweis des Gegenteils stützt sich Suvorov auf einen Aufsatz von Generaloberst Dmitrij Volkogonov, in dem dieser *angeblich*

<sup>71</sup> Vgl. Günther Gillissen, Der Krieg der Diktatoren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. 8. 1986, S. 25.

<sup>72</sup> Vgl. Bernd Stegemann, Geschichte und Politik. Zur Diskussion über den deutschen Angriff auf die Sowjetunion, in: Beiträge zur Konfliktforschung (1987), H. 1. S. 73–97; Wolfram Wette, Über die Wiederbelebung des Antubolschewismus mit historischen Mitteln Oder: Was steckt hinter der Präventivkriegsthese?, in: Geschichtswende? Entsorgungsvorschläge zur deutschen Geschichte, Freiburg i. Br. 1987, S. 86–115; Bianka Pietrow, Deutschland im Juni 1941 – ein Opfer sowjetischer Aggression? Zur Kontroverse über die Präventivkriegsthese, in: Geschichte und Gesellschaft (1988), S. 116–135; Gerd R. Ueberschär/Lew Bezymenskij (Hrsg.), Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese, Darmstadt, 1998; Stefan Voß, Stalins Kriegsvorbereitungen 1941: erforscht, gedeutet und instrumentalisiert. Eine Analyse postsowjetischer Geschichtsschreibung, Hamburg 1998; Bianka Pietrow-Ennker (Hrsg.), Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt a. M. 2000.

<sup>73</sup> Vgl. Nakanune napadenija Germanii: Vnešnjaja i vnutrennjaja politika SSSR v pervoj polovine 1941 goda. Materialy „kruglogo stola“, in: Slavjanovedenie (2002), Nr. 6, S. 3–39.

<sup>74</sup> Vgl. Suvorov, Der Eisbrecher.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 62.

<sup>76</sup> Viktor Suvorov, Der Tag M, Stuttgart 1995, S. 329.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 63.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 74.

„zugab, daß es an diesem Tag eine Sitzung gab und daß er selbst das Protokoll in den Händen gehabt habe“<sup>79</sup>.

Aus dem besagten Aufsatz Volkogonovs ist ersichtlich, daß er nicht das Protokoll einer Sitzung des Politbüros vom 19. August 1939 in den Händen hatte, sondern einen Beschluß des Politbüros von eben diesem Tag<sup>80</sup>. Ende der dreißiger Jahre war die Zahl der Fragen, zu denen das Politbüro Beschlüsse faßte, ständig gewachsen, gleichzeitig aber war die Zahl der in den Protokollen festgehaltenen Sitzungen stetig gesunken (1937 gab es sieben, 1938 fünf Sitzungen). 1939 faßte das Politbüro Entscheidungen zu 2855 Fragen<sup>81</sup>, aber dabei wurden während des ganzen Jahres nur zwei Sitzungen durchgeführt, die in den entsprechenden Protokollen als Sitzungen des Politbüros ausgewiesen sind, nämlich am 29. Januar und am 17. Dezember<sup>82</sup>. Die weit überwiegende Mehrzahl der Entscheidungen wurden vom Orgbüro und vom ZK-Sekretariat vorbereitet und von den Mitgliedern des Politbüros im Umlaufverfahren getroffen oder bei Zusammenkünften im engen Kreis in Stalins Büro<sup>83</sup>. Insbesondere bei Treffen der führenden „Pjatorka“ [Fünfergruppe] im Kreml oder bei inoffiziellen Anlässen wurden in vollem oder teilweise Umfang Entscheidungen getroffen, die danach formell als Entscheidungen des Politbüros ausgefertigt werden konnten, aber in bestimmten Fällen nicht in die Protokolle aufgenommen wurden. Damit wird deutlich, daß Volkogonov ein Fehler unterlaufen ist, als er aus der Entscheidung des Politbüros vom 19. August 1939 über eine einzelne Frage<sup>84</sup> auf eine Sitzung des Politbüros

<sup>79</sup> Ebenda, S. 76. Tatsächlich hat Volkogonov geschrieben: „V. Suvorov hebt ständig die Bedeutung des Datums des 19. August 1939 hervor, als seiner Meinung nach die Entscheidung für einen Angriff auf Deutschland gefallen ist. Ich muß den Verfasser enttäuschen: tatsächlich fand am 19. August eine Sitzung des Politbüros statt, aber es gab nur einen militärischen Tagesordnungspunkt. ‚Über die Aufschiebung der Einberufung der Arbeiter der Baustelle der Eisenbahn Akmolinsk-Kartali in die RKKA [d.i. die Rote Armee] (gemäß Telegramm von Skvorcov).‘ Und das war alles. Keinerlei Erwähnung eines Plans ‚Gewitter‘ usw.“, in: *Izvestija* vom 16. 1. 1993, S. 9.

<sup>80</sup> Bereits im Dezember 1923 wurde festgelegt, daß in den „Protokollen des Politbüros nichts außer den Beschlüssen des Politbüros aufgezeichnet werden soll“. Die Stenographierung der Diskussion einzelner Fragen auf den Sitzungen des Politbüros wurde nur aufgrund spezieller Entscheidungen vorgenommen, was im Protokoll besonders vermerkt wurde. Diese Art der Protokollierung der Sitzungen wurde bis zum Ende der vierziger Jahre beibehalten. Vgl. *Protokoly CK RKP(b)-VKP(b) kak istoričeskij istočnik*, in: *Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b). Povestki dnja zasedanij. 1919–1952*, Bd. 1: 1919–1929, Moskau 2000, S. 22 u. S. 24.

<sup>81</sup> *Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b). Povestki dnja zasedanij. 1919–1952*, Bd. 2: 1930–1939, Moskau 2001, S. 1014–1103; *Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b). Povestki dnja zasedanij. 1919–1952*, Bd. 3: 1940–1952, Moskau 2001, S. 7–10.

<sup>82</sup> Vgl. Oleg Chlevnjuk u. a. (Hrsg.), *Stalinskoe politbjuro v 30-e gody. Sbornik dokumentov*, Moskau 1995, S. 246–252.

<sup>83</sup> Vgl. *Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b). Povestki dnja*, Bde. 2 u. 3. Anfang 1941 charakterisierte Stalin die üblich gewordene Praxis folgendermaßen: „Jetzt haben wir im ZK schon vier oder fünf Monate das Politbüro nicht mehr zusammengerufen. Alle Fragen bereiten Ždanov, Malenkov und andere auf einzelnen Versammlungen mit kompetenten Genossen vor [...]“; vgl. das Tagebuch des Stellvertretenden Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und Volkskommissars für Maschinenbau V. A. Malyšev, „Projdet desjatom let, i eti vstreči ne vosstanovit' uže v pamjati“, in: *Istočnik* (1997), Nr. 5, S. 103–147, hier S. 114.

<sup>84</sup> *Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b). Povestki dnja*, Bd. 2, S. 1073 (Protokoll Nr. 6, Punkt 116).

an diesem Tag schloß. An diesem Tag traf Stalin verschiedene Entscheidungen (beispielsweise über den Besuch Ribbentrops in Moskau<sup>85</sup>), gab Anweisungen und traf sich im Kreml mit einem kleinen Personenkreis<sup>86</sup>, mit dem er im wesentlichen Fragen der deutsch-sowjetischen Beziehungen besprach, und hat sich möglicherweise mit diesen und vielleicht auch anderen Fragen abends auf seiner Datscha weiterbeschäftigt. Was Stalin am 19. August 1939 aber bestimmt nicht getan hat – er trat nicht mit einer Rede vor einer erweiterten Sitzung des Politbüros auf, die es an diesem Tag ganz einfach nicht gab. Den Forschern sind keinerlei Dokumente bekannt, auch nicht aus dem Archivbestand Stalins, welche die Mitteilung der Agentur Havas über ein Sitzung des Politbüros am 19. August 1939 bestätigen würden<sup>87</sup>.

### Moskauer Funde und ihre Interpreten

Ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Spekulationen um die „Stalin-Rede“ begann Mitte der neunziger Jahre, nachdem die russische Historikerin T. S. Bušueva 1994 in einer Rezension der beiden erwähnten Bücher von Suvorov<sup>88</sup> einen eigenen Archivfund vorstellte: „In den geheimen Trophäenbeständen des Sonderarchivs der UdSSR<sup>89</sup> konnten Angaben darüber gefunden werden, daß am 19. August 1939, also vier Tage vor der Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages, Stalin das Politbüro und die Führung der Komintern eilig zusammenrief. Auf dieser Sitzung hielt er eine Rede, deren Text bei uns nie publiziert wurde.“<sup>90</sup> Im folgenden führte Bušueva den bereits aus der Havas-Meldung und den 1941–1944 publizierten Ergänzungen bekannten Text an<sup>91</sup>, jedoch mit einer ganzen Reihe von teilweise markanten Unterschieden, die im folgenden in deutscher Übersetzung veröffentlicht werden: einige Passagen waren ausgelassen (sie sind hier in Kursivschrift wiedergegeben), andere hinzugefügt worden (hier durch Unterstreichung kenntlich gemacht).

<sup>85</sup> Vgl. die Aufzeichnung des Gesprächs Molotovs mit Schulenburg vom 19. 8. 1939, in: DVP, Bd. XXII, Buch. 1, dok. 474, S. 617.

<sup>86</sup> An diesem Tag waren bei Stalin: Molotov (zweimal), der Volkskommissar für Außenhandel Mikojan, der Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR A. F. Gorkin und der künftige Bevollmächtigte der UdSSR in Deutschland, A. A. Škvarcev; vgl. Istoričeskij archiv (1995) Nr. 5–6, S. 48 (Einträge im Besucherbuch Stalins vom 19. 8. 1939).

<sup>87</sup> Die Wahl eben dieses Tages erklärt sich vermutlich daraus, daß in der Nacht vom 19. auf den 20. August in Berlin das sowjetisch-deutsche Kreditabkommen unterzeichnet wurde, das in der ganzen Welt als eine grundlegende Wende in den Beziehungen zwischen beiden Staaten betrachtet wurde, und dem nach der Logik des Verfassers der „Stalin-Rede“ eine bestimmte Prozedur im Kreml zur Legitimation des neuen politischen Kurses vorausgegangen sein mußte.

<sup>88</sup> Vgl. T. Bušueva, „proklinaja – poprobujte ponjat“, in: Novyj mir (1994), Nr. 12, S. 230–237.

<sup>89</sup> Seit 1992 Centr chranenija istoriko-dokumental'nych kollekcij [Zentrum zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen] (CChIDK), heute: Rossijskij gosudarstvennyj voennyj archiv [Russisches Staatliches Militärarchiv] (künftig: RGVA).

<sup>90</sup> Bušueva, „proklinaja“, S. 232.

<sup>91</sup> Archivfundort in: RGVA, f. 7/K, op. 1, d. 1223, l. 87–89.

„Die Frage von Krieg oder Frieden tritt in ihr für uns kritisches Stadium ein. [1] Ihre Lösung hängt vollständig von der Position ab, die die Sowjetunion einnehmen wird. [...] Wir können in einer vorteilhaften Position abwarten, wann die Reihe an uns ist [2] in den Krieg einzutreten.

[3] Das genau ist es, was unsere Interessen erfordern. [...] Wir müssen den deutschen Vorschlag annehmen und die anglo-französische Mission höflich zurückschicken. [4] Es ist nicht schwierig, den Vorteil vorherzusehen, den wir aus dieser Vorgehensweise ziehen. Es ist für uns offensichtlich, daß Polen vernichtet sein wird, bevor England und Frankreich imstande sein werden, ihm zu Hilfe zu kommen.

[5] Der erste Vorteil, den wir daraus ziehen, wird die Vernichtung Polens bis zum Vorfeld von Warschau sein, inclusive des ukrainischen Galizien. Deutschland läßt uns völlige Handlungsfreiheit in den [6] drei baltischen Staaten und widersetzt sich nicht der Rückkehr Bessarabiens zu Rußland. [...] Offen bleibt die Frage Jugoslawiens [7] ...<sup>92</sup> [...] [8]. Wir dürfen nicht vergessen, daß das sowjetisierte Deutschland vor einer großen Gefahr stehen wird, wenn diese Sowjetisierung die Folge einer Niederlage Deutschlands in einem schnell verlaufenen Krieg darstellt.

[...] Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß in diesem Land während des Krieges die [9] unsere Partei gezwungen sein wird, auf die legale Arbeit zu verzichten und in den Untergrund zu gehen. Wir wissen, daß diese Arbeit viele [10] Mittel Opfer verlangt, aber [11] wir müssen ohne zu zögern zu diesen Opfern bereit sein unsere französischen Genossen werden nicht zweifeln. [...] Für die Realisierung dieser Pläne ist es unerläßlich, daß sich der Krieg so lange wie möglich hinzieht, und genau in diese Richtung müssen wir unsere Mittel lenken, über die wir [12] in Westeuropa und auf dem Balkan verfügen. [...] Wir werden ein ausgedehntes Aktionsfeld [13] für die Entwicklung der Weltrevolution erhalten. [...] Es wird nötig sein, die [14] propagandistische Arbeit in den kriegführenden Ländern zu verstärken, um bereit zu sein für die Zeit, wenn der Krieg endet [...].<sup>93</sup>

Bušueva schließt ihre Veröffentlichung des „Dokuments“ mit der Schlußfolgerung: „Der angeführte Text der Stalin-Rede wird auf der Basis seiner französischen Abschrift wiedergegeben und wurde vermutlich von jemandem aus der Komintern angefertigt, der an der Politbürositzung teilgenommen hatte. Natürlich ist es notwendig, diese Variante mit dem Original zu vergleichen. Jedoch ist es nicht möglich, das zu tun, weil dieses im Archiv hinter sieben Siegeln

<sup>92</sup> Im Original gibt es keine Auslassungspunkte, sondern es folgt dieser, von Bušueva ausgelassene Text: „deren Lösung von der Position abhängt, die Italien einnimmt. Wenn Italien an der Seite Deutschlands bleibt, wird dieses fordern, daß Jugoslawien in seine Einflußsphäre einbezogen wird; [und darüber hinaus von Jugoslawien – die Gewährung von Zugang zum adriatischen Meer. Aber wenn Italien nicht gemeinsam mit Deutschland marschiert, dann wird sich Deutschland den Zugang zur Adria auf Kosten Italiens sichern. Dabei würde Jugoslawien unserer Einflußzone zugeschrieben, jedenfalls, in dem Falle, daß Deutschland siegreich aus dem Krieg hervorgeht.] das bezieht sich auf den Fall, daß Deutschland und Italien als Sieger aus dem Krieg hervorgehen. Siehe auch Anm. 28.

<sup>93</sup> Im Original fehlen die Auslassungspunkte, da zwar der Text der „Stalinrede“ mit diesen Worten endet, aber noch nicht das Dokument.

liegt<sup>94</sup> und in der nächsten Zeit kaum Kopien dieses zweifellos historischen Dokuments veröffentlicht werden, das so offen die Aggressivität der Politik der UdSSR an den Tag bringt. Diese Rede Stalins lag der Position der sowjetischen Seite bei der Unterzeichnung der geheimen Zusatzprotokolle [zum Nichtangriffspakt] mit dem faschistischen Deutschland über die Teilung Europas zugrunde.<sup>95</sup>

Bušueva präsentierte keine Analyse und Kritik der Quelle, sondern alles in allem nur eine hymnische Rezension von Suworovs Büchern „Der Eisbrecher“ und „Der Tag M“, in der sie versuchte, eine seiner zentralen Thesen zu bekräftigen, nämlich: „Der genaue Tag, an dem Stalin den Zweiten Weltkrieg begonnen hat, das ist der 19. August 1939.“<sup>96</sup> Zu diesem Zweck baute sie in die Rezension eine der Varianten des Textes der „Stalin-Rede“ vom 19. August 1939 ein, die sich im ehemaligen Sonderarchiv unter Dokumenten des Deuxième Bureau des französischen Generalstabs befindet, und ließ bei der Veröffentlichung einige zweifelhafte Stellen der Quelle weg, um ihr größere Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Worin besteht der Unterschied des von Bušueva veröffentlichten Textes der „Stalin-Rede“ zu den bereits betrachteten Varianten? Wie aus den obigen Gegenüberstellungen ersichtlich ist, enthält der Moskauer Fund abgesehen von einigen Kürzungen und Ergänzungen alle grundlegenden Aussagen des Textes der „Stalin-Rede“, wie sie zwischen 1939 und 1944 veröffentlicht wurde. Das Dokument<sup>97</sup> befand sich im Bestand des Deuxième Bureau des Generalstabs der französischen Armee, in einer Akte, die Dokumente für die Zeit von 1918 bis 1940 über verschiedene Aspekte der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF), ihre Verbindungen zur Kommunistischen Partei Deutschlands und über polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung der kommunistischen Bewegung enthält.

Vor dem Text der „Stalin-Rede“ findet sich in der Archivakte ein offizielles Formular des Militärministeriums [Secrétariat d'État à la Guerre] der Vichy-Regierung, auf dem folgende handschriftliche Verfügung zu lesen ist: „Dokument von einer zuverlässigen Quelle über den Kommunismus. Es ist auszunutzen im Hinblick auf die Direktiven, die den Offizieren der M. A.<sup>98</sup> zu geben sind. Die Direktiven sind uns vorzulegen.“<sup>99</sup> Was teilt uns diese Anweisung mit? Erstens, die Wechselbeziehung des Dokuments zum Ort und zur Zeit seiner Nutzung durch die Aufklärung und Spionageabwehr bei der Vichy-Regierung.

Zweitens: Obwohl die Verfügung selbst nicht datiert ist, ist oben auf der Seite, auf der der Text der „Stalin-Rede“ beginnt, handschriftlich das Datum „23-12-40“

<sup>94</sup> Dem Verfasser liegt eine offizielles Schreiben des Archivs des Präsidenten der Russischen Föderation vom 8. 4. 1997 mit der Erklärung vor, daß kein Text einer Rede Stalins vom 19. 8. 1939 im Präsidentenarchiv aufgefunden werden konnte.

<sup>95</sup> Bušueva, „proklinaja“, S. 233.

<sup>96</sup> Ebenda, S. 232.

<sup>97</sup> Unter „Dokument“ wird nicht nur der Text der Stalin zugeschriebenen Rede verstanden, sondern auch der ganze Begleittext.

<sup>98</sup> Menées antinationales («Antinationale Umtriebe»): Bezeichnung einer der Abteilungen des Geheimdienstes der Petain-Regierung in Vichy.

<sup>99</sup> RGVA, f 7/K, op. 1 d. 1223, l. 86.

angefügt<sup>100</sup>. Zieht man den Inhalt der Rede in Betracht, vor allem, wenn man die verschiedenen Versionen vergleicht, die später ans Licht kamen, dann spricht das dafür, daß sowohl die beiden Publikationen Henry Ruffins von 1941 und 1944, als auch die Aufnahme des Textes der „Stalin-Rede“ in das Buch von A. de La Pradelle unter der Schirmherrschaft von Pétains Geheimdienst erfolgten und der jeweiligen Situation angepaßt wurden.

Dem Text der „Stalin-Rede“ war ein Vorspann vorangestellt, den Bušueva in ihrer Publikation weggelassen ließ: „Warum die UdSSR den Vertrag mit dem Reich unterschrieben hat, mit dieser Frage beschäftigen sich noch viele französische Kommunisten<sup>101</sup>. Hier werden die Motive dargelegt, aufgrund derer die Regierung der UdSSR am 19. August genötigt war, die bekannten politischen und ökonomischen Übereinkünfte mit dem [Deutschen] Reich zu unterzeichnen. Am 19. August, abends um 10 Uhr, rief Stalin das Politbüro und die wichtigsten Führer der Komintern zusammen. Stalin erklärte [...]“

Dieser Vorspann enthält beträchtliche Unterschiede zu dem von der Agentur Havas verbreiteten Text. Einerseits ist hier mit keinem Wort von der Agentur selbst die Rede<sup>102</sup>, nichts findet sich über die Vertrauenswürdigkeit der Quelle, von der der Text stammte; ferner werden einige Details über die „Sitzung des Politbüros vom 19. August“ nicht erwähnt: der Grad der Geheimhaltung, die Bedingungen für die Teilnahme der Kominternvertreter, die nur ihrer „russischen Sektion“ gestattet war, die Eile der Einberufung der Sitzung und anderes mehr. Auf der anderen Seite weist der Vorspann in großer Deutlichkeit auf den eigentlichen Adressaten des Dokuments hin – die französischen Kommunisten. Diese Zielrichtung fand sich schon bei der ersten Variante der „Stalin-Rede“, aber noch wurde sie nicht so eindeutig akzentuiert.

Der Schlußteil des Dokuments aus dem ehemaligen Sonderarchiv<sup>103</sup> ist im Vergleich mit der Schlußvignette der Veröffentlichung von Ende November 1939 etwas verändert und sieht folgendermaßen aus: „Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Danach nahm das Politbüro den Beschluß an, den Vorsitzenden der Komintern, Manuilskij, gemeinsam mit dem Generalsekretär Dimitroff zu beauftragen, Instruktionen auszuarbeiten, die den ausländischen kommunistischen Parteien<sup>104</sup> zuzustellen waren. Genossen, glaubt dem Genossen Stalin, dem Führer der Weltrevolution. Seid überzeugt, die bolschewistisch-sozialistische Revolution wird triumphieren, ungeachtet aller Hindernisse. Arbeitet kühn unter seiner Führung. Lang lebe die Kommunistische Internationale [...]“

<sup>100</sup> Ebenda, I. 87.

<sup>101</sup> In dem Vorspann der per Funk verbreiteten Meldung der Agentur Havas hieß es: „Warum hat die UdSSR die Übereinkunft mit Deutschland unterzeichnet? Die öffentliche Weltmeinung beschäftigt sich schon seit langem mit dieser Frage und sucht ihre Antwort bis jetzt.“ GARF, f. 4459, op. 38, d. 97, I. 25.

<sup>102</sup> Nach der Niederlage Frankreichs wurde die Nachrichtenagentur Havas von den deutschen Besatzungsbehörden geschlossen.

<sup>103</sup> RGVA, f. 7/K, op. 1 d. 1223, I. 89.

<sup>104</sup> In dem von Havas verbreiteten Text war die Rede von der Ausarbeitung von „Instruktionen für die ausländische kommunistische Partei.“

Der letzte Absatz des Dokuments soll offenkundig eine für einen Auftritt Stalins im Politbüro „typische“ Atmosphäre wiedergeben, die aber offensichtlich aus dem Stenogramm seines Auftritts auf dem 18. Parteitag der VKP(b) übernommen worden ist<sup>105</sup>, oder die einer Festversammlung, die irgendeinem revolutionären Gedenktag gewidmet ist.

Der in der Rezension in „Novyj mir“ „versteckte“ Text der „Stalin-Rede“ hätte, insbesondere bei westlichen Historikern, kaum größere Aufmerksamkeit erregt, aber schon einige Monate später war ihm ein eigenes Referat des Historikers V. L. Dorošenko auf einer Tagung in Nowosibirsk gewidmet<sup>106</sup>, in dem eine Version über die Entstehung dieses Textes vorgetragen wurde, die den „nichtfantastischen“ Werken des Schriftstellers Viktor Suvorov in nichts nachstand. Der Behauptung Dorošenkos zufolge wurde der Text „auf Veranlassung Stalins angefertigt, wobei Staatsgeheimnisse ausgelassen wurden, und ebenso auf seine Veranlassung der Führung der KPF zur Verfügung gestellt sowie der Nachrichtenagentur Havas mit dem Ziel der Zerstörung der KPF durch die französische Regierung übergeben, was vollständig im Sinne Stalins war“<sup>107</sup>. Wozu aber hatte Stalin das nötig? Hierzu Dorošenko: „Mittels der Publikation dieses Textes wurde die Desorganisation des mächtigsten Feindes Hitler-Deutschlands auf dem Kontinent erreicht, nämlich Frankreichs, und zwar mittels der Kompromittierung der Französischen Kommunistischen Partei. Und dieses Ziel wurde erreicht – die französische kommunistische Partei wurde in dieser Zeit als Helfer des Feindes verboten [...]“<sup>108</sup>.

Diese Erwägungen sind offenkundiger Nonsens. Die französische Regierung selbst begann unmittelbar nach Annahme des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts die Politik der KPF einzuschränken. Am 26. August wurden die zentralen Zeitungen der kommunistischen Partei, „L'Humanité“ und „Ce Soir“, verboten, und genau einen Monat später, am 26. September, wurde der Beschluß gefaßt, die KPF und die mit ihr verbundenen Organisationen ohne jegliche juristische Begründung zu verbieten. Das entsprechende Dekret untersagte „jegliche Tätigkeit, die direkt oder indirekt das Ziel verfolgt, Losungen zu verbreiten, die von der Dritten Kommunistischen Internationale ausgehen oder von ihr abhängig sind oder von Organisationen, die faktisch von dieser Dritten Internationale kontrolliert werden“<sup>109</sup>. Und all das ereignete sich zwei Monate bevor die Nachrichtenagentur Havas den Text der „Stalin-Rede“ verbreitete.

<sup>105</sup> Z.B. „Lang lebe der große Maschinist der revolutionären Lokomotive, Genosse Stalin!“, in: XVIII s'ezd Vsesojuznoj kommunističeskoj partii (b). 10–21 marta 1939 goda. Stenografičeskij očet, Moskau 1939, S. 641.

<sup>106</sup> Vgl. V. L. Dorošenko, Stalinskaja provokacija Vtoroj mirovoj vojny, in: 1939–1945. I sentjabrja – 9 maja. Pjatičesjajuletie razgroma fašistskoj Germanii v kontekste načala Vtoroj mirovoj vojny. Materialy naučnogo seminaru (16 aprelja 1995 g. – Novosibirsk), Red. I. V. Pavlova und L. S. Trus, Novosibirsk 1995, S. 6–17.

<sup>107</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>108</sup> Ebenda.

<sup>109</sup> Journal Officiel de la République française. Lois et décrets. Arrêtés, circulaires, avis, communications, informations et annonces, 1939, 27.09. P.11770, zit. nach V. P. Smirnov, „Strannaja vojna“ i poraženie Francii (sentjabr' 1939 g. – jjun'1940 g.), Moskau 1963, S. 175.

Dorošenko ist offensichtlich bestrebt, den politischen und strategischen „Fehlern Stalins“ eine Art theoretisches Fundament zu unterlegen, das seine angeblichen Ausführungen bestimmt habe.<sup>110</sup> Anstatt den Westmächten zu helfen, den Krieg hinauszuzögern, habe Stalin genau das Gegenteil getan, und während er an „Jahrzehnte“ eines friedlichen Lebens für die Sowjetunion gedacht habe, habe er gewaltige Kräfte an der Grenze mit Deutschland konzentriert, was es Hitler nicht erlaubt habe, die Wehrmacht nach Ende des Westfeldzugs zu demobilisieren „wohl nicht so sehr angesichts des fortgesetzten Kriegs mit England als angesichts der Roten Armee“<sup>111</sup>. Auf diese Weise fügt sich die „Stalin-Rede“ in Dorošenkos Konstruktionen<sup>112</sup> unmittelbar mit der These eines „Präventivkriegs“ Deutschlands gegen die UdSSR im Jahre 1941 zusammen und erscheint als deren Begründung.

Der Vortrag Dorošenkos, der in einem wenig verbreiteten Sammelband veröffentlicht wurde, konnte keine große Resonanz haben, aber noch im gleichen Jahr wurde er in einem Sammelband der Russischen Staatlichen Humanistischen Universität in Moskau nachgedruckt<sup>113</sup>. In seiner Einleitung betonte ihr Rektor Jurij Afanasjew, daß „von den konkreten Ereignissen der Vorkriegsjahre in erster Linie der Text der Rede Stalins auf der Sitzung des Politbüros vom 19. August 1939 Aufmerksamkeit verdient, dessen Inhalt keine Zweifel an den aggressiven Absichten der sowjetischen Führung und ihrer direkten Beteiligung an der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs läßt“<sup>114</sup>. Nachdem er ausgedehnte Zitate aus dieser „Rede“ angeführt hat, resümiert Afanasjew: „Die Authentizität der Rede wird nicht nur durch die quellenkundliche Analyse, sondern, und das ist besonders wichtig, von vielen wichtigen Fakten und Ereignissen der Vorkriegsjahre und auch von der ganzen Nachkriegsordnung bestätigt.“<sup>115</sup> Fakten werden zwar keine angeführt, Argumente dafür um so mehr, aber das ist nicht so wichtig, die Hauptsache ist, daß sowohl die „Stalin-Rede“ als auch ihre „quellenkundliche Analyse“ durch Dorošenko auf einem so autoritativen – wenn auch weniger wissenschaftlich als durch frühere oppositionelle Haltung begründeten – Niveau das Prädikat „gut“ erhalten haben<sup>116</sup>.

All das mußte auch im Westen eine gewisse Resonanz hervorrufen. In der konservativen Zeitung „Die Welt“ erschien ein Artikel unter dem Titel „Stalins Strategie

<sup>110</sup> Dorošenko, *Stalinskaja provokacija*, S. 13.

<sup>111</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>112</sup> Diese „Fügung“ bei Dorošenko erklärt Stefan Voß mit „viel Ignoranz und Naivität“; Voß, *Stalins Kriegsvorbereitungen*, S. 108. Dorošenko nutzt weder den Text der „Stalin-Rede“, der von der Agentur Havas verbreitet wurde, noch den Aufsatz Jäckels und den dort veröffentlichten Text, und weiß daher nicht, daß es um ein und denselben Text geht.

<sup>113</sup> Vgl. *Vojna 1939–1945: dva podchoda. Č. 1. Sb. statej. Pod. obč. red. Ju. N. Afanas'eva*, Moskau 1995, S. 72–81.

<sup>114</sup> Ju. N. Afanas'ev, *Drugaja vojna: istorija i pamjat'*, in: Ebenda, S. 6–17, hier S. 10.

<sup>115</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>116</sup> Nach einem Jahr wurde der Aufsatz Dorošenkos erneut mit unwesentlichen Kürzungen in einem weiteren Sammelband der Russischen Staatlichen Humanistischen Universität nachgedruckt; siehe Afanas'ev (red.), *Drugaja vojna: 1939–1945*, S. 60–72.

für Krieg und Frieden“, in der der Inhalt der „Stalin-Rede“ vom 19. August 1939 detailliert besprochen wurde: „In den sowjetischen Geheimarchiven ist jetzt der Text einer Rede Josef Stalins gefunden worden, der neues Licht auf die Geschichte des Zweiten Weltkriegs wirft“<sup>117</sup>. Anderthalb Monate später publizierte „Die Welt“ dann eine Antwort auf diese Publikation aus der Feder des israelischen Historikers Gabriel Gorodetsky unter der treffenden Überschrift „Stalins Geheimrede stammt aus Paris“<sup>118</sup>. Man kann sich indes kaum eine mißlungenerere Form der „Widerlegung“ der „Stalin-Rede“ vorstellen als diejenige Gorodetskys. Für seine in der Schlagzeile „Französischer Geheimdienst fälschte Ansprache, um Eingreifen gegen die Sowjetunion zu bewirken“ zusammengefaßte These führte er nicht einen einzigen ernsthaften Beweis an. Unbekannt bleibt auch, woher das Entstehungsdatum der Fälschung 23. Dezember 1939 stammt; die Agentur Havas verbreitete die angebliche Stalin-Rede ja bereits am 28. November 1939. Der Artikel Gorodetskys strotzt vor Ungenauigkeiten, was jene, die Bušuevas Publikation als wichtige wissenschaftliche Enthüllung einstufen, unverzüglich ausnutzten<sup>119</sup>.

Die Tatsache, daß eine fundierte wissenschaftliche Reaktion auf diese „Enthüllung“ ausblieb, leitete Wasser auf die Mühlen der Verfechter ideologischer Geschichtsbilder wie den ehemaligen Vorsitzenden der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Adolf von Thadden. Er kritisierte die westliche Historiographie, welche die These vom deutschen Präventivkrieg gegen die UdSSR nicht teilt<sup>120</sup>, und hielt ihr die russische entgegen: „Während also Stalins Rede vor dem Politbüro am 19. 8. 1939 von der ‚westlichen Historiographie‘ als billige antikommunistische Fälschung bezeichnet und abgetan wurde, haben sich dafür russische Historiker mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln darum bemüht, den Vorgang aufzuklären“<sup>121</sup>. „Auf der Grundlage der Veröffentlichung in ‚Nowij mir‘ starteten Historiker an der Universität Nowosibirsk eine umfassende Untersuchung der gesamten Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges“<sup>122</sup>. Thadden führt die „markantesten“ Stellen aus dem Aufsatz von Dorošenko an, die den Leser davon überzeugen sollen, daß der Hauptschuldige am Zweiten Weltkrieg keineswegs Hitler, sondern Stalin war, daß der in Moskau gefundene und in Nowosibirsk analysierte Text der „Stalin-Rede“ „sicher authentischer ist als der Wortlauf von Havas“, obwohl es zwischen beiden keine wesentli-

<sup>117</sup> Carl Gustav Ströhm, Stalins Strategie für Krieg und Frieden. Geheime Dokumente beweisen: Sowjetischer Diktator hat Hitlers Angriff auf Polen einkalkuliert, in: Die Welt vom 16. 7. 1996, S. 6.

<sup>118</sup> Vgl. Gabriel Gorodetsky, „Stalins Geheimrede stammt aus Paris“. Französischer Geheimdienst fälschte Ansprache, um Eingreifen gegen die Sowjetunion zu bewirken“, in: Die Welt vom 31. 8. 1996, S. 8.

<sup>119</sup> Vgl. Wolfgang Strauss, Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit, München 1998, S. 110; Heinz Magenheimer, Neue Erkenntnisse zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und zum deutsch-sowjetischen Krieg 1941, in: Geschichte und Gegenwart (2000), H. 2, S. 67–77, hier S. 68 f., Anm. 7; I. V. Pavlova, Mechanizm vlasti i stroitel'stvo stalinskogo socializma, Novosibirsk 2001, S. 372.

<sup>120</sup> Vgl. Adolf von Thadden, Vier Reden Stalins. Ein durchgehender roter Faden, Rosenheim 1996, S. 3.

<sup>121</sup> Ebenda, S. 17.

<sup>122</sup> Ebenda, S. 18.

chen Unterschiede gibt, und daß in der deutschen Historiographie neuerlich die Devise herrsche, „daß nicht sein kann, was nicht sein darf!“<sup>123</sup>.

Was indes sein darf, hat Thadden in seinem Buch „Stalins Falle“ erläutert: „Wenn also 1995 eine Rede Stalins auftaucht, in der dieser am 19. August 1939 den vierzehn Tage später ausbrechenden Krieg als im Interesse der Sowjetunion liegend und daher als wünschenswert bezeichnet, dann bricht auch diese Säule der deutschen Alleinkriegsschuld. Die zweite Säule ist die Behauptung eines feigen und verbrecherischen Überfalls auf die ahnungslose und friedliebende Sowjetunion Stalins. Wenn nun von russischen Historikern mit den entsprechenden Dokumenten belegt wird, daß der deutsche Angriff am 22. Juni 1941 einem Angriff der Roten Armee um nur wenige Wochen zuvorkam, dann bricht die zweite Säule.“<sup>124</sup>

Hier zeigt sich eine eigentümliche Symbiose von deutschen Rechtsradikalen und unprofessionellen russischen Historikern, deren gemeinsame Grundlage das allerdings unterschiedlich motivierte Bestreben bildet, das „Geheimnis“ der sogenannten „Stalinschen Provokation des Zweiten Weltkriegs“ zu enthüllen. Dabei begeht man einen sichtlichen Fehler, die Politik Deutschlands und der UdSSR in den Jahren 1939 bis 1941 isoliert zu betrachten, während das Handeln der jeweils anderen Seite ebenso ausgeblendet wird wie der damalige internationale Kontext.

Andererseits wurde die „Stalin-Rede“ für einige westliche Historiker und Publizisten zu einer Art „Hebel“ für die Umdeutung der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Der Vorrang gebührt hier ohne Zweifel Wolfgang Strauss. In seinem Buch „Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit“ nimmt die „Stalin-Rede“ breiten Raum ein, ja es ist sogar ein ganzes Kapitel im Geiste Viktor Suworovs überschrieben: „Der Zweite Weltkrieg begann am 19. August 1939“<sup>125</sup>. Strauss stellt die russischen Verfechter der Authentizität der „Stalin-Rede“ (die Novosibirsker Historiker V. L. Dorošenko und I. V. Pavlova) als „Revisionisten“ dar, analysiert aber nicht ihre veröffentlichten Vorträge<sup>126</sup>, sondern benutzt sie nur als Bestärkung seiner eigenen Ansichten über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, für dessen Entstehung er Stalin als Hauptschuldigen und Anstifter ausmacht<sup>127</sup>. Strauss schreibt der russischen Publikation der „Stalin-Rede“ „welt-historische Bedeutung“<sup>128</sup> zu und erklärt, mit ihr sei „der russische Revisionismus zu neuen fundamentalen Erkenntnissen gelangt“<sup>129</sup>. Seiner Meinung nach

<sup>123</sup> Ebenda.

<sup>124</sup> Was die „dritte Säule“, den Holocaust, betrifft, so rechnet von Thadden hier offenbar nicht mit der Hilfe russischer Historiker und beschränkt sich auf die Bemerkung, „Allerdings stößt die nüchterne Erörterung dessen, was sich mit dem Begriff ‚Holocaust‘ verbindet, in Deutschland auf beträchtliche Widerstände“. Adolf von Thadden, *Stalins Falle*. Er wollte den Krieg, Rosenheim 1996, S. 11 f.

<sup>125</sup> Strauss, *Unternehmen Barbarossa*, S. 92.

<sup>126</sup> Siehe Anm. 106.

<sup>127</sup> Vgl. Strauss, *Unternehmen Barbarossa*, S. 94.

<sup>128</sup> Ebenda, S. 95.

<sup>129</sup> Ebenda, S. 11.

bedeutet die Auslegung der „Stalin-Rede“ durch russische Historiker des Zweiten Weltkriegs „einen Triumph des europäischen Revisionismus, signalisiert eine Wende in der Grundlagenforschung“<sup>130</sup>.

Bemerkenswert ist auch, womit nach Strauss' Meinung die „Errungenschaften“ der Novosibirsker Historiker nicht zuletzt zusammenhängen: „Ihren Durchbruchserfolg verdanken die russischen Revisionisten auch deutschen Historikern, etwa Joachim Hoffmann. Seine revisionistischen Thesen werden von der Historikerin Pawlowa ausführlich dargelegt“<sup>131</sup>. Was Hoffmann betrifft, so berührt er in seinem Buch „Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945“ die Frage der „epochemachenden Stalinrede“, deren Authentizität bei ihm nicht nur deshalb keinerlei Zweifel hervorruft, weil sie auf einer Konferenz in Novosibirsk „eingehend analysiert und kommentiert“ worden sei, sondern vor allem wegen Stalins empfindlicher Reaktion auf die Verbreitung dieses Textes durch die Agentur Havas<sup>132</sup>.

Hoffmann hielt, nicht ohne Grund, den österreichischen Philosophen Ernst Topitsch für seinen Gesinnungsgenossen<sup>133</sup>, mit dem und Viktor Suvorov zusammen er in den achtziger Jahren einen „wissenschaftlichen Durchbruch“<sup>134</sup> bei der Enthüllung der aggressiven Absichten Stalins erreicht habe, deren Realisierung Hitler mit seinem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 nur um kurze Zeit zuvorgekommen sei; aber bei der Einschätzung der „Stalin-Rede“ gehen ihre Ansichten ein wenig auseinander. Obwohl Topitsch ebenfalls behauptet, daß die in ihr enthaltenen Standpunkte Stalins in anderen Dokumenten ihre Bestätigung finden, meint er aber, der Text der Agentur Havas sei „umstritten und besitzt keine eigene Beweiskraft“<sup>135</sup>.

Der österreichische Historiker Heinz Magenheimer dagegen, der sich auf die sowjetische Außenpolitik jener Zeit spezialisiert hat, begnügte sich mit einer Wiederholung der Argumente der Apologeten der „Stalin-Rede“<sup>136</sup>. In seinen jüngsten Arbeiten hat er besonders hervorgehoben, russische Historiker zweifelten „in keiner Weise“ an deren Authentizität<sup>137</sup>.

<sup>130</sup> Ebenda, S. 96 f.

<sup>131</sup> Ebenda, S. 98. Siehe I. V. Pavlova, Poiski vychoda iz labirinta lži, in: 1939–1945. 1 sentjabrja – 9 maja. Materialy naučnogo seminara, S. 21–46, hier S. 33, 38.

<sup>132</sup> Joachim Hoffmann, Stalins Vernichtungskrieg, S. 26.

<sup>133</sup> Vgl. ebenda, S. 17; Ernst Topitsch, Stalins Krieg. Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik, München 1985 (Herford 1998); ders., „Barbarossa“ – ein Präventivkrieg? Zur ideologischen Korruption der Historie, in: Geschichte und Gegenwart 8 (1989), S. 3–15.

<sup>134</sup> Zu diesem „Durchbruch“ in der Historiographie vgl. Gerd R. Ueberschär, Hitlers Überfall auf die Sowjetunion und Stalins Absichten. Die Bewertung in der deutschen Geschichtsschreibung und die neuere „Präventivkriegsthese“, in: Ders./Bezjenskij (Hrsg.), Der deutsche Angriff, S. 48–69.

<sup>135</sup> Ernst Topitsch, Verfehlte Grundthese, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 30 (2002), S. 445–453, hier S. 446.

<sup>136</sup> Vgl. Heinz Magenheimer, Die Militärstrategie Deutschlands 1940–1945: Führungsentwürfe, Hintergründe, Alternativen, 2. erw. u. überarb. Aufl., München 1997, S. 45 f.

<sup>137</sup> Magenheimer, Neue Erkenntnisse, S. 68; Magenheimer hält die „Rede“ für ein „Schlüsseldokument“ und erklärt: „Stalin gibt eine aus heutiger Sicht recht fundierte Lagebeurteilung“,

In jüngster Zeit ist in der westlichen Historiographie eine beträchtliche Unsicherheit bei der Einschätzung der „Stalin-Rede“ zu beobachten, der man nun als Dokument einen „halboffiziellen“ Status zubilligt: Einerseits werden Schwierigkeiten bei der „Feststellung seiner Authentizität“ konstatiert; es wird angenommen, daß „das Dokument teilweise gefälscht und möglicherweise sogar zurückdatiert wurde“. Andererseits zweifelte man nicht „an der Zuverlässigkeit der französischen Mitteilung“, in der sich die „Strategie Stalins in der Periode nach dem Abschluß des Pakts“ überzeugend widerspiegeln und die teilweise „mit den Aufzeichnungen im Dimitroff-Tagebuch vom 7. September“ übereinstimmen. Letzteres gab Silvio Pons vom Istituto Gramsci Grund zur Annahme, daß der „Text der ‚Rede‘ Stalins eine andere Variante dieser Aufzeichnungen“ von Dimitroff sei<sup>138</sup>.

In der westlichen Historiographie gab es praktisch keine seriöse Reaktion auf die Welle der Spekulationen um die „Rede“ in den neunziger Jahren, allenfalls mit Ausnahme zweier Aufsätze von Bernd Bonwetsch. Bonwetsch bekräftigte die Position Jäckels. Dessen Argumente, daß der Text der angeblichen Rede nicht als ein „Beleg für Stalins Absichten“ betrachtet werden könnte, nannte er „sehr überzeugend“<sup>139</sup>. Fast zehn Jahre später befaßte sich Bonwetsch eingehender mit diesem Sujet und der Resonanz, die der inzwischen gemachte Fund in dem Moskauer Archiv hervorgerufen hatte. Seiner Meinung nach stellen die „Kommentare“, welche die Publikation Bušuevas in der *Novyj Mir* begleiteten, der Artikel Dorošenkos und die vielen Neuabdrucke des Textes der „Stalin-Rede“ nichts anderes dar als die „umstandslose Verwendung eines höchstwahrscheinlich gefälschten Dokuments als Beleg für die These, daß Stalin den Weltkrieg absichtlich provoziert habe, um die Sowjetunion als lachenden Dritten in der europäischen Arena auftreten und das sozialistische System exportieren zu lassen“<sup>140</sup>.

In der russischen Historiographie gab es keine Diskussionen über die „Stalin-Rede“ vom 19. August 1939, die mit denen zu vergleichen wären, die über Stalins Auftritt vor den Absolventen der Militärakademien am 5. Mai 1941 stattfanden, gar nicht zu reden vom russischen „Historiker-Streit“ über seine Absichten und Pläne im Frühjahr 1941. Nichtsdestoweniger erwies sich die „Stalin-Rede“ als eine Herausforderung. Einige Historiker nahmen diesen Text nicht nur ohne weiteres in ihr argumentatives Arsenal auf, so als ob er keinerlei Zweifel erweckte, sondern trugen auch Versionen über seine Herkunft vor, die ganz vom Geist jener Zeit durchtränkt waren („rundherum nur Feinde“), wonach dieser angeblich mit „Ver-

---

siehe ders., *Entscheidungskampf 1941. Sowjetische Kriegsvorbereitungen – Aufmarsch – Zusammenstoß*, Bielefeld 2000, S. 18 f.

<sup>138</sup> Silvio Pons, *Stalin and the Inevitable War, 1936–1941*, London/Portland 2002, S. 190 f. Vgl. auch das in vieler Hinsicht fragwürdige Werk von Gerd Schultze-Rhonhof, *1939 – der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg*, 2., durchgesehene Aufl., München 2003, S. 436 f.

<sup>139</sup> Bernd Bonwetsch, Was wollte Stalin am 22. Juni 1941? Bemerkungen zum „Kurzen Lehrgang“ von Viktor Suworow, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (1989), H. 6, S. 687–695, hier S. 691.

<sup>140</sup> Bernd Bonwetsch, Stalins Äußerungen zur Politik gegenüber Deutschland 1939–1941, in: Ueberschär/Bezymenskij (Hrsg.), *Der deutsche Angriff*, S. 145–154, hier S. 149.

rat im Kreml<sup>141</sup> und mit den Aktivitäten der britischen Residentur in Moskau zusammenhing, die gemeinsam mit dem französischen Spionagedienst die Weiterleitung der erhaltenen Information an die Agentur Havas organisiert habe<sup>142</sup>.

Die „Stalin-Rede“ imponierte einer Reihe radikal gesonnener Historiker („eine wirkliche Sensation“ nannte sie D. G. Nadžafov<sup>143</sup>), da sie ihre Sicht der sowjetischen Außenpolitik als eine auf die Revolutionierung Europas ausgerichtete bestätigte. Daher zitieren sie aus ihr einige besonders „schmackhafte“ Stückchen, ohne sich mit der Analyse des gesamten Textes weiter aufzuhalten<sup>144</sup>. Einige Historiker sind hinsichtlich dieses „Auftritts von Stalin“ vorsichtiger, obwohl auch sie ihn für zitierfähig halten<sup>145</sup>. Andere sind offener, wenn sich auch ihre Position nicht gerade durch Logik auszeichnet: Weil Dokumente, „die über die Absichten im Kreml am Vorabend des Abschlusses des Nichtangriffspakts mit Deutschland Aufschluß geben“, den Forschern noch nicht vollständig zugänglich sind, behauptet M. I. Mel'tjučov, „kommt Bušuevas Veröffentlichung der französischen Aufzeichnung der Rede Stalins vor den Mitgliedern des Politbüros am 19. August 1939 um so größere Bedeutung zu“, deren „Inhalt mit anderen unlängst deklassifizierten sowjetischen Dokumenten dieser Periode korrespondiert“, und das „erlaubt es, diese Publikation zu benutzen“<sup>146</sup>.

Dabei berufen sich manche Historiker auf ein anderes Dokument, das die Authentizität der „Stalin-Rede“<sup>147</sup> angeblich bestätigt, nämlich auf die Aufzeichnung im Dimitroff-Tagebuch über eine Begegnung mit Stalin am 7. September 1939<sup>148</sup>. Dabei „übersehen“ jedoch alle, was der Einladung Stalins an Dimitroff vorausging. Davon wird später zu reden sein.

<sup>141</sup> A. Arutjunov, Lenin. Ličnostnaja i političeskaja biografija. Bd. II, Moskau 2002, S. 277–295.

<sup>142</sup> V. G. Sirotkin, Geopolitika i pakt Ribbentrop-Molotova – 1939 god, in: Sovetskaja diplomatija v gody Velikoj Otečestvennoj vojny: Sbornik statej, pod. red. Ju. E. Fokina, Moskau 2001, S. 28.

<sup>143</sup> D. G. Nadžafov, Načalo vtoroj mirovoj vojny. O motivach stalinskogo rukovodstva pri zaključenii pakta Molotova-Ribbentropa, in: Vojna i politika, 1939–1941, otv. red. A. O. Čubar'jan, Moskau 1999, S. 96.

<sup>144</sup> Vgl. Afanas'ev, Drugaja vojna: istorija i pamjat', in: Vojna 1939–1945, S. 11; R. Jevzerov, Vtoraja mirovaja vojna v retrospective XX veka, in: Svobodnaja mysl' (1995), Nr. 9, S. 57; A. N. Sacharov, Vojna i sovetskaja diplomatija: 1939–1945 gg., in: Voprosy istorii (1995), Nr. 7, S. 29; R. Š. Ganelin, Stalin i Gidler (vstrečalis' li oni, kakuju rol' igral v sozdanii ich sojuza evrejskij vopros?), in: Bar'er. Antifašistskij žurnal (2001) Nr. 1, S. 31–90, hier S. 67 ff.; D. G. Nadžafov, K voprosu o genezise „cholodnoj vojny“, in: „Cholodnaja vojna“ 1945–1963 gg. Istoričeskaja retrospektiva, otv. red. N. I. Jegorova, A. O. Čubar'jan, Moskau 2003, S. 65–104, hier S. 71.

<sup>145</sup> Vgl. A. Mercialov/L. Mercialova, Stalinizm i vojna, Moskau 1998, S. 211.

<sup>146</sup> M. I. Mel'tjučov, Upuščenij šans Stalina. Sovetskij Sojuz i bor'ba za Evropu: 1939–1941 (Dokumenty, fakty, suždenija), Moskau 2000, S. 79.

<sup>147</sup> Vgl. Nadžafov, Načalo vtoroj mirovoj vojny, S. 97; Pavlova, Mechanizm vlasti, S. 405 f.

<sup>148</sup> F. I. Firsov, Archivy Kominterna i vnešnaja politika SSSR v 1939–1941 gg., in: Novaja i novejšaja istorija (1992), Nr. 6, S. 12–35, hier S. 18 f.; 1941 god. Buch. 2, sost. L. E. Rešin i dr. pod red. V. P. Naumova, Moskau 1998, S. 584 f. In den in deutscher und bulgarischer Sprache veröffentlichten Ausgaben des Tagebuchs finden sich bei der Aufzeichnung dieses Gespräches einige Abweichungen vom Original. Vgl. Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 273 f.; V. V. Mar'ina, Dnevnik G. Dimitrova, in: Voprosy istorii (2000), Nr. 7, S. 32–55, hier S. 38 f.

Natürlich haben nicht alle einschlägig arbeitenden russischen Historiker sich der „Stalin-Rede“ bedient, um seine globalen außenpolitischen Absichten zu enttarnen. Einige zweifeln an der Authentizität des Textes und gehen dabei von der vernünftigen Überlegung aus, daß die Quelle „eine kritische Analyse verlangt“<sup>149</sup>. Diese Zweifel blieben nicht unbemerkt und versetzten eine der aktivsten Apologetinnen der „Stalin-Rede“, I. V. Pavlova, geradezu in Aufregung<sup>150</sup>. In Anerkennung der Tatsache, daß hinsichtlich des im ehemaligen Sonderarchiv aufgefundenen Dokumentes nicht alles klar ist – „mit diesem Text sind ernsthafte wissenschaftlich-theoretische Schwierigkeiten und Rätsel verbunden, die unbedingt gelöst werden müssen“ –, behauptet sie, daß „es bei der Lösung dieses Problems mehr politische Schwierigkeiten gibt, was von der sittlichen Unreife der Situation zeugt“<sup>151</sup>.

Der Verfasser ist indes der Meinung, daß die Situation reif genug ist, um einen – begründeten – Schlußstrich unter die Spekulationen um die „Stalin-Rede“ vom 19. August 1939 zu ziehen.

### **Stalin, der Pakt und die Komintern**

Zur vorrangigsten Aufgabe der Politik Stalins nach dem Münchner Abkommen wurde es, eine Übereinkunft mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu erreichen. Grund dafür waren nicht nur die Appeasementpolitik der Westmächte und ihre immer stärkere Distanzierung vom totalitären sowjetischen Regime, sondern auch die sich abzeichnenden Gemeinsamkeiten in den außenpolitischen Interessen der UdSSR und Deutschland, die Stalin früher als Hitler erkannte. Konkrete Schritte in Richtung auf eine solche Kooperation wurden von Moskau schon im Herbst 1938 unternommen<sup>152</sup>.

Stalin war bestrebt, die nationalen Interessen der UdSSR zu sichern, von denen er eine höchst widersprüchliche Vorstellung hatte: Kommunistische Ansichten und eklektizistische Gedanken über die nationalstaatliche Tradition Rußlands, deren Erbe die Sowjetunion angetreten hatte, verbanden sich mit einer schematischen Vorstellung von der zukünftigen Weltordnung und dem Streben, der UdSSR eine angemessene Stellung im neuen Staatensystem zu sichern<sup>153</sup>. Dabei stand für ihn die geopolitische Komponente dieser Interessen an erster Stelle, und er sah in der Erweiterung der Grenzen des Landes, also einer Expansion, das beste Mittel zur Garantie seiner Sicherheit. War Stalin an einem Krieg interessiert? Ohne Zweifel, aber – nicht an jedem. Seinen Absichten gemäß bestand

<sup>149</sup> V. A. Nevežin, *Sindrom nastupatel'noj vojny. Sovetskaja propaganda v preddverii „svjaščennych boev“, 1939–1941 gg.*, Moskau 1997, S. 156.

<sup>150</sup> Vgl. Pavlova, *Mechanismus vlasti*, S. 374 f.

<sup>151</sup> Ebenda, S. 405.

<sup>152</sup> Vgl. dazu eingehend S. Z. Sluč, *Gitler, Stalin i genezis četvertogo razdela Pol'si*, in: V. K. Volkov/L. Ja. Gibianskij (Hrsg.), *Vostočnaja Evropa meždu Giterom i Staliny. 1939–1941 gg.*, Moskau 1999, S. 128–138.

<sup>153</sup> Vgl. „Vtoraja mirovaja vojna. 1940 god: diskussionnye i nerazrabotannye problemy“ (Materialy Kruglogo stola), in: *Slavjanovedenie* (2001), Nr. 6, S. 3–32, hier S. 22.

eine der erstrangigen Aufgaben des Kreml darin, nach dem Herbeiführen einer Übereinkunft mit Deutschland und nicht mit den Westmächten, unter Ausnutzung der Verstrickung der europäischen Mächte in einem kriegerischen Konflikt jene Länder, die gemäß der Verabredung mit Berlin in die „Interessensphäre“ der UdSSR fielen, zu annektieren, „an sich zu reißen“<sup>154</sup> und dabei nach Möglichkeit außerhalb des großen Krieges zu bleiben.

Alles, was mit Außenpolitik verbunden war, wurde in der UdSSR stets als großes Geheimnis behandelt. Infolge der strengen Kontrolle, die Stalin persönlich ausübte, durfte sogar jedes Politbüromitglied nur das wissen, was unmittelbar mit seinen Kompetenzen zu tun hatte<sup>155</sup>. Von der Dauer der Besuche in Stalins Büro im Kreml während des Monats vor Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrags kann man auf den Grad der Beteiligung der Mitglieder der herrschenden „Fünfergruppe“ an dem großen „Spiel“ in der internationalen Arena schließen; sie war bei weitem nicht einheitlich: Molotov (mehr als 62 Stunden), Worosilow (60 Stunden), Kaganovič (über 25 Stunden), Mikojan (über 23 Stunden) und ferner das nicht zur „Fünfergruppe“ zählende Politbüromitglied Ždanov (ungefähr 16 Stunden) und der Kandidat des Politbüros Lavrentij Berija (17 Stunden)<sup>156</sup>. Sie alle nahmen in unterschiedlichem Maße und abhängig von den von ihnen geleiteten Institutionen an der Erörterung von Fragen teil, die mit der Realisierung des außenpolitischen Kurses zusammenhingen, und waren im wesentlichen in die Absicht Stalins, sich Deutschland anzunähern, eingeweiht<sup>157</sup>. Für ihn bestand keine Notwendigkeit, ihnen das zu erklären, was in den vorausgegangenen Wochen ununterbrochen Gegenstand der Erörterungen gewesen war, und noch weniger dafür, Verwirrung zu erzeugen, indem er die Probleme, die erst Gegenstand der Gespräche mit Ribbentrop werden sollten, behandelte, als seien sie bereits gelöst.

Die Forschung weiß äußerst wenig darüber, wie die Sitzungen des Politbüros verliefen, gar nicht zu reden von den Treffen der „Fünfergruppe“<sup>158</sup>. In der Regel wurden im Kreml zur Berichterstattung, Besprechung konkreter Fragen oder zum Empfang von Anweisungen nur diejenigen Personen hinzugezogen, die damit unmittelbar befaßt waren. Auch die Beziehungen Stalins zur Führung der Komintern Ende der dreißiger Jahre stellen hier keine Ausnahme dar und

<sup>154</sup> Stenogramma vystuplenija narkkoma putej soobščeniya L. M. Kaganoviča na zasedanii kollegii NKPS 27 nojabraj 1939 g., in: RGASPI, f. 81, op. 3, d. 333, l. 136.

<sup>155</sup> Vgl. Chruščev, *Vremja*, Bd. 1, S. 272.

<sup>156</sup> Berechnet nach *Istoričeskij archiv* (1995), Nr. 5–6, S. 45–49 (Besucherbücher des Kremnkabinetts Stalins). Neben den oben aufgezählten Personen gehörten im Sommer 1939 dem Politbüro ferner A. A. Andreev, M. I. Kalinin, N. S. Chruščev und als Kandidat N. M. Švernik an, die in der Regel nicht an außenpolitischen Entscheidungen beteiligt wurden.

<sup>157</sup> Vgl. z. B. die mit Bleistift angefertigten Bemerkungen Ždanovs, die sich auf die Periode beziehen, die dem Abschluß des Vertrags mit Berlin vorausgingen (1939, Monat unbekannt), in: RGASPI, f. 77, op. 1, d. 896, l. 1–5. Sie sind teilweise veröffentlicht bei Lew Besymenski, *Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren*, Berlin 2002, S. 214 f.

<sup>158</sup> Praktisch das einzige dokumentarische Zeugnis bilden die fragmentarischen Aufzeichnungen im Tagebuch von V. A. Malyšev (wie Anm. 83).

beschränkten sich auf Treffen mit Dimitroff und Manuïlskij<sup>159</sup>. Eine gemeinsame Sitzung des Politbüros mit wichtigen Funktionären der Komintern wurde nie durchgeführt. Daß Stalin auf erweiterten Sitzungen des Politbüros Reden hielt, kam nur in den seltenen Fällen vor, in denen es notwendig erschien, die Eingeladenen mit konkreten Anweisungen vertraut zu machen, die dann untergeordneten Funktionären oder gar dem ganzen Land bekanntgegeben werden sollten<sup>160</sup>.

Die Führung der Komintern war in die Pläne Stalins für eine Annäherung an Deutschland nicht eingeweiht. Es war ihr auch nichts über die Veränderungen bekannt, die sich im außenpolitischen Kurs der UdSSR als Folge der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vollzogen. Das belegen die folgenden Fakten hinreichend deutlich. Am 20. August, d. h. am Tag nach der angeblichen Rede Stalins auf einer Politbürositzung, fand eine Sitzung des Sekretariats des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) statt, an der viele Funktionäre und die Führer einer Reihe kommunistischer Parteien teilnahmen. Sie berieten über Lage und Aufgaben der Vereinigten Sozialistischen Partei Kataloniens und ihre Beziehung zur Kommunistischen Partei Spaniens<sup>161</sup>. Nach zwei Tagen trat das Sekretariat des EKKI erneut zu einer Sitzung zusammen, auf der zwei Fragen behandelt wurden: 1. Die antisowjetische Kampagne aus Anlaß der Gespräche zwischen der UdSSR und Deutschland. 2. Besuch einer Delegation der KP und des kommunistischen Jugendverbandes Englands. Unter den vom Sekretariat beschlossenen Richtlinien für von den kommunistischen Parteien zu organisierende Angriffe „auf die bourgeoise und sozialdemokratische Presse“ findet sich an erster Stelle: „Der eventuelle Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der UdSSR und Deutschland schließt die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Übereinkunft zwischen England, Frankreich und der UdSSR zur gemeinsamen Abwehr von Aggressoren nicht aus.“ Man richtete die Aufmerksamkeit darauf, „die Parteien auf die Notwendigkeit hinzuweisen, mit noch größerer Energie den Kampf gegen die Aggressoren, insbesondere gegen den deutschen Faschismus zu führen“<sup>162</sup>. Hält man sich den Charakter dieser Fragen vor Augen, ist es offensichtlich, daß die Teilnehmer (Klement Gottwald, Georgi Dimitroff, Otto Kuusinen, Dmitrij Manuïlskij, Andre Marti, Wilhelm Florin) keinerlei Information über die „Stalin-Rede“ hatten. Die Instruktionen, die das EKKI-Sekretariat am 22. August ausarbeitete, zeugen davon, daß der Kominternführ-

<sup>159</sup> Sogar als man im Mai 1943 über die Auflösung der Komintern sprach, wurden nur Dimitroff und Manuïlskij in den Kreml gerufen, wo Molotov ihnen die Meinung Stalins mitteilte. Vgl. Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 688 (Eintragung vom 8. 5. 1943).

<sup>160</sup> Vgl. z. B. die Rede Stalins über Fragen der Parteipropaganda auf der Sitzung des Politbüros vom 10. 10. 1938 in Zusammenhang mit dem Erscheinen des „Kurzen Lehrgangs“ der Geschichte der VKP (b), die die Grundlage für die ZK-Resolution „Über die Organisation der Parteipropaganda in Zusammenhang mit dem Erscheinen des ‚Kurzen Lehrgangs der Geschichte der VKP (b)‘“ bildete; vgl. Voprosy istorii (2003), Nr. 4, S. 16–22.

<sup>161</sup> RGASPI, f. 495, op. 18, d. 1291, l. 138.

<sup>162</sup> Komintern i vtoraja mirovaja vojna 1939–1941 gg. Čast' I, sost. N. S. Lebedva, M. M. Narinskij, otv. red. K. M. Anderson, A. O. Čubar'jan, Moskau 1994, dok. 3, S. 69 f.

zung jegliche Kenntnis vom Inhalt der bevorstehenden sowjetisch-deutschen Verabredungen fehlte.

Am 27. August schickten Dimitroff und Manuilskij Stalin einen Brief, in dem es um die Position der kommunistischen Parteien zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ging. In diesem baten die Führer der Komintern sogar um Rat hinsichtlich der Frage, wie sich die französische KP zu den Maßnahmen der französischen Regierung zur Organisation der Verteidigung des Landes verhalten sollte. „Wir *denken*“, hieß es in dem Brief, „daß die kommunistische Partei auch weiterhin auf der Position des Widerstandes gegen die Aggression des faschistischen Deutschland stehen sollte. Sie muß die Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Frankreichs unterstützen, aber zugleich ihre Unterstützung dieser Maßnahmen an die Bedingung knüpfen, daß der Partei die Möglichkeit erhalten bleibt, offen ihre Standpunkte zu vertreten und ihre Tätigkeit zu entfalten.“<sup>163</sup> Es ist offenkundig, daß Dimitroff und Manuilskij von der „Stalin-Rede“ nichts wußten; anders ist ihr Brief an Stalin nicht zu erklären. Eine Antwort auf diese Anfrage an Stalin erfolgte nicht, daher verhielt sich die Führung der Komintern zu Beginn des Zweiten Weltkriegs weiterhin wie bisher, ohne eine wirkliche Vorstellung von den außenpolitischen Veränderungen nach dem 23. August zu haben. Das wird aus dem Beschluß deutlich, der auf der Sitzung des EKKI-Sekretariats am 2. September angenommen wurde: „Eine Kommission aus den Genossen Dimitroff, Kuusinen und Manuilskij wird beauftragt, auf der Grundlage des stattgefundenen Meinungsaustausches Direktiven an die kommunistischen Parteien auszuarbeiten.“<sup>164</sup>

Der Forschung steht ein Teil des Entwurfs dieser Thesen aus der Feder von Manuilskij zur Verfügung, an denen noch bis zum 5. September gearbeitet wurde<sup>165</sup>. Darin heißt es: „Der Sieg des deutschen Faschismus im Kriege birgt die größte Gefahr für die internationale Arbeiterbewegung. Daher ist es die Pflicht der Kommunisten aller Länder und in erster Linie der Kommunisten Deutschlands zur Niederlage des deutschen Faschismus beizutragen.“ Des weiteren führte Manuilskij konkrete Aufgaben für die Kommunisten verschiedener Länder auf, darunter auch derer, die bereits vom nationalsozialistischen Deutschland besetzt waren. Hinsichtlich Polens hielt man die Forderung nach dem Sturz „der gegenwärtigen Regierung, die das Land in die Katastrophe führt, und nach der Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die in der Lage ist, den Volkskampf für die nationale Unabhängigkeit zu führen“, für besonders aktuell<sup>166</sup>.

Als erfahrener Politiker spürte Dimitroff jedoch, daß etwas vor sich ging, was sich nicht in die gewohnten Vorstellungen von der Haltung der sowjetischen Füh-

<sup>163</sup> A. Dallin/F. Firsov (Hrsg.), *Dimitrov and Stalin 1934–1943. Letters from the Soviet Archives*, New Haven, London 2000, S. 150. F. I. Firsov, *Politika Kominterna v gody Vtoroj mirovoj vojny*, in: *Meždunarodnye otnošenija i strany Central'noj i Jugo-Vostočnoj Evropy v načale Vtoroj mirovoj vojny (sentjabr' 1939 – avgust 1940)*, otv. red. L. Ja. Gibianskij, Moskau 1990, S. 194–211, hier S. 198. Hervorhebung des Autors.

<sup>164</sup> *Komintern i voraja mirovaja vojna 1939–1941 gg.*, Čast' I, dok. 7, S. 87.

<sup>165</sup> Vgl. Dimitroff, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 273 (Eintragung vom 5. 9. 1939).

<sup>166</sup> RGASPI, f. 495, op. 18, l. 57. Siehe auch F. I. Firsov, *Archivy Kominterna*, S. 17.

zung zum beginnenden Krieg einfügte<sup>167</sup>. In einem Gespräch mit Ždanov am 4. September kam er erneut auf jene Fragen zurück, die in dem Brief an Stalin vom 27. August gestellt worden und ohne Antwort geblieben waren. Ždanov war nicht bereit oder nicht befugt, hierzu irgendwelche Erklärungen zu geben, und bat Dimitroff, ihm eine Kopie dieses Briefes zu schicken. Als er diese am nächsten Tag absandte, schrieb Dimitroff, man stoße bei der Erarbeitung eines Dokumentes über die prinzipielle Linie und die taktischen Positionen der kommunistischen Parteien unter den Bedingungen des ausbrechenden imperialistischen Krieges in Europa „auf größte Schwierigkeiten und für ihre Überwindung, ebenso wie für eine richtige Entscheidung, brauchen wir mehr als je zuvor die direkte Hilfe und den Rat des Genossen Stalin“<sup>168</sup>. Hätte Dimitroff so etwas schreiben können, wenn die Führung der Komintern irgend etwas von der „Stalin-Rede“ gewußt hätte?

Das war die Vorgeschichte des Treffens zwischen Stalin und Dimitroff am 7. September, welche die Verfechter der Authentizität der „Stalin-Rede“ mit Sorgfalt umgehen. Im übrigen verweisen sie nichtsdestoweniger auf die Komintern und eben auf dieses Gespräch, was die Behauptung stützen soll, daß „der Inhalt der Aufzeichnung G. Dimitroffs vollkommen mit dem übereinstimmt, worüber Stalin am 19. August 1939 gesprochen“ habe<sup>169</sup>. Dabei wird die Aufmerksamkeit besonders auf die folgenden Worte Stalins gelenkt: „Wir haben nichts dagegen, wenn sie [die kapitalistischen Mächte] sich kräftig schlagen und einander schwächen.“<sup>170</sup>

Wenn diese Worte auch mit dem Inhalt der „Stalin-Rede“ korrespondieren, können sie dennoch nicht als Beweis für deren Authentizität dienen, da sie nichts als einen Allgemeinplatz darstellen, ein „öffentliches Geheimnis“ der Strategie der UdSSR in der internationalen Arena, über das die westliche nichtkommunistische Presse nicht selten schrieb<sup>171</sup>. Stalin formulierte das sehr locker, trotzdem ist sein Interesse an einem ausgedehnten kriegerischen Konflikt zwi-

<sup>167</sup> Am 31. 8. 1939 erklärte Molotov auf einer Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR: „[...] gestern noch waren wir auf dem Gebiet der äußeren Beziehungen Feinde. Heute jedoch hat sich die Lage verändert, und wir haben aufgehört Feinde zu sein. [...] Der sowjetisch-deutsche Nichtangriffsvertrag bedeutet einen Umschwung in der Entwicklung Europas. [...] Dieser Vertrag bringt uns nicht nur die Beseitigung der Drohung eines Krieges mit Deutschland, er verengt das Feld möglicher kriegerischer Zusammenstöße in Europa und dient auf diese Weise der Sache des allgemeinen Friedens [...]“, in: *Izvestija* vom 1. 9. 1939.

<sup>168</sup> Komintern i vtoraja mirovaja vojna 1939–1941 gg., Čast' I, dok. 8, S. 88.

<sup>169</sup> Pavlova, *Mechanizm vlasti*, S. 407.

<sup>170</sup> Dimitroff, *Tagebuch*, zit. nach 1941 god, Buch 2, dok. P18, S. 584 (Eintragung vom 7. 9. 1939).

<sup>171</sup> So hieß es beispielsweise in einer Zusammenfassung der Reaktionen in Paris auf den Vortrag Molotovs auf der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. 10. 1939: „Die Regierung der UdSSR möchte, daß sich der gegenwärtige Krieg so lange wie möglich hinzieht und zur Erschöpfung der Kräfte der Kämpfenden führt. Das könnte ein außerordentliches Anwachsen des Einflusses der UdSSR auf die internationalen Angelegenheiten zur Folge haben [...].“ Übersicht „Frankreich in den ersten beiden Monaten des Kriegs“, erstellt am 4. 11. 1939 vom Leiter der Pariser Abteilung der TASS, N. G. Pal'gunov, in: *GARF*, f. 4459, op. 38, d. 102, l. 16–16/ob.

schen den verfeindeten Parteien, dessen Resultat ihre wechselseitige Schwächung sein mußte, ganz offenkundig. Aber Stalin spricht nicht davon, daß „es notwendig ist, alles zu tun, damit dieser Krieg sich so lange wie möglich hinzieht“ (so in der „Stalin-Rede“), wenn er auch wahrscheinlich daran gedacht haben mag<sup>172</sup>. Er sagte Dimitroff und den anderen bei der Begegnung Anwesenden etwas ganz anderes: „Dieser Krieg gibt den Arbeitern und Werktätigen nichts außer Leiden und Verluste“, und daher sei es unabdingbar, „entschieden gegen den Krieg und die daran Schuldigen aufzutreten“. Stalin, der die Führer der Komintern auf Kurs brachte, fantasiert nicht und zeichnet keine erfreulichen Bilder der künftigen Weltordnung: „Die Sicherheit des sowjetischen Deutschland wird garantiert und das ermöglicht die Sowjetisierung Frankreichs“ (so in der „Stalin-Rede“), sondern er spricht nur darüber, worüber mit Ribbentrop bereits Einigkeit erzielt worden war, und auch das noch im Konjunktiv: „Was wäre schlecht daran, wenn wir infolge des Zusammenbruchs Polens das sozialist[ische] System auf neue Territorien und Völker ausdehnen würden.“<sup>173</sup> Als er den programmatischen Artikel Dimitroffs studierte, der faktisch die Thesen des EKKI über den „Krieg und die Aufgaben der Kommunisten“ ersetzte, und ihn mit einer ganzen Reihe von Korrekturen versah, hielt Stalin es für unabdingbar, sich mit ihm am 25. Oktober erneut zu treffen, um noch einmal die Aufgaben zu erklären, vor denen die Komintern stand. Das Leitmotiv seiner Äußerungen war das Bestreben, auf jede Art und Weise den revolutionären Kampf in den kapitalistischen Ländern zu dämpfen, da er völlig unzeitgemäß sei: „Die Friedensfrage sofort auf der Grundlage der Vernichtung des Kapitals aufzuwerfen, heißt Chamberlain und den Kriegsbrandstiftern zu helfen, – heißt sich von den Massen zu isolieren!“ Daher, so hob Stalin hervor, sei es notwendig, „Losungen auf[z]ustellen, die dem gegenwärtigen Moment des Krieges entsprechen“; „die Massen allmählich an die revolutionären Losungen heranzuführen“ und nicht die Erfahrung der Bolschewiki aus der Periode des Ersten Weltkriegs zu kopieren, welche die „Situation überschätzt“ hatten<sup>174</sup>. Alle diese Äußerungen und Anweisungen Stalins, die ihren Niederschlag nicht nur im Tagebuch Dimitroffs, sondern auch in vielen Dokumenten des EKKI-Sekretariats fanden, geben eine realistische Vorstellung davon, was Stalin sagte oder gesagt haben könnte, wenn die Rede auf die Position der UdSSR und die Aufgaben der Komintern im Zusammenhang mit dem beginnenden Zweiten Weltkrieg kam. Deutlich wird auch, in welchem Maße die Führung der Komintern, die im Kreml als eines der Instrumente der sowjetischen Außenpolitik betrachtet wurde, über die sich vollziehenden Änderungen im außenpolitischen Kurs nach dem 23. August 1939 informiert war.

<sup>172</sup> Wann werden die Deutschen den Westen angreifen? Genau diese Frage stellte der sowjetische Bevollmächtigte Vertreter in Berlin den deutschen Diplomaten im Herbst und Winter 1939/40 häufiger als jede andere. Vgl. Tagebuch von A. A. Škvarcev, in: Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii (künftig: AVP RF), f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, ll. 9, 56, 128; f. 082, op. 22, d. 7, l. 350; PA AA, R 29713, S. 111987.

<sup>173</sup> Wie Anm. 170. Hervorhebung des Autors.

<sup>174</sup> Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 279 f. (Eintragung vom 25. 10. 1939). Hervorhebung durch den Verfasser.

So belegen die der Forschung zur Verfügung stehenden Dokumente der Komintern, daß die Führung der Komintern erst im Verlauf des Treffens Stalins mit Dimitroff und Manuilski am 7. September über die Haltung des Kreml zum beginnenden Krieg unterrichtet wurde. Als er sein Interesse an einer wechselseitigen Schwächung der kriegführenden Parteien bekundete, formulierte Stalin gleichzeitig konkrete Losungen für die ausländischen kommunistischen Parteien, die gegen den Krieg und das Kapital gerichtet waren.

### Die „französische Spur“

Wenden wir uns jetzt der „französischen Spur“ der „Stalin-Rede“ zu. Die Analyse aller bekannten Varianten der „Stalin-Rede“ vom 19. August 1939 gibt Grund zur Schlußfolgerung, daß ein grundlegender oder Ursprungstext existierte, der am 28. November 1939 von der Agentur Havas verbreitet und danach in der „Revue de Droit International de Sciences Diplomatiques et Politiques“<sup>175</sup> veröffentlicht wurde, und des weiteren eine bearbeitete Variante, die sich nicht später als am 23. Dezember 1940 in den Händen des Aufklärungs- und Gegenspionagedienstes der Vichy-Regierung befand, d. h. jene Variante der „Stalin-Rede“, die in der Folge in Moskau gefunden wurde<sup>176</sup>. Der Hinweis auf dem zugehörigen Begleitschreiben, die „Stalin-Rede“ sei durch Offiziere des Geheimdienstes auszunutzen, gibt Grund zur Annahme, daß beide Artikel Ruffins und auch die Publikation des Textes im Buch von La Pradelle nicht ohne Mithilfe dieses Dienstes zustande kamen. Diese Annahme wird durch den Umstand bestärkt, daß die Ergänzungen zur „Stalin-Rede“, die zwischen 1941 und 1944 veröffentlicht wurden, sich nicht auf die geopolitischen Ambitionen des Kreml bezogen, sondern ausschließlich auf die Revolutionierung Europas, vor allem Frankreichs, sowie auf die

<sup>175</sup> Siehe Anm. 12. Warum die Veröffentlichung des vollständigen Textes der „Stalin-Rede“ in der Nummer 3 (Juli-September) dieser Zeitschrift in der Chronik der Ereignisse unter dem 30. 9. 1939 erfolgte, hat Jäckel, Über eine angebliche Rede, S. 383, Anm. 8, nicht klären können. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde die Nummer 3 der Zeitschrift aufgrund des beginnenden Krieges und der Eskalation verschiedener internationaler Ereignisse mit Verspätung und in Eile erstellt, dem Anschein nach zusammen mit der Nummer 4 (Oktober-Dezember), in der in der Chronik der Ereignisse jegliche Information hinsichtlich des 28. November wie auch des 30. November (Antwort Stalins) fehlte (Revue de Droit International de Sciences Diplomatiques et Politiques (1939), Nr. 4, Octobre-Décembre, S. 342–347), was für weitere Verwirrung sorgte. Für diese Annahme spricht die von Jäckel festgestellte Tatsache, daß die Nummer 3 der Zeitschrift bei der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel erst am 15. 1. 1940 einging. Eine Anfrage vom 27. 6. 2002 hinsichtlich des Eintreffens der Nummer 4 der Zeitschrift an die Bibliothek blieb ergebnislos, da im Zuge von Bindearbeiten die Eingangsdaten der Zeitschriften vernichtet wurden.

<sup>176</sup> Die Behauptung Bezymenskij, daß der Text der „Stalin-Rede“ sich unter Dokumenten des Deuxième Bureau des französischen Generalstabs befand, die von den Deutschen 1940 beschlagnahmt wurden, ist nicht genau; vgl. L. A. Bezymenskij, Sovetsko-germanskie dogovory 1939 g.: novye dokumenty i starje problemy, in: Novaja i novejsaja istorija (1998), Nr. 3, S. 3–26, hier S. 3f. Allem Anschein nach wurde er von den Deutschen zusammen mit anderen Akten der Vichy-Regierung nicht vor November 1942, wahrscheinlich aber erst im Sommer 1944 während des Rückzugs beschlagnahmt.

entsprechenden Aufgaben der kommunistischen Parteien. Aus der oberflächlich bearbeiteten Variante der „Stalin-Rede“ wurden einige ins Auge stechende Widersprüchlichkeiten und die kritische Einschätzung der Politik der Westmächte in bezug auf Polen beseitigt. Letzteres zeugt davon, daß die Überarbeitung des Textes nach der Niederlage Frankreichs erfolgte, als die öffentliche Meinung im Lande, das zum Großteil besetzt war, auf Erwähnungen der tragischen Folgen der außenpolitischen Fehler seiner Regierung empfindlich reagierte.

Die Ursprungsvariante der „Stalin-Rede“ wurde unter den außenpolitischen Bedingungen des Herbstes 1939 erstellt. Nach dem Vortrag Molotows vom 31. Oktober<sup>177</sup> charakterisierte Suric, der Bevollmächtigte Vertreter der UdSSR in Frankreich, die Haltung des offiziellen Paris gegenüber Moskau folgendermaßen: „Das unmittelbare Resultat der Rede des Genossen Molotov war die Verordnung der Zensur, die Presse hinsichtlich der UdSSR nicht zu beschränken. [...] Was die allgemeine Einschätzung unserer Außenpolitik betrifft“, resümierte der Bevollmächtigte Vertreter, „kann man erneut drei grundlegende Varianten beobachten: 1. Sie ist auf die Entfesselung der Weltrevolution gerichtet; 2. es handelt sich um eine russische und nationale Politik, die die Linie wiederbelebt, die vom zaristischen Imperialismus verfolgt worden ist [...] und 3. eine Kombination des einen und des anderen“<sup>178</sup>.

Ungeachtet der Auflösung der kommunistischen Partei riefen die Aktivitäten der kommunistischen Deputierten, die sich offiziell in der „Arbeiter- und Bauerngruppe“ zusammengeschlossen und sich damit Möglichkeiten zur Propagierung der Moskauer Position zum Krieg gesichert hatten<sup>179</sup>, die Besorgnis der französischen Regierung hervor. Ein sowjetischer Diplomat bemerkte in diesem Zusammenhang: „In Regierungskreisen ist man sehr in Harnisch geraten über den Text des Rundschreibens der Komintern in Bezug auf den 22. Jahrestag der Oktoberrevolution und den Artikels des Genossen Dimitroff in der letzten Nummer der ‚Revue International‘<sup>180</sup>. Diese Losungen hatten in Friedenszeiten, in den vergangenen Jahren einen anderen Sinn. Jetzt aber, unter den Bedingungen des Krieges, zeigen sie, daß Moskau angeblich seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs fortsetzt“<sup>181</sup>. Diese Tatsache erregt die Führer der Regierung und militärische Kreise vor allem deshalb besonders, weil die heutige Innenpolitik der

<sup>177</sup> In vollem Einklang mit der nazistischen Propaganda, was Joseph Goebbels voller Befriedigung in seinem Tagebuch vermerkte (Goebbels-Tagebücher, Teil I, Bd. 7, S. 178), sagte Molotov: „Es ist nicht nur sinnlos, sondern verbrecherisch einen solchen Krieg zu führen, wie den Krieg zur ‚Vernichtung des Hiderismus‘, der unter falscher Flagge als Kampf für die Demokratie bemäntelt wird.“ In: *Izvestija* vom 1. 11. 1939, S. 1.

<sup>178</sup> Brief Suric an Potemkin vom 8. 11. 1939, in: AVP RF, f. 06, op. 1, p. 19, d. 208, l. 108 f.

<sup>179</sup> V. P. Smirnov, *Francuzkaja komunističeskaja partija i Komintern v 1939–1940 gg. Noveje arhivnye materialy*, in: *Novaja i novejšaja istorija* (1994) Nr. 1, S. 35–37.

<sup>180</sup> Die Rede ist von dem in Frankreich erschienen Artikel Dimitroffs „Vojna i rabočij klass kapitalističeskich stran“, in: *Komunističeskij Internacional* (1939), Nr. 8–9, S. 22–36.

<sup>181</sup> Unter den Losungen, die vom EKKI verbreitet wurden, waren unter anderem diese: „Kämpft für die sofortige Einstellung des ungerechten, imperialistischen Raubkrieges!“, in: *Ebenda*, S. 8.

französischen Regierung ohnedies bei den Massen Unzufriedenheit hervorruft. Hierdurch erklärt sich auch“, schlußfolgerte der Diplomat, „daß der Presse das Signal gegeben wurde, eine Kampagne gegen die Losungen der Komintern durchzuführen, welche natürlich unter antisowjetischer Flagge stattfindet.“<sup>182</sup>

Einschätzungen wie diese illustrieren das Interesse der Behörden an enthüllendem Material: es sollte demonstrieren, daß Moskau seit langem auf die kommunistische Partei als Werkzeug zur Sowjetisierung des Landes setzte. Aber auch die Außenpolitik des Kreml sollte denunziert werden – nicht nur als die eines Komplizen bei der Aufteilung Osteuropas, sondern auch als die eines äußerst hinterlistigen Partners des Dritten Reichs, der Deutschland und die Westmächte gegeneinander ausspielen wollte, um Europa in seinem Sinne zu revolutionieren. Damit sollte auch ein Keil zwischen Moskau und Berlin getrieben werden, indem man bei letzterem Zweifel über die Zuverlässigkeit der „mit Blut gefestigten Freundschaft“ säte.

Die von der Havas verbreitete „Sensationsmeldung“, welche die Absichten des Kreml „enthüllte“, paßte dazu bestens – mit Blick aufs Aus- und Inland. Zwei Tage nach ihrem Erscheinen, am 30. November, griff die UdSSR Finnland an und demonstrierte damit der ganzen Welt, wie expansionistisch ihre Politik nicht nur in der Theorie war.

Die Ingangsetzung einer breiten antisowjetischen Kampagne in der Presse, für die das von der Agentur Havas verbreitete „Dokument aus zuverlässiger Quelle“ den Startschuß bildete, sollte die Lösung der bevorstehenden Aufgaben ermöglichen<sup>183</sup>.

Die Analyse des Inhalts der „Stalin-Rede“ erlaubt es ferner, einige Vermutungen über ihren Verfasser und seine Methoden anzustellen. Seine Identität wird sich zwar heute kaum noch feststellen lassen, aber das ist auch nicht so wichtig. Eine Verbindung zu den französischen Geheimdiensten, über die manche Historiker in jüngster Zeit ausschließlich aufgrund des Faktums, daß der Text der „Stalin-Rede“ im Archivbestand des Deuxième Bureau gefunden wurde, spekuliert haben<sup>184</sup>, ist nicht auszuschließen, aber die Belege dafür sind bislang nicht hinreichend.

<sup>182</sup> Tagebuch des ersten Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Frankreich, O. Ja. Birjukov, in: AYP RF, f. 06, op. 1, p. 19, d. 208, l. 114 (Eintragung vom 9. 11. 1939).

<sup>183</sup> Obwohl die Meldung der Agentur Havas ihr Scherflein zur antikommunistischen Kampagne in Frankreich beitrug, war die Reaktion darauf bei weitem nicht die, auf die die Auftraggeber der „Stalin-Rede“ gehofft hatten. Einige Tage nach ihrer Veröffentlichung schrieb B. Laverne: „Die Frage besteht darin: Gibt es eine Übereinkunft zwischen Berlin und Moskau? Haben sie sich über eine Aufteilung von Einflußsphären in den skandinavischen Ländern, im Donaubecken und auf dem Balkan geeinigt. Darauf wird nur die Zukunft die Antwort geben.“ (L'Époque vom 2. 12. 1939, zit. nach AYP RF, f. 136, op. 23, p. 31, d. 435, l. 132). Offenkundig bildete die „Stalin-Rede“ nicht für alle Journalisten eine vertrauenswürdige Quelle, ungeachtet der für sie in Anspruch genommenen „Zuverlässigkeit“.

<sup>184</sup> Vgl. Gorodetsky, Stalins Geheimrede stammt aus Paris, in: Die Welt vom 31. 8. 1996, S. 8; O. N. Ken/A. I. Rupasov, Politburo CK VKP(b) i otnošenija SSSR s zapadnymi sosednimi gosudarstvami (konec 1920–1930-eh gg.): Problemy. Dokumenty. Opyt kommentarija, Čast' 1: Dekabr' 1928 – ijun' 1934, Sankt Petersburg 2000, S. 66, Anm. 142.

Sehr wahrscheinlich war jener von Jäckel so bezeichnete „Spezialist für den Bolschewismus“ über die äußere und innere Politik der Sowjetunion nicht aus erster Hand, sondern vor allem aus der französischen Presse informiert. Davon zeugen nicht zuletzt typisch journalistische „Schnitzer“ in der „Stalin-Rede“<sup>185</sup>. Die im Text enthaltenen Passagen über die „Maßstäbe der sowjetisch-deutschen Übereinkunft“ zeigen, wie wenig sich der Verfasser in Fragen der internationalen Beziehungen auskannte. Ferner kommen sowohl Aneignungen der allgemeinen „Idee“ als auch fast wörtliche Passagen aus veröffentlichten Artikeln vor, wenn auch zuweilen mit einem „Vorzeichenwechsel“, d.h. mit der Ersetzung Frankreichs durch Deutschland als Verlierer<sup>186</sup>. Dabei hat der Verfasser offenkundig zu dick aufgetragen, indem er den Fragen der künftigen Revolutionierung Europas und der Rolle der KPF in diesem Prozeß zu viel Aufmerksamkeit geschenkt hat. Dabei hat Stalin diesen Problemen wenig Bedeutung zugemessen, wie seine Anweisungen an Dimitroff in den Gesprächen vom 7. und vom 25. Oktober beweisen. Es ist offenkundig, daß es auch mit dem Wissen über die Tätigkeit der Komintern beim Verfasser der „Stalin-Rede“ nicht besonders gut stand. Er war nicht auf dem laufenden über die Beziehungen zwischen der sowjetischen Führung und den Spitzen der Komintern (Dimitroff, Manuilskij). Ohne ihre Beteiligung konnten die Aufgaben für die ausländischen kommunistischen Parteien vom Kreml nicht ausgearbeitet oder gestellt werden. Daher wurde die Darstellung der Linie „Kreml-Komintern“ in der „Stalin-Rede“, ebenso wie der ganze Text, den vom Auftraggeber gestellten Aufgaben nicht gerecht.

### Fazit

Man kann also mit Bestimmtheit feststellen, daß Stalin am 19. August 1939 keine Rede gehalten hat, wie sie ihm von der Agentur Havas zugeschrieben wurde, auch nicht in jener überarbeiteten Form, wie sie im ehemaligen Sonderarchiv in Moskau aufgefunden wurde. Das Fehlen einer richtungsweisenden Rede Stalins im Vorfeld des Abschlusses des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags wird durch eine Vielzahl von Dokumenten bestätigt, insbesondere solchen zur Tätigkeit der Komintern, welche noch bis zum 7. September keine Hinweise über den Umgang mit den grundlegenden Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik enthielten. Die Authentizität des von der Agentur Havas verbreiteten Textes der „Stalin-Rede“ wie von deren Versionen lassen sich nicht einfach dadurch bestätigen, daß die dort

<sup>185</sup> Vgl. Anm. 33 u. 35.

<sup>186</sup> Zu einer der „Urquellen“ der „Stalin-Rede“ kann man z.B. den Artikel von Laverne in L'Époque vom 2. 11. 1939 rechnen, in dem es insbesondere hieß: „Der sowjetisch-deutsche Vertrag vom 23. August hat das Ziel Hitler in die Falle zu locken. [...] Der Herr des Kreml [...] wünscht überdies, daß der Krieg lang dauern soll, weil, je länger sich der Krieg hinziehen wird, sich die Gegner um so mehr schwächen. Wenn das Ende des Krieges eintritt, werden die siegreichen demokratischen Mächte nicht weniger erschöpft sein als Deutschland, und dann tritt für Stalin der Moment zu handeln ein.“ Vgl. Übersichten über die französische Presse des Pressebüros der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Paris, in: AVP RF, f. 136, op. 23, p. 31, d. 435, l. 115 f.

erwähnten Ereignisse stattgefunden haben oder unausweichlich stattfinden sollten. Der Text der „Rede“ wurde mehr als drei Monate nach dem angeblichen Auftritt Stalins veröffentlicht, als die ganze europäische Presse über die wahrscheinlichen Folgen des deutsch-sowjetischen Abkommens schrieb, gerade auch die französische. Die Erörterung der Stalinschen Pläne für die Revolutionierung Europas und die sowjetischen Zugewinne aus dem beginnenden Zweiten Weltkrieg war ebenfalls nichts Neues. Der Forschung sind keinerlei Dokumente oder Zeugnisse bekannt, die auch nur im geringsten die Authentizität der Stalin für den 19. August 1939 zugeschriebenen Rede bestätigen würden, die, ganz nebenbei bemerkt, eine große Anzahl von ungläubwürdigen und offenkundig unsinnigen Behauptungen enthält.

Dieser Befund soll nicht die erhebliche Verantwortung herunterspielen, die Stalin bei der Entstehung und Ausweitung des Zweiten Weltkriegs hatte, in den die sowjetische Führung ihr Land schon lange vor dem 22. Juni 1941 hineingezogen hat<sup>187</sup>. Der Versuch jedoch, die Hauptverantwortung für diesen Krieg unter Berufung auf die „Stalin-Rede“ von Hitler auf Stalin zu verschieben, bei dem manche russische Historiker in antistalinistischem Übereifer und völliger Vernachlässigung der Maßstäbe von historiographischer Professionalität und Quellenkritik den apologetischen Tendenzen mancher deutschen Historiker und Publizisten in die Hände gespielt haben, ist völlig aussichtslos. Gefälschte Dokumente, auch wenn sie zu „Sensationen“ hochstilisiert werden, vermögen das wissenschaftlich gesicherte Bild des Zweiten Weltkriegs nicht auf den Kopf zu stellen.

*(Aus dem Russischen und Französischen von Jürgen Zarusky)*

<sup>187</sup> Vgl. Sergej Slutsch, 17. September 1939: Der Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg. Eine historische und völkerrechtliche Bewertung, in: VfZ 48 (2000), S. 219–254.

■ Nach 1945 gerieten auch die Vorstände und Aufsichtsräte der deutschen Großbanken in das Visier der amerikanischen Militärregierung. Sie galten als potentielle Kriegsverbrecher. Angeklagt und verurteilt wurde aber nur ein einziger Bankier, der ehemalige Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Karl Rasche, der zugleich als Repräsentant der Bank und politische Symbolfigur büßen musste. Ralf Ahrens beleuchtet die Hintergründe dieses Strafprozesses, der schließlich zum historischen Tribunal wurde, und er thematisiert die Interessengegensätze von Rasche und seinen früheren Vorstandskollegen, die sich nach dem Prozess in Rasches Ausgrenzung aus der deutschen Bankierselite fortsetzten. ■■■

Ralf Ahrens

## Der Exempelkandidat

Die Dresdner Bank und der Nürnberger Prozess gegen Karl Rasche

Die zwölf Nürnberger „Nachfolgeprozesse“, welche die USA nach dem Internationalen Militärtribunal gegen die Hauptkriegsverbrecher (IMT) in alleiniger Regie durchführten, demonstrierten vielleicht am augenfälligsten den amerikanischen Anspruch, nicht bei der militärischen Zerschlagung des Dritten Reichs stehen zu bleiben. Diese Prozesse zielten nicht nur auf die individuelle Bestrafung besonders belasteter Täter, sondern darüber hinaus auf eine öffentliche Demonstration der Mitverantwortung deutscher Funktionseliten für die Verbrechen des NS-Regimes<sup>1</sup>. Dass diese Zielsetzung gerade auch die private Wirtschaft umfasste, belegen die drei Industriellenprozesse gegen Manager der Flick-, Krupp- und I. G.-Farben-Konzerne. Die deutschen Großbanken aber blieben bis auf eine Person von der Anklage verschont: Allein Karl Rasche, der ehemalige Vorstandssprecher der Dresdner Bank, fand sich schließlich im Fall 11, dem „Wilhelmstraßen-Prozess“, vor einem Nürnberger Tribunal wieder und wurde wegen seines SS-Ehrenrangs sowie seiner Beteiligung an der Ausbeutung der tschechischen und niederländischen Wirtschaft zu sieben Jahren Haft verurteilt.

<sup>1</sup> Vgl. im Überblick Klaus-Dietmar Henke, Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbstzerstörung, politische Säuberung, „Entnazifizierung“, Strafverfolgung, in: Ders./Hans Woller (Hrsg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 21–83, hier S. 72. Weder zum IMT noch zu den Nachfolgeprozessen liegen wissenschaftliche Gesamtdarstellungen vor. Vgl. stattdessen Telford Taylor, Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1994; Frank M. Buscher, The U.S. War Crimes Trial Program in Germany, 1946–1955, New York u. a. 1989; Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, Frankfurt a. M. 1999; zur älteren Literatur die Bibliografie von Norman E. Tutorow, War Crimes, War Criminals and War Crimes Trials. An Annotated Bibliography and Source Book, New York 1986.

■ VfZ 4/2004 © Oldenbourg 2004

Dabei war gegen die ehemaligen Berliner Großbanken ähnlich intensiv ermittelt worden wie gegen die Industriekonzerne. Den Finanzexperten der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) erschienen die „Big Six“ als wirtschaftliche Machtzentren, deren vermutete Unterstützung der nationalsozialistischen Expansionspolitik es zu bestrafen und deren gesamtwirtschaftlichen Einfluss es im Interesse des demokratischen Neuaufbaus nachhaltig zu beschneiden galt. Während jedoch die ordnungspolitischen Anstrengungen in einer immerhin bis 1957 andauernden Dezentralisierung der drei Filialgroßbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank) resultierten<sup>2</sup>, blieb der Einfluss des personellen „Säuberungs“-Programms auf die deutsche Bankierselite letztlich marginal<sup>3</sup>.

Karl Rasche war zwar in funktionaler oder „positionaler“ Hinsicht ein Mitglied dieser Elite<sup>4</sup>; sein Aufstieg und sein Verhalten im Dritten Reich unterschieden ihn aber in manchem von seinen Vorstandskollegen. Dass sich das ursprünglich weit umfassendere Prozessprogramm schließlich auf Rasche beschränkte, lag zum einen an dessen spezifischer Karriere, die der erste Abschnitt dieses Aufsatzes skizziert. Zum anderen waren dafür politische Entscheidungen maßgeblich, die sich, wie der zweite Abschnitt zeigen soll, weder auf die Zurückdrängung bankenkritischer Positionen im Kalten Krieg<sup>5</sup> noch auf die Korrektur anfänglicher amerikanischer Fehleinschätzungen<sup>6</sup> reduzieren lassen. Der Hauptteil des Aufsatzes beschäftigt sich jedoch mit dem Prozess selbst, der anders als seine Vorgeschichte

<sup>2</sup> Zu den sechs „Berliner Großbanken“ wurden neben den drei Filialgroßbanken die Berliner Handels-Gesellschaft, die Reichs-Kredit-Gesellschaft und die Bank der deutschen Arbeit gerechnet. Auf die ordnungspolitische Entwicklung in den verschiedenen Besatzungszonen, die schließlich zur Verstaatlichung der Großbankfilialen in der Sowjetischen Besatzungszone, zur dauerhaften Stilllegung der alten Berliner Zentralen und zur Dezentralisierung in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik führte, kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. dazu ausführlich Theo Horstmann, Die Alliierten und die deutschen Großbanken. Bankenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland, Bonn 1991; Carl-Ludwig Holtfreich, Die Deutsche Bank vom Zweiten Weltkrieg über die Besatzungsherrschaft zur Rekonstruktion 1945–1957, in: Lothar Gall u. a., Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995, S. 409–578.

<sup>3</sup> Vgl. Dieter Ziegler, Strukturwandel und Elitenwechsel im Bankwesen 1900–1957, in: Volker R. Bergahn/Stefan Unger/Dieter Ziegler (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität, Essen 2003, S. 187–218, hier S. 207–209 u. S. 217 f. Zu den vergleichbaren Ergebnissen in der Industrie vgl. Paul Erker, Einleitung: Industrie-Eliten im 20. Jahrhundert, in: Ders./Toni Pierenkemper (Hrsg.), Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten, München 1999, S. 1–18; Hervé Joly, Großunternehmer in Deutschland. Soziologie einer industriellen Elite 1933 bis 1989, Leipzig 1998.

<sup>4</sup> Zu dieser Elitendefinition vgl. Ziegler, Strukturwandel, in: Bergahn/Unger/Ziegler (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaftselite, S. 197, im Rekurs auf Werner Mosse, Jews in the German Economy. The German-Jewish Economic Elite 1820–1935, Oxford 1987.

<sup>5</sup> Karl-Heinz Roth, Einleitung des Bearbeiters, in: Office of Military Government for Germany, United States, Finance Division. Ermittlungen gegen die Dresdner Bank (1946), bearbeitet von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Nördlingen 1986, S. CXIII–CXXXIII.

<sup>6</sup> Vgl. Joachim Scholtyseck, Die USA vs. „The Big Six“. Der gescheiterte Bankenprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Bankhistorisches Archiv 26 (2000), S. 27–53.

in der Forschungsliteratur praktisch unbeachtet blieb; die als Beweisstücke benutzten Dokumente und Zeugenaussagen wurden bislang nur zur Aufarbeitung der Bankengeschichte der NS-Zeit herangezogen<sup>7</sup>.

Dabei geht es nicht um die „historische Gerechtigkeit“ oder die strafrechtliche Angemessenheit des Urteils. Ebenso wenig muss hier noch einmal die Diskussion um die rechtsdogmatischen Einwände aufgenommen werden, die schon frühzeitig gegen die Nürnberger Prozesse erhoben wurden, ihre Legitimität aber letztendlich nicht in Frage stellen können<sup>8</sup>. Vielmehr ermöglichen die Prozessakten in der Zusammenschau mit lange verschollenen Aktenbeständen der Dresdner Bank, den Dokumenten der amerikanischen Militärregierung und einem privaten Nachlass Rasches mittlerweile eine gründliche Analyse der Ziele der Prozessbeteiligten, ihrer Strategien und der erreichten Ergebnisse<sup>9</sup>.

Für die amerikanischen Ankläger musste es dabei nicht nur um den Nachweis von Rasches individueller Schuld im strafrechtlichen Sinne gehen, die allein keine hinreichende Begründung für die Anklage vor einem Nürnberger Tribunal gewesen wäre. Rasches Aktivitäten mussten vielmehr als aktive, systematische Par-

<sup>7</sup> Vgl. insbesondere die demnächst erscheinenden Ergebnisse des Projekts zur Geschichte der Dresdner Bank in der NS-Zeit: Die Dresdner Bank im Dritten Reich, hrsg. v. Klaus-Dietmar Henke, München 2005. Band 1: Johannes Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reiches (unter Mitarbeit von Ralf Ahrens, Michael C. Schneider, Harald Wixforth und Dieter Ziegler); Band 2: Dieter Ziegler, Die Dresdner Bank und die deutschen Juden (unter Mitarbeit von Maren Janetzko, Ingo Köhler und Jörg Osterloh); Band 3: Harald Wixforth, Die Expansion der Dresdner Bank in Europa (unter Mitarbeit von Johannes Bähr, Jörg Osterloh, Friederike Sattler und Dieter Ziegler). Als Zwischenergebnisse vgl. Johannes Bähr, Der Goldhandel der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg, Leipzig 1999; Dieter Ziegler, Die Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank 1933–1938, in: VfZ 47 (1999), S. 187–216; Harald Wixforth, Auftakt zur Ostexpansion. Die Dresdner Bank und die Umgestaltung des Bankwesens im Sudetenland 1938/39, Dresden 2001. Vgl. außerdem Christopher Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im „Dritten Reich“, 1933–1939, Bonn 1995, sowie die ausführliche, jedoch hochpolemische und allzu sehr auf die amerikanischen Interpretationen des Beweismaterials vertrauende Einleitung von Roth in: OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank (mit einigen Bemerkungen zum Prozess, S. CXXXI–CXXXIII). Wissenschaftlich unbrauchbar ist die neuere, massive handwerkliche Mängel aufweisende „Edition“ der OMGUS-Berichte über die Dresdner und die Deutsche Bank, deren Einleitung sich kaum mit den Berichten selbst beschäftigt: Christopher Simpson (Hrsg.), War Crimes of the Deutsche Bank and the Dresdner Bank, New York/London 2001. Vgl. dazu die gründliche Kritik von Gerald D. Feldman, Wer Spinnst?, in: German Politics and Society 20 (2002), Heft 3, S. 40–55.

<sup>8</sup> Vgl. Susanne Jung, Die Rechtsprobleme der Nürnberger Prozesse dargestellt am Verfahren gegen Friedrich Flick, Tübingen 1992.

<sup>9</sup> Die Prozessprotokolle und Beweisstücke werden im Folgenden nach den im Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin im Bestand 99 US 7 verwahrten Exemplaren zitiert. Die Urteilsbegründung wurde vollständig publiziert: Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozess. Der amtliche Wortlaut der Entscheidung im Fall Nr. 11 des Nürnberger Militärtribunals gegen von Weizsäcker und andere [...], Schwäbisch Gmünd 1950. In der auszugsweisen amerikanischen Dokumentation der Nachfolgeprozesse erscheint Rasche nur am Rande; vgl. Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10, Bd. 12–14, Washington 1952. Ein umfangreicher Aktenbestand zur Organisation des Prozesses befindet sich im Historischen Archiv der Dresdner Bank AG, Frankfurt a. M. (künftig: HADrB.), Bestand 125. Für die Möglichkeit zur Einsichtnahme in den Nachlass Karl Rasches danke ich Herrn Michael Rademacher.

tization an den Verbrechen des NS-Regimes plausibel gemacht werden. Damit stand, ähnlich wie in den Industriellenprozessen, gleichzeitig eine Symbolfigur vor Gericht<sup>10</sup>, an der sich eine ganz bestimmte Interpretation der jüngsten deutschen Vergangenheit festmachte. Zum einen stellt sich daher die Frage, wie weit diese doppelte Funktion des Prozesses manche Ungereimtheiten der Anklage erklärt und auf die Grenzen der strafrechtlichen Bewältigung unternehmerischer Teilhabe an einem verbrecherischen System verweist. Die Nürnberger Prozesse wurden jedoch nicht nur durch den hohen amerikanischen Anspruch zu einer Projektionsfläche für Geschichtsbilder. Die Industriellenprozesse dienten auch einer unternehmerischen Imagepflege, in der die vielfachen politischen Verstrickungen vom Selbstbild des unpolitischen, wenn nicht gar oppositionellen und in ständigem Konflikt mit der nationalsozialistischen Wirtschaftslenkung stehenden Unternehmers verdrängt wurden<sup>11</sup>. Eine solche Etablierung historischer Deutungsmuster musste gerade auch im Interesse der Dresdner Bank liegen, denn ein Image als „SS-Bank“<sup>12</sup> und Finanzierungsagentur der nationalsozialistischen Raubwirtschaft drohte nicht nur juristische Konsequenzen nach sich zu ziehen. Zum anderen ist also zu fragen, mit welchen Zielen und Mitteln auch die Verteidigung Karl Rasches über die rein strafrechtliche Ebene hinausging.

Die Bank – bzw. Rasches frühere Kollegen, die nach dem Krieg ein nur noch dezentral in den westlichen Besatzungszonen operierendes Rumpfinstitut zusammenhielten<sup>13</sup> – und ihr ehemaliger Vorstandssprecher zogen zwar grundsätzlich an einem Strang, wenn es etwa um die Manipulation der Berichterstattung oder die Beschaffung entlastender Zeugenaussagen ging. Doch aus Rasches prekärer Position als einziger angeklagter Repräsentant der Bank ergaben sich auch, ebenso wie aus seiner Karriere und seinem Verhalten vor wie nach 1945, nachhaltige Differen-

<sup>10</sup> Vgl. Werner Abelschauser, *Rüstungsschmiede der Nation? Der Kruppkonzern im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit 1933 bis 1951*, in: Lothar Gall (Hrsg.), *Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung*, Berlin 2002, S. 267–471, hier S. 465. Auf den symbolischen Charakter der Industriellenprozesse verweist auch Tim Schanetzky, *Unternehmer: Profiteure des Unrechts*, in: Norbert Frei, *Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945*, Frankfurt a. M./New York 2001, S. 73–129, hier S. 84. Zu den Industriellenprozessen vgl. außerdem die entsprechenden Kapitel bei Ueberschär (Hrsg.), *Nationalsozialismus; Jung, Rechtsprobleme*; S. Jonathan Wiesen, *Overcoming Nazism: Big Business, Public Relations, and the Politics of Memory, 1945–1950*, in: *Central European History* 29 (1996), S. 201–226; ders., *West German Industry and the Challenge of the Nazi Past, 1945–1955*, Chapel Hill/London 2001, S. 67–98; Raymond Stokes, *Divide and Prosper. The Heirs of I.G. Farben under Allied Authority 1945–1951*, Berkeley u. a. 1988, S. 151–156; ders., *Von der I.G. Farbenindustrie AG bis zur Neugründung der BASF*, in: Werner Abelschauser (Hrsg.), *Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte*, München 2002, S. 221–358, hier S. 337–345; Dietrich Eichholtz, *Der I.G.-Farben-Prozess in Nürnberg*, in: *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung* 10 (1998), S. 41–52.

<sup>11</sup> Vgl. insbesondere die in Anm. 10 genannten Beiträge von S. Jonathan Wiesen; am Beispiel diverser Entnazifizierungsverfahren auch Gerald D. Feldman, *Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933–1945*, München 2001, S. 525–583.

<sup>12</sup> OMGUS, *Ermittlungen gegen die Dresdner Bank*, S. 88.

<sup>13</sup> Vgl. Horstmann, *Die Alliierten*, passim; sowie Hans G. Meyen, *120 Jahre Dresdner Bank. Unternehmens-Chronik 1872–1992*, Frankfurt a. M. 1992, S. 134–170.

zen. Als Rasche rund ein Jahr nach seiner vorzeitigen Entlassung verstarb, hatte er nicht nur eine reibungslose Entnazifizierung hinter sich, sondern auch die Erfahrung, dass die Führungsspitze der Dresdner Bank ihn auf gar keinen Fall wieder in ihren Kreis aufnehmen wollte. Inwiefern diese Distanzierung tatsächlich als Erfolg des Prozesses zu verbuchen ist, soll der letzte Abschnitt des Aufsatzes klären.

### 1. Politik und Karriere: Rasches Aufstieg

Als „liberal eingestellt mit einem gewissen nationalen Einschlag“ charakterisierte Rasche sich selbst in zwei Lebensläufen, die die „primitiv[en] und oberflächlich[en]“ Vorstellungen seiner Ankläger richtig stellen sollten<sup>14</sup>. Diese apologetischen Texte sind zwar für die Rekonstruktion von Rasches Biografie unverzichtbar, sie lassen sich aber zumindest punktuell aus weiteren Quellen korrigieren. Karl Rasche, geboren 1892 in Iserlohn, studierte in Münster, München, Leipzig, Berlin und Bonn Volkswirtschaft, Staats- und Rechtswissenschaft und nahm anschließend an der Westfront am Ersten Weltkrieg teil. Nach einer Verwundung verfasste er im Lazarett seine juristische Dissertation<sup>15</sup> und wurde 1918 nochmals an die Ostfront einberufen. Nach Kriegsende betätigte er sich für die Baltische Landeswehr, eine von deutschstämmigen Balten zur Abwehr der Roten Armee gegründete Freiwilligentruppe, und warb für die baltischen Freikorps, die sich durch besondere Radikalität und einen hohen Anteil schlichter Krimineller auszeichneten, in Westdeutschland Freiwillige und Spenden. Im Juli 1919 wurde Rasche Gerichtsreferendar in Hamm, nebenberuflich organisierte er Bauernräte und Einwohnerwehren gegen die Arbeiter- und Soldatenräte<sup>16</sup>. Danach ist für lange Zeit keine politische Betätigung nachweisbar.

Rasches Karriere als Bankier begann 1921 beim Barmer Bankverein, wo er sich auf die Sanierung angeschlagener Industrieunternehmen spezialisierte. Nachdem der Bankverein 1931 mit der Commerz- und Privatbank fusioniert worden war, schlug er die Übernahme in deren Berliner Zentrale aus und trat Anfang 1933 in den Vorstand der kleineren Westfalenbank in Bochum ein<sup>17</sup>. Rasche beschäftigte sich hier weiterhin mit Unternehmenssanierungen und arbeitete dabei auch mit

<sup>14</sup> Das zweite Zitat findet sich nur in einem vermutlich aus dem Juli 1948 stammenden, 107 Seiten umfassenden Entwurf des Lebenslaufs, S. 4, in: HADrB, I4376-2000 (künftig zitiert als „Lebenslauf, Entwurf“), erstes Zitat S. 23. Die Endfassung vom 4. 8. 1948 liegt als Dokumentenbuch der Verteidigung vor, in: BA Berlin, 99 US 7/765 (künftig: „Lebenslauf, Prozessversion“), Zitat Bl. 13.

<sup>15</sup> Vgl. Karl Rasche, Der Polizeibegriff im heutigen preußischen Recht unter besonderer Berücksichtigung der Spezialgesetze, Diss. jur., Münster 1917. Hinweise auf Rasches politische Einstellungen sind der Arbeit nicht zu entnehmen.

<sup>16</sup> Personalangaben Karl Rasche, 15. 12. 1938, in: BA Berlin, SSO 7-B, Bild 966; Handschriftlicher Lebenslauf Karl Rasche, o.D. (an Chef der SS-Personalkanzlei 24. 5. 1939), in: Ebenda, Bild 961. Die Angaben zur Tätigkeit im Baltikum im Lebenslauf, Prozessversion, Bl. 6, sind weitgehend nichtssagend, die politische Arbeit in Hamm bleibt unerwähnt. Zu den baltischen Freikorps vgl. Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard a. Rh. 1969, S. 125–201, bes. S. 136.

<sup>17</sup> Lebenslauf, Prozessversion, Bl. 7–12; Military Government of Germany, Fragebogen Karl Rasche, 2. 1. 1947, in: US National Archives, College Park, MD (künftig: NA), RG 238, Entry 200, Internee Personnel Records, Box 24.

dem – später im selben Prozess angeklagten – NSDAP-Gauwirtschaftsberater Paul Pleiger zusammen, bestritt aber vehement, dass sich die Zusammenarbeit auf die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen erstreckt habe<sup>18</sup>. Von der Westfalenbank wechselte Rasche zum Jahresbeginn 1935 zur Berliner Zentrale der Dresdner Bank, wo er anfangs stellvertretendes, ab August 1935 ordentliches Vorstandsmitglied wurde<sup>19</sup>. Im Vorstand übernahm er zunächst die Verantwortung für die west- und nordwestdeutschen Filialen sowie für die Beziehungen der Bank ins Baltikum und nach Skandinavien, daneben profilierte er sich weiterhin als Experte für komplizierte Sanierungsfälle<sup>20</sup>. Rasches Aufnahme in den Vorstand einer deutschen Großbank bildete trotz der Umstrukturierungen, die nach der Bankenkrise 1931 gerade die Dresdner Bank massiv trafen, eine Ausnahme, war die Besetzung der Spitzenpositionen in den Aktienbanken doch in der ersten Jahrhunderthälfte durchweg durch eine „anhaltend hohe, ja sogar tendenziell steigende Bedeutung“ des allmählichen Aufstiegs innerhalb einer Bank geprägt<sup>21</sup>.

Die Karriere des Provinzbankiers erregte denn auch das Misstrauen der amerikanischen Ermittler, die Rasches Eintritt in die Bank als Beginn seiner Bemühungen interpretierten, diese auf NS-Linie zu bringen<sup>22</sup>. In gewissem Maße bestätigt fühlen konnten sie sich durch die Darstellung von Carl Goetz, der seit 1931 als Vorstandsmitglied, seit 1933 als Vorstandsvorsitzender, seit 1937 schließlich als Aufsichtsratsvorsitzender mit besonderen Vollmachten bis weit in die Kriegsjahre hinein die beherrschende Führungspersonlichkeit des Unternehmens gewesen war. Goetz erklärte im März 1947, dass Rasche zwar durchaus die passenden Qualifikationen für einen vakanten Vorstandsposten mitgebracht habe. Er sei jedoch nur aufgrund nachhaltiger Interventionen von Hitlers Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler und dessen Neffen Fritz Kranefuß überhaupt zum Vorstellungsgespräch geladen worden, seine Einstellung nicht unwesentlich zur Vermeidung massiverer parteipolitischer Einflüsse erfolgt. Rasche sei zwar kein Parteimitglied

<sup>18</sup> Lebenslauf, Entwurf, S. 30; Lebenslauf, Prozessversion, Bl. 17. Ein Bekenntnis zu „Arisierungen“ findet sich auch in Rasches SS-Lebenslauf nicht; Handschriftlicher Lebenslauf Karl Rasche, o.D. (an Chef der SS-Personalkanzlei, 24. 5. 1939), in: BA Berlin, SSO 7-B, Bild 962. Zu Pleigers Tätigkeit als Gauwirtschaftsberater vgl. die knappe Darstellung bei Matthias Riedel, Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen u. a. 1973, S. 10–14.

<sup>19</sup> Notiz zur Anklageschrift, November 1947, in: HADrB, 13940–2000; Military Government of Germany, Fragebogen Karl Rasche, Ludwigsburg, 2. 1. 1947, in: NA, RG 238, Entry 200, Internee Personnel Records, Box 24. Der amerikanische Ermittlungsbericht gibt fälschlich 1934 als Eintrittsdatum an. Vgl. OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. 256.

<sup>20</sup> Lebenslauf, Entwurf, S. 39 f.; Carl Goetz, Beschreibung des Aufbaues der Dresdner Bank und ihrer Verwaltung, 20. 11. 1946, S. 9, in: NA, T 301/110 (Auszüge in: BA Berlin, 99 US 7/430, Bl. 4–11); Eidesstattliche Versicherung Max Schobert (seit 1933 Direktor in der Dresdner Bank und enger Mitarbeiter von Carl Goetz), 14. 1. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/767, Bl. 49–51.

<sup>21</sup> Ziegler, Strukturwandel, in: Berghahn/Unger/Ziegler (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaftselite, S. 215.

<sup>22</sup> OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. 256: „Die Wahl fiel auf ihn, weil er bereits das Vertrauen der Parteispitze besaß und die Bank in einen engeren Arbeitszusammenhang mit ihr bringen konnte.“

und fachlich geeigneter gewesen als der gleichzeitig berufene, überzeugte Nationalsozialist Emil Meyer, der den Aufstieg allein seinen politischen Verbindungen zu verdanken hatte. Trotzdem bezeichnete Goetz beide als „Vertrauensleute der Partei“<sup>23</sup>. Zwei weitere Vorstandsmitglieder, Hans Schippel und Hans Pilder, betonten die alleinige Verantwortung von Goetz, der beiden gegenüber auf den Einfluss Keplers verwiesen hatte<sup>24</sup>. Rasche hingegen bestritt jegliche politische Protegierung oder zumindest das Wissen darum<sup>25</sup>, während Kepler ihn lediglich auf mehrfache Nachfrage der Bankleitung „empfohlen“ haben wollte<sup>26</sup>.

Form und Ausmaß der politischen Einflussnahme lassen sich nicht mehr eindeutig rekonstruieren, es ist jedoch anzunehmen, dass politisch-taktische Gründe bei Rasches Berufung in den Vorstand überwogen. Dieser konnte nämlich zu einer Zeit, in der die Dresdner Bank nach der Machtübernahme der NSDAP ihre politischen Kontakte neu ordnen musste, nicht nur Keplers Empfehlungen vorweisen. Er war Goetz außerdem aus der Bankenquete vom Herbst 1933 bekannt, wo er als Vertreter der Provinzbanken gegen eine Zerschlagung der angeblich mittelstandsfeindlichen Dresdner Bank aufgetreten war; gleichzeitig konnte die Berufung eines Provinzbankiers als Signal für eine stärker mittelstandsorientierte Geschäftspolitik gewertet werden<sup>27</sup>. Carl Goetz' Darstellung des Berufungsvorgangs betonte dagegen nicht zufällig den parteipolitischen Druck. Goetz befand sich während seines Berichts selbst in Untersuchungshaft, und noch bis zum Herbst 1947 bestand Grund zu der Annahme, dass er ebenfalls vor dem Nürnberger Gerichtshof angeklagt werden könnte. Nach seiner Freilassung modifizierte er die Aussage, indem er zwar die Darstellung von Rasches Berufung wiederholte, nicht jedoch dessen Einschätzung als Vertrauensmann der NSDAP. Stattdessen schloss er jetzt mit der Feststellung, dass Rasches Ernennung zum ordentlichen Vorstandsmitglied allein auf seinen fachlichen Leistungen beruht habe<sup>28</sup>.

<sup>23</sup> Carl Goetz, Erklärung unter Eid, 30. 3. 1947, in: BA Berlin, 99 US 7/448, Bl. 52 f. Diverse Affidavits, die Rasches Verdienste in seinen früheren Positionen bestätigen, in: BA Berlin, 99 US 7/766. Goetz erhielt zwar Ende 1933 das Amt eines Vorstandsvorsitzenden, trat aber offiziell nicht als solcher auf. Zu seiner Berufung und Position vgl. Ziegler, Verdrängung, S. 191 f., sowie demnächst Bähr, Dresdner Bank; zu Meyers SS-Beziehungen ebenda; zu Kepler und Kranefuß ausführlich Reinhard Vogelsang, Der Freundeskreis Himmler, Göttingen u. a. 1972.

<sup>24</sup> Aktennotizen ohne Verfasser, 16. und 21. 1. 1948, in: HADrB, 1497–2002. Schippel unterlag hier allerdings, dass auch er von Kepler auf Rasche angesprochen worden war; Protokoll über die Arbeits-Ausschuss-Sitzung der Dresdner Bank am 8. 9. 1934, in: NA, T 83/128.

<sup>25</sup> Lebenslauf, Prozessversion, Bl. 18–22. Rasche wusste lediglich zu berichten, dass er vom stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Westfalenbank und Generaldirektor des Kaliunternehmens Wintershall, August Rosterg, auf den vakanten Vorstandsposten angesprochen worden war. Er vergaß allerdings zu erwähnen, dass es sich bei Rosterg um eines der ersten Mitglieder des „Keplerkreises“ handelte, durch den Kepler führende Industrielle an die NSDAP heranzuziehen suchte. Vgl. Vogelsang, Freundeskreis, S. 24 und passim.

<sup>26</sup> Verhör Wilhem Keplers durch seinen Verteidiger Schubert, 2. 9. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/170, Bl. 122.

<sup>27</sup> Vgl. Dieter Ziegler, Vorstand und Aufsichtsrat: „Entjudung“ und Nazifizierung (1933–1937), in: Bähr, Dresdner Bank; Christoph Müller, Die Entstehung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 5. Dezember 1934, Berlin 2003, S. 163–166.

<sup>28</sup> Eidesstattliche Versicherung von Carl Goetz, 7. 7. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/766, Bl. 57–60.

Diese Version fügte sich wesentlich besser in Rasches Selbstcharakterisierung, derzufolge er der NSDAP möglichst „aus dem Wege gegangen“ war<sup>29</sup>. Eindeutig nachweisbar ist sein Parteintritt tatsächlich erst 1939. Eine von der Anklage ins Feld geführte Mitgliedschaft seit Mai 1933, die in den Unterlagen der NSDAP-Gauleitung Essen wegen „unbekannten Aufenthaltes“ gelöscht worden war<sup>30</sup>, wurde von Rasche vehement bestritten<sup>31</sup>. Es mag sich hier um eine besonders dreiste Lüge handeln, mit hundertprozentiger Sicherheit ist die erste Mitgliedschaft aus den vorliegenden Dokumenten aber nicht belegbar. Der NSDAP-Beitritt 1939 hingegen demonstrierte insofern eine besondere Nähe zum NS-Regime, als er offenbar auf Initiative von Fritz Kranefuß beantragt worden war. Kranefuß hatte seit 1933 einen ursprünglich von Keppler an die NSDAP herangeführten Kreis von Industriellen und Bankiers zum „Freundeskreis des Reichsführers SS“, Heinrich Himmler, ausgebaut<sup>32</sup>; er betrieb auch die Aufnahme Rasches in die SS und den Freundeskreis. Nach seiner eigenen Darstellung hatte Rasche die Einführung in diesen Kreis allein seinem Auftritt als stellvertretender Leiter des Reichsfachamts für Leichtathletik bei der Berliner Olympiade 1936 zu verdanken. Tatsächlich interessierte sich die SS aber wohl eher wegen seiner beruflichen Stellung für ihn. Erst im April 1939 wurde Rasche als Hauptsturmführer in die SS aufgenommen, in der er 1943, wiederum auf Vorschlag von Kranefuß, den Rang eines Obersturmbannführers erreichte. Die relativ späten Eintritte in die NSDAP und die SS lassen kaum darauf schließen, dass es sich bei Rasche um einen überzeugten oder gar fanatischen Anhänger des Nationalsozialismus handelte; eher war er der Typ des ehrgeizigen Karrieristen, der seine beruflichen Qualitäten in jedem politischen Umfeld einzusetzen wusste<sup>33</sup>.

Ab 1938 investierte Rasche seinen Ehrgeiz vor allem in den Ausbau des Bankgeschäfts in den „angeschlossenen“ oder vom Deutschen Reich besetzten Gebieten. Neben seinen bisherigen Ressortkompetenzen übernahm er die Zuständigkeit für das Sudetenland und das „Protektorat Böhmen und Mähren“ sowie den Vorsitz im Verwaltungsrat der Böhmischen Escompte-Bank und Credit-Anstalt (Bebca) in Prag, der zweitgrößten Tochtergesellschaft der Dresdner Bank. Hinzu kam die Res-

<sup>29</sup> Lebenslauf, Prozessversion, Bl. 13 f.; Lebenslauf, Entwurf, S. 24.

<sup>30</sup> Schriftwechsel des Reichsschatzmeisters der NSDAP mit den Gauschatzmeistern in Berlin und Essen, Januar bis August 1939, Aufnahmeentscheidung vom 8. 8. 1939, Fragebogen Karl Rasche, 21. 9. 1937, alles in: BA Berlin (ehem. BDC), PK 1140/019/813 ff.

<sup>31</sup> Rasche insistierte auf einer Verwechslung und brachte sogar eine Bescheinigung des Essener Einwohnermeldeamtes in die Verteidigungsdokumente ein, aus der allerdings nur der Zeitpunkt seiner Abmeldung aus Essen hervorging. Lebenslauf, Entwurf, S. 27; Bescheinigung des Einwohnermeldeamtes Essen, 3. 5. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/768, Bl. 80. Die hier außerdem erteilte Auskunft, Rasche habe in den Jahren 1933–1935 keine Adresse in der Essener Semperstr. 49 gehabt, verwirrte (bewusst?) die Dinge zusätzlich, handelte es sich hier doch offenbar um die Adresse der Essener NSDAP-Ortsgruppe.

<sup>32</sup> Vgl. Vogelsang, Freundeskreis, S. 52–78. Kranefuß gehörte seit 1938 auch dem Aufsichtsrat der Dresdner Bank an.

<sup>33</sup> Beitrittsanfrage Kranefuß für Rasche, 5. 7. 1937, in: BA Berlin, 99 US 7/429, Bl. 26 f. Die Beförderungs- und Versetzungsvorgänge in der SS sind dokumentiert in: BA Berlin, SSO 7-B, Bild 939–962. Vgl. dazu ausführlich Bähr, Dresdner Bank.

sortverantwortung für die wesentlich kleineren niederländischen und belgischen Auslandstöchter, den Handelstrust West N. V. in Amsterdam und die Continentale Bank S. A. in Brüssel. Von 1941 bis 1945 war er außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der Handels- und Kreditbank in Riga, während des Krieges (und teils schon vorher) Mitglied des Aufsichtsrats in einer ganzen Reihe deutscher und ehemals tschechischer kriegswichtiger Unternehmen wie der Poldi-Hütte Prag, der Skoda-Werke in Pilsen, der Brügger Waffen-Werke, der Continentalen Öl-Wirtschafts AG in Berlin, der Braunkohle-Benzin-AG und der Wintershall AG<sup>34</sup>.

Ihren formalen Höhepunkt erreichte Rasches Bankierskarriere im Dezember 1942. Carl Goetz hatte zunächst durch zwei Revirements versucht, den Einfluss der SS-Mitglieder Rasche und Meyer im Vorstand zu schwächen: Nachdem er 1938 den altgedienten, aber wirtschaftlich pragmatischen Nationalsozialisten Carl Luer in den Vorstand geholt hatte, setzte er nach dessen Ausscheiden 1941 die Beförderung der parteilosen Stellvertreter Alfred Hölling, Gustav Overbeck, Hans Pilder und Hugo Zinßer zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern durch. Im darauf folgenden Jahr kürte dieser neue Vorstand jedoch gerade Karl Rasche, der zuvor eine vom Bankenausschuss in der NSDAP („Bormann-Ausschuss“) betriebene Installation des Gauwirtschaftsberaters Julius Maier als Vorstandsvorsitzenden verhindert hatte, zu seinem Sprecher. Gleichzeitig wurden in einem offenen Machtkampf, bei dem politische Differenzen unter den Vorstandsmitgliedern in den Hintergrund rückten, Goetz' weitreichende Sondervollmachten als Aufsichtsratsvorsitzender empfindlich beschnitten<sup>35</sup>. Vielleicht verleitete der Ärger über diese Zurücksetzung Goetz nach dem Krieg zu der Behauptung, Rasche habe danach „die Stellung eines Primus“ eingenommen<sup>36</sup>, die natürlich Rasches Anklägern sehr gelegen kam. Tatsächlich war in einem Vorstandsprotokoll niedergelegt, dass der Sprecher lediglich als Vertreter vorher gefasster Beschlüsse des gesamten Vorstands fungierte und damit, wie Rasches Vorstandskollege Overbeck bestätigte, eben „nicht primus inter pares, sondern par inter pares“ war<sup>37</sup>.

Im Dezember 1943 wurde der Vorstand in Reaktion auf die Kriegsentwicklung in vier regionale Gruppen aufgeteilt. Rasche übernahm gemeinsam mit dem 1943 erneut berufenen Carl Luer die Vorstandsgruppe West in Bad Nauheim, wo er bei Kriegsende eher zufällig von einem französischen Verbindungsoffizier bei

<sup>34</sup> Vgl. ebenda; Eidesstattliche Erklärung Karl Rasche, 25. 9. 1947, in: BA Berlin, 99 US 7/429, Bl. 6–11.

<sup>35</sup> Vgl. Bähr, Dresdner Bank; ders., „Bankenrationalisierung“ und Großbankenfrage. Der Konflikt um die Ordnung des deutschen Kreditgewerbes während des Zweiten Weltkrieges, in: Harald Wixforth (Hrsg.), Finanzinstitutionen in Mitteleuropa während des Nationalsozialismus, Stuttgart 2001, S. 71–94, hier S. 80–88. Zum „Bormann-Ausschuss“ außerdem Kopper, Bankenpolitik, S. 349–353. Hölling wurde seit Juli 1941, angeblich ohne eigenes Zutun, als Anwärter auf eine NSDAP-Mitgliedschaft geführt; Fragebogen Alfred Hölling, 3. 7. 1947, in: Staatsarchiv Hamburg, 221-11, F 16614.

<sup>36</sup> Carl Goetz, Beschreibung des Aufbaues der Dresdner Bank und ihrer Verwaltung, 20. 11. 1946, S. 10, in: NA, T 301/110.

<sup>37</sup> Niederschrift ueber die Vorstandssitzung vom 20. 5. 1943 mit beiliegender „Erlaeuterung“, in: BA Berlin, 99 US 7/766, Bl. 92–95; Eidesstattliche Versicherung Gustav Overbeck, 4. 5. 1948, in: Ebenda, Bl. 89–91 (Zitat Bl. 91). Vgl. auch Bähr, Dresdner Bank.

der amerikanischen Armee verhaftet wurde. Nach einem Verhör in Paris kehrte er in Begleitung französischer Offiziere nach Bad Nauheim zurück und erklärte dem dortigen Filialleiter der Dresdner Bank, er sei wieder frei und in Baden-Baden koordinierend für die französische Militärregierung tätig<sup>38</sup>. Im September 1945 erschien Rasche in Begleitung eines französischen Offiziers bei der Firma Otto Wolff in Köln und forderte diese zu „Geschäften mit Frankreich“ auf<sup>39</sup>; darüber hinaus ist seine konkrete Tätigkeit in der französischen Zone bislang nicht durch Quellen belegt. Dass er von den Franzosen schließlich in Maikammer/Pfalz „zur Verfügung der amerikanischen Militäerregierung gehalten“ wurde, spricht aber nicht gerade für eine einflussreiche Position. Im November 1945 jedenfalls wurde er durch die Ermittler der OMGUS – Finance Division zunächst nach Frankfurt und nach mehreren Zwischenstationen schließlich im April 1947 nach Nürnberg überführt<sup>40</sup>. Rasche war nicht das erste Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, das sich hier wiederfand, und er sollte nicht das letzte sein.

## 2. Kandidatensuche: Amerikanische Ermittlungen und Prozessvorbereitung

Schon während der letzten Kriegsjahre hatte sich die Dresdner Bank ebenso wie andere deutsche Großunternehmen im Visier verschiedener amerikanischer Regierungsstellen befunden. Die Vermutung, dass die Großbanken von einer aktiven Unterstützung des NS-Regimes profitiert hatten, stützte sich zum einen auf personelle Verflechtungen, zum anderen auf die wirtschaftliche „Macht“ der Großbanken, die schon durch ihre reine Größe und ihre (in den USA verbotene) Universalbankfunktion, vor allem aber durch ihr Ausgreifen in die seit 1938 besetzten oder „angeschlossenen“ Gebiete offensichtlich schien. Am stärksten waren die Vorbehalte gegen die Großbanken im Finanzministerium, aus dem sich die Mitarbeiter der OMGUS-Finanzabteilung rekrutierten<sup>41</sup>. Die während des Krieges zusammengetragenen Informationen wiesen zwangsläufig eine

<sup>38</sup> So die Darstellung des Nauheimer Filialleiters Ernst Rousselet gegenüber einem britisch-amerikanischen Ermittlerteam; vgl. dessen Target Evaluation Report, 8. 6. 1945, in: NA, RG 260 FINAD, Box 106, Folder 14. Vgl. auch Roth, Einleitung, in: OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. XC, wo jedoch irrtümlich von der Filiale Gießen die Rede ist.

<sup>39</sup> Aktennotiz Hölling, 5. 10. 1945, in: HADrB, 11129-2001.

<sup>40</sup> Im Archiv der französischen Militärregierung finden sich keine personenbezogenen Dokumente zu Rasche; Auskunft des Bureau des Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche, Colmar, an den Verfasser vom 29. 7. 2002. Die Vermutung Roths (Einleitung, in: OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. XC), Rasche habe sich in der französischen Zone „wohl eine Stellung erobert, wie sie Abs bei der britischen Militärregierung in Hamburg einnahm“, entbehrt jeder Quellengrundlage. Nicht einmal nach seiner eigenen Darstellung hatte Rasche, wie Roth behauptet, deutsch-französische Wirtschaftsprojekte „in Gang gebracht“, man „erörtere“ sie lediglich mit ihm. Dazu und zu den Haftstationen vgl. Lebenslauf, Entwurf, S. 106 f.; Lebenslauf, Prozessversion, Bl. 52 f.

<sup>41</sup> Zu den verschiedenen Fraktionen und großbankenpolitischen Positionen im amerikanischen Regierungsapparat vgl. Scholtyssek, USA, S. 29–33; Horstmann, Die Alliierten, S. 21–42; Roth, Einleitung, in: OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. LXX–LXXIX.

gewisse Ungenauigkeit auf, weil sie weitgehend auf deutschen Veröffentlichungen basierten. Beispielhaft zeigt das die Charakterisierung des Führungspersonals der Dresdner Bank in einer vermutlich 1944 im Treasury Department verfassten „Preliminary Study of the Dresdner Bank“. Carl Goetz galt hier allein aufgrund seiner zahlreichen Aufsichtsratsmandate als herausragender Vertreter der NS-Wirtschaft. Karl Rasches Beurteilung stützte sich zwar nur auf Vermutungen über seine Position im Vorstand und seine Rolle bei „Arisierungen“, nichtsdestotrotz wurde ihm eine „influential position in the inner circles of the Nazi Party“ zugeschrieben – eine Annahme, die allein auf Rasches Mitgliedschaft im Himmler-Kreis (hier als „new Free Masons“ bezeichnet) rekurrierte<sup>42</sup>.

Diese Mixtur aus Datensammlungen und Spekulationen konnte erst mit der amerikanischen Besetzung Deutschlands durch gründlichere Ermittlungen korrigiert werden. Nachdem die OMGUS-Bankexperten über eine Aktengrundlage zu verfügen glaubten, die den Großbanken nicht nur eine entscheidende finanzielle Unterstützung der „Nazi war machine“, sondern auch die aktive Beteiligung an Kriegsverbrechen – Zwangsarbeit in vermeintlich von ihnen „kontrollierten“ Industrieunternehmen sowie die „Plünderung“ öffentlichen und privaten Eigentums im Reich und den besetzten Gebieten – nachzuweisen schien, erfolgten ab November 1945 systematische Verhaftungen der Vorstände und Aufsichtsräte<sup>43</sup>. Mitte 1946 befanden sich schließlich Goetz, die Vorstandsmitglieder Pilder, Rasche, Schippel und Zinßer sowie neun Mitglieder des Aufsichtsrats in amerikanischem Gewahrsam<sup>44</sup>, Overbeck und Lüer wurden hingegen erst in der zweiten Jahreshälfte 1947 verhaftet<sup>45</sup>. Da Emil Meyer bei Kriegsende Selbstmord begangen hatte und Alfred Busch schon Ende Mai 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht festgenommen worden war, blieb Alfred Hölling als einziges Mitglied des alten Vorstands auf freiem Fuß und koordinierte von Hamburg aus die Geschäfte der regionalen Nachfolgeinstitute in den Westzonen. Im März 1947 wurden außerdem zwei der unmittelbar dem Vorstand nachgeordneten Abteilungsleiter verhaftet, nämlich Joachim Entzian, Jurist in der Auslandsabteilung, und Hans Rinn, der Leiter der Börsenabteilung; beide blieben als Zeugen in einer Art Beugehaft interniert<sup>46</sup>.

<sup>42</sup> Preliminary Study of the Dresdner Bank, Prepared by Program Planning Section, Treasury Department, Foreign Funds Control, S. 53 u. S. 89, in: NA, T 83/96.

<sup>43</sup> Memorandum für Bernard Bernstein, den Direktor der OMGUS Division of Investigation of Cartels and External Assets (Entwurf), 10. 10. 1945, in: NA, RG 260 FINAD, Box 179, Folder 4; Nixon an Clay, 26. 10. 1945, in: BA Koblenz, Z45F 1945–46/8/5. Vgl. Roth, Einleitung, in: OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. LXXIX–XC; Horstmann, Die Alliierten, S. 53 f., S. 57–65 u. S. 79; Scholtyseck, USA, S. 34–43.

<sup>44</sup> Klepper an Intelligence des Office of Military Government for Greater Hesse, 11. 6. 1946, in: BA Koblenz, Z45F 2/183/7.

<sup>45</sup> Gustav Overbeck befand sich seit dem 31. 7. 1947 in „Zeugenhaft“, die genauen Umstände seiner Verhaftung sind nicht bekannt; Aufstellung der Kategorisierungen des Hamburger Vorstands, 27. 9. 1947, in: HADrB, 1288-2002P. Carl Lüer wurde erst Ende Oktober von der britischen Militärregierung verhaftet; Fragebogen Carl Lüer, o.D., in: NA, RG 238, Entry 200, Internee Personnel Records, Box 19.

<sup>46</sup> Rinn an Hölling, 28. 2. 1947, Entzian an Teichmann, 22. 6. 1948, beides in: HADrB, 11239-2001.

Schon im Mai 1946 legte die Finance Division dem stellvertretenden amerikanischen Militärgouverneur Lucius D. Clay als ersten einer Reihe von Ermittlungsberichten über die Großbanken ein umfangreiches Dossier über die Dresdner Bank vor<sup>47</sup>. Der Bericht, dessen teilweise weit überzogenen Vorwürfen hier nicht im Einzelnen nachgegangen werden kann, wurde mit drastischen Empfehlungen eingeleitet: Er forderte nicht nur die Liquidation der Dresdner Bank, es sollten auch „alle Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sowie bestimmte Abteilungs-, Filial- und Zweigstellenleiter“ als Kriegsverbrecher angeklagt werden. Die Bank habe durch Aufsichtsratsmandate und Kreditbeziehungen „über ganze Schlüsselbereiche des deutschen Wiederaufrüstungsprogramms eine beherrschende finanzielle Kontrolle“ ausgeübt und sich über ihre Auslandstöchter „besonders rege an der Ausbeutung und Ausplünderung der wirtschaftlichen Ressourcen in den eroberten Ländern Europas“ beteiligt. Außerdem sei sie „die treibende Kraft“ für die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen in Deutschland und den besetzten Gebieten, ihr „enorme[s] Wachstum“ nur auf Grund ihrer besonders engen Beziehungen zur NSDAP und SS möglich gewesen. In einem umfangreichen biografischen Anhang deutete sich auch schon die Fokussierung auf zwei der Führungspersönlichkeiten an. Hier wurde zuallererst die herausragende Position von Carl Goetz betont, in dessen biografischer Skizze die Vorwürfe des Ermittlungsberichts nochmals zusammengefasst waren. Ähnlich umfangreich fand sich nur noch Karl Rasche gewürdigt, der in den Augen der Ermittler „durch und durch Nazi“ gewesen war und „im Namen der Bank die größten Aktivitäten“ entfaltet hatte, „um die Partei- und Regierungspolitik zur Planung eines Angriffskriegs, zur wirtschaftlichen Durchdringung der Nachbarländer Deutschlands und zur späteren Plünderung der besetzten Gebiete durchzuführen“.<sup>48</sup>

In Rasches Beurteilung zeichnete sich ein Kernproblem der späteren Anklage ab, nämlich der Nachweis einer aktiven, persönlichen Beteiligung von Unternehmern an einem kriminellen, expansionistischen Komplott der nationalsozialistischen Eliten. Die Verschwörungsthese hatte bereits im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher einen der Eckpfeiler des amerikanischen Konzepts dargestellt<sup>49</sup>, doch die Einbeziehung der Privatwirtschaft in diese Konstruktion stieß selbst bei den Nürnberger Anklägern auf Skepsis. Schon Francis Shea, der im Juli 1945 vom amerikanischen Chefankläger Robert H. Jackson mit Vorarbeiten für eine Anklage

<sup>47</sup> Vgl. Roth, Einleitung, in: OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. XCI–XCVI; Scholtyseck, USA, S. 45–49. Der Bericht über die Reichs-Kredit-Gesellschaft wurde Clay im September, derjenige über die Deutsche Bank erst im Dezember 1946 vorgelegt.

<sup>48</sup> OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. 3, S. 5–7, S. 201–214 u. S. 255–267. Die einleitenden „Empfehlungen“ eröffneten nahezu wortgleich auch den im November 1946 vorgelegten Ermittlungsbericht gegen die Deutsche Bank: OMGUS, Finance Division, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/1947. Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg, Nördlingen 1985, S. 11.

<sup>49</sup> Vgl. im Überblick Henke, Trennung, in: Ders./Woller (Hrsg.), Politische Säuberung, S. 66–71. Die Entstehung des amerikanischen Konzepts schildern ausführlich Buscher, U.S. War Crimes Trial Program, S. 7–27; Bradley F. Smith, *The Road to Nuremberg*, New York 1981; ders., *The American Road to Nuremberg. The Documentary Record, 1944–1945*, Stanford 1982.

von Wirtschaftsvertretern im Rahmen des IMT beauftragt worden war und in einem ersten Memorandum eine „economic gang“ aus Repräsentanten der staatlichen und der privaten Wirtschaft zusammengestellt hatte (in der noch kein Vertreter der Großbanken auftauchte), wies auf die schwierige Beweislage hin<sup>50</sup>. Jackson selbst führte dieses Argument gegen einen ursprünglich geplanten, zweiten internationalen Prozess an, der schließlich vor allem an amerikanischen Bedenken gegen die Ziele und Methoden der sowjetischen Vertreter scheiterte<sup>51</sup>.

Die stattdessen von Jacksons Nachfolger Telford Taylor eingeleiteten Nachfolgeprozesse sahen sich außerdem massiver juristischer Kritik aus den USA ausgesetzt, die sich zunehmend mit antikommunistischer Rhetorik vermischte und letztlich zu einer deutlichen Reduzierung des Prozessprogramms zwischen Herbst 1946 und Herbst 1947 führte<sup>52</sup>. Davon profitierten neben einer Reihe von Industrieunternehmen<sup>53</sup> auch die Großbanken. Während im Januar 1947 ein Verfahren gegen die Dresdner Bank noch als „first case against leading German financiers“ vorbereitet wurde, war unter den im März vorgesehenen achtzehn Nachfolgeprozessen kein weiterer Bankenprozess mehr zu finden<sup>54</sup>. Im Mai war das Programm auf sechzehn Prozesse geschrumpft, betraf aber immer noch acht bis zwölf Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Dresdner Bank<sup>55</sup>. Unter dem Druck knapper Zeitpläne, fehlender finanzieller Ressourcen und vor allem eines akuten Mangels an Richtern schlug Taylor schließlich Anfang September vor, eine Reihe ursprünglich separat geplanter Prozesse zusammenzulegen, um nicht einzelne Bereiche – darunter den Finanzsektor – ganz unter den Tisch fallen zu lassen. Der Prozess gegen die Dresdner Bank, ursprünglich „planned to fill this gap“, schrumpfte dadurch zum Bestandteil eines Verfahrens gegen Angeklagte aus dem Auswärtigen Amt und der staatlichen Wirtschaft. Als Repräsentanten der Bank waren aber zu dieser Zeit immer noch zwei „leading figures“ vorgesehen, nämlich Karl Rasche und Carl Goetz<sup>56</sup>.

Einen konkreten Hinweis darauf, dass Taylor nur deshalb auf einen umfangreicheren Prozess gegen die Dresdner Bank verzichten wollte, weil er die Beweislage

<sup>50</sup> Taylor, Nürnberger Prozesse, S. 106–108; Francis M. Shea, Tentative Memorandum for Mr. Justice Jackson, 23. 7. 1945, in: NA, RG 56, Accession 668A816, Box 18, Folder „War Criminals“. Die einzigen Bankiers in Sheas Liste waren Hjalmar Schacht und Kurt von Schröder.

<sup>51</sup> Jackson, Memorandum for the President on American Participation in Further International Trials of Nazi War Criminals, 13. 5. 1946, in: NA, RG 260, Records of the Executive Officer, Chief of Staff, Box 22, Folder 9. Vgl. auch Buscher, U.S. War Crimes Trial Program, S. 30; Scholtyseck, USA, S. 44 f.

<sup>52</sup> Die wesentlichen Kritikpunkte waren das Fehlen einer Berufungsinstanz und die Verletzung des Habeas-Corpus-Prinzips. Vgl. dazu ausführlich Buscher, U.S. War Crimes Trial Program, S. 9–44.

<sup>53</sup> Vgl. Tom Bower, Blind Eye to Murder. Britain, America and the Purging of Nazi Germany – A Pledge Betrayed, London 21995, S. 390–392.

<sup>54</sup> Kagan an Bender, 9. 1. 1947, in: BA Koblenz, Z45F 2/180/4; Memorandum von Taylor an Deputy Military Governor, 14. 3. 1947, in: Ebenda, 1947/3/5.

<sup>55</sup> Taylor an Deputy Military Governor, 20. 5. 1947, in: Ebenda; die Liste der potenziellen Angeklagten in: Ebenda, Appendix A, S. 12.

<sup>56</sup> Memorandum Taylor an Deputy Military Governor, 4. 9. 1947, in: Ebenda, Zitate S. 6 u. S. 8.

nicht für tragfähig hielt<sup>57</sup>, enthält sein Memorandum nicht. Der Chefankläger stellte im Gegenteil fest, das ursprüngliche Programm sei „sufficiently comprehensive and well-balanced and, were it not for the limiting circumstances [...], that it should be executed approximately as it stands“<sup>58</sup>. Militärgouverneur Clay sprach sich sogar noch nach Taylors Memorandum dringend für ein separates Verfahren gegen die „Big Six“ aus<sup>59</sup>. Warum am Ende auch Carl Goetz einem Prozess entkam, ist den amerikanischen Akten nicht mehr zu entnehmen. Die endgültige Entscheidung fiel offenbar außerordentlich kurzfristig, denn noch Ende Oktober befürchtete Walter Teichmann, der in Nürnberg für die Bank die Prozessvorbereitung organisierte und gewöhnlich gut informiert war, „daß ausser Herrn Dr. Rasche mindestens noch ein weiterer Herr zur Anklage kommen“ könnte<sup>60</sup>. Abgesehen von Hans Pilder, der bereits im Oktober freikam, konnten die übrigen Vorstandsmitglieder erst nach Vorlage der Anklageschrift am 4. November 1947 ihrer Entlassung entgegensehen. Ende Dezember verließen Goetz, Overbeck, Luer, Zinßer, Schippel, Entzian und Rinn das Nürnberger Gefängnis<sup>61</sup>.

Dass aus der alten Vorstandsriege letztendlich allein Karl Rasche angeklagt wurde, ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass er den Anklägern als der am stärksten belastete Bankvertreter galt und die Beweislage gegen ihn am günstigsten schien. Daraus lässt sich aber nicht einfach der Umkehrschluss ziehen, dass auf weitere Anklagen verzichtet wurde, weil man sie von vornherein für aussichtslos hielt<sup>62</sup>. Die Ursache der sukzessiven Reduzierung des Prozessprogramms waren ganz einfach schrumpfende Ressourcen der Nürnberger Anklagebehörde, deren Hintergrund veränderte deutschlandpolitische Prioritäten der USA im heraufziehenden Kalten Krieg bildeten. Die daraus abgeleitete Kritik, eine gerechte Bestrafung der deutschen Bankierselite sei durch die Restauration einer kapitalistischen Internationale hintertrieben worden<sup>63</sup>, unterliegt allerdings

<sup>57</sup> So Scholtyseck, USA, S. 50.

<sup>58</sup> Memorandum Taylor an Deputy Military Governor, 4. 9. 1947, S. 2, in: BA Koblenz, Z45F 1947/3/5.

<sup>59</sup> Clay an Noce, 8. 9. 1947, in: The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945–1949, hrsg. von Jean Edward Smith, Bd. 1, Bloomington/London 1974, S. 420 f. Vgl. auch Scholtyseck, USA, S. 50.

<sup>60</sup> Teichmann, Betr.: Prozeß-Situation Nürnberg, 30. 10. 1947, in: HADrB, 13767-2000. Teichmann berief sich dafür auf ein Gespräch von Rasches späterem Verteidiger Kubuschok mit Taylors Stellvertreter Robert M.W. Kempner sowie auf Informationen „von kompetenter anderer Seite“. Laut dieser Notiz waren auch die Ermittlungen gegen die Deutsche Bank noch nicht endgültig zu den Akten gelegt.

<sup>61</sup> Auskunft des Bürgermeisters von Leonberg über Pilder, 3. 12. 1947, in: Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 902/14 Nr. 29/1a/VII/2812; Teichmann an Hölling und Schleipen, 5. 11. 1947, in: HADrB, 13768-2000; Zinßer an Brand, 2. 1. 1948, in: HADrB, 11104-2001. Roths Darstellung, der „Führungskreis“ der Bank sei bereits ab Frühjahr 1947 freigelassen worden, ist unzutreffend; vgl. Roth, Einleitung, in: OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. XC u. S. CXI.

<sup>62</sup> So die nicht durch konkrete Quellen belegte Deutung von Scholtyseck, USA, S. 47 u. S. 50.

<sup>63</sup> Vgl. Roth, Einleitung, in: OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. CXXX, der die Freilassung der übrigen Dresdner Bank-Vorstände schlicht darauf zurückführt, dass man sie im Rahmen des aus amerikanischen Geldern finanzierten westdeutschen Wiederaufbaus „wieder gebraucht“ hätte.

einem grundsätzlichen Missverständnis. Taylors Bezeichnung des lange geplanten Dresdner Bank-Prozesses als „Lückenfüller“ macht überdeutlich, dass es in den Nachfolgeprozessen eben nicht darum ging, jegliche Verstrickung in die Verbrechen des NS-Regimes quasi als Offizialdelikt zu verfolgen. Ziel der Prozesse war es vielmehr, eine möglichst repräsentative Gruppe der mit dem NS-Regime verflochtenen deutschen Eliten vor Gericht zu stellen. Die ausgewählten Angeklagten fungierten insofern lediglich als Stellvertreter ihres Berufsstandes, mussten also einen gewissen Symbolwert besitzen. Mit Karl Rasche verfügte man über eine solche Symbolfigur, die durch ihre spezielle Verantwortung im Vorstand und vor allem durch die Mitgliedschaft im Himmler-Kreis ein vielversprechendes Ziel abgab. Rasche blieb dadurch allerdings, trotz aller individuellen Schuldvorwürfe, weiterhin ein Repräsentant der Dresdner Bank – die deshalb, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, zumindest implizit stets mit auf der Anklagebank saß.

### 3. Der Prozess

#### *Das Anklagekonzept*

Der längste der Nürnberger Nachfolgeprozesse hob sich nicht nur durch eine enorme Masse an Beweismaterial und Verhören, sondern auch durch eine ausgesprochen heterogene Verdächtigenriege von den übrigen Verfahren ab. Der Wilhelmstraßen-Prozess versammelte neben acht hohen Beamten des Auswärtigen Amtes mit Staatssekretär Ernst von Weizsäcker an der Spitze vier Reichsminister (Hans Heinrich Lammers, Richard Walther Darré, Otto Meißner und Lutz Schwerin von Krosigk) sowie zwei weitere Staatssekretäre (Otto Dietrich und Wilhelm Stuckart). Hinzu kamen mit Walter Schellenberg, dem Chef des Auslands-SD, und dem Leiter des SS-Hauptamts Gottlob Berger zwei hochrangige Vertreter der SS sowie fünf Repräsentanten der NS-typischen Symbiose von Staat, Partei und öffentlicher Wirtschaft: Wilhelm Keppler, Hitlers früher Wirtschaftsberater und später Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Emil Puhl, Vizepräsident der Reichsbank, Paul Körner, Stellvertreter Görings in der Vierjahresplanbehörde, Paul Pleiger, Generaldirektor der Reichswerke „Hermann Göring“, sowie Hans Kehrl, zuletzt Leiter des Planungsamts im Ministerium Speer und als Görings Generalreferent für Sonderaufgaben im Reichswirtschaftsministerium gut bekannt mit Rasche<sup>64</sup>. Auch wenn sich in der Anklageschrift einige Bezüge zwischen Kehrl, Rasche, Pleiger und Körner hinsichtlich der Einverleibung der tschechischen Industrie in die deutsche Kriegswirtschaft herstellen

<sup>64</sup> Vgl. den Überblick bei Rainer A. Blasius, *Der Wilhelmstraßen-Prozess gegen das Auswärtige Amt und andere Ministerien*, in: Ueberschär (Hrsg.), *Nationalsozialismus*, S. 187–198, hier S. 187–189. Zum Prozess jetzt auch, jedoch konzentriert auf den Hauptangeklagten, Dirk Pöppmann, Robert Kempner und Ernst von Weizsäcker im *Wilhelmstraßenprozess*. Zur Diskussion über die Beteiligung der deutschen Funktionselite an den NS-Verbrechen, in: Irntrud Wojak/Susanne Meinel (Hrsg.), *Im Labyrinth der Schuld. Täter – Opfer – Ankläger*, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 163–197. Zu den Vorwürfen gegen die einzelnen Angeklagten vgl. Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozess; zu den Personalien der Richter und Ankläger Telford Taylor, *Die Nürnberger Prozesse. Kriegsverbrechen und Völkerrecht*, Zürich 1951, S. 109 f.

ließen<sup>65</sup>, macht diese Zusammensetzung doch unübersehbar, dass der einstige Vorstandssprecher der Dresdner Bank hier nur als Notlösung untergebracht worden war.

Die gegen ihn vorgebrachten Anklagepunkte lassen sich in drei größere Komplexe zusammenfassen. Den ersten Schwerpunkt bildeten Rasches Beziehungen zur SS. Hier bezog sich die Anklage, erstens, auf seine persönliche Mitgliedschaft in der SS und dem Himmler-Kreis sowie die Veranlassung von Spenden durch die Bank, zweitens auf die aktive Unterstützung von „grosse[n] Anleihen der Dresdner Bank, in weiten Kreisen als ‚SS Bank‘ bekannt, an die SS und ihre Geschäftsstellen und andere Organisationen“, drittens auf die Finanzierung der Häftlingsbetriebe der SS und des Germanisierungsprogramms im okkupierten Osteuropa. Der zweite Schwerpunkt waren Rasches Aktivitäten für die Dresdner Bank in den besetzten Gebieten, deren Charakter als Kriegsverbrechen im Vorwurf der „Plünderung“ gebündelt wurde. Hier fokussierte die Anklage vor allem auf zwei Regionen, die unmittelbar in Rasches Ressortkompetenz gefallen waren. Neben der Beteiligung der Amsterdamer Tochtergesellschaft Handelstrust West N. V. an der „Arisierung“ der niederländischen Wirtschaft konzentrierte sich die Anklageschrift auf Rasches Aktivitäten im Sudetenland und im Protektorat. Das entsprach nicht nur dem wesentlich größeren Umfang der dortigen Geschäfte, die durch die Prager Tochtergesellschaft Becca abgewickelt worden waren. Anders als in den Niederlanden war auch der Erwerb dieser Bank selbst, die durch eine Kapitalherabsetzung mit anschließender Ausgabe neuer Aktien in den Besitz der Dresdner Bank gelangt war, ein Anklagepunkt. Vor allem aber galten die Industriegeschäfte der Dresdner Bank in diesem schwer- und rüstungsindustriellen Kerngebiet als Paradebeispiel einer aktiven Beteiligung des privaten Bankgewerbes an der nationalsozialistischen Raubwirtschaft, weil Rasche hier in enger Zusammenarbeit mit seinem Mitangeklagten Hans Kehl die Übereignung tschechischer Montan- und Rüstungsunternehmen an die Reichswerke „Hermann Göring“ betrieben hatte. Ein dritter Vorwurfskomplex schließlich, die Verantwortung für die Entlassung jüdischer Angestellter der Dresdner Bank und für „Arisierungen“ der Bank innerhalb Deutschlands, spielte im Prozess nur eine untergeordnete Rolle<sup>66</sup>.

An fast allen Punkten wird deutlich, dass Rasche nicht nur wegen seiner persönlichen Verantwortung, sondern gleichzeitig als Repräsentant der Dresdner Bank unter Anklage stand. Unklar blieb allerdings, ob und wie sich das Spannungsverhältnis von angeklagtem Individuum und unausgesprochen vor Gericht stehendem Kollektivsubjekt in einer schlüssigen Argumentation auflösen ließ.

<sup>65</sup> Amt der Militärregierung für Deutschland (US), Anklageschrift Fall XI, 15. 11. 1947, in: BA Berlin, 99 US 7/491, Bl. 65.

<sup>66</sup> Ebenda, Bl. 48 f. (Zitat), Bl. 57 f., Bl. 60–66 u. Bl. 79–81. Die oben erwähnte, anschließend leicht überarbeitete Erstfassung stammt vom 3. 11. 1947, in: BA Berlin, 99 US 7/490a. Zu Kehrls Aktivitäten vgl. Rolf-Dieter Müller, Der Manager der Kriegswirtschaft. Hans Kehl: Ein Unternehmer in der Politik des Dritten Reiches, Essen 1999; Wixforth, Auftakt, passim; sowie die weitgehend apologetische Autobiografie: Hans Kehl, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen, Düsseldorf 1973, mit einigen Hinweisen auf die Zusammenarbeit mit Rasche auf S. 133 u. S. 167 f.

Der Eröffnungsvortrag der Anklage verschleierte dieses Dilemma lediglich, indem er in einer extremen Zuspitzung Rasche als den herausragenden NS-Bankier schlechthin präsentierte: Die Partei habe mit ihm einen „absolut vertrauenswürdigen und enthusiastischen Nationalsozialisten“ in die Dresdner Bank gebracht, und für den Fall eines deutschen Sieges hätte man „mit Bestimmtheit annehmen“ können, „dass es in Europa keinen einflussreicheren Bankier geben würde als Karl Rasche. Seine Faehigkeit und Bereitwilligkeit, die zweitgroesste Handelsbank Deutschlands, die Dresdner Bank, voll und ganz mit dem Programm der NSDAP und der SS-Führung gleichzuschalten, sicherte ihm seine ueberaus hohe Stellung. In den acht Jahren von 1934 bis 1942 erlebte der Angeklagte Rasche einen Aufstieg vom fast unbekanntem Provinz-Bankier zu der wichtigsten Persoenlichkeit in der grossen Dresdner Bank.“

In einen partiellen Widerspruch zu dieser Zuspitzung der Vorwürfe allein auf Rasche geriet der Vortrag allerdings dadurch, dass er diesen sowohl hinsichtlich der Spenden an Himmlers „Freundeskreis“ als auch der Kreditgewährung an SS-Betriebe mehrfach in einem Atemzug mit Emil Meyer nannte. In einem anderen Punkt des SS-Komplexes stand Rasche dann plötzlich wieder allein an der Spitze, indem „Rasche und seine Dresdner Bank noch ein anderes Programm unterstuetzt haben“ sollten, „das von der SS mit aeusserster Grausamkeit zur Ausfuehrung gebracht wurde, naemlich die sogenannte Arisierung, in deren Vollzug alle Juden aus Arbeitsverhaeltnissen zu entlassen waren und ihr Eigentum zwangsweise auf andere Personen uebertragen werden musste“. Als explizite Beispiele wurden hier zwar nur die „Arisierung“ der österreichischen Mercurbank und die einschlägigen Geschäfte der Prager Becca angeführt. Eingebunden in diese Argumentation waren aber auch „Arisierungen“ innerhalb des ursprünglichen Reichsgebiets, wo die Aktivitäten „Rasches und seiner Geschäftsstellen“ als Teil eines „Regierungsplanes“ interpretiert wurden. Auf solch konzertiertes Handeln im Rahmen eines gründlich durchdachten Expansionsplans von deutschem Finanzkapital und deutschem Faschismus fokussierte auch der Vortragsteil zu Rasches Aktivitäten im Sudetenland und im Protektorat. Die Rede schloss mit einem Argument, das implizit einem späteren Leitmotiv von Rasches Verteidigung entgegentrat: Seine „anscheinend normalen Banktransaktionen“ seien „in ihrem Zusammenhang, ihrem Zweck und ihrer Absicht nach [...] Bestandteil einer auf lange Sicht geplanten Politik [...], der sorgfältig und vollständig in einen verbrecherischen Plan von ungeheurem Ausmass eingegliedert wurde“<sup>67</sup>. Rasches Handlungen wurden hier also nicht differenziert innerhalb der komplexen Entscheidungsabläufe in einem Großunternehmen verortet, sondern umgekehrt auf die bewusste Teilnahme eines Einzelnen,

<sup>67</sup> Eröffnungsrede der Anklagebehörde, 6. 1. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/2, Bl. 78–85 (Hervorhebung d. Verf.). Mit der Arisierung der Mercurbank war der vor allem von Keppler und Meyer betriebene Austausch des jüdischen Personals dieses Wiener Instituts gemeint, an dem die Dresdner Bank bereits seit 1931 95% des Aktienkapitals hielt. Vgl. dazu Dieter Ziegler, Die „Germanisierung“ und „Arisierung“ der Mercurbank während der Ersten Republik Österreich, in: Ders. (Hrsg.), Banken und „Arisierungen“ in Mitteleuropa während des Nationalsozialismus, Stuttgart 2001, S. 15–42.

der „sein“ Unternehmen beliebig dirigieren konnte, an einem vollständig durchgeplanten Verbrechenskomplex reduziert.

Zur Untermauerung dieser Verschwörungstheorie wurden einige recht gewagte Thesen aufgestellt: So kann man sich etwa eine Gleichschaltung der Dresdner Bank mit dem NSDAP-Programm angesichts dessen prinzipiell großbankenfeindlicher Ausrichtung schwer vorstellen<sup>68</sup>. Die Charakterisierung Rasches als begeisterter NS-Anhänger biss sich offensichtlich mit dessen spätem Parteieintritt, und diesen Widerspruch konnte auch der Verweis auf den regelmäßigen Verkehr im Himmler-Kreis, der eben erst 1936 eingesetzt hatte, nicht auflösen. Die flächendeckende „Arisierung“ der deutschen und später der europäischen Wirtschaft, inklusive der rassistischen Personalpolitik, war natürlich kein Projekt der SS gewesen, die damit schon innerhalb Deutschlands weit überfordert gewesen wäre<sup>69</sup>. Rasche noch vor Carl Goetz zur „wichtigsten Persönlichkeit“ der Bank zu erklären war ebenfalls ein fragwürdiges Argument, aber zur plausiblen Begründung der Anklage wohl unverzichtbar.

Rasches Karriere, seine Stellung im Vorstand der Dresdner Bank und seine Beziehungen zum Nationalsozialismus gingen in den Formulierungen des Anklagevortrags nicht auf. Auch die angeprangerten Vorgänge in den besetzten Gebieten waren komplexer, als in der Anklageschrift und im Prozess gegen Rasche behauptet wurde. Die forcierte Ausdehnung gerade der Dresdner Bank in die Tschechoslowakei und die aggressive Ausnutzung dortiger Geschäftsmöglichkeiten stehen außer Zweifel. Bei der engen Zusammenarbeit mit Kehrl hatte Rasche sich allerdings nicht nur als besonders skrupellos erwiesen, sondern auch bewusst eigenständig und an Goetz vorbei agiert<sup>70</sup>. Vor allem standen aber am Beginn der Expansion sehr wahrscheinlich keine gemeinsamen, geschlossenen Pläne, sondern lediglich konvergierende Interessen der Bank, des Reichswirtschaftsministeriums und der Göring-Werke<sup>71</sup>. Eine genauere Auseinandersetzung mit den einzelnen Anklagevorwürfen, um die im Prozess an einer ganzen Reihe von Fallbeispielen gestritten wurde, muss hier freilich unterbleiben; sie würde nicht nur den Rahmen dieses Beitrags sprengen, sondern auch nur bedingt dem Ablauf des Prozesses gerecht werden. Die Ankläger selbst demonstrierten in Rasches Kreuzverhören, dass hier nicht nur dessen konkrete Verantwortung im Einzelfall

<sup>68</sup> Zum Verhältnis von NSDAP und Großbanken in den dreißiger Jahren vgl. Kopper, Bankenpolitik; Dieter Ziegler, Die deutschen Großbanken im „Altreich“ 1933–1939, in: Dieter Stiefel (Hrsg.), Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“, Wien/München 2001, S. 117–147; Harold James, Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933–1945, in: Gall u. a., Deutsche Bank, S. 315–408, hier S. 315–366.

<sup>69</sup> Vgl. dazu nur die grundlegende Studie von Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997; sowie ders., Verfolgung aus gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive. Die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden und die deutsche Gesellschaft, in: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 629–652.

<sup>70</sup> Vgl. demnächst Wixforth, Expansion; zum Sudetenland ders., Auftakt; zum Protektorat vgl. Drahomír Jančík, Die „Arisierungsaktivitäten“ der Böhmisches Escompte Bank im Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1945, in: Ziegler (Hrsg.), Banken, S. 143–173.

<sup>71</sup> Vgl. Wixforth, Auftakt, S. 160 f.

zur Debatte stand. Seine Befragungen zu einzelnen „Arisierungen“ und Industriegeschäften, die meist nur ein bis zwei Seiten des Verhandlungsprotokolls füllen, dauerten insgesamt rund drei Stunden. Etwa gleich viel Verhörzeit investierte man in die Diskussion über Rasches politische Beziehungen<sup>72</sup>.

*„Exempelkandidat“ und Unternehmensinteresse:*

*Organisation und Strategie der Verteidigung*

Erst nach der Übergabe der Anklageschrift wurden der Verteidigung auch die Beweisstücke zugänglich gemacht, die eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Anklage ermöglichten. In der Dresdner Bank hatte man aber schon im Sommer 1946 mit der Vorbereitung auf den befürchteten Prozess begonnen. Im August wurde in Berlin eine immerhin siebenköpfige Sonderabteilung allein für die Sammlung entlastenden Materials eingerichtet, eine vierköpfige Gruppe in Hamburg sowie zwei Experten für die juristische Vorbereitung kamen hinzu. Diese Gruppen sollten nicht nur Finanzierungen der NSDAP und der Rüstungsindustrie, die Expansion der Bank in die besetzten Gebiete und die Personalpolitik untersuchen, sondern auch klären, „ob und inwieweit das Institut Arisierungen von sich aus etwa forciert und bei ihrer Einleitung etwa in anderer als rein kommerzieller Weise mitgewirkt hat“<sup>73</sup>.

Die Formulierung dieses „Forschungsprogramms“ verrät noch eine gewisse Unsicherheit über Form und Ausmaß der eigenen Mitwirkung am nationalsozialistischen Expansions- und „Arisierungs“-Programm. Die in der Folgezeit entwickelte Verteidigungsstrategie lehnte jegliche Verantwortung klar ab. Die vorbeugenden Untersuchungen bekamen einen weiteren Schub, als die Intelligence Section der OMGUS-Finanzabteilung im Juni 1947 eine Zusammenfassung der Berichte über die Deutsche und die Dresdner Bank vorlegte. Dieser „Sonderbericht“, der die Entnazifizierung und Dezentralisierung der Großbanken vorantreiben sollte, zirkulierte als Broschüre in den USA, Auszüge wurden auch an die deutsche Presse gegeben<sup>74</sup>. Der Bericht fokussierte, anders als später die Anklage gegen Rasche, noch sehr stark auf die Großbanken als „übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht“, und die Auseinandersetzung der Bankmitarbeiter mit seiner diesbezüglichen Argumentation kann hier vernachlässigt werden. Es wurden dabei aber auch schon zwei der grundlegenden Verteidigungslinien im Prozess deutlich, nämlich erstens der Verweis auf die „zweitrangige und lediglich ausführende Rolle“ der Finanzierung und damit der Banken innerhalb der NS-Wirtschaft und, zweitens, die grundsätzlich passive, kaufmännisch korrekte und stets zu Gunsten der ursprünglichen Besitzer betriebene Mitwirkung

<sup>72</sup> Vgl. die Protokolle des Kreuzverhörs am 25. und 26. 8. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/160, Bl. 40–48; ebenda, 7/161, Bl. 1–57; ebenda, 7/162, Bl. 53–112.

<sup>73</sup> Aktennotiz aus der Zentralstelle Hamburg, 24. 8. 1946, in: HADrB, 13768-2000.

<sup>74</sup> Financial Intelligence Section, Progress Report Covering the Period 1 July 1946–30 June 1947, 23. 6. 1947, S. 2, in: NA, RG 260 FINAD, Box 179, Folder 4; Aktennotiz Henzel (Konsortialbüro Hamburg), 20. 6. 1947, in: HADrB, 13768-2000. Vgl. auch den zusammenfassenden Artikel „Deutsche and Dresdner Banks“ im OMGUS Weekly Information Bulletin, 30. 6. 1947, in: BA Koblenz, Z45F 7/27-1/14-20.

der Dresdner Bank an „Arisierungen“<sup>75</sup>. In einer ausführlicheren Stellungnahme ihrer Volkswirtschaftlichen Abteilung wurde die Geschichtsklitterung bis zu einer „passiven Resistenz“ gegen die nationalsozialistische „Arisierungs“-Politik getrieben<sup>76</sup>.

Spätestens seit Dezember 1946 fanden außerdem Koordinierungsgespräche mit Vertretern der Deutschen Bank und der Commerzbank statt, die zu dieser Zeit ebenfalls noch mit Prozessen rechnen mussten<sup>77</sup>. Alle drei Banken beteiligten sich darüber hinaus an der Finanzierung eines von der westdeutschen Schwerindustrie getragenen Archivs in Nürnberg, das sowohl zur gemeinsamen Munitionierung der Verteidiger als auch zur Produktion publizistischer Apologien des Unternehmerverhaltens im NS-Staat diente<sup>78</sup>.

Schließlich nahm die Dresdner Bank bereits im Herbst 1946 den Kontakt zu Egon Kubuschok auf, einem der prominenten Nürnberger Anwälte, der vor dem IMT Franz von Papen vertreten hatte. Kubuschok war zunächst als Verteidiger von Goetz sowie als Koordinator eines Prozesses gegen weitere Vorstandsmitglieder vorgesehen und übernahm schließlich Rasches Verteidigung<sup>79</sup>. Als Assistenzverteidiger wurde im April 1948 der ehemalige stellvertretende Chefsyndikus der Dresdner Bank, Adolf Schäfer, verpflichtet, der sich vor allem um die Beschaf-

<sup>75</sup> Leese/Hunscha/Henzel/Repke, Stellungnahme zum Sonderbericht vom Juni 1947, 18. 8. 1947, in: HADrB, 13761-2000, Zitat S. 8. Der „Sonderbericht des Militär-Gouverneurs“ vom Juni 1947 findet sich in: Ebenda.

<sup>76</sup> Stellungnahme der volkswirtschaftlichen Abteilung der Dresdner Bank zum Sonderbericht des Militärgouverneurs der USA-Zone in Deutschland über die Dresdner Bank und Deutsche Bank vom Juni 1947, o.D., S. 38, in: HADrB, 13797-2000. Zur „Arisierungs“-Praxis der Großbanken vgl. demnächst Ziegler, Dresdner Bank; Harold James, Die Deutsche Bank und die „Arisierung“, München 2001; Bernhard Lorentz, Die Commerzbank und die „Arisierung“ im Altreich. Ein Vergleich der Netzwerkstrukturen und Handlungsspielräume von Großbanken in der NS-Zeit, in: VfZ 50 (2002), S. 237–268.

<sup>77</sup> Entzian, Betr.: Nürnberger Prozess, 17. 12. 1946, Aktenvermerk Entzian, 23. 2. 1947, beides in: HADrB, 13768-2000.

<sup>78</sup> Der Kontakt verlief über Walter Siemers, den die Deutsche Bank für den Fall eines Prozesses verpflichtet hatte; vgl. Stuhlmann an Dresdner Bank, Zentralstelle Hamburg, 3. 9. 1947, in: HADrB, 13768-2000 (die Kanzlei Ewers und Stuhlmann organisierte für die Zentralstelle Hamburg die Zusammenarbeit mit den verschiedenen 1947 für die inhaftierten Vorstandsmitglieder zuständigen Anwälten). Siemers verteidigte vor dem IMT Erich Raeder, im Flick-Prozess den Generalbevollmächtigten Bernhard Weiß und richtete das Archiv 1946 gemeinsam mit dem Mannesmann-Vorstandsmitglied Wolfgang Pohle ein; vgl. Wiesen, West German Industry, S. 70–72. Zahlungen der Dresdner Bank lassen sich von Anfang 1947 bis Mitte 1948 nachweisen; vgl. Siemers an Ewers, 6. 3. 1948, in: HADrB, 11239-2001. Zu den Zahlungen der Deutschen Bank und der Commerzbank vgl. die einschlägige Korrespondenz von Juli bis November 1948, in: Historisches Archiv der Commerzbank, 400/633.

<sup>79</sup> Teichmann, Rechtsanwälte, die grundsätzlich zugesagt haben, 2. 9. 1947, in: HADrB, 13768-2000. Vgl. Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 627. Kubuschok vertrat außerdem den Justizstaatssekretär Schlegelberger im Nürnberger Juristenprozess; vgl. Michael Förster, Jurist im Dienst des Unrechts. Leben und Werk des ehemaligen Staatssekretärs im Reichsjustizministerium, Franz Schlegelberger (1876–1970), Baden-Baden 1995, S. 156–166; Arne Wulf, Staatssekretär Prof. Dr. Dr. hc. Franz Schlegelberger 1876–1970, Frankfurt a. M. u. a. 1991, S. 65–153.

fung entlastender Zeugenaussagen kümmerte<sup>80</sup>. Die enge Abstimmung der Prozessführung mit Rasches ehemaligen Kollegen garantierte schließlich Walter Teichmann, der frühere Leiter des Vorstandssekretariats für die Affiliationen, der ebenso wie Schäfer einige Fachkompetenz zu den Aktivitäten der Dresdner Bank im Protektorat mitbrachte. Teichmann hielt schon seit 1946 den Kontakt zwischen den inhaftierten Vorständen und der Hamburger Zentralstelle und richtete in Nürnberg ein Büro zu Rasches Betreuung ein<sup>81</sup>.

Teichmann, Schäfer und Kubuschok sollten es mit einem Angeklagten zu tun bekommen, der sich keinesfalls passiv in ihre Obhut zu begeben gedachte. Rasche signalisierte der Bank frühzeitig, dass er mit deren Einsatz für seine Verteidigung nicht zufrieden war<sup>82</sup>. Das Selbstbewusstsein des ehemaligen Spitzenmanagers hatte in der Untersuchungshaft offensichtlich nicht gelitten, und seine eigensinnigen, weitschweifigen Aussagen im Kreuzverhör sorgten für einigen Unmut bei Teichmann und den Verteidigern<sup>83</sup>. Andererseits hatte Rasches Argwohn eine gewisse Berechtigung, denn die Prozessziele des Angeklagten und der Dresdner Bank waren durchaus nicht identisch. Es gibt nur wenige Quellen, die das explizit bestätigen, aber diese lassen nichts an Deutlichkeit vermissen. So schrieb Teichmann anlässlich der Verpflichtung Schäfers an den Berliner Personalchef Butz, man habe „nicht die Interessen des Herrn Dr. Rasche zu vertreten, sondern hier geht es um das Interesse des Institutes“<sup>84</sup>. Die Konsequenzen dieser Zielpriorität zeigen sich in der erfolgreichen Beeinflussung eines Radiokommentars durch Kubuschok. Diesem gelang es nicht nur, einen Passus über die Aussage Oswald Pohls zu eliminieren, wonach dieser über „sehr enge und freundschaftliche Beziehungen“ des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts „zur Dresdner Bank“ berichtet hatte. Teichmann konnte Goetz außerdem melden, „daß den Interessen der Bank außerordentlich gedient worden“ sei, indem der folgende Satz um die kursiv gesetzten Worte gekürzt worden war: „Es ist Aufgabe des Gerichts festzustellen, wie weit der Einfluss der Dresdner Bank bzw. des in Nürnberg angeklagten Dr. Rasche tatsächlich gegangen ist und inwiefern eine Verflechtung mit den verbrecherischen Zielen des Nationalsozialismus vorliegt.“<sup>85</sup>

<sup>80</sup> Schäfer wurde nach seiner Entlassung durch die britische Militärregierung wegen des Widerstands des Berliner Betriebsrats, der eine relativ harte Entnazifizierungspolitik verfocht, nicht wieder angestellt, sondern erhielt lediglich einen Beratervertrag; Butz an Schleipen, 28. 1. 1948, in: HADrB, 13927-2000. Vgl. auch die Memoiren von Adolf Schäfer, Wege und Umwege. Lebenserinnerungen, Manuskriptdruck Würzburg o.J. (1974).

<sup>81</sup> Vgl. die Protokolle der Ausschuss-Sitzungen in Wiesbaden, 11. 5. 1949, und Düsseldorf, 10. 3. 1950, in: HADrB, 5140-2000; Teichmann an Ponto, 2. 12. 1976, in: HADrB, 978-2002P.

<sup>82</sup> Rasche an Overbeck, o.D. (Ende 1947), in: HADrB, 1496-2002.

<sup>83</sup> Teichmann an Goetz, 27. 8. 1948, Teichmann an Pilder, 24. 8. 1948, beides in: HADrB, 13766-2000.

<sup>84</sup> Teichmann an Butz, 7. 2. 1948, in: HADrB, 13927-2000.

<sup>85</sup> Teichmann an Goetz, 27. 9. 1948, in: HADrB, 13766-2000 (Hervorhebung im Original in Anführungszeichen). Auch Assistenzverteidiger Schäfer weist in seinen Memoiren darauf hin, dass es der Verteidigung nicht nur um ein niedriges Strafmaß für Rasche ging, sondern auch „der geschäftliche Ruf der Dresdner Bank [...] durch diesen Prozeß auf keinen Fall eine Beeinträchtigung erfahren sollte“. Schäfer, Wege, S. 116.

Solche Interventionen in die Berichterstattung waren offenbar keine Ausnahme. Nach der Verurteilung wurde Rasche mitgeteilt, Kubuschok sei es „wiederholt in allerletzter Sekunde“ gelungen zu verhindern, dass Rundfunk und Presse seine Beziehungen zum Himmler-Kreis ausschalteten<sup>86</sup>. Die Sorgen um Rasches Leumund kamen nicht von ungefähr. Ebenso wie die Ankläger demonstrierte die Verteidigung immer wieder, dass es in diesem Prozess nicht nur um konkrete Straftaten, sondern vielleicht sogar in erster Linie um Interpretationen der jüngsten Geschichte, um die Stellung und moralische Verantwortung der Privatwirtschaft in der NS-Zeit und um deren öffentliche Wahrnehmung in der Gegenwart ging. Das zeigen nicht zuletzt die fast zweihundert eidesstattlichen Erklärungen, die in der Regel von Schäfer oder von Rasche persönlich entworfen wurden und den überwiegenden Teil der zur Entlastung eingebrachten Beweismstücke bildeten<sup>87</sup>. Ein erheblicher Teil dieser Affidavits beschäftigte sich nicht mit den konkreten Banktransaktionen, an denen die Anklagepunkte letztlich zu messen waren, sondern demonstrierte in den verschiedensten Varianten Rasches apolitische Gesinnung und seine kaufmännische Korrektheit. Dazu griff die Verteidigung nicht nur auf ein dichtes Netzwerk von Kollegen und Geschäftspartnern Rasches zurück, sie ließ auch eindeutige Repräsentanten des NS-Regimes als Entlastungszeugen aufmarschieren. Der ehemalige Chef des Inlands-SD und Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Otto Ohlendorf, wegen seiner führenden Rolle bei den Massenmorden der Einsatzgruppen zum Tode verurteilt, bescheinigte Rasche, dass er sich 1943 den nationalsozialistischen Versuchen zur „Politisierung der Banken energisch widersetzt“ habe. Kurt Freiherr von Schröder, eine Schlüsselfigur im Prozess der Machtübertragung an Hitler und einer der prominentesten nationalsozialistischen Bankiers, bestätigte aus eigener Anschauung, dass Rasche zum Reichsparteitag nicht wegen seiner politischen Kontakte, sondern „als internationaler Sportsmann“ eingeladen worden war. Hier traf sich Schröders Darstellung mit derjenigen von Avery Brundage, dem Präsidenten des amerikanischen Olympischen Komitees, der Rasches Bemühungen um eine politikfreie deutsche Leichtathletik betonte<sup>88</sup>.

Um die unpolitische, wenn nicht gar oppositionelle Haltung des Bankiers zu belegen, bot die Verteidigung gerade auch Vertreter der NS-Wirtschaft als Zeugen auf. Den bereits zum Tode verurteilten Chef des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts Oswald Pohl konnte Kubuschok schließlich zu der Aussage bewegen, an Kreditverhandlungen mit Rasche gar kein Interesse gehabt zu haben, weil dieser ein grundsätzlicher Gegner staatlicher Betätigung in der Wirtschaft gewesen sei<sup>89</sup>. Auch Hans Kehrl bestätigte, Rasche sei „politisch uninteressiert“, jegliche „Betaeti-

<sup>86</sup> Teichmann an Rasche, 21. 4. 1949, in: HADrB, 13773-2000.

<sup>87</sup> Vgl. die Dokumentenbücher der Verteidigung, in: BA Berlin, 99 US 7/766-777.

<sup>88</sup> BA Berlin, 99 US 7/768, Bl. 65 f. (Ohlendorf); Bl. 39 f. (Schröder); ebenda 7/767, Bl. 90 f. (Brundage). Vgl. auch Marc Perrenoud u. a., *La place financière et les banques suisses à l'époque du national-socialisme. Les relations des grandes banques avec l'Allemagne (1931-1946)*, Lausanne 2002, S. 423-437, zur Beschaffung der Affidavits von Schweizer Bankiers.

<sup>89</sup> Kreuzverhör Oswald Pohls durch Kubuschok, 16. 6. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/89, Bl. 28. Auch die Vorhaltung des Anklägers, Rasches Beförderung in der SS mit dem ausdrücklichen

gung des Staates in der Wirtschaft“ ihm gar „verhasst“ gewesen, was einen regelrechten „Antagonismus“ zu Kehrls Identifizierung mit der NS-Wirtschaft dargestellt habe. Dass ihn dies nicht an einer engen Zusammenarbeit mit Rasche gehindert hatte, führte Kehrl allein auf dessen effiziente Arbeitsweise zurück<sup>90</sup>.

Kehrl gab im Prozess allerdings auch – zu einigem Missvergnügen der Verteidigung – zu Protokoll, dass er noch nach ihrer gemeinsamen Tätigkeit im Protektorat „sehr herzliche Beziehungen“ zu Rasche unterhalten hatte<sup>91</sup>. Für weit größeren Ärger sorgte indes die Aussage Werner von Richters, der als Leiter der Berliner Depositenkassen der Dresdner Bank diverse SS-Kredite beaufsichtigt hatte. Von Richter hatte im September 1947 zunächst bestätigt, dass Kredite an SS-Betriebe stets von Meyer in den Vorstand eingebracht worden waren. Diese Kredite, durch deren ungesicherte Vergabe sich die Dresdner Bank deutlich von anderen Großbanken unterschieden habe, seien jedoch von Meyer, Rasche und Lüer „gestützt“ worden; überdies sei in der Bank „an wichtigen Dingen nichts“ am Schreibtisch von Carl Goetz vorbeigegangen<sup>92</sup>. Diese Aussage wurde Rasches Verteidigern als Beweisstück der Anklage erst im April 1948 bekannt. Sie war eine so eindeutige Stützung der amerikanischen Vorwürfe, dass Goetz sich persönlich um eine gründliche Korrektur bemühte<sup>93</sup>. In einer von Schäfer vorformulierten Erklärung modifizierte von Richter seine Aussage schließlich in zentralen Punkten. Er berichtete nicht nur, dass Goetz vom laufenden Geschäft kaum Kenntnis nehmen können. Die SS-Kredite waren jetzt auch „bonitaetsmaessig“ völlig akzeptabel und nur noch deshalb „falsch und unverantwortlich“ gewesen, weil sie das Eindringen der SS in die Privatwirtschaft ermöglichten. Eine Ablehnung sei jedoch aus politischen Gründen „unmöglich“ gewesen. Hier schloss sich der Kreis zu der grundsätzlichen Verteidigungsstrategie Rasches, dem diese Kredite denn auch plötzlich „im Grunde wenig erwünscht gewesen“ waren, der sie aber gerade wegen seiner SS-Mitgliedschaft nicht hätte ablehnen können<sup>94</sup>. Dass die größeren SS-Kredite vom gesamten Vorstand stets einstimmig bewilligt worden waren, fiel dabei ebenso unter den Tisch wie die Tatsache, dass gerade von Richter in zumindest einem Fall den Mut besessen hatte, den Kreditantrag eines von der SS mit der Aufarbeitung von Kleidern von KZ-Opfern beauftragten Unternehmens aus ethischen Gründen abzulehnen<sup>95</sup>.

---

Hinweis auf gute Zusammenarbeit unterstützt zu haben, konnte Pohl nicht von dieser Behauptung abbringen. Vgl. ebenda, Bl. 33 f.

<sup>90</sup> Befragung Hans Kehrl durch Schäfer, 18. 8. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/149, Bl. 57.

<sup>91</sup> Kreuzverhör des Angeklagten Hans Kehrl, 18. 8. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/151, Bl. 80–83. Teichmann hielt diese Aussage später für eine entscheidende Belastung Rasches; Teichmann an Overbeck u. a., 14. 4. 1949, in: HADrB, 13773-2000.

<sup>92</sup> Erklärung unter Eid von Werner von Richter, 24. 9. 1947, in: BA Berlin, 99 US 7/439, Bl. 28–31.

<sup>93</sup> Teichmann war offenbar ehrlich entsetzt über die Aussage, von der man vorher keine genaue Kenntnis hatte, und teilte dem alten Vorstand mit, dass die Erklärung „von Herrn von Richter über eine gewisse Kreditkategorie alles bisher vermutete [sic!] in den Schatten stellt“. Teichmann an Overbeck, 21. 4. 1948, in: HADrB, 13768–2000; Goetz an Schäfer, 2. 5. 1948, in: HADrB, 1496-2002.

<sup>94</sup> Eidesstattliche Versicherung von Werner von Richter, 4. 6. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/776, Bl. 16–25, Zitate Bl. 23 f. Erster Entwurf vom 14. 5. 1948, in: HADrB, 1496–2002.

<sup>95</sup> Vgl. Bähr, Dresdner Bank.

Wie die Modifizierung der Aussage von Richters deutlich macht, folgte aus den Prioritäten der Dresdner Bank keinesfalls, dass man sämtliche Anklagevorwürfe auf Rasche abzulenken suchte. Dieser sah sich mit einiger Berechtigung als „Exempelkandidaten“<sup>96</sup>, der stellvertretend für die deutschen Großbankenvorstände vor dem Nürnberger Tribunal stand. Die Differenzen lagen eher auf taktischer Ebene, wenn es um Rasches eigensinniges Auftreten vor Gericht und die Darstellung seiner persönlichen Verantwortung ging. Im zentralen Anliegen hingegen konvergierten die Interessen Rasches und der Bankleitung: Die Prozessführung zielte nicht nur auf den Unschuldsnachweis eines Angeklagten, der sich völlig zu Unrecht beschuldigt sah, sondern auch auf eine vollständige Entlastung der Dresdner Bank insgesamt.

Daraus ergab sich eine mehrfach wiederholte argumentative Grundlinie, die bereits in Kubuschoks Eröffnungsvortrag zu Rasches Kreuzverhör vollständig ausformuliert war. Der Verteidiger warf den Amerikanern vor, mit Rasche einen „Ersatzmann“ für den toten Emil Meyer ausgewählt zu haben, der „nun gewissermaßen als Repraesentant des deutschen Bankgewerbes“, aber eben nicht wegen seiner individuellen Verantwortung vor Gericht stehe. Das hinderte Kubuschok allerdings nicht daran, die deutschen Banken, die gerade unter den Bedingungen des NS-Regimes nur „ein dienendes Glied im Wirtschaftsorganismus“ gewesen seien, pauschal aus jeder Verantwortung zu entlassen. Innerhalb des politisch gesetzten Rahmens habe sich die Dresdner Bank stets kaufmännisch korrekt verhalten, „Arisierungen“ und Kapitalverflechtungen hätten nur auf Wunsch der Verkäufer stattgefunden. Das rein kaufmännische Verhalten diene auch zur Entlastung gegen den Vorwurf, die Bank habe durch Kredite an die SS deren Vernichtungspolitik unterstützt. Dazu wurde nicht nur jede Mitwisserschaft Rasches über die Vorgänge in den Zwangsarbeitsbetrieben der SS bestritten. Im Rahmen der Verteidigungsstrategie noch gewichtiger war vielleicht das Argument, die Kredite seien in keinem Fall als „ursächlich“ für das anzusehen, wofür sie verwendet wurden. Rasches nun einmal nicht zu leugnenden Berührungen mit Himmlers „Freundeskreis“ erschienen bei Kubuschok eher als unglückliche Zufälle; Rasche wusste sie gar zu einer Art Notwehr gegen Zugriffe des Staates auf Domänen des privaten Unternehmertums zu wenden<sup>97</sup>.

Diese Grundargumentation spielte Rasche im Kreuzverhör in verschiedenen Varianten durch, verwickelte sich dabei aber gelegentlich in Widersprüche. Grundsätzlich suchte er den Schulterschluss mit seinen übrigen Kollegen und setzte sich möglichst weit von Meyer ab, dessen SS-Krediten man insgesamt „mit einer gewissen kühlen Reserve“ gegenübergestanden habe<sup>98</sup>. Während aber Meyers Ressortkompetenz für die SS sowie für die besetzten polnischen und sowjetischen Gebiete sich diesem ganz persönlich zuschreiben ließ, betonte Rasche für die von ihm selbst betreuten Ressorts, seine Arbeitsweise habe Unter-

<sup>96</sup> Entwurf für Rasches Schlussvortrag, o.D., in: HADrB, 14378–2000.

<sup>97</sup> Eröffnungsvortrag Kubuschoks, 19. 8. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/152, Bl. 121–134, Zitate Bl. 121–123 u. Bl. 131; Lebenslauf, Prozessversion, Bl. 30.

<sup>98</sup> Verhör Rasches durch Kubuschok, 25. 8. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/159, Bl. 29.

geben und Filialleitern stets großen Freiraum für selbständige Entscheidungen gegeben<sup>99</sup>. Bei Bedarf ging seine Verantwortung aber auch viel weiter, waren doch die unter seiner Oberleitung stehenden westdeutschen Filialen angeblich ein „gewisser Zufluchtsort“ für „Nichtarier“ gewesen<sup>100</sup>. Im Protektorat hatte Rasche seine schützenden Hände allerdings nicht so weit ausstrecken können. Hier wusste er nicht einmal genau zu sagen, wer eigentlich in der Becca für die „Arisierungen“ zuständig gewesen war, und wollte einen von der Anklage eingebrachten Rechenschaftsbericht darüber nie gesehen haben<sup>101</sup>. Einen Höhepunkt erreichten Rasches demonstrative Unschuldsbekundungen mit dem Hinweis, dass die von deutschen Banken in den Niederlanden vorgenommenen „Verflechtungen“ doch einen weit geringeren Umfang gehabt hätten als etwa die Beteiligungen des niederländischen Unilever-Konzerns in Deutschland<sup>102</sup>.

Der auch in diesem Vergleich deutlich werdende Versuch, sämtliche Handlungen der vorangegangenen Jahre von ihrem politischen Kontext zu befreien, trieb erstaunliche Blüten, wo es um Rasches unmittelbare Beziehungen zum Nationalsozialismus ging. Im Kreuzverhör versicherte er seinen Anklägern nicht nur treuherzig, nie davon gehört zu haben, „dass die SS die Trägerin eines Juden-Verfolgungsprogramms war“. Er distanzierte sich auch im Nachhinein keineswegs von seiner Mitgliedschaft, sondern belehrte die Amerikaner, das Interesse der SS an ihm sei unter anderem darauf zurückzuführen gewesen, dass diese „Angelegenheit für junge Leute“ sich zwangsläufig für einen Leichtathletikfunktionär interessieren musste, weil „ein Teil ihrer ganzen Ausbildung und ihrer ganzen weltanschaulichen Tätigkeit [...] auf altgriechische Ideale“ rekurriert habe<sup>103</sup>. Das dürfte immerhin auf weniger Empörung gestoßen sein als eine vorbereitende, im Prozess dann doch nicht verwendete Notiz, nach der die SS eine mit der Harvard-Universität vergleichbare Eliteschule dargestellt hatte<sup>104</sup>. Ob Rasche die Amerikaner wirklich für so unbedarft hielt, diesen Unfug zu glauben, oder ob er allmählich unter einem gewissen Realitätsverlust litt und selbst daran glaubte – seine Richter überzeugte er damit jedenfalls nicht.

#### *Individuelle Schuld und Kollektivhaftung: Plädoyers und Urteil*

Solche Einlassungen dürften nicht wenig dazu beigetragen haben, dass Rasche seinen Anklägern schlicht als „unverfrorener Luegenbold“ galt, den sie in sämtlichen

<sup>99</sup> Verhör Rasches durch Kubuschok, 20. 8. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/153, Bl. 29 f.

<sup>100</sup> Verhör Rasches durch Kubuschok, 24. 8. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/157, Bl. 10–12.

<sup>101</sup> Ebenda, Bl. 16–21 (Zitat Bl. 17).

<sup>102</sup> Ebenda, Bl. 40. Immerhin zeigte diese Aussage eine gewisse taktische Anpassungsbereitschaft, hatte Rasche doch im Entwurf seines Lebenslaufs gleich den Vergleich mit dem „Ausverkauf Deutschlands“ nach 1919 gezogen und als explizite Beispiele amerikanische Automobilhersteller angeführt; Lebenslauf, Entwurf, S. 14.

<sup>103</sup> Kreuzverhör Rasches durch den Ankläger Lyon, 25./26. 8. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/160, Bl. 42; ebenda, 7/161, Bl. 9.

<sup>104</sup> Erläuterungen zu speziellen Fragen, Thema: Allgemeine SS, o.D., in: HADrB, 13923-2000; Bähr, Dresdner Bank.

Anlagepunkten verurteilt sehen wollten<sup>105</sup>. Diese Maximalforderung nahm erstaunlich wenig Rücksicht auf die im Laufe der Verhandlung deutlich gewordenen Ressortkompetenzen. Für die Finanzierung von SS-Sklavenarbeitsbetrieben und des SS-Siedlungsprogramms in Polen, für die eben eine spezielle Verantwortung Rasches nicht nachweisbar war, hätte man nach dieser Argumentation den gesamten ehemaligen Vorstand vor Gericht stellen müssen. Die Vielzahl entlastender Affidavits suchte die Anklage gerade am Beispiel Rasches als „Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit“ vom Tisch zu wischen<sup>106</sup>. So berechtigt dieses Argument grundsätzlich sein mochte, es verlor dadurch an Überzeugungskraft, dass sich auch die Anklage etwas fahrlässig auf einzelne Aussagen verlassen hatte. Karl Lindemann, Mitglied des Himmler-Kreises und des Aufsichtsrats der Dresdner Bank, hatte Rasche offenbar schlicht mit Emil Meyer verwechselt<sup>107</sup>. Oswald Pohl, dessen Erinnerung inzwischen leider „vollkommen verschwommen“ war, widerrief im Kreuzverhör seine ursprüngliche Aussage, Rasche habe zusammen mit Meyer die Konzentrationslager Dachau und Oranienburg besucht<sup>108</sup>.

Solche Detailfragen mögen den Anklägern angesichts der umfangreichen Vorwürfe als nebensächlich erschienen sein, sie verweisen jedoch auf ein Grundproblem des Prozesses. Aus historisch-politischer Sicht lag Rasches Verantwortung in erster Linie in der Unterstützung eines insgesamt kriminellen Systems aus geschäftlichem Interesse, und folgerichtig baute die Anklage auf seiner Stellung als Repräsentant dieses Systems auf. Im Kontext eines Strafverfahrens aber musste seine individuelle, konkrete Beteiligung an der nationalsozialistischen Expansions- und Ausbeutungspolitik exakt nachgewiesen werden. Kubuschoks Schlussplädoyer spitzte diese juristische Logik auf den Vorwurf zu, die Anklage habe notgedrungen versuchen müssen, „eine von ihr für strafbar erachtete politische Systematik aller Einzelgeschäfte nachzuweisen“. Dieser Versuch war nach Kubuschoks Darstellung nicht nur hinsichtlich Rasches Karriere gescheitert, wo er den späten NSDAP-Beitritt kurzerhand als Beleg für Politikferne deutete. Ähnliches gelte gerade auch für seine Bankierstätigkeit, wo Rasche „Jediglich als Geschäftsmann gehandelt“ habe und politische Kontakte nur „zwangsläufig“ eingegangen sei. Dagegen habe die Anklage die „üblichen Geschäfte einer Bank“ aus ihrem rein wirtschaftlichen Zusammenhang gerissen und in einen politischen Kontext gezwungen. Kubuschoks Umkehrung dieser Vorgehensweise war zwar historisch irreführend, weil sie Rasches aktive und freiwillige Zusammenarbeit mit einem Regime ignorierte, dessen militärische Aggression der Dresdner Bank

<sup>105</sup> Morris Amchan/Walter J. Rockler, Abschliessender Schriftsatz der Anklage ueber Karl Rasche, 15. 11. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/779, Zitat Bl. 16.

<sup>106</sup> Schlussplädoyer fuer die Vereinigten Staaten von Amerika, 9. 11. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/497, Bl. 100–102.

<sup>107</sup> Affidavits Karl Lindemann, 28. 2. 1947 und 16. 12. 1947, in: BA Berlin, 99 US 7/425, Bl. 86–89 und Bl. 93; Befragung Lindemanns durch Kubuschok, 14. 5. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/59, Bl. 22–24.

<sup>108</sup> Eidesstattliche Versicherung von Oswald Pohl, 20. 12. 1946, in: BA Berlin, 99 US 7/425, Bl. 95–98; Kreuzverhör Pohls durch Kubuschok, 16. 6. 1948, in: BA Berlin, 99 US 7/89, Bl. 23 (Zitat) – 28.

überhaupt erst den nötigen Spielraum für die „üblichen“ Bankgeschäfte eröffnet hatte. Im Rahmen seiner strafjuristischen Argumentation war Kubuschoks Darstellung jedoch ebenso konsequent wie sein Plädoyer auf Freispruch<sup>109</sup>.

Rasche selbst hatte ein persönliches Schlusswort vorbereitet, das noch einmal in gewohnt offensivem Stil sein absolutes Unschuldsbewusstsein zum Ausdruck bringen sollte. Er war aber mit Kubuschoks Plädoyer offenbar so zufrieden, dass er auf den Vortrag verzichtete<sup>110</sup>. Im Hinblick auf die Urteilsbildung der Richter dürfte das die taktisch klügere Entscheidung gewesen sein, strebte Rasche doch explizit eine Korrektur des „gar zu primitiven Bildes“ der Anklage an. Der promovierte Jurist trieb nicht nur Kubuschoks Argumentation auf die Spitze, indem er seine Geschäfte in den besetzten Gebieten als solche „voelkerverbindender Natur“ charakterisierte, die er mit „internationaler Eleganz“ geführt habe. Er suchte die Anklage auch auf ihrem eigenen Feld in die Schranken zu weisen und ihre völkerrechtliche Inkompetenz zu demonstrieren. Als Beispiel für die Unschuld privater Unternehmer an den Konsequenzen „eines fehlerhaften Staatsaktes von Besatzungsbehoerden“ führte er ausgerechnet die alliierten Demontagen deutscher Industrieanlagen an<sup>111</sup>.

Erst Mitte April 1949, nach einer Bedenkzeit von knapp fünf Monaten, wurde das Urteil verkündet. Zwei der drei Richter, William Christianson und Robert Maguire, wählten schließlich einen Mittelweg zwischen den unvereinbaren Geschichtsdeutungen von Anklage und Verteidigung. Indem sie ausdrücklich nur auf die individuelle Belastung des Angeklagten abhoben, verurteilten sie Rasche zu sieben Jahren Haft, auf die die Internierung seit April 1945 angerechnet wurde. Die zur Begründung herangezogenen Tatbestände waren die formelle Verantwortung für die Aktivitäten der Bebca und des Handelstrust West sowie der Ehrenrang in der SS, nicht jedoch die Mitgliedschaft im Himmler-Kreis und die in diesem Rahmen veranlassten Spenden. Der Schuldspruch zur Bebca war zwar nicht ganz frei von Unsauberkeiten, wurde Rasche hier doch als Vorsitzender des Vorstands, nicht des Verwaltungsrats bezeichnet; auch seine Ernennung zum Vorstandssprecher der Dresdner Bank wurde zeitlich vorverlegt. Die Richtermehrheit schloss sich aber keineswegs pauschal der Argumentation der Anklage an. Christianson und Maguire sprachen den ehemaligen Vorstandssprecher nicht nur bezüglich der „Verflechtungen“ in Belgien mangels Beweisen frei, sie stuften auch seine mittelbare Verantwortung für die Geschäfte der Dresdner Bank mit der SS als nicht hinreichend für einen Schuldspruch ein. Zur Begründung führten die Richter nicht nur an, dass Rasche die Kenntnis der verbrecherischen Verwendungszwecke nicht sicher nachzuweisen sei. Sie hielten dieses Wissen zwar für wahrscheinlich, erklärten es aber für nur moralisch relevant. Juristisch hingegen sei ein Kredit-

<sup>109</sup> Kubuschok, Plädoyer fuer Dr. Karl Rasche, in: BA Berlin, 99 US 7/785, Zitate Bl. 2, Bl. 8, Bl. 31 u. Bl. 69. Eine ausführliche, 439 Seiten umfassende Auseinandersetzung mit den einzelnen Anklagepunkten im Closing Brief der Verteidigung, o.D., in: BA Berlin, 99 US 7/781-783.

<sup>110</sup> Telegramm Teichmann an Overbeck, 18. 11. 1948, in: HADrB, 13774-2000.

<sup>111</sup> Entwurf des Schlussworts, o.D., Zitate S. 1, S. 3 u. S. 7, in: HADrB, 14378-2000.

geber grundsätzlich nicht für die Verwendung der vergebenen Kredite zu belangen<sup>112</sup>.

Damit war in einem zentralen Punkt die Grundsatzargumentation der Verteidigung bestätigt – dass nämlich die deutsche Bankierselite sich, mit Ausnahme schwarzer Schafe wie Emil Meyer, im Dritten Reich ganz traditionell geschäftsmäßig verhalten hatte. Der Vorstand der Dresdner Bank war ausdrücklich von der indirekten Beteiligung am Vernichtungsprogramm der SS entlastet worden. Was von der groß angelegten Bestrafungskampagne gegen die Großbankenvorstände übrig blieb, war nur noch die vom Gericht festgestellte persönliche Schuld Karl Rasches, der sich jedoch ebenfalls im schwerwiegendsten Anklagepunkt freigesprochen fand.

Einer der drei Richter wollte sogar noch weiter gehen. Leon W. Powers gab erstmals in der Geschichte der Nürnberger Nachfolgeprozesse öffentlich ein abweichendes Votum zu Protokoll, das eine Kollektivhaftung auch herausragender Repräsentanten des Deutschen Reiches ablehnte<sup>113</sup>. Im Fall Rasches ließ sich Powers weitgehend auf die Argumente der Verteidigung ein, indem er den politischen Kontext der Bankgeschäfte im Protektorat und in den Niederlanden für irrelevant erklärte und darin nur „gewöhnliche Verhandlungsverfahren zwischen Verkäufer und Käufer“ zu sehen vermochte<sup>114</sup>. Hier lag denn auch der wichtigste Ansatzpunkt für die nunmehr einsetzenden Versuche, Rasche schnellstmöglich freizubekommen.

#### 4. Epilog: Die verhinderte Rückkehr des „Spätheimkehrers“

Ein umgehend eingereichtes Gnadengesuch an den amerikanischen Militärgouverneur, in dem Kubuschok seine von Powers bestätigten Argumente noch einmal auflistete, hatte jedoch kurzfristig ebenso wenig Erfolg wie ein parallel eingereichtes Gesuch auf vorzeitige Haftentlassung aus Gesundheitsgründen und ein erstmals in den Nürnberger Prozessen möglicher Korrekturantrag an die Richter<sup>115</sup>. Rasches vorzeitige Entlassung im August 1950 verdankte sich zwei pauschalen Strafminderungen des amerikanischen Hochkommissars John McCloy, dessen umfangreiche Begnadigungsakte implizit die amerikanische Zustimmung zu einer bundesdeutschen Vergangenheitspolitik signalisierten, die eine weitestgehende Reintegration von NS-Belasteten anstrebte<sup>116</sup>.

<sup>112</sup> Vgl. Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozess, S. 157, S. 230–236 u. S. 269–275.

<sup>113</sup> Vgl. Blasius, Wilhelmstraßen-Prozess, in: Ueberschär (Hrsg.), Nationalsozialismus, S. 192.

<sup>114</sup> Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozess, S. 317 f.

<sup>115</sup> Gesuch an den Militärgouverneur für Karl Rasche, 29. 4. 1949, Antrag auf vorzeitige Haftentlassung, 29. 4. 1949, beides in: HADrB, 14361-2000; Übersicht über die im Falle Dr. Rasche nach der Urteilsverkündung bestehenden Möglichkeiten einer Korrektur des Urteils, o.D., in: HADrB, 14356-2000; Teichmann an Hölling, 15. 4. 1949, in: HADrB, 1215-2002.

<sup>116</sup> Fritsch an Teichmann, 17. 8. 1950, in: HADrB, 1502-2002; Liste der am 25. 8. 1950 entlassenen Häftlinge, in: BA Koblenz, B305/140. Zum Hintergrund grundlegend Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999; außerdem Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994; Buscher, U.S. War Crimes Trial Program, S. 69–157. Zu McCloy's Begnadigungspolitik vgl. Thomas Alan Schwartz, Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg, in: VfZ 38 (1990), S. 375–

Das gute Jahr zwischen Urteil und Entlassung bot indes genügend Anlass zu weiteren Differenzen zwischen dem nunmehr in Landsberg einsitzenden Rasche und seinen ehemaligen Kollegen. Während letztere die Bemühungen um eine Urteilskorrektur strikt auf die formalen Appellationsmöglichkeiten beschränken wollten, bekundete Rasche einmal mehr seine Überzeugung, bestenfalls durch Missverständnisse in die Haft geraten zu sein und dies der Welt auch mitteilen zu müssen. Unmittelbar nach der Verurteilung verlangte er vom alten Vorstand der Dresdner Bank, nunmehr „weite Kreise im In- und Ausland durch die Presse und auf anderem Wege“ über den Inhalt von Powers' Minderheitsvotum und über die Gefahren zu informieren, die der internationalen Geschäftswelt drohten, falls das Urteil als Präzedenzfall Bestand hätte. Außerdem sollten Juristen und Historiker zur Kritik des Urteils mobilisiert werden<sup>117</sup>. Teichmann mühte sich vergeblich, Rasche dies im Hinblick auf den negativen Eindruck bei den Amerikanern auszu-reden, und ersparte ihm dabei auch den Hinweis nicht, er sei schließlich „gerade deswegen auf die Anklagebank gekommen [...], weil Sie immer und bei allen Ereignissen in vorderster Linie gestanden haben“<sup>118</sup>.

Rasche konnte sich insofern durchsetzen, als eine Broschüre mit dem Powers-Votum noch im April 1949 in Auftrag gegeben wurde und im August in Druck ging, nachdem die amerikanische Militärregierung zunächst die Druckerlaubnis versagt hatte<sup>119</sup>. Ein völkerrechtliches Gutachten, das die Unhaltbarkeit des Plünderungsvorwurfs wegen der „freiwilligen“ Übertragungen von Vermögenswerten in den Niederlanden und im Protektorat nachweisen sollte, gab Rasche offenbar schließlich selbst in Auftrag; zumindest drohte er damit, nachdem man in der Dresdner Bank lange abgewiegelt hatte<sup>120</sup>. Dass die Abstimmung mit der Dresdner Bank für den ehemaligen Vorstandssprecher ohnehin nicht die oberste Priorität besaß, hatte er bereits unmittelbar nach dem Urteil deutlich gemacht. Parallel zu dem zitierten Schreiben vom 16. April 1949 an den alten Vorstand hatte

114; ders., *Die Atlantik-Brücke. John J. McCloy und das Nachkriegsdeutschland*, Frankfurt a. M./Berlin 1992, S. 227–253.

<sup>117</sup> Rasche an Goetz, Overbeck, Zinßer, Hölling, Luer, Pilder und Schippel, 16. 4. 1949, in: HADrB, 13923-2000.

<sup>118</sup> Teichmann an Rasche, 21. 4. 1949, in: HADrB, 13773-2000. In einem Kommentar für Goetz fügte Teichmann hinzu, dies habe „einmal ausgesprochen werden“ müssen, „denn die Besserwisserei kannte schon keine Grenzen mehr“. Teichmann an Goetz, 27. 4. 1949, in: Ebenda.

<sup>119</sup> Teichmann an Rasche, 21. 4. 1949; Lieferscheine über Korrekturabzüge, 25.–29. 4. 1949, beides in: HADrB, 13773-2000; Druckauftrag über 1.000 Exemplare, 4. 7. 1949, in: HADrB, 13772-2000; Telegramm Teichmann an Schäfer, 27. 8. 1949, in: HADrB, 1501-2002. Ein Exemplar der Broschüre findet sich im Nachlass Rasche: *Die abweichende Meinung des Richters Leon W. Powers im Wilhelmstrassen-Prozess. Abdruck der offiziellen Übersetzung*, o.D.

<sup>120</sup> Rasche an seine Ehefrau Elisabeth, 2. 2. 1950, in: Nachlass Rasche. Die Diskussion um die Bestellung eines Gutachtens ist dokumentiert in: HADrB, 1502-2002, 11245-2001. Ein Auszug wurde von Rasches neuem Anwalt Fritsch erst im Juli 1950 dem mittlerweile eingerichteten Begnadigungsausschuss nachgereicht; Fritsch an die Richter des Clemency Board, 18. 7. 1950, in: Nachlass Rasche. Das Gutachten selbst liegt nur in einer Kurzfassung vor: Zusammenfassung der Rechtsthesen in dem von Prof. Dr. Böhmert, Universität Kiel, erstatteten Rechtsgutachten über das Urteil des amerikanischen Militärtribunals Nr. IV in Sachen Dr. Karl Rasche, o.D., in: Ebenda.

Rasche wichtige Kunden und Geschäftspartner der Dresdner Bank im gleichen Sinne angeschrieben, ohne die Bank oder auch nur seinen Assistenzverteidiger Schäfer zu informieren<sup>121</sup>. Auf Rasches Initiative hin, allerdings mit Kenntnis seines neuen Verteidigers Stefan Fritsch<sup>122</sup> und Schäfers, scheint auch die Einschaltung des nordrhein-westfälischen Justizministers Arthur Sträter zustande gekommen zu sein. Sträter nahm, nachdem Rasches Tochter mehrfach bei ihm vorgesprochen hatte, eine umfangreiche Darstellung des Falls von Fritsch entgegen und versprach, in der Beratung in einem von McCloy angekündigten Begnadigungsausschuss Rasche „eine amtliche Unterstützung“ zu gewähren. In der nochmaligen Darstellung der unpolitischen Haltung Rasches – mittlerweile „bekannt als ein Gegner der damaligen Zwangswirtschaft“ – trieb man die Verharmlosung der NS-Zeit bis zu der Formulierung, die „Verflechtungen zwischen böhmischen und deutschen Betrieben“ seien „Aufgaben verwandter Art“ zu den vorher von Rasche betreuten Firmensanierungen gewesen<sup>123</sup>. Der Ausschuss war offenbar zu einer positiven Bewertung geneigt und beschloss im August 1950, Rasche selbst noch einmal anzuhören<sup>124</sup>. Dies wurde jedoch überflüssig, weil McCloy gleichzeitig eine Verdoppelung der erlassenen Haftzeiten verfügte.

Nachdem Rasche im Eilverfahren als „Spätheimkehrer“ entnazifiziert und vollständig entlastet worden war<sup>125</sup>, meldete er sich bei Carl Goetz „bewegungsfrei und arbeitsbereit“. Das Vertragsverhältnis mit der Bank hatte seiner Meinung nach weiterhin Bestand. Ernsthaft scheint Rasche aber schon nicht mehr damit gerechnet zu haben, wieder in die Dresdner Bank bzw. eines ihrer Nachfolgeinstitute zurückkehren zu können, verwies er doch sicherheitshalber auf die „Rechte, die mir die Bestimmungen und Verfügungen über die Behandlung von Spätheimkehrern geben“<sup>126</sup>. Tatsächlich hatte Goetz ihm schon vorher klargemacht, „daß wir bei Auf-

<sup>121</sup> Aktennotiz Hölling, Betr.: Dr. Rasche, 30. 4. 1949, in: HADrB, 1215-2002. Der erste nachweisbare Brief dieser Art an den Generaldirektor des Schweizerischen Bankvereins stammt bereits vom 14. 4. 1949, dem letzten Tag der Urteilsverkündung; in: HADrB, 13923-2000. Vgl. auch Perrenoud u. a., *La place financière*, S. 435 f.

<sup>122</sup> Der Augsburger Anwalt Stefan Fritsch wurde im Juni 1949 zusätzlich engagiert, weil Rasche durch Kubuschok keine regelmäßige Betreuung gewährleistet schien. Kubuschok blieb jedoch in die weiteren Schritte einbezogen. Vgl. Rasche an Kubuschok, Schäfer, Teichmann, Goetz, Overbeck, 2. 5. 1949, Teichmann an Fritsch, 3. 6. 1949, beides in: HADrB, 11245-2001; Ergänzungsnotiz von Herrn Rechtsanwalt Fritsch, 9. 5. 1950, in: HADrB, 11129-2001.

<sup>123</sup> Fritsch an Sträter, 3. 3. 1950, in: HADrB, 14373-2000, Zitate S. 6, und Anlage „Zusammenfassende Darstellung zur Person und zum Fall Rasche im Wilhelmstrassenprozess“, S. 2. Sträter wandte sich im Juli 1950 an McCloy, der sein Schreiben an den Ausschuss weiterreichte; McCloy an Sträter, o.D., in: HADrB, 1501-2002. Der Beratende Ausschuss für die Begnadigung von Kriegsverbrechern war von McCloy im Dezember 1949 angekündigt worden und nahm im Juli 1950 die Arbeit auf. Vgl. Schwartz, *Begnadigung*, S. 387–394.

<sup>124</sup> Aktennotiz Repke, 11. 8. 1950, in: HADrB, 1501-2002.

<sup>125</sup> Rasches Fragebogen datiert vom 27. 10. 1950, der Entlastungsbescheid vom 10. 11. 1950, in: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Entnazifizierungsakte Karl Rasche, NW 1000-21095.

<sup>126</sup> Rasche an Goetz, 3. 12. 1950, in: HADrB, 11129-2001. Rasche berief sich hier auf das Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer vom 19. 6. 1950, das im Ausland internierten Deutschen nach ihrer Entlassung u. a. das Wiederaufleben von durch die Internierung unterbrochenen

rechterhaltung eines freundschaftlichen Verhältnisses seine Wiederbetätigung in unserem Kreise einstimmig nicht wünschen“ und stattdessen Geld angeboten<sup>127</sup>. Dessen ungeachtet hatte Rasche unverdrossen alte Geschäftskontakte erneuert, war im Namen der Bank in rheinisch-westfälischen Industriekreisen aufgetreten und hatte der Bank sogar Spesenrechnungen geschickt. Alfred Hölling, der führende Kopf der Rhein-Ruhr Bank, die in Nordrhein-Westfalen vorübergehend die Nachfolge der Dresdner Bank angetreten hatte, drängte Goetz daher zu einer schnellstmöglichen Trennung, „weil es für uns nur geschäftsschädigend wäre, uns mit Herrn R. irgendwie zu identifizieren“<sup>128</sup>. Rasche aber pochte nicht nur auf vermeintliche Rechtsansprüche. Indem er ein letztes Mal sein Selbstverständnis als stellvertretender Sündenbock demonstrierte, gab er Goetz auch zu verstehen, „daß er zu Unrecht am meisten für uns gelitten hätte und deshalb jetzt auch eine bevorzugte Behandlung verlangen könne“<sup>129</sup>. Es folgten Auseinandersetzungen um eine angemessene Abfindung, bei denen die Bank zunächst eine harte Verhandlungsposition einnahm, die aber im Mai 1951 offenbar mit einer einvernehmlichen Regelung bis zur endgültigen Klärung des für Rasches Pensionsansprüche maßgeblichen Rechtsstatus der Dresdner Bank endeten<sup>130</sup>.

Eine naheliegende Erklärung für die dauerhafte Trennung der Bank von Rasche würde die während des Prozesses hervorgetretene Interessenkonstellation fortführen: Das „säuberungs“-politische Symbol Rasche drohte zu einem geschäftspolitischen Imageproblem zu werden. Dagegen spricht allerdings eine andere Karriere. Wenige Monate nach seiner Entlassung aus Landsberg wurde nämlich Emil Puhl zunächst freiberuflicher Mitarbeiter und anschließend Vorstandsmitglied der Hamburger Kreditbank, eines weiteren Nachfolgeinstituts der Dresdner Bank. Der ehemalige Vizepräsident der Reichsbank war im Wilhelmstraßen-Prozess für die Zusammenarbeit mit der SS beim Verkauf der letzten Wertgegenstände von Opfern der Vernichtungslager zu fünf Jahren Haft verurteilt worden<sup>131</sup>. Wenn man sich Puhls nicht zu schämen hatte, hätte man das wohl auch wegen Rasche nicht gemusst, zumal sich die öffentliche Meinung inzwischen klar zugunsten einer schnellen Revision der Nürnberger Urteile entwickelt hatte<sup>132</sup>. Puhl aber war ein international hoch angesehener Bankier, der insbesondere wegen seiner hervor-

---

Arbeitsverhältnissen garantierte. Rasche konnte zwar einen Heimkehrer-Meldeschein aus dem Flüchtlingslager Friedland vorweisen, die Anwendbarkeit dieser Regelung wurde jedoch von dem mit den Verhandlungen mit Rasche beauftragten Rechtsanwalt aus verschiedenen Gründen bestritten. Rechtsanwalt Schmidt an Goetz, 19. 1. 1951, in: Ebenda; Heimkehrer-Meldeschein Rasche, 30. 8. 1950, in: Nachlass Rasche.

<sup>127</sup> Goetz an Zinßer, Overbeck, Hölling, Schleipen, Richter, 8. 12. 1950, in: HADrB, 11129-2001.

<sup>128</sup> Hölling an Goetz, 16. 12. 1950, in: Ebenda.

<sup>129</sup> Goetz an Overbeck, Hölling, Zinßer, Schleipen, Richter, 22. 12. 1950, in: Ebenda.

<sup>130</sup> Entzian an Schäfer, 21. 5. 1951, in: HADrB, 11245-2001.

<sup>131</sup> Vgl. Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozess, S. 151–156. Puhl war seit April 1950 an den Beiratsitzungen der Hamburger Kreditbank beteiligt und wurde 1951 Mitglied der Geschäftsleitung. Vgl. die Protokolle der Beiratsitzungen, in: HADrB, 17835-2001; Personalakte Emil Puhl, in: HADrB, 1315-2002P.

<sup>132</sup> Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 163–195; Richard L. Merritt, *Democracy Imposed. U.S. Occupation Policy and the German Public, 1945–1949*, New Haven/London 1995, S. 147–178.

genden Kontakte in England und den USA in die Hamburger Kreditbank geholt wurde<sup>133</sup>. Rasche dagegen hatte große Teile seines sozialen Kapitals im Umgang mit Repräsentanten des NS-Regimes erworben, war also nicht ganz standesgemäß in die Spitze der Bankierselite aufgestiegen. Hinzu kamen persönliche bzw. habituelle Differenzen, die, wie auch das Beispiel von Speers „Stahldiktator“ Walter Rohland zeigt, für Karrierebrüche nach 1945 eine wesentliche Rolle spielen konnten<sup>134</sup>. Der Ehrgeiz des Aufsteigers aus der Provinz, der sich deutlich hemmungsloser mit dem Nationalsozialismus eingelassen hatte als die meisten seiner Kollegen, hatte diese offenbar ebenso vor den Kopf gestoßen wie dessen spätere Eigenmächtigkeiten während des Prozesses. In gewisser Hinsicht teilte man hier sogar die Einschätzung der amerikanischen Richter<sup>135</sup>. Die Zeit zwischen Urteil und Freilassung muss die persönlichen Vorbehalte noch deutlich verstärkt haben. Goetz begründete Rasche gegenüber die Trennung offen mit „seiner ganzen Art“ und teilte den Kollegen mit, dieser habe „sich nicht geändert“ und „nichts hinzugelern“; auch Hölling verwies auf Rasches „sattsam bekannte Mentalität“<sup>136</sup>.

Karl Rasches Bankierskarriere war damit beendet. Sie stellte auch insofern einen Ausnahmefall dar, als die alliierten „Säuberungen“ insgesamt, gerade in der Dresdner Bank bzw. deren Nachfolgeinstituten, „keine tiefgreifenden Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bankierselite“ hatten<sup>137</sup>. Das bedeutete allerdings keine vollständige Ausgrenzung – Goetz' Angebot eines „freundnachbarschaftlichen Verhältnisses“ sollte man nicht als bloße Floskel abtun. Rasches berufliche Reorientierungsversuche vor seinem frühen Tod lassen sich zwar nur noch punktuell rekonstruieren, aber sie deuten darauf hin, dass er, wiederum ähnlich wie zunächst Walter Rohland oder auch Hans Kehrl<sup>138</sup>, im Bankiers- und Industriellenmilieu zwar nicht als vollwertiges Elitenmitglied, aber immerhin als kompetenter Berater akzeptiert wurde. Als Rasche im September 1951 auf einer Zugfahrt nach Basel verstarb, hatte er eine „vermittelnde Beratertätigkeit“<sup>139</sup> auf-

<sup>133</sup> Heinrich Reckmann (Treuhand der Hamburger Kreditbank) an den Hamburger Finanzsenator Dudek, 1. 8. 1950, in: HADrB, 1315-2002P. Vgl. auch die Affidavits für Puhl in dessen Verteidigungs-Dokumentenbuch I, in: BA Berlin, 99 US 7/748.

<sup>134</sup> Vgl. Volker Berghahn, *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1985, S. 50–54; Klaus-Dietmar Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995, S. 513–533; Manfred Rasch, *Walter Rohland zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Eine biografische Skizze*, in: Ders. (Hrsg.), *Findbuch zum Nachlass Walter Rohland (1898–1981) und zum Bestand Ruhr-Consulting GmbH, Duisburg 2001*, S. 3–61, hier S. 56 f.

<sup>135</sup> „Man hat Ihnen sogar im Urteil bestätigt, dass Sie einer [sic!] der aktivsten Mitglieder des Vorstandes der Dresdner Bank waren. Alle, die Sie kennen, wissen, dass das richtig ist.“ Teichmann an Rasche, 21. 4. 1949, in: HADrB, 13773-2000.

<sup>136</sup> Goetz an Overbeck u. a., 22. 12. 1950, in: HADrB, 11129-2001; Hölling an Goetz, 16. 12. 1950, in: Ebenda.

<sup>137</sup> Ziegler, *Strukturwandel*, in: Berghahn/Unger/Ziegler (Hrsg.), *Die deutsche Wirtschaftselite*, S. 207. Vgl. auch Horstmann, *Die Alliierten*, S. 177–181.

<sup>138</sup> Vgl. Berghahn, *Unternehmer*, S. 52 f.; zu Rohlands zweiter Karriere als Industrieberater Rasch, *Walter Rohland*, S. 55–60.

<sup>139</sup> Heinz Ansmann, *Bankier. Erinnerungen an sechzig Jahre deutscher Wirtschaftsgeschichte*, Mainz 1993, S. 138. Ansmann arbeitete seit 1933 in der Konsortialabteilung der Dresdner Bank, war u. a. unter Rasches Leitung mit der „Arisierung“ der sudetenländischen Braunkoh-

genommen, die ihn wieder in westdeutsche Unternehmerkreise sowie auf Reisen in die Schweiz und nach Skandinavien führte<sup>140</sup>. Sein Unschuldsbewusstsein hatte er schon kurz nach der Entlassung nochmals demonstriert, indem er sich Sträter und Bundesjustizminister Thomas Dehler zu Besprechungen über Hilfeleistungen für die noch in Landsberg einsitzenden Häftlinge anbot<sup>141</sup>. Dass er sich „wieder dem deutschen Sport zur Verfügung gestellt“ und die deutsche Leichtathletikmannschaft zu einem Wettkampf nach Stockholm begleitet hatte, freute besonders seinen alten Weggefährten Karl Ritter von Halt, ehemals Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Mitglied des Himmler-Kreises und „Führer der deutschen Leichtathletik“<sup>142</sup>. Dass Rasches politische Belastung spätestens jetzt kein Grund zur Distanzierung mehr war, beweist die Teilnehmerliste der Trauerfeier: Neben seinen Verteidigern Kubuschok und Schäfer ließ es sich mit Carl Goetz, Alfred Hölling und Hans Schippel auch ein Gutteil seiner alten Vorstandskollegen nicht nehmen, ihm die letzte Ehre zu erweisen<sup>143</sup>.

## 5. Fazit

Der Prozess gegen Karl Rasche wies in seiner Zielsetzung, seiner Durchführung und seinen Ergebnissen weit über die Strafverfolgung eines einzelnen Bankiers hinaus. Auf den ersten Blick war dieser Prozess insofern ein Erfolg des amerikanischen Bestrafungsprogramms, als die Symbolfigur Rasche nicht mehr in die Führungszirkel der deutschen Großbanken zurückkehrte; eine solche Position hätte Rasche sehr wahrscheinlich auch dann nicht wieder erreicht, wenn er länger gelebt hätte. Das war allerdings, gemessen an den ursprünglichen Zielen der OMGUS-Finanzabteilung und der Nürnberger Anklagebehörde, auf der personellen Ebene ein recht magerer Ertrag (hinzu trat auf der wirtschaftlichen Ebene die „Kollektivstrafe“ der Dezentralisierung). Eine mentale Konsequenz, eine Reflexion seiner Mitverantwortung für die Ausbeutung der besetzten Gebiete und das Vernichtungsprogramm der SS, lässt sich bei Rasche erst recht nicht feststellen.

---

lenindustrie beschäftigt und hielt den Kontakt auch nach Rasches Entlassung aufrecht; vgl. ebenda, S. 87–93.

<sup>140</sup> Vgl. div. Kondolenzschreiben, Todesschein des Zivilstandesamtes Basel-Stadt, 17. 9. 1951, sowie Rasches Reisepass, alles in: Nachlass Rasche. Zu Rasches Kontakten in die Schweiz vgl. Perrenoud u. a., *La place financière*, S. 433–437.

<sup>141</sup> Sträter an Dehler, 9. 10. 1950, Dehler an Rasche, 12. 10. 1950, Dehler an die zuständige Referentin im Bundesjustizministerium, Margarethe Bitter, 18. 10. 1950, alles in: BA Koblenz, B305/142. Konkrete Ergebnisse sind nicht überliefert. Zur Politik Dehlers und Bitters in der „Kriegsverbrecherfrage“ vgl. ausführlich Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 133–306.

<sup>142</sup> Kondolenzschreiben von Karl Ritter von Halt im Namen des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland, 19. 9. 1951, in: Nachlass Rasche. Zu von Halt vgl. ausführlich Peter Heimerzheim, *Karl Ritter von Halt – Leben zwischen Sport und Politik*, Sankt Augustin 1999; außerdem James, *Die Deutsche Bank und die Diktatur*, S. 343 u. S. 365 f., und Holtfrerich, *Deutsche Bank*, S. 410–416, beides in: Gall u. a., *Deutsche Bank*.

<sup>143</sup> Kondolenzbuch zur Trauerfeier für Dr. Karl Rasche, o.D., in: Nachlass Rasche. Gustav Overbeck fehlte aus Gesundheitsgründen; Overbeck an Elisabeth Rasche, 19. 9. 1951, in: Ebenda.

Konnte ein solches Verfahren überhaupt ein geeignetes Mittel zum „säuberungs“-politischen Zweck einerseits, zur Aufarbeitung der NS-Geschichte andererseits darstellen? Alles in allem lässt sich das Fazit ziehen, dass der Prozess gerade durch diese doppelte Aufgabe überfordert war. Vordergründig ging es hier zwar nur um die individuelle Verantwortung Karl Rasches, aber letzten Endes stand die Rolle der Banken im nationalsozialistischen Wirtschaftssystem zur Debatte. Ein Strafverfahren wurde dadurch zum symbolischen Tribunal ausgeweitet. Das Dilemma der Anklage bestand darin, mit einem System abrechnen zu wollen, aber nur eine konkrete Person anklagen zu können. Die Reaktion Rasches und seines Verteidigers darauf war durchaus schlüssig, insofern sie die Person so weit wie möglich aus dem System herauszulösen suchten. Sowohl Anklage wie Verteidigung argumentierten in ihren diametral entgegengesetzten Darstellungen, wenn auch in unterschiedlichem Maße und an unterschiedlichen Punkten, an der historischen Wirklichkeit des Dritten Reiches vorbei: Die Verteidigung, indem sie eine scharfe Abgrenzung zwischen Politik und Wirtschaft vornahm, die die vielfältigen Beziehungen und Interessenkonvergenzen zwischen beiden verleugnete; die Anklage, indem sie eine Verschwörungstheorie präsentierte, die den hohen Grad der Arbeitsteilung zwischen dem NS-Regime und der privaten Wirtschaft übersah, der eine gemeinsame Generalplanung zur Ausbeutung der besetzten Gebiete überflüssig machte. Das komplexe Spannungsverhältnis von partieller Interessengleichheit und partiellen Interessendivergenzen, das die deutschen Unternehmen insgesamt nicht daran hinderte, von der nationalsozialistischen Ausgrenzungs-, Expansions- und schließlich Vernichtungspolitik zu profitieren, war in diesen einfachen Deutungsmustern nicht darstellbar<sup>144</sup>.

Das Mehrheitsvotum des Gerichts war ein Kompromiss zwischen den widerstrebenden Geschichtsdeutungen, indem es Rasche zwar nicht allein wegen persönlicher Handlungen, aber doch nur wegen seiner konkreten Ressortverantwortung zur Rechenschaft zog. Rasche wurde damit zwar immer noch als Repräsentant seines Unternehmens verurteilt, aber sein Verhalten galt nicht (mehr) als repräsentativ für seine Kollegen. Die Strategie der Verteidigung war insofern aufgegangen, als das Urteil eine pauschale Haftung der Großbankenvorstände für ihre „normalen Banktransaktionen“ in einem alles andere als normalen Handlungsumfeld auch im Extremfall der SS-Kredite ablehnte. Das Urteil markierte also implizit eine klare Trennungslinie zwischen Rasche und seinen ehemaligen Vorstandskollegen. Dass auch diese einen Schlussstrich unter die gemeinsame Vergangenheit zogen, war jedoch nicht allein durch den Schuldspruch bedingt. Dieser wirkte eher als Katalysator für strategische und habituelle Differenzen, die auf die Zeit vor dem Prozess zurückgingen, sich während des Verfahrens vertieften und nach der Verurteilung eskalierten. Karl Rasche stand tatsächlich als „Exemplarkandidat“ vor Gericht. Aber das Exempel wurde an einem Bankier statuiert, der in mancher Hinsicht eine Ausnahme gewesen war und es auch blieb.

<sup>144</sup> Ähnliche beiderseitige Vereinfachungen prägten den Flick-Prozess; vgl. Jung, Rechtsprobleme, S. 219–221. Abelshäuser, Rüstungsschmiede, in: Gall (Hrsg.), Krupp im 20. Jahrhundert S. 466, reduziert diese Feststellung allein auf die amerikanische Seite.

Welchen Quellenwert hat der Terminkalender Heinrich Himmlers, der vor kurzem im Moskauer „Sonderarchiv“ entdeckt worden ist? Das von Michael Wildt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung, untersuchte Dokument bietet Aufschluß darüber, welche Schwerpunkte der „Reichsführer SS“ in einer „Phase der weltanschaulichen Formierung“ seiner Organisation 1937 setzte: Wie er das Rasse- und Siedlungshauptamt umstrukturierte und dessen Leiter, Richard Walther Darré, zurückdrängte, wie er sich im sogenannten „Freundeskreis Reichsführer SS“ um verstärkten Kontakt zu Wirtschaftsvertretern bemühte und wie er dennoch auch den Angehörigen der Gestapo und des SD mehr Aufmerksamkeit widmete als bisher angenommen.

Michael Wildt

## Himmlers Terminkalender aus dem Jahr 1937

Im Mittelpunkt des folgenden Aufsatzes stehen die bislang unbekanntenen Tagesterminblätter Heinrich Himmlers für das Jahr 1937. Diese Dokumente befinden sich unter der Signatur 1372-5-218 im „Sonderarchiv“ Moskau, das mittlerweile dem Russischen Staatlichen Militärarchiv angegliedert wurde<sup>1</sup>. Wie bei den Terminblättern für die Jahre 1941/42<sup>2</sup> handelt es sich um DIN-A4-Blätter, die von Himmlers Adjutantur jeweils für einen Tag maschinenschriftlich, offenkundig post festum, angelegt worden sind<sup>3</sup>. Sie tragen am oberen Rand ein Kürzel „R. F.“ für Reichsführer SS, sind mit dem jeweiligen Datum überschrieben und in drei Spalten geteilt, welche die Uhrzeiten, die Teilnehmer und die Angelegenheit der Unterredung angeben. Anders als 1941/42 gibt es auf den Terminblättern für das Jahr 1937 keine handschriftlichen Notizen Himmlers; auch sind Angaben zum Thema der Unterredung nur bei sehr wenigen Terminen vorhanden<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Die Terminblätter wurden von Dr. Sergej Slutsch entdeckt und im Auftrag der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin, unter der Betreuung von Frau Dr. Helga Woggon, kopiert. Der Quellenkorpus ist heute sowohl in der Stiftung Topographie des Terrors als auch im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München (künftig: IfZ-Archiv), Signatur F 37/5, einsehbar. Der Verfasser dankt insbesondere den Kolleginnen und Kollegen des „Sonderarchivs“ Moskau sowie Frau Dr. Camphausen, Berlin, für die freundliche Unterstützung.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42. Im Auftrag der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg bearbeitet, kommentiert und eingeleitet von Peter Witte, Michael Wildt, Martina Voigt, Dieter Pohl, Peter Klein, Christian Gerlach, Christoph Dieckmann und Andrej Angrick, Hamburg 1999, S. 14–17.

<sup>3</sup> So beginnen zahlreiche Terminblätter mit der Notiz, wann Himmler ins Amt gekommen sei.

<sup>4</sup> Daher ist unwahrscheinlich, daß es sich um nachträgliche Abschriften von Himmlers handschriftlichen Notizen handelt. Eher muß man davon ausgehen, daß die Tagebuchblätter 1937 nachträgliche, maschinenschriftliche Fixierungen der Termine Himmlers darstellen, die entweder am Abend des selben Tages oder am nächsten Morgen erstellt worden sind.

Die Tagebuchblätter sind im Original durchlaufend numeriert von Seite 1–315, vom 11. Januar–20. Dezember 1937, allerdings mit zeitlichen Lücken<sup>5</sup>. Eine andere Überlieferung von Terminen Himmlers für das Jahr 1937 existierte bislang nur in Form von monatlichen Kalenderblättern für Juni, Juli und August, deren wenige handschriftliche Eintragungen mit den in Moskau aufgefundenen Terminblättern übereinstimmen<sup>6</sup>. Anhand der Forschungsliteratur und anderer Quellen unterschiedlichster Art sind inhaltliche und chronologische Bezüge der Terminblätter zu verifizieren, so daß sie als echt gelten können. Trotz der genannten Einschränkungen stellen Himmlers Terminblätter zweifellos eine wertvolle historische Quelle dar.

Das Jahr 1937 kann als eine Phase der weltanschaulichen Formierung der SS charakterisiert werden. Die SS hatte von 1929, als Himmler zum Reichsführer SS ernannt worden war, bis Ende 1937 nicht nur ein quantitatives Wachstum von wenigen hundert Mitgliedern auf rund 208.000 Mann bewältigt<sup>7</sup>. Himmler hatte es auch verstanden, die SS aus der organisatorischen Abhängigkeit von der SA zu lösen und schließlich nach dem Mordeinsatz bei den Röhm-Säuberungen im Juni 1934 endgültig zur selbständigen Organisation der NSDAP erheben zu lassen<sup>8</sup>. Darüber hinaus war es ihm zwischen 1933 und 1936 gelungen, das „bayerische Modell“ einer institutionellen Verbindung von Politischer Polizei, SS und Konzentrationslager auch reichsweit durchzusetzen. Himmlers Ernennung zum Chef der Deutschen Polizei im Juni 1936 stellte den Höhepunkt sowohl seiner eigenen politischen Karriere als auch des Machtzuwachses der SS in der Vorkriegszeit dar.

Während sich das NS-Regime ab 1936/37 neben seinem Engagement zugunsten Francos im Spanischen Bürgerkrieg außenpolitisch vor allem darum bemühte, auf der Basis des Antikomintern-Pakts ein Dreiecksbündnis mit Italien und Japan zu schmieden, spitzte es innenpolitisch die ideologische Auseinandersetzung mit den Kirchen zu und forcierte andererseits die Vorbereitungen zum Krieg, was in Hitlers Ankündigung der bevorstehenden Annexion Österreichs sowie der Zerschlagung der Tschechoslowakei vor dem engsten Führungskreis am 5. November 1937 seinen unmißverständlichsten Ausdruck fand. Der Reichs-

<sup>5</sup> Es fehlen die Termine zum 11. 3., vom 24. 3.–15. 4., zum 3. 6. und vom 15.–21. 10. 1937. Da indessen die Originalnumerierung fortläuft, ist davon auszugehen, daß es für diese Zeiten keine Terminblätter gab. Der Quellenkorpus enthält außerdem das Tagungsprogramm des „Freundeskreises Reichsführer SS“ am 8./9. 2., Himmlers Minutenprogramm für den Reichsparteitag, vom 6.–13. 9. 1937, das Minutenprogramm für den Erntedanktag in Bückeburg am 1./2. 10. 1937 sowie Terminblätter für Himmlers Chefadjutanten Wolff für den 7.–9. und 15. 12. 1937.

<sup>6</sup> Kalendernotizen Himmlers, Juni–August 1937, in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BA), NS 19/1437, Bd. 1, Bl. 63–65.

<sup>7</sup> Zur quantitativen Entwicklung der SS vgl. Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffel der NSDAP 1937, in: IfZ-Archiv, Dc 01-06, S. 8 f.

<sup>8</sup> Zur Entwicklung der SS vgl. nach wie vor als verlässlichen Überblick Hans Buchheim, Die SS – Das Herrschaftsinstrument, in: Ders./Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates, München 1994 (Erstausgabe Olten/Freiburg i.Br. 1965), S. 13–212.

parteitag der NSDAP im September war bestimmt von aggressiven Ausfällen Hitlers gegen den „jüdischen Bolschewismus“. Himmler bemühte sich in diesem Kontext, die SS als rassische wie weltanschauliche Ausleseorganisation zu festigen. Sein Terminkalender 1937 bietet Aufschluß darüber, wie er durch Umstrukturierung des Rasse- und Siedlungshauptamtes (RuSHA) und durch Kooperation mit der Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink seine eigenen rassenpolitischen und ideologischen Vorstellungen durchsetzte und damit zugleich den Einfluß von RuSHA-Chef Richard Walther Darré zurückdrängte. In enger Zusammenarbeit mit Karl Wolff kümmerte er sich um den Kontakt zu den Wirtschaftsvertretern im sogenannten „Freundeskreis Reichsführer SS“, um für den Ausbau der SS finanzielle Unterstützung einzuwerben, wobei die Terminblätter erstmals die Zusammensetzung des Wirtschaftskreises vor 1939 dokumentieren. Die zahlreichen, im Terminkalender vermerkten Besprechungen mit Reinhard Heydrich, aber auch mit Werner Best, Siegfried Taubert, Reinhard Höhn und Otto Ohlendorf zeigen, daß Himmler den Angelegenheiten der Gestapo und des SD höhere Aufmerksamkeit widmete, als bislang von der Forschung vermutet wurde. Häufige Kontakte mit und Vortragstermine bei Hitler belegen außerdem, daß Himmler 1937 keinen peripheren Platz in der NS-Führung einnahm, sondern, obgleich im Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen des Regimes des Jahres 1937 kaum zu bemerken, einen hohen Stellenwert besaß. So trat Himmler zwar bei den außenpolitischen Entscheidungen nicht in Erscheinung, seine Polizeikontakte zum faschistischen Italien bildeten aber eine frühe und stabile Verbindung zum künftigen Verbündeten. Der Terminkalender 1937 zeigt Himmler als aktiven SS-Chef, der sich mit dem Erreichten keineswegs zufrieden gab, sondern beharrlich an seiner Ambition festhielt, die SS zum Elitekorps des Nationalsozialismus auszubauen.

### 1. Rassenpolitik

Himmler betrachtete die SS keineswegs als einen reinen Männer-Orden. Ihm schwebte ein anderes Ideal vor: „Darüber hinaus haben wir uns ja als Ziel gesetzt, hier nicht einen Männerbund ins Leben zu rufen, der wie alle Männer- oder Soldatenbünde früher oder später einmal zerfällt, sondern wir haben uns das Ziel gesetzt, hier wirklich einen Orden allmählich wachsen zu lassen. Das Wort Orden wird mir zu oft verwendet. Es ist damit nicht ein Orden, daß wir es Orden heißen. Ich hoffe, daß wir in 10 Jahren ein Orden sind und auch nicht ein Orden nur von Männern, sondern ein Orden von Sippengemeinschaften. Ein Orden, zu dem die Frauen genauso notwendig dazu gehören wie die Männer.“<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Rede Himmlers vor den SS-Gruppenführern in München im Führerheim der SS-Standarte „Deutschland“ am 8.11. 1937, in: BA, NS 19/4004, Bl. 278–351, Zitat Bl. 341 f., teilweise gedruckt in: Heinrich Himmler, Geheimreden 1933 bis 1945, hrsg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson, Berlin 1974, S. 61.

Grundlage für die rassistische Auslese der SS war Himmlers Heiratsbefehl vom 31. Dezember 1931, dem zufolge alle heiratswilligen Angehörigen der SS eine Heiratsgenehmigung einholen mußten, die allein „nach rassischen und erbgesundheitlichen Gesichtspunkten erteilt oder verweigert“ wurde<sup>10</sup>. SS-Angehörige, die trotz verweigerter Genehmigung heirateten, konnten ausgeschlossen werden. Zur Bearbeitung der Heiratgesuche richtete Himmler zugleich ein Rassenamt der SS unter der Leitung von Richard Walther Darré ein, das 1933, nun als Rasse- und Siedlungsamt, von München nach Berlin wechselte, wo Darré seine neue Funktion als Reichsbauernführer und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ausübte<sup>11</sup>. In Himmlers SS-Konzeption hatte das Rasse- und Siedlungsamt große Bedeutung, es war verantwortlich sowohl für die weltanschauliche Schulung der SS, die Auslese der SS und einen „gesunden und artgemäßen Familienaufbau von SS-Angehörigen“ wie auch für die Herstellung einer engen Verbindung der SS mit dem Bauerntum<sup>12</sup>.

Im November 1936 schlossen Himmler und Gertrud Scholtz-Klink eine Vereinbarung, die die künftigen SS-Ehefrauen verpflichtete, sich vor der Heirat einer Prüfung durch eine Lehrkraft des Deutschen Frauenwerkes, Reichsmütterdienst, zu unterziehen<sup>13</sup>. Mit einem Rundschreiben vom 22. April 1937 gab Himmler die

<sup>10</sup> Gudrun Schwarz, Eine Frau an seiner Seite. Ehefrauen in der „SS-Sippengemeinschaft“, Hamburg 1997, S. 24 f.; vgl. auch Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. Göttingen 2003, S. 50–62.

<sup>11</sup> Vgl. Horst Gies, Zur Entstehung des Rasse- und Siedlungsamtes der SS, in: Paul Kluge zum 60. Geburtstag dargebracht von Frankfurter Schülern und Mitarbeitern (Festschrift), Frankfurt a. M. 1968, S. 127–139. Zu Darré siehe die Skizze von Gustavo Corni, Richard Walther Darré – Der ‚Blut- und Boden‘-Ideologe, in: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite (I), 22 biographische Skizzen, Darmstadt 1989, S. 15–27. Zu Darrés weltanschaulichen Vorstellungen vgl. jetzt Frank-Lothar Kroll, Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich, Paderborn 1998, S. 157–205. Die Bekanntschaft zwischen Himmler und Darré rührte aus den späten 1920er Jahren her, als Himmler vorübergehend Leiter des zahlenmäßig jedoch geringfügigen Gaus Bayern des völkischen „Artamanen“-Bundes war und Darré dem befreundeten „Bundschuh“ angehörte; vgl. Michael H. Kater, Die Artamanen – Völkische Jugend in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 213 (1971), S. 577–638, hier S. 624–628. 1930 wurde Darré, bekannt durch seine Bücher „Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“ (1929) und „Neuadel aus Blut und Boden“, Hitler vorgestellt und von diesem beauftragt, den agrarpolitischen Apparat der NSDAP neu aufzubauen; vgl. Horst Gies, NSDAP und landwirtschaftliche Organisation in der Endphase der Weimarer Republik, in: VfZ 15 (1967), S. 341–376, hier vor allem S. 341–351.

<sup>12</sup> Robert Lewis Koehl, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison/Wisconsin 1983, S. 116; jetzt vor allem Heinemann, Rasse.

<sup>13</sup> Im selben Jahr noch wurde auf Schwanenwerder bei Berlin die erste von mehreren sogenannten Bräuteschulen eröffnet, in denen die künftigen Ehefrauen von SS-, SA- und Wehrmachtangehörigen in den Pflichten, die sie im nationalsozialistischen Sinn zu erfüllen hatten, unterwiesen wurden; vgl. Schwarz, Frau, S. 35 f.; Gertrud Scholtz-Klink, Die Frau im Dritten Reich, Tübingen 1978, S. 166 f., ein in weiten Teilen allerdings apologetisches Buch. Zu Scholtz-Klink vgl. Andrea Bölken, Führerinnen im „Führerstaat“. Gertrud Scholtz-Klink, Trude Mohr, Jutta Rüdiger und Inge Viermetz, Pfaffenweiler 1995, S. 27–62; Michael H. Kater, Frauen in der NS-Bewegung, in: VfZ 31 (1983), S. 202–241, hier S. 217–224. Scholtz-Klink, die sich 1938

Einzelheiten zur Zusammenarbeit der SS-Einheiten mit dem Deutschen Frauenwerk bekannt, die neben der „Mütherschulung“ auch gemeinsame Festveranstaltungen umfaßte, in denen „der Gedanke von Sippe und Familie als Grundlage von Volkskraft und Wehrhaftigkeit“ betont werden sollte<sup>14</sup>. Im Terminkalender für das Jahr 1937 erscheint der Name von Gertrud Scholtz-Klink häufig, was belegt, daß Himmler auch weiterhin um Kontakt mit der Reichsfrauenführerin bemüht war. Termine mit Scholtz-Klink gab es am 27. Februar und 3. März, am 4. Juni zusammen mit Karl Wolff, am 5. September in Nürnberg während des Reichsparteitages, wiederum zusammen mit Wolff und dieses Mal auch mit dem Führer der NS-Volkswohlfahrt Erich Hilgenfeldt. Weitere Besprechungen sind für den 30. September und 25. Oktober vermerkt, und schließlich besuchte Himmler am 20. Dezember 1937 die Weihnachtsfeier bei Gertrud Scholtz-Klink. Wahrscheinlich, das lassen die zahlreichen Termine vermuten, war Himmler damit auch in die Auseinandersetzung zwischen Gertrud Scholtz-Klink und dem DAF-Leiter Robert Ley im Jahr 1937 involviert, der ihr gefährliche Emanzipationsbestrebungen unterstellte, um die Kompetenzen der Reichsfrauenführerin zu beschneiden. Mit Unterstützung von Martin Bormann, Rudolf Heß, Hilgenfeldt und – vermutlich – Himmler konnte Gertrud Scholtz-Klink die Angriffe Leys erfolgreich abwehren<sup>15</sup>.

Wichtigen Raum in Himmlers Terminkalender nahm das SS-Rasse- und Siedlungshauptamt ein, das Himmler 1937/38 dem Einfluß Darrés entwand und seiner eigenen Kontrolle unterstellte. Darré hatte weder als Reichsbauernführer noch als Amtschef eine glückliche Hand bewiesen. Dem ordnungspolitischen Konflikt zwischen ständischer oder staatlicher Marktregelung, zugespitzt durch den Vierjahresplan, war Darré offenkundig ebenso wenig gewachsen wie der Aufgabe, die deutsche Landwirtschaftsproduktion entscheidend zu steigern. Auch intern konnte er den anhaltenden Intrigen und Kompetenzstreitigkeiten im Reichsnährstand nicht Herr werden, sondern ließ sich selbst auf riskante Machtspiele ein<sup>16</sup>. Darrés Rede auf dem Reichsbauerntag 1936 in Goslar geriet in

---

von ihrem Mann Dr. Scholtz scheiden ließ, heiratete im Dezember 1940 den SS-Obergruppenführer und von 1935 bis 1940 Chef des SS-Hauptamtes August Heißmeyer; vgl. Kater, Frauen, S. 224.

<sup>14</sup> Runderlaß Himmlers, 22. 4. 1937, in: BA, NS 31/306, Bl. 1 f.

<sup>15</sup> Briefwechsel zwischen Ley und Heß/Bormann im August, September, Oktober 1937, sowie Scholtz-Klink an Hitler, Ley, Heß vom 3. 11. 1937, in: BA, NS 22/923; vgl. Böltken, Führerinnen, S. 52 f.; Kater, Frauen, S. 227.

<sup>16</sup> Vgl. dazu ausführlich Gustavo Corni/Horst Gies, Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997, S. 169–201. Himmler selbst war offenbar in die Händel verwickelt. In seinem Terminkalender erscheint der Name Wilhelm Meinberg, der als zweiter Mann im Reichsnährstand Anfang 1937 versuchte, Darré zu entmachten, mehrmals. Da ein Ausgleich zwischen den Kontrahenten nicht möglich war, entschied sich Göring nach Rücksprache mit Hitler und Himmler, Darré nicht öffentlich fallenzulassen, sondern legte statt dessen Meinberg am 19. April den Rücktritt von seinen Funktionen im Reichsnährstand nahe, was dieser am selben Tag noch tat. Kurze Zeit darauf entthob Himmler Meinberg auch von dessen ehrenamtlichem Posten als Chef des Zentralamtes des RuSHA; vgl. ebenda, S. 183–197.

Anwesenheit Görings zu einem blamablen Auftritt, der die NS-Führung einschließlich Hitler immer mehr an der Eignung Darrés zweifeln ließ<sup>17</sup>. Während einer Unterredung am 12. Mai 1937 sprach Hider Himmler auf die Heiratsgenehmigungen an, er habe den Eindruck, so Hitler, daß diese Dinge im Rasse- und Siedlungshauptamt furchtbar lange lägen, und, so Himmler in seinem Brief an Darré, „halb scherzend, halb ernst“ hinzugefügt, ob die Einführung der Heiratsgenehmigungen nicht geradezu ein Hinderungsgrund für das Heiraten sei<sup>18</sup>. Nach diesem Gespräch erkundigte sich Himmler beim Sippenamt und erfuhr, daß dort noch über 20.000 Gesuche unerledigt lagen<sup>19</sup>.

Hitlers Kritik führte zur sofortigen Ablösung des bisherigen Chefs des Sippenamtes, des SS-Oberführers Bernd Freiherr v. Kanne. Nachfolger wurde Dr. med. Arthur Gütt, mit dem Himmler laut Terminkalender schon am 17. Februar und am 11. Mai Besprechungstermine gehabt hatte<sup>20</sup>. Ebenso mußte zum Jahresende der Leiter für weltanschauliche Schulung im RuSHA, SS-Sturmbannführer Joachim Caesar, gehen, der seine Funktion erst im Februar 1937 übernommen hatte, diese aber nicht im Sinne Himmlers erfüllte<sup>21</sup>. Es war offenbar diese Ent-

<sup>17</sup> Vgl. ebenda, S. 184 f. u. S. 194.

<sup>18</sup> Himmler an Darré, 18. 5. 1937, in: BA, NS 2/41, Bl. 55 f. Im Brief heißt es: „Als ich kürzlich den Führer besuchte, sprach dieser mich auf die Heiratsgenehmigungen an.“ Der letzte, vor dem Briefdatum liegende Besprechungstermin Himmlers mit Hitler war laut Terminkalender der 12. Mai.

<sup>19</sup> Himmler an Darré, 18. 5. 1937, in: Ebenda. Eine Maßnahme, um die Antragsflut zu bewältigen, bestand darin, zum 1. 1. 1938 bei allen Fußstandarten der Allg. SS, der SS VT [SS-Verfügungstruppe] und TV [SS-Totenkopfverbände] sog. „SS-Pflegestellen“ einzurichten, die dem RuSHA unterstanden und die Gesuche in erster Instanz bearbeiten sollten (Bericht über die Besprechung im Sippenamt am 14. 7. 1937, in: BA NS 2/118, Bl. 130–133; Himmlers Befehl zur Einrichtung von SS-Pflegestellen bei jeder Fußstandarte der Allgemeinen SS, 13. 8. 1937, in: BA, NS 19/3902, Bl. 176). Himmler selbst gab am 13. 11. 1937 Anweisungen für Standardisierungsregeln in der Bearbeitung von Heiratsgesuchen (Erlaß Himmlers, 13. 11. 1937, in: BA, NS 2/51, Bl. 3). Trotz dieser Maßnahmen beklagte sich Gütt im April 1938, daß weiterhin Hunderte von Bewerbern zu Ostern vergeblich auf ihre Verlobungs- bzw. Heiratsgenehmigung warten würden (Gütt an Himmler, 12. 4. 1938, in: BA, NS 2/231, Bl. 135–138).

<sup>20</sup> Arthur Gütt, Jahrgang 1891, seit 1923 NSDAP-Mitglied, Verfechter einer rassistischen Erbgesundheitspolitik, leitete nach der Machtübernahme 1933 die Abteilung Volksgesundheit im Reichsinnenministerium. Zusammen mit Ernst Rüdin und Falk Ruttko verfaßte er den offiziellen Kommentar zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. 7. 1933 und schrieb weitere Bücher zur Rassenhygiene. Im Juli 1935 wurde Gütt Leiter des Amtes für Bevölkerungspolitik und Erbgesundheitspflege im Stab Reichsführer SS und ersetzte zum 1. 7. 1937 den bisherigen Chef des Sippenamtes v. Kanne, der bereits im Mai von seinem Amt entbunden worden war; vgl. Einführung zum Findbuch NS 2 Rasse- und Siedlungshauptamt-SS, Koblenz 1964, S. XIII; Entwurf Tgb.Nr. St. K. 61/37 Eb./Th., an Pers.Stab RFSS, o.D., von Ebrecht am 26. 5. abgezeichnet, in: BA, NS 2/53, Bl. 31 f.; Heinemann, Rasse, S. 80, Anm. 92; zur Auseinandersetzung Güts mit dem Reichsärztführer Wagner um die Praxis der „Erbgesundheitspflege“, in die sich Himmler vermittelnd einschaltete, siehe den Vorgang in: BA, NS 19/3434.

<sup>21</sup> Aktenvermerk Georg Ebrechts, Stabsführer des RuSHA, vom 27. 1. 1938 über eine Rücksprache bei Himmler am 26. 1. 1938, in: BA, NS 2/40, Bl. 78–80. In der Folgezeit wurde das Schulungsamt zum 1. 7. 1938 ganz aus dem RuSHA herausgelöst und dem SS-Hauptamt unterstellt; Befehl Himmlers vom 1. 8. 1938, in: BA, NS 31/335; Heinemann, Rasse, S. 99 f.

lassung, die den Bruch mit Darré provozierte. In einem Brief an Himmler vom 8. Februar 1938 beklagte sich Darré, daß er einst wegen seiner Ideen „von Blut und Boden, Zucht und Rasse“ zum Chef des Rasse- und Siedlungsamtes berufen worden sei, heute seine Vorstellungen aber nichts mehr gälten<sup>22</sup>. Mit Wirkung vom 26. April 1938 wurde Darré als Chef des RuSHA beurlaubt<sup>23</sup>. Die Distanz war schon zuvor evident geworden. Nachdem Himmler mit Darré laut Terminkalender im ersten Vierteljahr 1937 noch sechs Gesprächstermine hatte<sup>24</sup>, lassen sich für das ganze restliche Jahr nur noch zwei Termine, am 17. April und 7. November, finden.

1937 ging Himmler außerdem daran, den „Lebensborn e. V.“ fest in die SS-Organisation zu integrieren, zumal offenbar geworden war, daß das bisherige Personal mit dem raschen Wachstum – im Juni 1937 wurden die Heime in Wernigerode im Harz und in Klosterheide in der Mark eröffnet – überfordert war. Anfang Mai beauftragte er den Verwaltungschef der SS, SS-Gruppenführer Oswald Pohl, die Verwaltungs- und Finanzführung des Vereins zu überprüfen<sup>25</sup>. Mit Stabsbefehl Darrés vom 8. Juni 1937 wurde der „Lebensborn e. V.“ als selbständige Hauptabteilung IV dem Sippenamt angegliedert, weil, wie Pohl an Darré schrieb, „nach dem Willen des Reichsführers der Verein weltanschaulich durch das Rasse- und Siedlungshauptamt betreut und beaufsichtigt werden soll“<sup>26</sup>. Dennoch blieb auch diese Lösung nur eine vorläufige. Pohls Überprüfung der Finanzführung des Vereins führte im Sommer 1937 zur Entlassung des Verwaltungsführers des Vereins<sup>27</sup>. Mit Wirkung vom 1. Januar 1938 wurde schließlich der Lebensborn e. V. aus dem RuSHA herausgelöst und dem Persönlichen Stab RFSS angegliedert, zum 1. März 1938 wechselte der Vereinssitz von Berlin nach München<sup>28</sup>. Pohls wichtige Rolle bei der Umstrukturierung der SS-Organisation drückt sich in den häufigen Unterredungen aus, die er mit Himmler 1937 hatte; sie etablierten ein Arbeits- und Vertrauensverhältnis, das den bisherigen „Sonderbeauftragten“ Himmlers für Wirtschaft und Finanzen, Bruno Galke, nach und nach in den Hintergrund drängte<sup>29</sup>.

<sup>22</sup> Darré an Himmler, 8. 2. 1938, Nbg. Dok. NG-197.

<sup>23</sup> Aktenvermerk Stabsführer RuSHA, 28. 4. 1938, in: BA, NS 2/40, Bl. 21. Formell schied Darré am 12. 9. 1938 aus dem RuSHA aus. Nachfolger wurde der bisherige Stabsführer des SS-Oberabschnitts Nordwest Günther Pancke; vgl. dazu Heinemann, Rasse, S. 112–116.

<sup>24</sup> Laut Terminkalender traf sich Himmler mit Darré am 18. 1., 19. 1., 23. 1., 13. 2., 22. 2. und 3. 3. 1937.

<sup>25</sup> Wolff an Pohl, 8. 5. 1937, in: BA, NS 2/40, unpag.; zum Lebensborn e. V. insgesamt vgl. Georg Lilienthal, Der „Lebensborn e. V.“ Ein Instrument nationalsozialistischer Rassenpolitik, Frankfurt a. M. 1993.

<sup>26</sup> Pohl an Darré, 30. 6. 1937, in: BA, NS 2/276, unpag.

<sup>27</sup> Vgl. den Vorgang in: BA, NS 3/431.

<sup>28</sup> Vgl. Lilienthal, Lebensborn, S. 54 f.

<sup>29</sup> Laut Terminkalender hatte Pohl am 20. 1., 3. 2., 17. 3., 23. 4., 10. 5., 1. 9., 13. 9., 15. 9., 6. 10. und 13. 10. 1937 Besprechungen mit Himmler. Zur wachsenden Rolle Pohls in den Jahren 1936/37 vgl. jetzt vor allem die Untersuchung von Jan Erik Schulte, Zwangsarbeit und Vernichtung. Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt 1933–1945, Paderborn u. a. 2001. Zu Galke siehe ebenda, S. 95–98.

## II. „Freundeskreis Reichsführer SS“

Mit Befehl vom 9. November 1936 hatte Himmler die Befehlsverhältnisse der SS neu gegliedert<sup>30</sup>. Damit bestand der Führungsapparat des Reichsführer SS aus dem SS-Hauptamt, dem Rasse- und Siedlungshauptamt, dem Sicherheits- oder SD-Hauptamt sowie dem Persönlichen Stab Reichsführer SS unter Führung von Karl Wolff<sup>31</sup>. Der Annoncenkaufmann und ehemalige Leutnant Karl Wolff (1900–1984) war im Oktober 1931 in die NSDAP und die SS eingetreten. Er war Himmler in München aufgefallen, und als dieser dort 1933 neuer Polizeipräsident wurde, holte er Wolff als Adjutant zu sich. Von da an genoß Wolff die Gunst Himmlers und stieg innerhalb kürzester Zeit erst zum Chefadjutanten, dann zum Chef des persönlichen Stabes auf, im August 1939 wurde er der persönliche Verbindungsführer Himmlers zu Hitler<sup>32</sup>. Wolffs Aufgabenbereich wurde von Himmler im April 1937 umfassend dadurch definiert, daß der Persönliche Stab für all diejenigen Angelegenheiten zuständig sei, die nicht von den drei Hauptämtern bearbeitet würden<sup>33</sup>.

So nimmt es nicht wunder, daß der Name Wolff 1937 häufig in Himmlers Terminkalender auftaucht. Besonders hinsichtlich des „Freundeskreises des Reichsführer SS“ spielte Karl Wolff offenbar eine wichtige Rolle. Diese Einrichtung war aus dem 1931 ins Leben gerufenen Kreis um den Industriellen Wilhelm Keppler hervorgegangen, der Hitler wirtschaftspolitisch beraten und sich für dessen Berufung zum Reichskanzler eingesetzt hatte. Kepplers Neffe und enger Mitarbeiter

<sup>30</sup> Befehl Himmlers „Die Neuordnung der Befehlsverhältnisse der Gesamt-SS“ vom 9. 11. 1936, in: BA, NS 19/3901, Bl. 30 f; sowie Befehl Himmlers über die Bildung des persönlichen Stabes Reichsführer SS vom 9. 11. 1936, in: Ebenda, Bl. 31. Von nun an unterstanden die SS-Oberabschnittsführer nicht wie bisher nur dem Reichsführer SS und dem SS-Hauptamt, sondern jedem der drei Hauptämter (SS-Hauptamt, Rasse- und Siedlungshauptamt, Sicherheitshauptamt oder SD-Hauptamt) im Rahmen der jeweiligen Dienstbereiche. Die Oberabschnittsführer wiederum hatten innerhalb ihres Gebietes über die drei jeweiligen SS-Führer die Befehlsgewalt.

<sup>31</sup> Der Chef der Ordnungspolizei, SS-Obergruppenführer Kurt Daluge, erhielt zusätzlich den Rang eines Hauptamtschefs der SS (Befehl Himmlers vom 9. 11. 1936, in: BA, NS 19/3901, Bl. 30).

<sup>32</sup> Im September 1943 wurde Wolff zum Höchsten SS- und Polizeiführer in Italien und zugleich als General der Waffen-SS zum Bevollmächtigten General der Deutschen Wehrmacht in Italien ernannt. Wolff begann 1945 geheime Kontakte zu den Westalliierten zu knüpfen, die in die vorzeitige Kapitulation der deutschen Truppen in Italien am 2. 5. 1945 mündeten. Im Nürnberger Prozeß sagte Wolff als Zeuge aus und lebte bis in die sechziger Jahre hinein als erfolgreicher Werbeagent in Köln mit Villa am Starnberger See. 1962 wurde er verhaftet und wegen Beihilfe zum Mord an den europäischen Juden angeklagt. Das Münchner Landgericht verurteilte ihn 1964 zu 15 Jahren Haft; allerdings wurde er vier Jahre später aus gesundheitlichen Gründen entlassen und starb 1984. Urteil Landgericht München II vom 30. 9. 1964, abgedruckt in: Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, Bd. 20, Amsterdam 1979, S. 380–499; zu Wolff vgl. Jochen von Lang, Der Adjutant. Karl Wolff: Der Mann zwischen Hitler und Himmler, München/Berlin 1985.

<sup>33</sup> Weisung Himmlers vom 3. 4. 1937, nach Elisabeth Kinder, Der Persönliche Stab Reichsführer SS. Geschichte, Aufgaben und Überlieferung, in: Heinz Boberach/Hans Booms (Hrsg.), Aus der Arbeit des Bundesarchivs. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und Zeitgeschichte, Boppard am Rhein 1977, S. 379–397, hier S. 383 f.

Fritz Kranefuß hatte die Kontakte zur SS intensiviert<sup>34</sup>. Das Treffen des „Freundeskreises Reichsführer SS“ im Februar 1937 wurde von Himmler, Wolff und Kranefuß sorgfältig vorbereitet. Otto Steinbrinck, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, Aufsichtsratsmitglied der Mitteldeutschen Stahlwerke AG und SS-Oberführer, Dr. Wilhelm Voss, Vorstandsmitglied der Reichswerke Hermann Göring, gleichfalls SS-Oberführer, und Kranefuß, SS-Obersturmbannführer, trafen am 13. Januar mit Himmler zusammen<sup>35</sup>. Am 19. und 28. Januar folgten Besprechungen mit Wolff, Kranefuß, Konsul Willy Sachs<sup>36</sup> und Direktor Kaiser, am 7. Februar noch einmal ein Vorbereitungstreffen u.a. mit Kranefuß und dem Leiter der Pressestelle des Pers. Stabes RFSS, Grau.

Am 8. und 9. Februar fand dann die Sitzung des „Freundeskreises“ statt, deren Teilnehmerliste mit insgesamt 38 Namen das nunmehr früheste Dokument der Mitglieder des „Freundeskreises“ darstellt<sup>37</sup>. Neben den SS-Funktionären Gunter d'Alquen, Hauptschriftleiter des „Schwarzen Korps“, dem Reichsarzt-SS Dr. Ernst-Robert Grawitz, dem Chef des SS-Sanitätsamtes Dr. Friedrich-Karl Dermietzel und dem SS-Verwaltungschef Oswald Pohl nahmen aus Industrie, Versicherungen und Banken an dem Treffen teil: Dr. Rudolf Bingel (Generaldirektor der Siemens-Schuckert AG), Dr. Friedrich Flick (u. a. Aufsichtsratsvorsitzender der Mitteldeutschen Stahlwerke), Dr. Karl Ferdinand Ritter von Halt (Direktor der Deutschen Bank), Dr. Franz Hayler (Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel), Dr. Emil Helfferich (Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburg-Amerika-Linie), Otto Heuer (Vorstandsvorsitzender der Portland-Cementwerke), Bergassessor Kellermann (Gutehoffnungshütte), Wilhelm Keppler (Aufsichtsratsvorsitzender der Braunkohle-Benzin AG), Karl Lindemann (Aufsichtsratsvorsitzender des Norddeutschen Lloyd), Prof. Dr. Emil Meyer und Dr. Karl Rasche (beide Direktoren der

<sup>34</sup> Kranefuß, wie Himmler Jahrgang 1900, trat 1932 der NSDAP, ein Jahr später der SS bei und wurde 1934 kaufmännischer Direktor der Braunkohle-Benzin AG. Da er 1926 für kurze Zeit im jüdischen Bankhaus Ephraim Meyer in Hannover gearbeitet hatte, stellte Heß im Herbst 1933 den Antrag auf Parteiausschluss. Himmler indessen verwandte sich für Kranefuß bei Hitler und erreichte, daß das Parteiverfahren niedergeschlagen wurde; vgl. Reinhard Vogelsang, Der Freundeskreis Himmler, Göttingen 1972, S. 22–44. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß Himmler seinerseits an einer Besprechung von Keppler, Hjalmar Schacht und Franz v. Papien am 11. 12. 1932 teilnahm und ebenfalls zu Hitlers Entourage gehörte, als dieser am 4. 1. 1933 mit Keppler, v. Papien und dem Bankier Kurt v. Schröder, ebenfalls Mitglied im Keppelerkreis, zusammentraf, um den Sturz Schleichers vorzubereiten; vgl. ebenda, S. 42; Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie, Villingen 1955, S. 692–694; Ian Kershaw, Hitler, Bd. 1: 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 512–514.

<sup>35</sup> Kurzbiographien von Steinbrinck, Voss und Kranefuß finden sich bei Vogelsang, Freundeskreis, S. 164 u. S. 167 f.

<sup>36</sup> Sachs unterstützte unter anderem die Tätigkeit von Prof. Dr. med. Karl Astel, Direktor der Universitätsanstalt für menschliche Erbforschung und Rassenpolitik an der Universität Jena und zugleich SS-Sturmbannführer, mit einer Spende von 15.000 RM (siehe den Vorgang in: BA, NS 19/1838).

<sup>37</sup> Bislang mußte sich die Forschung auf die Adressenliste der Mitglieder des Freundeskreises vom 30. 11. 1939 stützen (Nbg. Dok. NI-9971, dokumentiert in: Vogelsang, Freundeskreis, S. 139–141).

Dresdner Bank), Friedrich Reinhart (Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank), Hellmuth Roehnert (Vorstandsmitglied der Reichswerke Hermann Göring), August Rosterg (Generaldirektor der Wintershall AG), Rechtsanwalt Dr. Heinrich Schmidt (Aufsichtsratsvorsitzender diverser Unternehmen), Reichsminister a. D. Dr. Hermann Schmitt (Vorstandsvorsitzender der Allianz-Versicherung), Kurt Freiherr von Schröder (Bankhaus Stein), Otto Steinbrinck (Mitteldeutsche Stahlwerke), Landrat Tengelmann (Bergbaugesellschaft Hibernia), Wilhelm Voss (Vorstandsmitglied Deutsche Revision und Treuhand), Hans Walz (Generaldirektor der Bosch AG). Von staatlicher Seite waren dabei: aus der Vierjahresplanbehörde Staatssekretär Paul Körner samt Adjutant Drape und Mitarbeiter Marotzke sowie Ministerialpräsident Bernhard Köhler (Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung) und Wilhelm Keppler (persönlicher Berater Görings in der Vierjahresplanbehörde), außerdem der Regierungspräsident von Potsdam Gottfried Graf von Bismarck-Schönhausen, der Regierende Bürgermeister von Hamburg Carl Vincent Krogmann, der Präsident der Industrie- und Handelskammer Hannover Ewald Hecker, Staatssekretär Wilhelm Kleinmann und Hermann Waldhecker von der Deutschen Reichsbahn, Prof. Dr. Waldmann von der Heeres-Sanitäts-Inspektion sowie Prof. Dr. Brünings von der Universitätsklinik München. Abgesagt hatten Herbert Göring und der Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen Fritz Todt<sup>98</sup>.

Vergleicht man diese Teilnehmerliste mit der Adressenliste vom November 1939, so ist damit die Mitgliedschaft im „Freundeskreis“ für Bingel, Flick, v. Halt, Hayler, Helfferich, Heuer, Keppler, Lindemann, Meyer, Rasche, Reinhart, Roehnert, Rosterg, Schmitt, v. Schröder, Steinbrinck, Voss und Walz von seiten der Wirtschaft, von staatlicher Seite für Keppler, Bismarck, Krogmann, Hecker, Kleinmann, Waldhecker, Herbert Göring, von seiten der SS für Dermietzel, Pohl sowie für Schmidt auch für Anfang 1937 dokumentarisch gesichert. Bergassessor Kellermann, der in den Recherchen von Reinhard Vogelsang nicht erscheint, war womöglich an die Stelle des früher zum Wirtschaftskreis gehörenden Stahlindustriellen Dr. Albert Vögler getreten. Auch für Landrat Tengelmann, der in der Forschungsliteratur zum „Freundeskreis“ bisher nicht erwähnt ist, ist die Teilnahme nur dieses eine Mal belegt. Unbekannt war darüber hinaus die Teilnahme von Gunter d'Alquen und Crawitz, die in den späteren Dokumenten zum „Freundeskreis“ nicht mehr auftauchen. Das gilt ebenso für Prof. Brünings von der Universitätsklinik München. Daß Staatssekretär Körner von der Vierjahresplanbehörde samt Drape, Marotzke und Köhler an dem Treffen im Februar 1937 teilnahm, zeigt die starke Stellung, die die Vierjahresplanbehörde im Horizont Himmels zu diesem Zeitpunkt besaß. Alle vier werden in den späteren Listen zum „Freundeskreis“ nicht mehr erwähnt. Das gilt auch für Todt, der zwar nicht teilnahm, aber eingeladen war, und Waldmann von der Heeres-Sanitätsinspektion. Die große Zahl von Medizinern bei diesem Treffen läßt vermuten, daß unabhängig vom offiziellen Programm auch Sanitätsangelegenheiten besprochen wurden.

<sup>98</sup> Kurzbiographien der meisten Teilnehmer finden sich bei Vogelsang, *Freundeskreis*, S. 160–168.

Himmler eröffnete die zweitägige Veranstaltung mit einem Vortrag über Polizei und Polizeiführung<sup>39</sup>. Heydrich referierte anschließend über die Tätigkeit der Sicherheitspolizei und des SD. Dann folgten Vorträge des Judenreferenten des Geheimen Staatspolizeiamtes, SS-Untersturmführer und Regierungsrat Karl Haselbacher, zum „Judentum“<sup>40</sup> und des verantwortlichen Gestapa-Referenten Reinhold Heller über das Thema „Kommunismus“<sup>41</sup>. Am Nachmittag besichtigte man die Leibstandarte SS „Adolf Hitler“, und am folgenden Tag hörte man Referate von Josef Meisinger über die „Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung als politische Aufgabe“ und von Hermann Behrends über „Freimaurerei“; außerdem besuchte man das Freimaurer-Museum in der Emser Straße und das Polizeinstitut Charlottenburg<sup>42</sup>.

In den folgenden Monaten sind etliche weitere Unterredungen mit Fritz Kranfuß, zumeist gemeinsam mit Wolff, in Himmlers Terminkalender dokumentiert<sup>43</sup>, so daß Wolffs Aussage von 1946, Himmler sei ja kein Kaufmann gewesen, er, Wolff, habe die „bankmäßigen Sachen“ für ihn erledigt, durchaus Plausibilität besitzt<sup>44</sup>. Die Spenden der Industriellen, die aus ihren Verbindungen zum Reichsführer SS Nutzen bei der „Arisierung“ von Betrieben zogen, waren erklecklich: sie flossen auf die Sonderkonten „R“ bei der Dresdner Bank in Berlin und „S“ beim Bankhaus Stein, das Kurt von Schröder gehörte. Insgesamt hat der „Freundeskreis Reichsführer SS“ von 1936 bis 1944 rund 8 Millionen RM zur Verfügung gestellt, 1937 betrug das Spendenaufkommen 700.000 RM, wobei sich Steinbrinck und Schröder in ihrem Spendenaufruf ausdrücklich auf die Aufgaben

<sup>39</sup> Zum Programm des Treffens siehe auch Vogelsang, Freundeskreis, S. 90. 1936 hatten die Mitglieder des „Freundeskreises“ das KZ Dachau und das Grab Heinrich I. im Quedlinburger Dom besichtigt, 1939 das KZ Sachsenhausen (ebenda, S. 88 f.). Die Zahl der Treffen des „Freundeskreises“ nahm von 1937 an zu und verstetigte sich schließlich zu monatlichen Treffen, an denen Himmler aber ab 1939/40 kaum noch persönlich teilnahm.

<sup>40</sup> Vgl. Klaus Drobisch, Die Judenreferate des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Sicherheitsdienstes der SS 1933 bis 1939, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1992), S. 230–254; Michael Wildt (Hrsg.), Die Judenpolitik des SD 1935–1938. Eine Dokumentation, München 1995, S. 13 f.

<sup>41</sup> Geschäftsverteilungsplan des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 1. 10. 1935, in: BA, R 58/840, Bl. 60–74; zu Heller siehe die Kurzbiographie bei Christoph Graf, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983, S. 352 f.

<sup>42</sup> Josef Meisinger war Leiter eines Sonderdezernats im Geheimen Staatspolizeiamt zur Verfolgung von Homosexualität und Abtreibung; vgl. Burkhard Jellonek, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990, S. 110–115. Behrends war im Februar 1937 noch Leiter der Zentralabteilung Weltanschauliche Auswertung im SD-Hauptamt, bevor er im Frühjahr als stellvertretender Leiter in die Volksdeutsche Mittelstelle wechselte; vgl. Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971, S. 161 f.

<sup>43</sup> Am 23. 4., 4. 6., 25. 7., 27. 7., 9. 8., 11. 8., 18. 8. (diese Termine dienten vornehmlich zur Vorbereitung des Nürnberger Parteitages) und 14. 9. 1937.

<sup>44</sup> Zit. nach Lang, Adjutant, S. 55. Damit relativiert sich auch das Urteil Vogelsangs, der Wolffs Bedeutung für den „Freundeskreis Reichsführer SS“ eher minderte; vgl. Vogelsang, Freundeskreis, S. 68.

bezogen, die „insbesondere bei der Tagung im Februar deutlich vor Augen geführt“ worden seien<sup>45</sup>. Aus diesen Mitteln bezuschulte Himmler Institutionen wie den „Lebensborn e. V.“ oder das „Ahnenerbe“, aber auch Einzelpersonen wie den Tibetforscher Dr. Ernst Schäfer und nicht zuletzt etliche SS-Führer persönlich, darunter auch Karl Wolff<sup>46</sup>. Als dieser beim Bau seiner stattlichen Villa in Rottach-Egern am Tegernsee 1936/37 in finanzielle Schwierigkeiten geriet, ließ Himmler ihn nicht im Stich. Er verteidigte Wolff gegen die Anschuldigungen des Obersten Parteigerichts, und als Wolff in einem Vergleich dazu verurteilt wurde, die geringfügige Summe von 21.500 RM nachzuzahlen, schoß Himmler vom Spendenkonto 20.000 RM zu<sup>47</sup>.

### III. Polizei und Konzentrationslager

Der Terminkalender von 1937 gibt auch zu erkennen, daß Himmler Gestapo und SD mitnichten Heydrich überließ. Himmler traf sich zwar häufig mit ihm, er besprach sich aber auch mit Heydrichs Stellvertreter im Geheimen Staatspolizeiamt Werner Best, dem SD-Stabsführer Siegfried Taubert sowie Reinhard Höhn, der den Bereich „Lebensgebietsmäßige Auswertung“ des SD-Hauptamtes aufbaute, und dessen Nachfolger Otto Ohlendorf. Himmler nahm an der Tagung der Stapostellenleiter am 17. März in Berlin teil und sprach am 15. Juni auf einer gemeinsamen Tagung von Stapostellenleitern und SD-Führern im SD-Hauptamt. Vor den SS-Gruppenführern kündigte er im Februar 1937 unzweideutig an, daß seit seiner Ernennung zum Chef der deutschen Polizei die Möglichkeit bestehe, die „Polizei mit einem weltanschaulichen Inhalt zu erfüllen und zum ersten Mal zu einem Instrument einer Weltanschauung zu machen“<sup>48</sup>. Hitler selbst nahm den Tag der Deutschen Polizei am 16. Januar 1937 zum Anlaß, um – womöglich auf Initiative von Himmler, der laut Terminkalender an diesem Tag bei ihm Vortrag hielt – die

<sup>45</sup> Nbg. Dok. NI-9981, vgl. Vogelsang, Freundeskreis, S. 114 f. u. S. 122.

<sup>46</sup> Vgl. ebenda, S. 117–127; Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt a. M. 2001, S. 47.

<sup>47</sup> Vgl. Lang, Adjutant, S. 56–58 sowie den Vorgang in: BA, NS 19/3456. Das Thema Verschuldung von SS-Führern, das Himmler schon in seiner Rede vom 18. 2. 1937 umgetrieben hatte, führte zum Befehl vom 3. 5. 1937, in dem Himmler allen SS-Angehörigen verbot, Schuldenverpflichtungen einzugehen, die nicht innerhalb von drei Monaten zurückgezahlt werden könnten (BA, NS 19/3902, Bl. 162), was die alltägliche Praxis allerdings ebenso wenig veränderte wie Himmlers Bereitschaft, auch später aus dem „Sonderkonto R“ SS-Führer zu entschulden (vgl. die Vorgänge in: BA, NS 19/3532).

<sup>48</sup> Rede Himmlers vor den SS-Gruppenführern in Tölz am 18. 2. 1937, in: BA, NS 19/4004, Bl. 85–188, Zitat Bl. 87. In einem grundsätzlichen, 1937 erschienenen Aufsatz über „Aufgaben und Aufbau der Polizei des Dritten Reiches“ führte Himmler dementsprechend aus: „Die Polizei hat das deutsche Volk als organisches Gesamtwesen, seine Lebenskraft und seine Einrichtungen gegen Zerstörungen und Zersetzung zu sichern. Die Befugnisse einer Polizei, der diese Aufgaben gestellt sind, können nicht einschränkend ausgelegt werden.“ Heinrich Himmler, Aufgaben und Aufbau der Polizei des Dritten Reiches, in: Dr. Wilhelm Frick und sein Ministerium, hrsg. von Hans Pfundtner, München 1937, S. 125–130, Zitat S. 128.

Angehörigen der Ordnungspolizei, die Mitglied der SS waren, anzuweisen, die SS-Runen auf ihrer Polizeiuniform zu tragen<sup>49</sup>.

Die Besprechungen Himmlers mit Heydrich häuften sich im ersten Vierteljahr 1937 im Zusammenhang mit den geplanten Polizeigesetzen. Unmittelbar vor der Chefbesprechung mit Wilhelm Frick im Reichsinnenministerium, die am 22. Januar stattfand, traf er mit Heydrich fast täglich zusammen. Am 21. Januar besprach er sich mit Kurt Daluege, Reichsjustizminister Gürtner sowie dem DAF-Leiter und Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Robert Ley<sup>50</sup>. Am 3. März folgte eine weitere Unterredung mit Franz Gürtner<sup>51</sup>. Am Tag vor der Reichskabinettsitzung, die für den 9. März anberaumt war, gab es Besprechungen mit Staatssekretär Wilhelm Stuckart und Reichskanzleichef Hans-Heinrich Lammers<sup>52</sup>, am Tag danach Termine mit Heydrich, Frick und Heß, am 13. März einen erneuten Termin bei Frick<sup>53</sup>; sechs Tage später schloß sich eine Sitzung sowohl des Preussischen Kabinetts als auch des Reichskabinetts an, wobei u. a. der Etat wie das Gesetz über die Verreichlichung der Polizei angenommen wurde<sup>54</sup>. Am 23. Juni schließlich verabschiedete das Reichskabinett das Deutsche Polizeibeamtengesetz, das die Anstellung, Ernennung, Beförderung, Versetzung der Polizeivollzugsbe-

<sup>49</sup> Anordnung Hitlers vom 16. 1. 1937, in: BA, NS 31/132, Bl. 23, veröffentlicht im Völkischen Beobachter vom 17. 1. 1937, dokumentiert in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Band I, Zweiter Halbband 1935–1938, München 1965, S. 663; zum Tag der Deutschen Polizei siehe auch Robert Gellately, Hingeschaut und Weggesehen. Hitler und sein Volk, Stuttgart/München 2002, S. 67–70.

<sup>50</sup> Eintrag im Terminkalender unter dem 21. 1. 1937: „1135–1320 Reichsminister Dr. Gürtner / 1325 Abfahrt zu Dr. Ley / 1330 Essen mit SS-Brigf. Wolff bei Ley – 1700 in das Amt zurück / 1750 Fürst Dohna, SS-Hauptsturmführer Galke / 1800–1930 SS-Obergruf. Daluege / 1930–2045 Essen mit SS-Ogruf. Daluege / 2100 Bierabend beim 1. nationalpolitischen Lehrgang im Kriegsministerium / 2400 nach Hause“.

<sup>51</sup> Eintrag im Terminkalender unter dem 3. 3. 1937: „1340–1545 zum Essen mit SS-Obergruf. Darré / 1545 zum Reichsjustizminister Dr. Gürtner / 1900 Frau Scholz-Klink [sic] / 2000 nach Hause“. Mit Gürtner traf Himmler laut seinem Terminkalender erst wieder am 20. 12. 1937 zusammen. Himmlers grundlegender Erlaß zur „Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ war zuvor am 14. 12. 1937 herausgekommen und nicht mehr mit dem Reichsjustizminister abgestimmt gewesen; vgl. Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988, S. 725.

<sup>52</sup> Laut Goebbels ging es in der Reichskabinettsitzung vor allem um das neue Strafgesetzbuch: „Heiße Kämpfe. Vor allem Führer, Göring und ich beteiligen sich daran. Gürtner polemisiert sehr geistreich. Er ist Dr. Frank haushoch überlegen. Ich bekämpfe vor allem den Gefängnisparagrafen bei Ehebruch. Das ist weltfremder Quatsch. Göring auch meiner Meinung. Sonst werden viele Strafen verschärft. [...] Gesetz über Repressalien bezgl. Tschechei angenommen. Auch auf Polen anzuwenden.“ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 4: März–November 1937, bearb. von Elke Fröhlich, München 2000, S. 44; zur Auseinandersetzung um das neue Strafgesetzbuch 1937 vgl. vor allem Gruchmann, Justiz, S. 791–804.

<sup>53</sup> Bezeichnenderweise gab es nach den Besprechungen zu den Polizeigesetzen für den Rest des Jahres nur noch drei Termine mit Frick, wobei es sich um zwei Empfänge (9. 6., 8. 9.) und einen Besuch am 20. 8. zum Tee in Fricks Haus am Starnberger See handelte.

<sup>54</sup> Gesetz über Finanzmaßnahmen auf dem Gebiet der Polizei vom 19. 3. 1937, in: RGBl. I 1937, S. 325–327.

amten reichseinheitlich regelte<sup>55</sup>. Himmler hatte noch zuvor bei Hitler – wahrscheinlich während der Besprechung am 6. Juni – durchgesetzt, daß die Altersgrenze der Polizeioffiziere in Ausnahmefällen bis zum 60. Lebensjahr hinausgeschoben werden konnte<sup>56</sup>.

Damit war das Ziel Himmlers, sämtliche Polizeifunktionen in seinen Händen zu zentralisieren, noch nicht erreicht. Für die Kontrolle und Bewachung der Grenzen des Deutschen Reiches existierte neben der Grenzpolizei der Geheimen Staatspolizei auch der zahlenmäßig weit größere Zollgrenzschutz, bis 1937 „Grenzaufsichtsdienst“ genannt, der der Reichsfinanzverwaltung unterstellt war<sup>57</sup>. Werner Best, neben seiner Funktion als Verwaltungschef des Gestapa auch Leiter der Abteilung III Abwehr der Politischen Polizei, baute die Grenzpolizei systematisch aus, nicht nur, wie es das Reichsfinanzministerium gern gesehen hätte, im Westen, sondern auch an den „volkstumpolitisch“ wichtigen Grenzen im Osten und Südosten<sup>58</sup>. Ende Februar 1937 notierte Alfred Jodl nach einem Gespräch zwischen Wilhelm Keitel und Himmler in seinem Diensttagebuch, daß dieser ein Grenzwachtkorps plane<sup>59</sup>. Wenige Tage später, am 2. März, traf Himmler abends mit dem Oberbefehlshaber des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch, zusammen, ohne daß sie sich über diese Frage einigen konnten<sup>60</sup>.

<sup>55</sup> Deutsches Polizeibeamtengesetz vom 24. 6. 1937, in: RGBl. I 1937, S. 653–659. Im Februar 1938 erließ Himmler erstmals gemeinsame Ausbildungsrichtlinien für Angehörige der Sicherheitspolizei und des SD, wo vordem die preußischen Ausbildungsbestimmungen gegolten hatten (RdErl. RFSSuChdDtPol, 18. 2. 1938, Einstellung und Ausbildung der Anwärter für die Sicherheitspol. u. den Sicherheitsdienst des RFSS, in: RMBIV [Reichsministerialblatt für die innere Verwaltung] 1938, Sp. 289 ff.). Den nächsten Schritt unternahm Himmler im Sommer 1938 zum, wie es in der Präambel seines Erlasses vom 23. Juni heißt, „Ziele der Verschmelzung der Angehörigen der Deutschen Pol.[izei] mit der Schutzstaffel der NSDAP zu einem einheitlich ausgerichteten Staatschutzkorps des Nationalsozialistischen Reiches“. Dieser Erlaß regelte die Aufnahmebedingungen für Angehörige der Sicherheitspolizei in die SS sowie deren Dienstgradeingliederung entsprechend ihren Beamtengraden (RdErl. RFSSuChdDtPol, 23. 6. 1938, in: RMBIV, 1938, Sp. 1089 ff.).

<sup>56</sup> Vermerk Lammers an die Reichsminister, 22. 6. 1937, in: BA, NS 43 II/393, Bl. 113.

<sup>57</sup> Vgl. dazu Thomas Sandkühler, Von der „Gegnerabwehr“ zum Judenmord. Grenzpolizei und Zollgrenzschutz im NS-Staat, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 16: Durchschnittstäter, Göttingen 2000, S. 95–154; Buchheim, SS, in: Ders./Broszat/Jacobsen/Krausnick, Anatomie, S. 145–153.

<sup>58</sup> Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996, S. 182.

<sup>59</sup> „Pläne d. R. F.+ SS. Grenzwachtkorps – 5000 Mann SST. V.“ Diensttagebuch Chef der Abteilung Landesverteidigung, verfaßt von Jodl, 1937–1939, abgedruckt in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1948, Bd. 28, S. 345–390 (1780-PS), hier S. 351 (Eintrag unter dem 26. 2. 1937). Da am selben Tag eine Besprechung Himmlers mit dem Chef des Wehrmachtamtes, Keitel, über landwirtschaftliche Hilfe, wie Jodl vermerkte, stattfand, stammte die Information wahrscheinlich aus diesem Gespräch. Offensichtlich wollte Himmler den Grenzaufsichtsdienst um 5.000 Mann aus der SS-Verfügungstruppe (nicht aus den SS-Totenkopfverbänden, wie Jodls Abkürzung bedeuten würde) aufstocken.

<sup>60</sup> „Besprechung R. F. SS mit Ob. d. H. Ohne positives Ergebnis.“ Diensttagebuch Jodl, in: Ebenda, S. 351 (Eintrag unter dem 2. 3. 1937). Eintrag in Himmlers Terminkalender unter dem 2. 3. 1937: „2030 Einladung beim Oberbefehlshaber des Heeres Fritsch“.

Mit Heydrich, Best und Heinrich Müller konferierte Himmler am Vormittag des 17. März, um anschließend mit ihnen um 13.30 Uhr zu Göring zu gehen. Aber auch dieses Gespräch kann nicht sehr erfolgreich für die SS gewesen sein. Denn als am 22. März bei Göring eine Sitzung mit Vertretern des Reichsfinanzministeriums, der Heeresführung und Himmler stattfand, wurde zwar eine Verstärkung der Außenstellen der Gestapo um 4.000 Mann zugestanden, aber nicht die Bildung eines Grenzschutzkorps, obwohl Himmler seine Forderung nach „erhöhter Grenzsicherung“ durch die SS mit „dem Eindringen von Kommunisten, Saboteuren u. Attentätern“ begründet hatte<sup>61</sup>. Die Finanzverwaltung hatte argumentiert, daß der Zoll auch überwiegend polizeiliche Aufgaben anstandslos erledigte, was Göring offenbar davon überzeugte, es bei der bisherigen Regelung zu belassen<sup>62</sup>. Allerdings bekräftigte er mit Erlaß vom 8. Mai 1937, daß für grenzpolizeiliche Aufgaben allein der Reichsführer SS zuständig sei, das Zollgrenzschutzpersonal demnach, soweit es grenzpolizeiliche Funktionen wahrnahm, den Weisungen des Gestapo unterstand<sup>63</sup>.

Einen bedeutsamen Stellenwert in der SS-Politik besaß 1937 ferner der Ausbau des KZ-Systems. 1937 wurden an Stelle der kleineren Schutzhaftlager drei große Konzentrationslager errichtet: neben Dachau zwei neue Lager in Sachsenhausen bei Berlin und in Buchenwald in der Nähe von Weimar<sup>64</sup>. Entsprechend häufig

<sup>61</sup> Dienstagebuch Jodl, in: Prozess, S. 352 (Eintrag unter dem 22. 3. 1937).

<sup>62</sup> Vgl. Sandkühler, Gegnerabwehr, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 16, S. 100. Der Terminkalender Himmlers vermerkt für den 22. 3. eine nicht näher spezifizierte „Besprechung über Massnahmen gegen kommunistische Arbeit im Pressehaus“, hingegen für den 23. 3. sowohl um 11 Uhr eine „Besprechung bei Ministerpräsident Göring mit Staatssekretär Körner, Oberpräsident Wagner, Pg. Herbert Göring, Leipziger Str. 3“ als auch um 16 Uhr eine Unterredung mit dem Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt. Da die übrigen Quellen eindeutig den 22. 3. als Termin nennen und auch Himmlers Anwesenheit bezeugt ist (Sandkühler, Gegnerabwehr, S. 100 u. S. 142, Anm. 41), ist daher anzunehmen, daß am 23. 3. Nachbesprechungen Himmlers sowohl mit Göring als auch mit Reinhardt stattgefunden haben. Statt der geplanten Aufstockung um 4.000 Mann wurden letztlich 3.000 Angehörige der SS-Verfügungstruppe dem Zoll als Hilfgrenzangestellte zugewiesen. Anordnung Chef SS-Hauptamt, gez. Heißmeyer, Betr. Einstellung von SS-Angehörigen in den Zollgrenzdienst, 7. 4. 1937, in: BA, NS 31/373, Bl. 7-9.

<sup>63</sup> Vgl. Buchheim, SS, in: Ders./Broszat/Jacobsen/Krausnick, Anatomie, S. 147. Im Juni häuften sich noch einmal die Termine Himmlers mit Heydrich, mit dem er am 7. 6. zur Jagd ging, ihn am 10. und 11. allein und am 15. 6. zusammen mit Ohlendorf traf. Vom 18. bis 19. Juni besuchte Himmler Heydrich auf Fehmarn und hatte erneut am 21., 24. und 30. 6. mit ihm Unterredungen. Nicht zuletzt wird die Anwendung der Folter, von der Gestapo als „verschärfte Vernehmung“ bezeichnet, eine Rolle gespielt haben, denn das Reichsjustizministerium wünschte eine klare Regelung der zulässigen Maßnahmen. Anfang Juni hatten sich Vertreter des Ministeriums sowie mehrere Staatsanwälte mit Best getroffen und eine Vereinbarung ausgehandelt, die der willkürlichen Folter durch eindeutige Bestimmungen darüber, wer welche Maßnahmen anordnen dürfe, begegnen sollte. Am 1. Juli gab Heydrich einen entsprechenden Geheimerlaß heraus, den das Justizministerium offenbar nicht zur Einsicht erhielt; Gruchmann, Justiz, S. 715-717.

<sup>64</sup> Die drei Konzentrationslager unterschieden sich nicht nur von ihrer einheitlichen Organisationsstruktur von den bisherigen Lagern, auch die Verfolgungspraxis änderte sich grundlegend. In den neuen Lagern sollten über die „Berufsverbrecher“ und die politischen Gegner

traf Himmler mit dem Inspekteur der Konzentrationslager, Theodor Eicke, zusammen. Zudem entspann sich wegen der Finanzierung von Sachsenhausen mit dem Preußischen Finanzministerium ein veritabler Streit. Nachdem Himmler am 8. Februar 1937 dem Justizministerium mitgeteilt hatte, daß „es praktisch unmöglich [war], unter Einhaltung des formalen, büromäßigen Geschäftsganges erst langwierige, mit zeitraubenden Rückfragen verbundene schriftliche Verhandlungen mit dem Preußischen Finanzministerium wegen Bewilligung außerplanmäßiger Mittel für das in Sachsenhausen zu errichtende Ersatzlager einzuleiten“<sup>65</sup>, hatte Himmler drei Tage später zwei Besprechungen mit Göring, mit dem er in dessen Funktion als preußischer Ministerpräsident auch über das geplante Lager und den Widerstand des Finanzministeriums gesprochen haben dürfte<sup>66</sup>. Himmler selbst inspierte das Lager, das er als „ein vollkommen neues, jederzeit erweiterungsfähiges, modernes und neuzeitliches Konzentrationslager“ bezeichnete, am 30. August<sup>67</sup>. Auch den Standort für das zweite geplante Konzentrationslager auf dem Weimarer Ettersberg besuchte Himmler am 22. Mai persönlich<sup>68</sup>.

hinaus auch diejenigen in „Sicherungsverwahrung“ gebracht werden, die in der sozialhygienischen und rassenbiologischen Perspektive der SS zu den „Volksschädlingen“ gehörten; vgl. Karin Orth, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte*, Hamburg 1999, S. 46–54; Ulrich Herbert, *Von der Gegnerbekämpfung zur „rassischen Generalprävention“. „Schutzhäft“ und Konzentrationslager in der Konzeption der Gestapo-Führung 1933–1939*, in: Ders./Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hrsg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager – Entwicklung und Struktur*, 2 Bde., Bd. I, Göttingen 1998, S. 60–86. Mit Erlaß vom 23. 2. 1937 befahl Himmler, rund 2.000 „nicht in Arbeit befindliche Berufs- und Gewohnheitsverbrecher schlagartig an einem Tage im ganzen Reichsgebiet festzunehmen und in den Konzentrationslagern unterbringen zu lassen“. Patrick Wagner, *Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus*, Hamburg 1996, S. 254–258.

<sup>65</sup> Himmler, unter dem Aktenzeichen IKL, an Reichsjustizministerium, 8. 2. 1937, zit. nach Johannes Tuchel, *Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der Inspektion der Konzentrationslager 1934–1938*, Boppard a. Rh. 1991, S. 328. Bei Drobisch/Wieland unpräzise, daß das Justizministerium Anfang 1937 die 1,05 Mio. RM bezahlt habe; vgl. Klaus Drobisch/Günther Wieland, *System der NS-Konzentrationslager 1933–1939*, Berlin 1993, S. 262.

<sup>66</sup> Eintrag unter dem 11. 2. 1937: „1055 gekommen / 1100–1130 SS-Oberführer Deuschl / 1130–1400 zum Generaloberst Göring / 1415–1420 SS-Gruppenführer Eicke / 1420–1530 zum Essen Pg. Schneider / 1530–1555 SS-Gruppenführer Heydrich / 1600 Abfahrt in das Preußenhaus / 1605 Besprechung bei Generaloberst Göring / 1930 im Amt, anschließend nach Hause“. Das Ministerium blieb hart, Eicke stand für den Ausbau des KZ Sachsenhausen lediglich 750.000 RM zur Verfügung, der Rest ist wahrscheinlich von der Reichsführung-SS bezahlt worden; vgl. Tuchel, *Konzentrationslager*, S. 329.

<sup>67</sup> Eintrag unter dem 30. 8. 1937: „1550 Abfahrt nach Sachsenhausen / 1700–1800 Besichtigung des KZ. Sachsenhausen“. Die Angaben vom Lagerarchitekten Robert Riedl, daß er bei einem Besuch von Himmler persönlich am 29. 5. 1937 in Sachsenhausen zum SS-Untersturmführer befördert worden sei, lassen sich durch Terminkalender Himmlers nicht bestätigen (Tuchel, *Konzentrationslager*, S. 270). Laut Terminkalender befand sich Himmler am 29. 5. in Weimar und flog weiter nach Frankfurt und München.

<sup>68</sup> Eintrag unter dem 22. 5. 1937: „1830 Fahrt zu dem Platz in der Nähe von Weimar, wo das neue Konzentrationslager errichtet werden soll und Besichtigung des Geländes. Erläuterungen hierzu durch SS-Untersturmführer Oberregierungsrat Gomlich [sic! Helmuth Gommlich war Polizeirat im thüringischen Innenministerium]. anschließend Rückfahrt nach Weimar in das

#### IV. Verbindungen nach Italien

Mit Hitler hatte Himmler 1937 zahlreiche Treffen, wobei deren Charakter freilich differenziert werden muß. Himmler traf mit Hitler auf den Reichskabinettsitzungen ebenso zusammen wie auf Empfängen, Ausstellungseröffnungen, Gauleitertagungen, Parteitagsveranstaltungen, ohne daß es zu einem unmittelbaren Kontakt zwischen den beiden kommen mußte. Außerdem war Himmler häufig zum Mittag- oder Abendessen in der Reichskanzlei zu Gast, wo selbstverständlich über Politik diskutiert und manche Entscheidung besprochen wurde. Aber auch diese Begegnungen waren keine Unterredungen im strengen Sinn. Solche bildeten aber die Besprechungen bei Hitler zur Kirchenfrage am 15. und 22. Februar, an denen neben Himmler unter anderem auch Bormann, Goebbels, Göring, Heß teilnahmen, sowie die im Terminkalender explizit als Vorträge oder Besprechungen bezeichneten Treffen mit Hitler am 16. Januar, 19. und 28. April, 12. Mai, 6. Juni, 10. und 27. August sowie am 18. September. Da für das Jahr 1937 keine handschriftlichen Notizen Himmlers für seine „Führervorträge“ überliefert sind<sup>69</sup>, können die Inhalte der Unterredungen Himmlers mit Hitler nur aus anderen Quellen und dem Kontext erschlossen werden.

Außenpolitisch beschränkten sich Himmlers Kontakte, wie der Terminkalender zeigt, 1937 auf Italien. Zwar hatte er auch Unterredungen mit anderen ausländischen Diplomaten, doch stets nur nach deren Besuchen bei Hitler, Ribbentrop, Göring und v. Neurath. Mit Ribbentrop traf sich Himmler 1937 häufiger<sup>70</sup>, mit v. Neurath hatte Himmler nur einen einzigen, kurzen Termin am 27. April. Bei den Unterredungen mit Ribbentrop, an denen am 19. und 25. August auch Himmlers Gefolgsmann Werner Lorenz teilnahm, ging es sicher auch um Angelegenheiten der Volksdeutschen<sup>71</sup>. Das Büro Ribbentrop und die SS-Führung hatten gemeinsam erfolgreich die Versuche von Heß unterlaufen, die volksdeutschen Aktivitäten unter seiner Aufsicht zu zentralisieren. Der von Heß gestützte Koordinator Otto v. Kursell war von Himmler im Dezember 1936 im Beisein von Wolff und Ribbentrop „staatsfeindlicher Tätigkeit“ beschuldigt worden. Kursell mußte gehen, und Ende Januar 1937 wurde der SS-Obergruppenführer Werner Lorenz auf Weisung Hitlers – Himmler hatte am 16. Januar eine Unterredung

---

Hotel „Elefant“. In der Literatur ist bislang nur der Besuch von Theodor Eicke und Oswald Pohl vier Tage zuvor, am 18. 5., ausgewiesen; vgl. Drobisch/Wieland, System, S. 269.

<sup>69</sup> In BA, NS 19/1447 folgen auf Himmlers Vortragszettel zum 8. 1. 1936 eine undatierte Notiz: „Einladung Bocchini 29. I.39“ und dann Himmlers Notizen zum Vortrag bei Hitler am 13. 5. 1939 (ebenda, Bl. 25–28).

<sup>70</sup> Am 29. 1. fand bei Ribbentrop die erste Sitzung der deutschen Antikominternkommission u. a. mit Göring, Himmler, Heydrich statt. Am 15. 8. besuchte Ribbentrop Himmler in Gmund, vier Tage später war Himmler zu Gast bei Ribbentrop in Feldafing, am 25. 8. war Ribbentrop erneut in Gmund. Am 20. 9. waren Ribbentrop und der Schriftsteller Hanns Johst Gast bei Himmler in Tegernsee. Danach gab es nur noch einen Abendempfang Ribbentrops im Berliner Restaurant „Horcher“ am 12. 10. 1937, zu dem auch Himmler geladen war.

<sup>71</sup> Es gab in diesen Tagen eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Referenten v. Raumer und Luther aus Ribbentrops Dienststelle, in der Lorenz zu vermitteln suchte; vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt a. M./Berlin 1968, S. 307.

mit Hitler – zum Chef der Volksdeutschen Mittelstelle ernannt, die zukünftig allein alle volksdeutschen Angelegenheiten koordinieren sollte<sup>72</sup>.

Die Verbindungen der SS-Führung nach Italien waren eng. Seit Herbst 1935 existierten auf deutscher wie italienischer Seite Pläne, die gegenseitige Polizeiarbeit zu koordinieren. Im März 1936 reiste eine italienische Delegation unter der Leitung des Chefs der italienischen Polizei, Arturo Bocchini, nach Berlin und wurden dort unter anderen von Himmler, Heydrich, Best und Müller empfangen<sup>73</sup>. Vom 30. August bis 3. September 1937 war Berlin Schauplatz einer großen Polizeikonferenz, dieses Mal mit Vertretern aus fünfzehn Staaten<sup>74</sup>. Wenige Wochen später, vom 25. bis 29. September, besuchte Mussolini das Deutsche Reich. Der von deutscher Seite mit viel Pomp ins Bild gesetzte Staatsempfang<sup>75</sup> wurde hinsichtlich der Sicherheit der italienischen Delegation von SS und Polizei so rigoros vorbereitet, daß sich Hitler am 25. September, auf dem Münchner Hauptbahnhof auf Mussolini wartend, über Himmler beschwerte, weil wegen der Absperrungen kein Publikum an die Spalierstraßen gelangen konnte<sup>76</sup>.

Himmlers Kontakte zum italienischen Polizeichef zogen auch Gegeneinladungen in den Süden nach sich. Im Oktober führen Himmler, Heydrich und Dalugee für einige Tage nach Rom<sup>77</sup>. Vom 13. November bis zum 14. Dezember reiste Himmler mit seiner Frau nach Italien, er besuchte Rom, Neapel, Cocentia, Taormina und flog am 4. Dezember sogar für fünf Tage ins italienisch besetzte Libyen. Spöttisch vermerkte Goebbels über ein Essen bei Hitler am 15. Dezember: „Schirach und Himmler erzählen von ihren Auslandsreisen. Wahre Wunderdinge.“<sup>78</sup>

<sup>72</sup> Vgl. ebenda, S. 230–235; Valdis O. Lumans, *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933–1945*, Chapel Hill/London 1993, S. 37–40. Am 11. 1. 1937 war laut Terminkalender Behrends, der vom SD zur Volksdeutschen Mittelstelle wechseln sollte (siehe Anm. 42), zur Besprechung bei Himmler, Thema: „R. M. [Reichsminister] Hess, Krusell“.

<sup>73</sup> Vgl. Jens Petersen, *Hitler – Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin–Rom 1933–1936*, Tübingen 1973, S. 479 f.

<sup>74</sup> Am 28. August empfing Himmler Bocchini und dessen Delegation in München, am 30. 8. eröffnete er die Polizeikonferenz im Haus der Flieger in Berlin und empfing Bocchini am 3. September zum Abendessen; vgl. auch Jacobsen, *Außenpolitik*, S. 462 f.

<sup>75</sup> Vgl. Wolfgang Benz, *Die Inszenierung der Akklamation – Mussolini in Berlin 1937*, in: Michael Grüttner/Rüdiger Hachtmann/Heinz-Georg Haupt (Hrsg.), *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup*, Frankfurt/New York 1999, S. 401–417.

<sup>76</sup> Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 4, S. 328 f. Himmler hatte persönlich am 24. 9. in München die Absperrungen inspiziert und mit einer Delegation des „Führerschutzes“ für Mussolini, die vorab eingetroffen war, konferiert.

<sup>77</sup> Vgl. Jacobsen, *Außenpolitik*, S. 836; *Das Schwarze Korps*, 28. 10. 1937, S. 3. Allerdings wird Jacobsens Zeitangabe für die Reise (7.–10. 10.) durch den Kalender nicht gestützt. Während dieser Tage war Himmler zur Jagd im Valepp. Statt dessen enthalten die Terminblätter für die Zeit vom 26.–29. 10. keine Eintragungen, so daß diese, laut „Schwarzem Korps“ überraschend ausgesprochene, Einladung Mussolinis vermutlich an diesen Tagen verwirklicht wurde. Goebbels notierte, daß sich Himmler am 2. 11. bei Hitler von seinem Besuch in Rom „tief beeindruckt“ gezeigt hätte; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 4, S. 389.

<sup>78</sup> Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 5: Dezember 1937–Juli 1938, S. 55; Lang, *Adjutant*, S. 70–72.

## V. Geschichtspolitik

Himmlers Bemühungen um eine einheitliche weltanschauliche Ausrichtung der SS zeigen sich am ausgeprägtesten in seiner geschichtspolitischen Zielsetzung, der Organisation eine eigene Tradition zu verleihen. Der Terminkalender von 1937 weist auch hier etliche Termine auf, die belegen, wie wichtig Himmler dieses Politikfeld gewesen ist. Für jede SS-Standarte sollte nach seinem Willen eine germanische Ausgrabungsstätte als „kultureller Mittelpunkt deutscher Größe und deutscher Vergangenheit“ vorhanden sein<sup>79</sup>. Er selbst besichtigte 1937 mehrere Grabungsstätten, darunter am 16. März Haithabu bei Schleswig, und traf sich mehrere Male mit dem Leiter der SS-Ausgrabungen, SS-Obersturmführer Dr. Rolf Höhne<sup>80</sup>. Für die Externsteine bei Detmold, die als germanisches Heiligtum galten, setzte sich Himmler ebenso engagiert ein wie für das Grab Heinrichs I. im Quedlinburger Dom, wo es am 1. Juli 1937 laut Terminkalender eine mitternächtliche Gedächtnisfeier in der Krypta gab<sup>81</sup>. Als zentrale Kultstätte der SS-Gruppenführer war die Wewelsburg bei Paderborn gedacht, die Himmler anfangs als Sitz des Rasseamts der SS auserkoren hatte, ab 1936/37 dann aber als zentrale Weltanschauungsschule für die SS und als Versammlungsort der SS-Gruppenführer auszubauen begann<sup>82</sup>. 1937 besuchte er die Wewelsburg zweimal, vom 4. bis 6. Februar und vom 7. bis 9. Mai<sup>83</sup>.

<sup>79</sup> Zit. nach Michael H. Kater, *Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches*, 2., erg. Auflage, München 1997, S. 54.

<sup>80</sup> Zu den SS-Grabungen vgl. ebenda, S. 20 f. u. S. 80 f.; sowie Himmlers Brief an Prof. Dr. Robert Wetzel vom 17. 8. 1937, abgedruckt in: Helmut Heiber (Hrsg.), *Reichsführer! Briefe an und von Himmler*, Stuttgart 1968, S. 47 f. Höhne wurde 1938 seines Postens enthoben, die SS-Grabungen gänzlich dem „Ahnenerbe“ unterstellt.

<sup>81</sup> Vgl. neben den Eintragungen im Terminkalender den „Aktenermerk für die Feier am 1. u. 2. Juli 1937 in Quedlinburg“ und den Reiseplan Himmlers für den 1./2. 7. 1937, in: BA, DH, ZM 1457, A 2, Bl. 65–68; sowie Himmlers SS-Befehl vom 26. 6. 1937, in: BA, NS 19/3901, Bl. 41 f.; vgl. auch Josef Ackermann, *Heinrich Himmler als Ideologe*, Göttingen 1970, S. 60–62; und jetzt Frank Helzel, *Ein König, ein Reichsführer und der Wilde Osten. Heinrich I. (919–936) in der nationalen Selbstwahrnehmung der Deutschen*, Bielefeld 2004.

<sup>82</sup> Vgl. Karl Hüser, *Wewelsburg 1933 bis 1945. Kult- und Terrorstätte der SS. Eine Dokumentation*, Paderborn 1982.

<sup>83</sup> Der Besuch im Februar ist bislang noch nicht nachgewiesen (vgl. Hüser, *Wewelsburg*, S. 323). Himmlers zweiter Besuch im Mai galt unter anderem der Eröffnung des neuen „Dorfgemeinschaftshauses“, das sinnbildlich in Zusammenarbeit von Dorfbevölkerung, Reichsarbeitsdienst und SS entstanden war (Abbildungen ebenda, S. 216 f.). Doch die Harmonie war zuvor durch einen SS-Mann der Burg empfindlich gestört worden, der am 1. Mai einen Dörfler krankenhaushausreif geschlagen hatte. Mitte Juni kam es auf dem Wewelsburger Schützenfest erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Dörflern und SS-Besatzung, die Wolff im Auftrag Himmlers mit dem Bürgermeister zu schlichten suchte; vgl. ebenda, S. 220–222; Lang, *Adjutant*, S. 50). Als zudem bei der Kassenprüfung 1937 eine drastische Mißwirtschaft in den Verwaltungsgeschäften festgestellt wurde, folgten sowohl die Entlassung des SS-Verwaltungsführers Walter Müller als auch des Burghauptmanns Manfred von Knobelsdorff, einem Schwager von Darré. Am 24. 1. 1938 wurde der bisherige Stabsführer des SD-Hauptamtes Siegfried Taubert zum neuen Burgkommandanten ernannt (vgl. Hüser, *Wewelsburg*, S. 62 f.).

Ohne Zweifel haftete Himmlers geschichtspolitischen Initiativen eine gehörige Portion Skurrilität an. Sein Festhalten an der Welteistheorie oder der Ura Linda-Chronik war wissenschaftlich ebenso abseitig wie seine – wie der Terminkalender 1937 belegt – enge Verbundenheit mit dem ominösen „Gotenforscher“ Karl-Maria Weisthor<sup>84</sup>. Man würde aber Intention und Symbolkraft solcher Aktivitäten verfehlen, wenn man sie nur als abstrusen Mummenschanz abtäte. Hier ging es nicht um ein privates Steckenpferd des Reichsführers SS, sondern um den ehrgeizigen Versuch, der Eliteorganisation des künftigen Großgermanischen Reiches eine eigene Weltanschauung, ja eine eigene Religion zu verordnen und die SS damit aus den kulturellen Zusammenhängen des christlichen Europas herauszulösen. Für einen solchen Traditionsentwurf konnte Himmler von der etablierten akademischen Wissenschaft nur wenig erwarten. Folglich mußte er sich in seinem Bemühen um die Wiederbelebung und wissenschaftliche Fundierung einer verloren geglaubten Kultur an den Außenseitern der Zunft orientieren. Das Ziel, die SS in einer heidnischen, germanischen Tradition zu verwurzeln, entsprang Himmlers Geschichtsphilosophie, daß sich das Handeln in der Gegenwart wie in der Zukunft von der Verpflichtung gegenüber den Ahnen ableite<sup>85</sup>. Daher rührten auch seine zahlreichen Initiativen, angebliches germanisches Brauchtum wie Julfeiern oder Sonnenwendfeiern einzuführen, deren rituelle Abläufe er 1937 in mehreren Befehlen minutiös festlegte<sup>86</sup>.

Am 8. November 1937 umriß Himmler vor den SS-Gruppenführern in München das Ziel, das er für die SS anstrebte: „Wir wollen für Deutschland eine auf Jahrhunderte hinaus immer wieder ausgelesene Oberschicht, einen neuen Adel, der sich immer wieder aus den besten Söhnen und Töchtern unseres Volkes ergänzt, schaffen, einen Adel, der niemals alt wird, der in der Tradition und der Vergangenheit, soweit sie wertvoll ist, bis in die grauesten Jahrtausende zurückgeht und der für unser Volk ewig Jugend darstellt.“<sup>87</sup> Diese rassistische Utopie bildete den Kern von Himmlers Weltanschauung. In ihr fokussierten seine Kon-

<sup>84</sup> Zu Weisthor vgl. Hüser, Wewelsburg, S. 202–204; Kater, Ahnenerbe, S. 20; Peter Padfield, Himmler, New York 1990, S. 174 f. Mit Weisthor traf sich Himmler zum Essen, ging mit ihm zur Jagd und ließ ihn in einer neuheidnischen Zeremonie am 4. 1. 1937 die Namensgebung für den knapp ein Jahr alten Sohn des Ehepaars Wolff auf den Namen „Thorisman“ vornehmen (vgl. Lang, Adjutant, S. 43). Weisthor wurde dann 1939 wegen Unzurechnungsfähigkeit aus der SS ausgeschlossen.

<sup>85</sup> Vgl. dazu Kroll, Utopie, S. 245–255. Auch Joachim Fest hat zu Recht auf das utopische Element in Himmlers Weltanschauung aufmerksam gemacht; vgl. Joachim Fest, Die andere Utopie. Eine Studie über Heinrich Himmler, in: Ders., Fremdheit und Nähe. Von der Gegenwart des Gewesenen, Stuttgart 1996, S. 138–166. Daniela Siepe (Bonn/Hannover) arbeitet zur Zeit an einer Dissertation zur SS-Ideologie.

<sup>86</sup> Befehl Himmlers vom 16. 11. 1937 zur Wintersonnenwendfeier, in: BA, NS 2/51, Bl. 29, abgedruckt in: Heiber, Reichsführer, S. 48; Befehl Himmlers vom 18. 11. 1937, daß „zu jeder Wintersonnenwende geistige Wettkämpfe der gesamten SS“ stattfinden sollen, in: BA NS 31/119, Bl. 6; Stabsbefehl Nr. 37/37, SS-Hauptamt, gez. Heißmeyer, zur Gestaltung der Sonnenwendfeier am 21. 12. 1937, 13. 12. 1937, in: BA, NS 31/71, Bl. 114f; Mitteilung Heißmeyers über den Befehl Himmlers zur Feier des Julfestes, 23. 11. 1937, in: BA, NS 31/348, Bl. 212.

<sup>87</sup> Rede Himmlers vor den SS-Gruppenführern am 8. 11. 1937, in: BA, NS 19/4004, Bl. 342.

zepte zum Aufbau der SS, zur Sippongemeinschaft, zur weltanschaulichen Erziehung wie zur Eroberung neuer Siedlungsräume im Osten. Aus ihr resultierte auch die destruktive Dimension, die in der Vernichtung all derjenigen mündete, die der Vermehrung „guttrassigen Blutes“ angeblich entgegenstanden. An dieser Politik hat er beharrlich festgehalten, und es hieße die Konsistenz seiner Handlungen unterschätzen, wenn man dieses geschlossene Weltbild ignorierte.

Auch wenn der Terminkalender zu erkennen gibt, daß mit einem vierwöchigen Aufenthalt im Juli/August in seinem Haus am Tegernsee, mehrtägigen Jagdausflügen ins Valepp sowie mit der Reise nach Italien und Nordafrika im November/Dezember Himmler 1937 im Unterschied zu den folgenden Jahren noch reichlich arbeitsfreie Zeit zur Verfügung stand, belegen die Terminblätter andererseits doch auch, daß er die Ernennung zum Chef der deutschen Polizei im Juni 1936 keineswegs als Endpunkt seiner Karriere ansah. An seinem Ziel, die SS zum rassistischen und weltanschaulichen Elitekorps des Nationalsozialismus zu machen, hat er auch in dem relativ ruhigen Jahr 1938 weiter intensiv gearbeitet. Als mit der Radikalisierung des Regimes sowohl im Innern als auch nach außen eine Organisation nötig wurde, die den antisemitischen und „Volkstumskampf“ unerbittlich bis zum Massenmord trieb, zeigte sich, daß Himmlers Saat aufgegangen war.

Spaniens unblutiger Übergang von der Diktatur zur Demokratie hatte einen hohen Preis: Die Verbrechen des Bürgerkriegs und des Franco-Regimes wurden weder geahndet noch thematisiert. Erst heute, fast dreißig Jahre nach dem Tod des Diktators, stellt sich das Land seiner Vergangenheit.

Walther L. Bernecker

## Spaniens Übergang von der Diktatur zur Demokratie

Deutungen, Revisionen, Vergangenheitsaufarbeitung

Bis vor ungefähr zehn Jahren galt die spanische Transition als modellhaft, ja geradezu als ein Exportgut, das den lateinamerikanischen Ländern nach dem Ende der Militärdiktaturen ebenso wie Südafrika nach der Apartheid und den ehemals kommunistischen Staaten im Übergang zu liberal-demokratischen Systemen anempfahlen wurde. Inzwischen häufen sich allerdings die kritischen Stimmen; ein Teil nicht nur des historiographischen, sondern auch und vor allem des gesellschaftlichen Diskurses zu diesem Thema soll im folgenden vorgestellt werden.

### Charakteristika der Transition

Was versteht man unter der spanischen Transition? Gemeint ist jener im wesentlichen gewaltfreie Übergang vom autoritären Franco-Regime zur liberal-parlamentarischen Monarchie nach Francos Tod 1975, dessen Ergebnis der heutige demokratische Rechtsstaat Spanien ist. Das Besondere des Regimewandels bestand darin, daß er unter der Leitung und Kontrolle der franquistischen Institutionen und eines Teils der in ihnen vorherrschenden politischen Elite durchgeführt wurde; er vollzog sich formal innerhalb der von Franco errichteten Legalität und brach nicht mit dem autoritären Verfassungsrecht des Franquismus – was wohl der wesentliche Grund dafür war, daß die Streitkräfte nicht eingriffen, sondern die Veränderungen akzeptierten –, stellte inhaltlich aber keine Reform des franquistischen Systems, sondern – unter Bruch mit den Strukturprinzipien des franquistischen Staates – dessen Ersetzung durch eine neue, auf demokratischen Prinzipien basierende Regierungsform dar.

Der Tod Francos bedeutete noch nicht das Ende des Franquismus, war aber Katalysator der folgenden Reformentwicklungen. In seiner Thronrede am 22. November 1975 kündigte König Juan Carlos I. eine Öffnung und Demokratisierung des politischen Systems an; dieses Programm wurde dann in der Regierungserklärung von Dezember 1975 konkretisiert (Reform der repräsentativen Institutionen, Gewährung des Vereinigungsrechts, Ausweitung der Freiheiten und Rechte der Bürger), machte in der ersten Hälfte des Jahres 1976 jedoch unter der noch stark dem alten System verpflichteten Führung des altfranquistischen Ministerpräsidenten Carlos Arias Navarro nur geringe Fortschritte. Die

VZ 4/2004 © Oldenbourg 2004

Frage, die sich für die politisch Verantwortlichen stellte, lautete: Bruch mit dem Franquismus, wie es die Opposition forderte, oder Kontinuität bei unwesentlichen Korrekturen am System, was die Rechte erstrebte? Die schließlich gefundene Lösung verzichtete auf die abrupte Demontage des Franco-Systems, setzte statt dessen auf den langsamen Wandel, auf das Aushandeln von Änderungen, auf den „paktierten“ Übergang (*transición/ruptura pactada*). Die *Transición* erfolgte als Reform; ihre Originalität bestand darin, daß sie politisch auf dem Weg der Verhandlung zwischen Regierung und Vertretern des alten Regimes und den Kräften der demokratischen Opposition zustande kam, während man sich verfassungsrechtlich an die in den franquistischen „Grundgesetzen“ für deren Revision vorgesehenen Mechanismen hielt, so daß die franquistische Legalität für ihre eigene Ersetzung durch eine neue, demokratische Legalität instrumentalisiert wurde.

Die erste, entscheidende Maßnahme im Prozeß des Übergangs war die Ablösung von Arias Navarro durch Adolfo Suárez im Amt des Ministerpräsidenten im Juli 1976. Suárez' Strategie, die bereits im „Projekt für die politische Reform“ vom September 1976 zum Ausdruck kam, war dualer Art: Einerseits wollte er die erforderliche Unterstützung seitens der Franquisten für die geplanten, als „Reform“ dargestellten Änderungen erwirken, andererseits zielte er auf die Duldung des inhaltlich als „Bruch“ apostrophierten Prozesses seitens der demokratischen Opposition ab. Die Dialektik Reform/Bruch begleitete denn auch die gesamte Übergangsphase, deren Erfolg darin bestand, einen breiten Konsens für die mal so und mal so akzentuierte Transition erreicht zu haben.

Die hier nur cursorisch vorgestellte Transition ist längst Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschungen geworden. In der Historiographie zu diesem Thema läßt sich ein dominierender Diskurs feststellen: Die Transition wird zumeist als modellhaft und historischer Erfolg dargestellt. Das Ergebnis sei eine funktionierende parlamentarische Demokratie, der Abbau sozialer Ungleichheiten, der Aufbau eines Wohlfahrtsstaates, die weitgehende Trennung von Kirche und Staat, die Lösung des chronischen Militärproblems, die Beendigung der Isolierung Spaniens und die Integration des Landes in die supranationalen Strukturen des Westens gewesen.

Der Soziologe Victor Pérez Díaz beispielsweise hat darauf verwiesen, daß die neue spanische Demokratie ihre Symbole, Riten und Ikonen weder aus der Francozeit noch aus der – zumeist kritisch interpretierten, da gescheiterten – Zweiten Republik der dreißiger Jahre beziehen konnte. Daher seien neue Symbole erforderlich geworden: das Bild der nationalen Versöhnung, der volkstümlichen Monarchie, der Verfassung für alle politischen Lager und der erfolgreichen Transition<sup>1</sup>. Da diese Bilder der Legitimierung der jetzigen Staats- und Regierungsform dienten, erkläre sich auch die überwiegend positive Zeitgeschichtsschreibung zum Übergang vom autoritären System in die Demokratie.

<sup>1</sup> Vgl. Victor Pérez Díaz, *La emergencia de la España democrática. La invención de una tradición y la dudosa institucionalización de una democracia*, Madrid (CEACS Working Paper 18, Instituto Juan March) 1991.

### Kritische Aspekte der Transition

Diese Deutung wird nur vereinzelt von kritischen Stimmen gebrochen. Zu den frühesten Kritikern zählte Gregorio Morán, der eine ambivalente Suárez-Biographie veröffentlichte und sich dann in einer vieldiskutierten Studie der Frage nach dem „Preis“ der Transition zuwandte<sup>2</sup>. Ein zentraler Aspekt seiner Argumentation war der Verweis auf das Verdrängen der historischen Erinnerung: Der hochgelobte gesellschaftliche „Konsens“ der Übergangszeit sei mit einem Verschweigen der Vergangenheit, einer Tabuisierung der franquistischen Verbrechen erkaufte worden. In der Tat kam es in Spanien weder zu einer juristischen Ahndung der Schandtaten der Diktatur, noch zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über die Verstrickung einzelner in die Diktatur. An vielen Orten überlebte sogar das franquistische Symbolsystem, das die Spanier viele Jahre lang daran erinnerte, daß die politische Reform aus einem Pakt hervorgegangen war, der innerhalb der autoritären Institutionen ausgearbeitet worden war und schließlich zum „Übergang in die Demokratie“ geführt hatte. Diesem Übergangscharakter entsprechend gingen die Streitkräfte sowie alle anderen staatlichen Instanzen ohne jegliche Art von Säuberung von der Diktatur in den Postfranquismus über.

Diese Tatsache hat einen tiefen Schatten auf jene Bereiche der Vergangenheit geworfen, die Pierre Nora „Orte des Gedächtnisses“ genannt hat. Die Transition stellte eine Art Ehrenabkommen dar, das die Franquisten für die Übergabe der Macht mit einer kollektiven Amnesie belohnte. Beschränkte sich das offizielle Vergessen und Verdrängen zunächst nur auf den Bürgerkrieg, so wurde es später – Morán zufolge – auf die Repression im Franquismus ausgedehnt. Wer sich auf die Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit berief, wirkte angeblich destabilisierend, gefährdete das fragile Gleichgewicht der noch jungen Demokratie und störte den gesellschaftlichen und politischen Konsens der Übergangszeit. Übereinstimmung wurde schnell auch hinsichtlich der aus der Bürgerkriegserfahrung zu ziehenden Lehren erzielt: Der Krieg wurde als kollektive Tragödie dargestellt, die sich nie wiederholen dürfe. Aus dieser Deutung ergab sich die zwingende Notwendigkeit einer inneren Aussöhnung der seit dem Bürgerkrieg gespaltenen spanischen Gesellschaft; diese Aussöhnung bedeutete zugleich die „Bewältigung“ des Krieges und ermöglichte die friedliche Demokratisierung. Der Bürgerkrieg wurde als abschreckendes Beispiel immer dann beschworen, wenn die Angst vor inneren Unruhen akut wurde. Insofern kann man von einer klaren Funktionalisierung der Bürgerkriegserinnerung im Dienste einer bestimmten Demokratisierungsstrategie sprechen.

In den neunziger Jahren ließen sich vermehrt kritische Stimmen vernehmen, denen zufolge die Mängel der spanischen Demokratie ihren Ursprung in der besonderen Art des demokratischen Übergangs hätten. Josep M. Colomer etwa verwies auf die Abhängigkeit der Rechtsprechung von den politischen Parteien,

<sup>2</sup> Vgl. Gregorio Morán, Adolfo Suárez. Historia de una ambición, Barcelona 1979; ders., El precio de la transición, Barcelona 1992.

auf die Beeinflussbarkeit der Massenmedien durch die Regierung und auf das Fehlen von Mechanismen zur Konsensbildung<sup>3</sup>. Für die notorische Konfrontation zwischen den beiden großen Parteien der Konservativen und der Sozialisten seien die verfassungsrechtlichen Weichenstellungen verantwortlich, die in der Transition getroffen worden seien. Damals sei es den verantwortlichen Politikern vor allem darum gegangen, demokratische Institutionen zu schaffen, die die politische Stabilität sicherstellten. Besondere Kritik erfuhr in diesem Zusammenhang das Wahlsystem, das noch vor den ersten demokratischen Wahlen von 1977 per Regierungsdekret verordnet worden war. Das Wahlsystem sollte eine Zersplitterung des Kongresses verhindern und damit die Regierungsbildung erleichtern; faktisch verfälschte aber die Wahlkreisgeometrie den Wählerwillen und bevorzugte die zwei dominierenden Parteien.

Eine radikalere Kritik am Demokratisierungsprozeß übte der frühere sozialistische Politiker Pablo Castellano, in dessen Augen die Transition vom und für den Franquismus entworfen worden sei und daher logischerweise die Kontinuität des Regimes darstelle<sup>4</sup>. Die Reformen hätten zwar nicht ohne die damalige demokratische Opposition durchgeführt werden können; diese habe aber die realen Machtverhältnisse anerkennen und auf viele ihrer ursprünglichen, weit radikaleren Vorstellungen verzichten müssen. Die Hauptspielregeln seien von der Regierung Suárez vorgegeben worden; wer am Reformprozeß partizipieren wollte, mußte die Eckpunkte akzeptieren: monarchische Staatsform, parlamentarisches System, Verzicht auf Abrechnungen<sup>5</sup>. Der Postfranquismus, so Castellano, wurde im wesentlichen anhand der noch im Franquismus erarbeiteten Strategien geplant und von den Postfranquisten nach ihrem Gutdünken gestaltet.

### Unterschiedliche Interpretationen der Transition<sup>6</sup>

#### 1. Die sozio-strukturelle Interpretation: der Klassenkampf

Dieser Betrachtungsweise zufolge betrieb eine neue und reformistische Bourgeoisie, die im Zuge der kapitalistischen Entwicklung während der zweiten Hälfte des Franquismus entstanden war, den politischen Wandel, von dem sie auch am meisten profitierte. Die Protagonisten der Transition dienten – bewußt oder unbewußt – den Interessen dieser gesellschaftlich dominanten Schicht. Der politische Wandel läßt sich somit als eine Art „Revolution von oben“ bezeichnen; er war eine Konzession des modernen Sektors der herrschenden Schichten, die sich

<sup>3</sup> Vgl. Josep M. Colomer, El régimen político de la transición, in: Santos Juliá/Javier Pradera/Joaquín Prieto (Hrsg.), Memoria de la transición, Madrid 1996, S. 700–703; ders., La transición a la democracia. El modelo español, Barcelona 1998.

<sup>4</sup> Vgl. Pablo Castellano, Por Dios, por la patria y el rey. Una visión crítica de la transición española, Madrid 2001.

<sup>5</sup> Ähnlich Paloma Aguilar Fernández, Justicia, política y memoria. Los legados del franquismo en la transición española, Madrid (CEACS Working Paper 163, Instituto Juan March) 2001.

<sup>6</sup> Vgl. José Álvarez Junco, Del Franquismo a la Democracia, in: Antonio Morales Moya/Mariano Esteban de Vega (Hrsg.), La Historia Contemporánea en España, Salamanca 1996, S. 159–170.

angesichts der Wucht der Forderungen der Arbeiterschaft und der anachronistischen politischen Struktur des Franquismus von den latifundistischen Oligarchien distanzierten und eine Reform der Institutionen durchsetzten, um auf diese Weise die ökonomische und soziale Kontrolle im Staate zu behalten. Der letzte Zweck der Transition bestand in der Besänftigung der massiven Arbeiterproteste, was mit den Moncloa-Pakten (zwischen Regierung und Oppositionsparteien zur Überwindung der Wirtschaftskrise geschlossen) von 1977 auch gelang<sup>7</sup>: Die Streiks ließen nach, die Gewerkschaften ordneten sich den politischen Parteien unter, diese wiederum den Interessen und Wünschen der Banken.

Diese Interpretation, die vor allem unter Vertretern der früheren antifranquistischen Opposition kursiert, sieht sich beim Realitätstest ernsthaften Schwierigkeiten gegenüber: Zum einen war die politische Rolle der neuen Wirtschaftseliten während der Transition gering. Sie stellten keinen einheitlichen Block dar und vertraten ihre Interessen nicht geschlossen. Auch die traditionellen Oligarchien, die eng mit dem franquistischen Regime verbunden waren, spielten keine ausschlaggebende Rolle. Überhaupt lassen sich die politischen Akteure in der Transition nicht eindeutig sozio-ökonomischen Kräften zuordnen.

Schwierigkeiten ergeben sich zum anderen auch, wenn man der Arbeiterschaft eine Protagonistenrolle in den Protestaktionen und Mobilisierungen der Spätphase des Franquismus zuschreiben will. Die meisten linken Oppositionsorganisationen setzten sich keineswegs ausschließlich aus Arbeiterschichten zusammen; in ihnen waren auch zahlreiche Angehörige der Mittelschichten, Freiberufler und Intellektuelle vertreten, ganz zu schweigen von der Rolle der Studentenbewegung, der peripheren Nationalismen und der Kirche in der Oppositionsbewegung. Zum dritten war die Mobilisierungsfähigkeit der antifranquistischen Opposition viel begrenzter, als die Propagandarhetik ihrer Organisationen es vermuten ließ. Schließlich hält auch die These von der Mäßigung und Einbindung des Arbeiterprotests durch die Moncloa-Pakte der Prüfung nicht stand. Die Streiks nahmen nämlich später noch zu, in den achtziger Jahren übertraf ihre Zahl stets die des Spätfranquismus.

## 2. Die funktionalistische Interpretation:

### *Demokratie als Folge der Modernisierung*

Dieser Deutung zufolge war der eigentliche Agent der politischen Demokratisierung die vorhergehende wirtschaftliche Modernisierung. Die ökonomische Entwicklung der sechziger Jahre hatte eine agrarische zu einer städtischen Gesellschaft werden lassen, es waren breite Mittelschichten entstanden, eine Bildungskampagne hatte die ganze Gesellschaft erfaßt; die Demokratie wurde schließlich eingeführt, als sei sie eine reife Frucht, die nur noch gepflückt werden mußte.

Die sozialen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen der zweiten Phase des Franquismus haben zweifellos Bedingungen geschaffen, die die Transition

<sup>7</sup> Vgl. Walther L. Bernecker, Gewerkschaftsbewegung und Arbeitsbeziehungen, in: Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975–1982, hrsg. von ders. und Carlos Collado Seidel, München 1993, S. 44–68, hier S. 57.

ganz wesentlich erleichterten. Aber von einem Automatismus im Übergang zur Demokratie kann man nicht sprechen, schon gar nicht, was die Art des Übergangs betrifft. Hier möge der Verweis auf das Baskenland genügen, das unter Zugrundelegung sozio-ökonomischer Indikatoren eine der modernsten Regionen Spaniens darstellt, wo aber die Transition am schlechtesten funktioniert hat. Der Modernisierungstheorie zufolge hätten die Hauptrolle im Übergangsprozeß die gemäßigten Mittelschichten spielen müssen, die aber im spanischen Fall in dieser Eindeutigkeit gar nicht auszumachen sind.

### 3. *Die subjektive Interpretation: psychologisch-kulturelle Gründe und die Theorie des Führertums*

Diese Interpretation hebt besonders auf einzelne Personen ab, denen der Erfolg des Demokratisierungsprozesses geschuldet sei. Vor allem werden hier König Juan Carlos und Ministerpräsident Adolfo Suárez genannt, deren Verhandlungsgeschick und deren mutige Entscheidungen in brenzligen Situationen besonders gewürdigt werden. Dieser in liberal-konservativen Kreisen beliebten Interpretation muß einschränkend entgegengehalten werden, daß Geschick und Augenmaß allen Akteuren zuzusprechen sind, insbesondere auch den Oppositionsführern. Außerdem legten etwa auch die Wirtschafts- oder Verwaltungseliten eine große Portion Mäßigung an den Tag – ein Verhalten, das seine Ursachen in intensiven Kontakten zu Europa, dem erreichten Lebensstandard und nicht zuletzt dem Trauma des Bürgerkrieges gehabt haben dürfte.

### 4. *Eine politisch-strukturelle Interpretation: Schwäche der Akteure, Stärke des Staates*

Im Grunde genommen kann man nicht nur von der Schwäche und Fragilität der Opposition sprechen; sämtliche Akteure, auch das Regime, waren schwach. Der Tod Francos hatte unter seinen Gefolgsleuten Zwietracht und Ungewißheit über die politische Zukunft zurückgelassen. Das dahinsiechende Regime verfügte über kein politisches Zukunftsprojekt, konnte außerdem in seinen eigenen Reihen keine Disziplin herstellen. Seit längerem schon war der Franquismus nicht in der Lage gewesen, den neuen Konflikten mit der Arbeiterschaft, den Studenten und peripheren Nationalismen angemessen zu begegnen. Seine Legitimität war ernsthaft beschädigt.

Dieser relativen Schwäche des Regimes muß die seit Jahrzehnten gewachsene Stärke des Staates gegenübergestellt werden: Die Verwaltung war ausgebaut worden, Polizei und Streitkräfte funktionierten besser als in früheren Phasen der spanischen Geschichte. Die öffentlichen Dienste wiesen zwar zahlreiche Mängel auf, bestimmten aber den Alltag der meisten Spanier (Gesundheitswesen, Sozialversicherung, öffentliche Erziehung, Sozialwohnungen, Straßennetz, Steuersystem). Diese Stärke des Staatsapparats bedingte auch dessen Stabilität. Der Systemwechsel war zwar radikal, eine Staatskrise aber blieb aus. Es gab weder Säuberungen, noch eine gesetzgeberische Leere und auch keinen legalen Bruch. Ganz im Gegenteil: Die Veränderungen wurden in starkem Maße von reformistischen Vertretern des alten Systems vorangetrieben.

Es kam somit in Spanien zu einem Regimewechsel, ohne daß es eine Staatskrise gegeben hätte. Dies ist auf die Stärke der Verwaltungsstrukturen beim Tode Francos zurückzuführen, die die Schwäche des Regimes kompensierte. Diese Stärke führte zur Mäßigung der Opposition und zwang die Erben des Franquismus, den angebotenen politischen Kompromiß zu akzeptieren.

Wenn die Regimeschwäche und die Staatsstärke noch mit der internationalen Konjunktur in Verbindung gebracht werden, erklärt sich daraus der Charakter des spanischen Übergangsprozesses. Unter „internationaler Konjunktur“ sind jene Faktoren zu verstehen, die von außen mäßigend auf die spanischen Akteure einwirkten: die Wirtschaftsrezession seit 1973, die zur Dämpfung der Forderungen anhielt; der portugiesische und der griechische Regimewandel von 1974, die die Gefahren einer Radikalisierung vor Augen geführt hatten; der Einfluß der Sozialistischen Internationale auf die noch marxistisch ausgerichteten spanischen Sozialisten; während des Transitionsprozesses die ersten Anzeichen einer Krise des kommunistischen Systems in Danzig 1979.

### **Differierende Deutungen des Bürgerkriegs und des Franquismus**

Die unterschiedlichen Interpretationen der Transition verweisen auf differierende Deutungen des Bürgerkriegs und des Franquismus. Erwähnt seien nur zwei Interpretationen des Bürgerkrieges und der aus ihm hervorgegangenen franquistischen Diktatur, die sich im Diskurs der konservativen Kreise des Landes durchgesetzt haben, und zwar als Folge des deutlichen Übergewichts, das diese konservativen Kräfte während der Transition ausübten, und der Schwäche der Linken in diesem Prozeß, die wiederum auf die enorme Repression während der Diktatur zurückzuführen war<sup>8</sup>.

Die eine Deutung geht davon aus, daß die militärische Erhebung und die Diktatur notwendig gewesen seien, um die Ordnung wiederherzustellen und die durch die Republik geschaffene chaotische Situation zu korrigieren. Die Repression sei zwar mitunter allzu hart gewesen, und die Diktatur habe zu lange gewährt; diese Schönheitsfehler schmälerten aber nicht die insgesamt positive Funktion der Diktatur. Diese Deutung hat vor allem in der konservativen Klasse Spaniens viele Anhänger, was unter anderem darin zum Ausdruck kommt, daß die Volkspartei sich lange geweigert hat, den Staatsstreich von 1936 und das franquistische Regime zu verurteilen und Denkmäler der Diktatur von öffentlichen Plätzen zu entfernen. Die vom König instaurierte Demokratie, so heißt es in dieser Deutung weiter – einem wohlgerneht von Franco eingesetzten König –, bedeutete die Öffnung der bis dahin der Rechten vorbehaltenen staatlichen Institutionen für die Linke sowie für die baskischen und die katalanischen Nationalisten. Deutlich wird dies etwa in der Warnung, die Ministerpräsident Adolfo Suárez dem von ihm vorläufig als Ministerpräsident Kataloniens wieder eingesetzten Josep Tarradellas im Juni 1977

<sup>8</sup> Zur Rolle des Bürgerkrieges im Übergang zur Demokratie vgl. Paloma Fernández Aguilar, *Memory and Amnesia. The Role of the Spanish Civil War in the Transition to Democracy*, New York 2002.

gegenüber aussprach: „Sie waren der Chef einer katalanischen Regionalregierung, die den Bürgerkrieg verloren hat.“<sup>9</sup> Die Integration der Unterlegenen in die staatlichen Institutionen mußte diesen Tatsachen Rechnung tragen.

Die zweite Deutung wird vor allem in zentristischen Kreisen favorisiert. Hier betrachtet man den Bürgerkrieg als Kampf zwischen den zwei Spanien, in dem es auf beiden Seiten zu großen Grausamkeiten gekommen sei und der deswegen möglichst schnell vergessen werden sollte. Dieser Version entsprechend waren beide Lager zu etwa gleichen Teilen für die Schrecken des Bürgerkrieges verantwortlich. Die Verabschiedung der Verfassung von 1978 habe aber das Ende der zwei Spanien zur Folge gehabt. Einige Autoren, die dieser Interpretationsrichtung angehören, räumen zwar ein, daß die Verlierer physisch und historisch-moralisch mißhandelt worden seien und rehabilitiert werden müßten. Das sollte auch in der Erinnerungskultur zum Tragen kommen, denn das verordnete Verschweigen habe eine Ungerechtigkeit den Verlierern gegenüber bedeutet.

Letztlich lassen beide Deutungen das Übergewicht konservativer Positionen in dieser gesellschaftlichen Debatte erkennen. Es läßt sich nämlich kaum belegen, daß im Bürgerkrieg die eine Hälfte Spaniens gegen die andere gekämpft habe; es stand vielmehr, zumindest anfangs, eine Minderheit gegen eine deutliche Mehrheit. Um sich nach dem Krieg an der Macht halten zu können, mußten die Sieger daher auch auf eine in der spanischen Geschichte beispiellose Repression zurückgreifen, die in abgeschwächter Form bis zum Ende der Diktatur aufrechterhalten wurde. Der heutige Rechtsstaat Spanien müßte, dies haben in den letzten Jahren viele gesellschaftliche Gruppen gefordert, den franquistischen Unrechtsstaat klar verurteilen – nicht als Revancheakt, sondern als symbolische Rehabilitierung der Opfer. Daß dies erst neuerdings in verklausulierter Form geschehen ist, verweist erneut auf den Kompromißcharakter des Übergangsprozesses und die selbst auferlegte Zurückhaltung aller politischen Akteure in der Transition.

### **Amnestie und Amnesie**

Eine umfassende gesellschaftlich-politische Aufarbeitung der franquistischen Vergangenheit hat in Spanien nicht stattgefunden. Dies dürfte auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein. Großen Anteil hatten die Unterdrückungsmechanismen der auf den Bürgerkrieg folgenden Diktatur, die die Mehrzahl der Verlierer juristisch und vor allem sozialökonomisch diskriminierte. Fast ebenso nachhaltig wirkte der während des Franquismus praktizierte Umgang mit der Vergangenheit, der die öffentliche Erinnerung auf die drastisch verzerrte Version des Bürgerkrieges als antikommunistischen „Kreuzzug“ verpflichtete. Den Gefallenen der siegreichen Rebellenseite huldigte das Regime mit einem landesweiten Totenkult, der sich in zahllosen Namenstafeln und Denkmälern manifestierte, während die mit dem Stigma des „Anti-Spanien“ versehenen Verlierer symbolisch aus der

<sup>9</sup> Zit. nach Vicenç Navarro, *Consecuencias de la transición inmodélica*, in: *El País* vom 8. 1. 2003, S. 13. Die Zusammenfassung der beiden Bürgerkriegsinterpretationen folgt der Argumentation dieses Aufsatzes.

Nationalgemeinschaft ausgeschlossen wurden. Auf diese Weise wurde das Trauma der Niederlage auch auf die nachfolgenden Generationen übertragen und die latente Spaltung der Gesellschaft in Sieger und Besiegte wachgehalten.

Inwieweit dem bewußten „Vergessen“ ein politischer Konsens zugrunde lag, ist schwer abzuschätzen. Tatsache ist aber, daß in den auf Francos Tod folgenden Jahren gerade die politischen Eliten gleich welcher Couleur in dieser Frage eine auffällige Zurückhaltung an den Tag legten. Als symptomatisch kann hier der Kommentar des sozialistischen Regierungschefs Felipe González anläßlich des fünfzigsten Jahrestages des Kriegsausbruches im Juli 1986 gelten. Wohl auch aus Rücksicht auf die Wähler der politischen Mitte, deren Stimmen er in den bevorstehenden Parlamentswahlen brauchte, erklärte der Regierungschef, daß der Bürgerkrieg als historisches Ereignis nicht erinnerungswürdig sei und in der Lebensrealität Spaniens keinen Ort haben dürfe<sup>10</sup>. Ein weiteres Indiz für die Absicht, die „Geister der Vergangenheit“ aus der Politik zu verbannen, findet sich im Umgang mit der öffentlichen Symbolik des alten Regimes. Nur sehr langsam verschwanden die Insignien der „Bewegung“ und die Herrschaftszeichen der Diktatur aus dem öffentlichen Raum. Straßen, deren Namen sich auf Mitglieder des Militäraufstands bezogen, wurden nur dann um- bzw. zurückbenannt, wenn sie bereits vor Ausbruch des Bürgerkrieges existiert hatten. Die letzten Pesetenstücke mit dem Konterfei des Diktators wurden erst in den neunziger Jahren endgültig aus dem Verkehr gezogen, während in Santander und Madrid bis heute Reiterdenkmäler des *Caudillo* zu sehen sind<sup>11</sup>.

Bis vor kurzem war die Amnestie, die zu Beginn der Transition verkündet wurde, mit einer verordneten Amnesie verbunden, die ebenfalls die gesellschaftliche Aufarbeitung verhinderte. Kritiker sehen darin eines der größten Defizite der Transition, das der politischen Kultur des Landes erheblichen Schaden zugefügt habe. Die beiden Amnestiegesetze vom Juli 1976 und Oktober 1977 stellten eine wichtige Voraussetzung dafür dar, daß die Kräfte des alten Regimes mit den neuen Oppositionsparteien die Rückkehr zu einem demokratischen Rechtsstaat vorbereiten konnten. Während das erste Amnestiegesetz eine Geste der Versöhnung sein sollte und sich auf die Häftlinge des Regimes bezog, schloß die Amnestie von 1977 auch die Funktionselementen des Franquismus – und insbesondere den Polizeiapparat – mit ein und garantierte ihnen Schutz vor der strafrechtlichen Verfolgung der während der Diktatur begangenen Verbrechen<sup>12</sup>. Der Staat schuf somit einen für manche

<sup>10</sup> Vgl. hierzu Walther L. Bernecker, *De la diferencia a la indiferencia. La sociedad española y la guerra civil (1936/39–1986/89)*, in: Francisco López-Casero/Walther L. Bernecker/Peter Waldmann (Hrsg.), *El precio de la modernización*, Frankfurt a. M. 1994, S. 63–79.

<sup>11</sup> Auch in der galicischen Stadt El Ferrol, dem Geburtsort des Diktators, wurde eine Reiterstatue erst Anfang Juli 2002 auf Anweisung der Gemeinderegierung entfernt. Zu den materiellen und mentalen Relikten der Franco-Diktatur vgl. Fernando Jáuregui/Manuel Ángel Menéndez, *Lo que nos queda de Franco. Símbolos, personajes, leyes y costumbres, veinte años después*, Madrid 1995.

<sup>12</sup> Vgl. Paloma Aguilar Fernández, *La amnesia y la memoria: las movilizaciones por la amnistía en la transición a la democracia*, in: Rafael Cruz/Manuel Pérez Ledesma (Hrsg.), *Cultura y movilización en la España contemporánea*, Madrid 1997, S. 327–357, und Joaquín Ruiz Gimé-

Betroffene schmerzlichen Ausgleich zwischen den Erben der beiden Bürgerkriegsparteien und signalisierte so den Wunsch nach einem gesellschaftlichen Neubeginn jenseits der Erfahrungen des Bürgerkrieges. Versöhnung – *reconciliación* – wurde zu einem der Schlagworte des Augenblicks, doch diese schien nur dann gelingen zu können, wenn man die Erinnerung an die ungesühnten Verbrechen aus rund 40 Jahren Geschichte bewußt ausblendete. Der traurige „Preis der Transition“, wie es Gregorio Morán formuliert hat, bestand so in einem Pakt des Vergessens, der eine ungeschriebene Verpflichtung zur kollektiven Amnesie gegenüber den dunkelsten Kapiteln der Vergangenheit enthielt<sup>13</sup>. Historiker haben zwar die repressiven Aspekte des Franquismus hervorgehoben, auf Tagungen werden diese inzwischen auch vielfach diskutiert. Die Verbreitung der Ergebnisse dieser Debatte läßt aber sehr zu wünschen übrig, was nicht zuletzt an den Massenmedien – und hier vor allem an dem stark von der Regierung kontrollierten Fernsehen – liegt, die diese Themen ausgesprochen zurückhaltend behandelt haben<sup>14</sup>.

Demokratie und Rechtsstaat dürften heute in Spanien fest etabliert sein. Bedenken kann man jedoch hinsichtlich des Niveaus der demokratischen Kultur haben. Im Herbst 2002 vertraten knapp 37 Prozent der spanischen Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren in einer demoskopischen Umfrage die Meinung, in gewissen Situationen bedürfe es einer Diktatur; im übrigen seien Diktatur und Demokratie gleichwertig, wenn sie nur Ordnung und Fortschritt sicherstellten. Die Garantie von Ordnung und Fortschritt war viele Jahre lang das wichtigste Legitimationsargument des Franquismus gewesen, als in der desarrollistischen Phase des Regimes die Legitimation qua Siegerrecht nicht mehr ausreichte.

Als weiteren Indikator für die Imperfektion der Transition führen ihre Kritiker die Behandlung der Familien an, deren Angehörige auf republikanischer Seite gekämpft hatten und dann verschwunden waren. Während die franquistische Seite sofort nach dem Bürgerkrieg ihre Toten identifizieren und ehrenhaft bestatten konnte, ist dies den Republikanern bis heute verwehrt geblieben. Weit über 30.000 Republikaner liegen noch immer in anonymen Massengräbern und konnten noch nicht in die Obhut ihrer Familien überführt werden, obwohl diese sich seit 25 Jahren mit Anträgen an die demokratischen Regierungen darum bemüht hatten. Erst im Jahr 2002, nachdem die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eingeschaltet worden war, kam Bewegung in diese Frage; erste Leichen wurden exhumiert und umgebettet. Ende 2002 hat das spanische Parlament dann endlich eine Resolution verabschiedet, die die Regierung auffor-

---

nez, *El camino hacia la democracia. Escritos en 'Cuadernos para el diálogo'* (1936–1976), Madrid 1985.

<sup>13</sup> So findet sich bereits in der Präambel des Amnestiegesetzes von 1976 eine deutliche Aufforderung an die Gesellschaft, das „diskriminierende Erbe der Vergangenheit“ zu vergessen. Vgl. Paloma Aguilar Fernández, *La amnistía y la memoria histórica de la Guerra Civil en la Transición*, in: Javier Tusell u. a. (Hrsg.), *Historia de la transición y consolidación democrática en España* (1975–1986), Bd. 1, Madrid 1995, S. 3–13. Siehe außerdem Morán, *El precio de la transición*.

<sup>14</sup> Zum heutigen Stand der Erinnerungskultur sowie zum „Vergessen“ des Bürgerkriegs und der franquistischen Repression vgl. Arcángel Bedmar González (Hrsg.), *Memoria y olvido sobre la Guerra Civil y la represión franquista*, Lucena 2003.

derte, die Suchaktionen auch finanziell zu unterstützen und die Opfer des Franquismus als solche anzuerkennen. Die konservative Volkspartei konnte dabei abermals verhindern, daß der Putsch von 1936 explizit verurteilt wurde; außerdem, heißt es in der Resolution, dürfe die Anerkennung der Opfer nicht dazu benutzt werden, alte Wunden wieder aufzureißen. Eine Anklage gegen die Putschisten um Franco durfte somit nicht erhoben werden.

Es dürfte klar sein, daß die fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf den Kompromißcharakter der Transition zurückzuführen ist. Nach 1975 kam es zu keinem Bruch; daher konnte der Antifranquismus auch nicht – wie etwa die *Resistenza* in Italien – zum Gründungsmythos der neuen spanischen Demokratie werden.

### Erinnerung an Bürgerkrieg und Repression

In puncto Repression stellte das Ende des Bürgerkrieges keine Zäsur dar; vielmehr haben neuere Studien gerade für dieses Gebiet eine beträchtliche Kontinuität von der ersten Nachkriegsphase bis weit in die vierziger Jahre hinein herausgearbeitet. Zuvor war die massive Nachkriegsrepression von der spanischen Geschichtswissenschaft kaum thematisiert worden. Parallel zur parlamentarischen Verurteilung des Francoregimes am 20. November 2002 häuften sich aber die Studien, in denen detailliert und quellengesättigt die ungeheuerliche Repression der Nachkriegszeit dargestellt wird<sup>15</sup>.

Ins Zentrum des Interesses rückten dabei schnell die franquistischen Konzentrationslager, die bereits im Dezember 1936 geschaffen wurden. In ihnen sollten hunderttausende republikanische Häftlinge umerzogen werden und dann Verwendung als Quasi-Sklaven beim Aufbau des „Neuen Staates“ finden<sup>16</sup>. Die Bürokratie des Regimes hat gewaltige Mengen an Dokumenten produziert, die eindeutig zeigen, daß physische und moralische Gewalt zu den Hauptcharakteristika des „Neuen Staates“ gehörten, die unerbittlich gegenüber den militärisch Unterlegenen und später den politischen Gegnern eingesetzt wurden<sup>17</sup>. Die franquistischen Konzentrationslager waren keine Vernichtungslager; sie waren geprägt von Kasernengeist und Klerikalmentalität und sollten politische und ökonomische Funktionen erfüllen. Vor allem ging es um Ausmerzungen, Liquidierung, Reini-

<sup>15</sup> Vgl. Julián Chaves Palacios, *La historiografía reciente sobre la Guerra Civil de 1936–1939 en los umbrales del nuevo milenio*, in: *Anales de Historia Contemporánea* 16 (2000), S. 409–430 (dort eine nahezu erschöpfende Auflistung sämtlicher Territorialstudien zur Repression im Spanien der Nachkriegszeit). Vgl. auch die Sammelrezensionen von Ángeles Egido, *Memoria y represión*, in: *Historia del Presente* 2 (2003), S. 139–147, und Javier Rodrigo Sánchez, *Prisioneros de guerra y campos de concentración*, in: *Pasado y Memoria. Revista de Historia Contemporánea* (2003), Heft 2, S. 295–306.

<sup>16</sup> Vgl. Javier Rodrigo, *Los campos de concentración franquistas*, Madrid 2003.

<sup>17</sup> Vgl. die detaillierten Ergebnisse des Sammelbandes von Carme Molinero/Margarita Sala y Sobrequés (Hrsg.), *Una inmensa prisión. Los campos de concentración y las prisiones durante la guerra civil y el franquismo*, Barcelona 2003, und Emilio Silva/Santiago Macías, *Los republicanos que el dictador dejó en las cunetas. Las fosas de Franco*, Madrid 2003.

gung – so die Terminologie der Zeit – und um die Erlösung von der Sünde, vom rechten Weg abgekommen zu sein, durch Arbeit.

Zu den Opfern des Franquismus zählten auch zahlreiche Frauen und ihre Kinder, gegen die sich die Repression nicht weniger gewalttätig wandte<sup>18</sup>. Die „verlorenen Kinder des Franquismus“ – so ein Buchtitel – mußten ohne ihre Eltern aufwachsen, die im Krieg gefallen waren. Vielen Kindern von Republikanern raubte man außerdem ihre Identität. Ungefähr 12.000 Kinder wurden ihren inhaftierten Müttern weggenommen, in katholische Internate gesteckt und dort „umerzogen“, ehe sie von Militärs und strammen Franquisten adoptiert wurden. Der Militärpsychiater Vallejo Nágera hat für diese „Säuberung der hispanischen Rasse“ eine eigene „Theorie“ entworfen, in der er den Marxismus „empirisch“ als Geisteskrankheit definierte<sup>19</sup>.

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die auch nach 1975 weitgehend verdrängte Erinnerung an die zahllosen Opfer von Bürgerkrieg und Diktatur nun in die Öffentlichkeit zurückkehrt<sup>20</sup>. Besonders umstritten ist dabei die Frage, ob jener sprichwörtliche „Pakt des Schweigens“ auf kollektiver Einsicht beruhte oder von den in der Transition herrschenden politischen Eliten schlicht oktroyiert wurde. Gegen die kritischen Interpretationen behauptet der Madrider Historiker Santos Juliá, daß die historische Erinnerung lediglich aus der Politik, jedoch keineswegs aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt worden sei. Der „Konsens des Schweigens“ sei der weisen Absicht gefolgt, die Geschichte aus dem politischen Meinungsstreit herauszuhalten, und er habe zugleich den Weg für eine nüchterne Aufarbeitung durch die Fachhistorie geöffnet<sup>21</sup>. Dagegen beklagt der Politikwissenschaftler Vicenç Navarro das Fehlen einer offiziellen Erinnerungskultur und einer kritischen Geschichtsbildung in der Bevölkerung, die letztlich auch eine potentielle Gefahr für die Legitimität der Demokratie darstellte. Darüber hinaus wendet Navarro sich gegen die allgemeine Tendenz zu einer Gleichsetzung von Tätern und Opfern, wobei in fragwürdiger Absicht die These vertreten wurde, im Bürgerkrieg hätten beide Seiten für ein besseres Spanien gekämpft<sup>22</sup>.

Parallel zum Streit um die offizielle Geschichtspolitik mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Erinnerung an die Opfer von Bürgerkrieg und Diktatur schließlich doch zum Thema einer breiteren Öffentlichkeit wird. So feierten in

<sup>18</sup> Vgl. Ricard Vinyes, *Irredentas. Las presas políticas y sus hijos en las cárceles franquistas*, Madrid 2002.

<sup>19</sup> Vgl. Ulrich Meister, *Späte Sezierung des Franquismus*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 4./5. 1. 2003, S. 4.

<sup>20</sup> Vgl. etwa Teresa M. Vilarós, *El mono del desencanto*, Madrid 1998; Joan Ramon Resina (Hrsg.), *Disremembering the Dictatorship. The Politics of Memory in the Spanish Transition to Democracy*, Amsterdam 2000; Alberto Medina Domínguez, *Exorcismos de la historia. Políticas y poéticas de la melancolía en la España de la transición*, Madrid 2001. Vgl. auch Eduardo Subirats, *Después de la lluvia: Sobre la ambigua modernidad española*, Madrid 1993.

<sup>21</sup> Santos Juliá, *Raíces y legados de la transición*, in: Ders./Pradera/Prieto (Hrsg.), *Memoria de la transición*, S. 679–682, und ders., *Acuerdo sobre el pasado*, in: *El País* vom 24. 11. 2002.

<sup>22</sup> Vgl. Vicenç Navarro, *Bienestar insuficiente, democracia incompleta. Sobre lo que no se habla en nuestro país*, Barcelona 2002, sowie ders., *Consecuencias de la transición*, in: *El País* vom 8. 1. 2003.

den vergangenen Jahren mehrere literarische Werke, die ganz zentral die Erinnerung an den Bürgerkrieg thematisieren, große Publikumserfolge. Darüber hinaus wurde im Herbst 2002 in Madrid eine Ausstellung eröffnet, die dem Schicksal der republikanischen Exilanten gewidmet war und die aufgrund des großen Andrangs verlängert werden mußte. Von der Tagespresse aufmerksam verfolgt, ist außerdem die Frage der franquistischen Repression zum Thema von Fachtagungen und wissenschaftlichen Publikationen avanciert. Neue Archivalien erlaubten dabei die Aufdeckung einer erschreckenden Systematik des staatlichen Repressionsapparates, der bis Anfang der vierziger Jahre schätzungsweise 150.000 Todesopfer forderte und Hunderttausende von Republikanern in über hundert Arbeitslagern ausbeutete<sup>23</sup>.

Besondere Aufmerksamkeit widmete man schließlich den „Verschwundenen“ des Bürgerkrieges, die in den ersten Kriegswochen von den Aufständischen mehr oder weniger systematisch ermordet worden waren; unter ihnen befand sich auch der prominente Schriftsteller Federico García Lorca. Bereits 1995 – somit noch in der Regierungszeit der Sozialisten – hatte das Verteidigungsministerium ein Abkommen mit der deutschen „Stiftung Volksbund“ geschlossen, das darauf zielte, die sterblichen Überreste der rund 4.500 spanischen Soldaten auf dem Friedhof Pankovka zu bestatten, die als Mitglieder der Blauen Division im Kampf um Leningrad gefallen waren. Da die deutsche Seite den größeren Teil der Finanzlast übernahm, mußte die spanische Regierung bis Frühjahr 2003 nur rund 130.000 Euro beisteuern; zwischenzeitlich konnten knapp 1.200 Leichen umgebettet werden. Seither wurde der Ruf laut, nun auch die schätzungsweise 30.000 republikanischen „Verschwundenen“ ähnlich zu behandeln. Der bis 2004 mit absoluter Mehrheit regierende konservative *Partido Popular* erwies sich in dieser Hinsicht jedoch als treuer Hüter des franquistischen Erbes und weigerte sich, den Militärputsch öffentlich zu verurteilen und die finanziellen Lasten der Exhumierungen zu tragen<sup>24</sup>. Im November 2002 verurteilte das spanische Parlament zwar einstimmig die franquistische Diktatur, und es versprach jenen Familien finanzielle Unterstützung, die eine Öffnung der anonymen Massengräber und eine Umbettung ihrer Verwandten wünschten; in der Folge weigerte sich die Regierung allerdings, die beantragten Mittel zu gewähren.

<sup>23</sup> Zu diesen Ergebnissen gelangte eine Tagung, die im Oktober 2002 im Museum für die Geschichte Kataloniens in Barcelona stattfand. Vgl. *El País* vom 21. 10. 2002. Vgl. außerdem Santos Juliá (Hrsg.), *Víctimas de la guerra civil*, Madrid 1999; Carlos Elordi (Hrsg.), *Los años difíciles. El testimonio de los protagonistas anónimos de la guerra civil y la posguerra*, Madrid 2002; Rafael Torres, *Víctimas de la victoria*, Madrid 2002; ders., *Desaparecidos de la guerra civil de España. 1936–1939*, Madrid 2002; Julián Casanova (Hrsg.), *Morir, matar, sobrevivir. La violencia en la dictadura de Franco*, Barcelona 2002; Rodolfo Serrano/Daniel Serrano, *Toda España era una cárcel. Memoria de los presos del franquismo*, Madrid 2002.

<sup>24</sup> Im Februar 2002 etwa überstimmte der *Partido Popular* eine Gesetzesinitiative aller übrigen parlamentarischen Fraktionen, die vorsah, die Opfer des Franquismus zu rehabilitieren und ökonomisch zu entschädigen. Und als die Linkspartei *Izquierda Unida* im Oktober 2002 einen Antrag auf Anerkennung der franquistischen Zwangsarbeiter (*esclavos del franquismo*) präsentierte, stimmte die „Volkspartei“ zwar zu, lehnte jedoch erneut eine ökonomische Entschädigung ab. Vgl. *Europa Press* vom 19. 2. 2002 und *El País* vom 25. 10. 2002.

Angesichts der Untätigkeit der Regierung schritt im Herbst 2000 eine Bürgerinitiative in der nordkastilischen Ortschaft Priaranza del Bierzo selbst zur Tat und führte – von mehreren professionellen Archäologen unterstützt – die Exhumierung der Leichname von 13 „Verschwundenen“ des Bürgerkrieges durch. Das große öffentliche Echo auf die Exhumierungen in Kastilien-León hatte die Gründung des „Vereins zur Rückgewinnung der historischen Erinnerung“ (*Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica*) ARMH sowie einiger ähnlicher Vereinigungen mit Internet-Präsenz zur Folge<sup>25</sup>. Die *Asociación* wurde von dem Journalisten Emilio Silva gegründet, der nach seinem verschollenen Großvater suchte. Seither kämpft der Verein um die landesweite Aufklärung von politischen Morden und Massenhinrichtungen, die die Aufständischen während des Bürgerkrieges zu verantworten hatten. Angesichts der großen Zahl nicht identifizierter Toter fehlen dem Verein jedoch die für die Exhumierungen erforderlichen Mittel.

Da sich die spanische Gesellschaft die unterdrückte Erinnerung an die Opfer und Verlierer des Bürgerkrieges selbst aneignet, könnte daraus sogar ein parteiübergreifender Konsens resultieren. Dabei signalisieren die verschiedenen Bemühungen zur Wiedergewinnung einer verbotenen bzw. bewußt verdrängten Vergangenheit zugleich einen entscheidenden Schritt in Richtung auf eine „Normalisierung“ des historischen Bewußtseins, das lange gespalten gewesen war. Mit einer Verspätung von mehr als 60 Jahren zeichnet sich so auch im Hinblick auf das schwerste Trauma der jüngsten spanischen Geschichte eine öffentliche „Bewältigung“ ab, die für die betroffenen Generationen allerdings zu spät kommen dürfte.

Mit der geradezu buchstäblichen „Entdeckung“ jener Verbrechen, die im Namen des franquistischen Staates seit Ausbruch des Bürgerkrieges begangen wurden, beginnt nun die öffentliche Konfrontation mit einer Vergangenheit, die aus Sicht der Fachhistorie schon seit längerem kaum noch Geheimnisse barg. Die breite Öffentlichkeit indes betritt nun Neuland, das lange Zeit bewußt gemieden worden war. Bedeutsam ist dieser Vorgang wohl weniger für die allgemeine Öffentlichkeit als für Familien und Individuen. Zwar steht die juristische Ahndung der unter der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen auch jetzt nicht auf der Tagesordnung. Folgt man jedoch den Stimmen derjenigen, die den unaufgeklärten Verlust eines Angehörigen zu beklagen haben, so geht es heute weniger um Ahndung oder Vergeltung als um Aufklärung und Symbolik. Viele Betroffene begnügen sich mit der öffentlichen Anerkennung des geschehenen Unrechts durch den demokratischen Staat; das ist ihnen Geste genug, um mit der jüngsten Vergangenheit ihren Frieden zu schließen<sup>26</sup>.

War eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit bis vor kurzem nicht Thema für eine breitere Öffentlichkeit, so existierten doch stets Rand- und Teilöffentlichkeiten, in denen die Erinnerung an Krieg und Diktatur durchaus präsent war. An erster Stelle ist hier neben dem Spielfilm die Literatur

<sup>25</sup> Vgl. hierzu die Seiten der ARMH <http://www.geocities.com/priaranza36/> sowie der Vereinigung *despage* <http://www.nodo50.org/despage/>.

<sup>26</sup> Dies zumindest zeigten die Beisetzungsfeiern in Valdestillas (Kastilien-León) im November 2002. Vgl. *El País* vom 23. 11. 2002 und *Süddeutsche Zeitung* vom 26. 11. 2002.

zu nennen, die schon lange vor dem Ende der Diktatur den offiziellen Propagandadiskursen subversive Alternativbilder der spanischen Realität entgegengestellt hat<sup>27</sup>. Nach 1975 etablierten sich dann Bürgerkrieg und Franquismus in der Literatur sehr schnell als „Orte der Erinnerung“. Neben vielen anderen sei insbesondere auf die Werke Manuel Vázquez Montalbán, Antonio Muñoz Molina, Rafael Chirbes, Manuel Rivas, Juan Manuel de Prada und neuerdings Andrés Trapiello, Dulce Chacón sowie Javier Cercas verwiesen<sup>28</sup>. Einige davon sind inzwischen auch erfolgreich verfilmt worden<sup>29</sup>.

Eine vergleichbare Wirkung hatten auch historische Ausstellungen und Dokumentarfilme über die politische Repression, das Exil und den Widerstand der *maquis*, und das neu erwachte fachhistorische Interesse hat dem Thema der Vergangenheitsbewältigung letztlich eine breitere Repräsentation in der Öffentlichkeit als jemals zuvor verschafft.

### Zur Neu-Interpretation der spanischen Geschichte

Der Übergang in die Demokratie hatte eine weitere Folge, die sowohl die führenden Politiker und schließlich auch zahlreiche spanische Historiker betraf. Da die Demokratie einer historischen Ableitung bedurfte, wurde das unter spanischen Historikern weit verbreitete „Paradigma des Scheiterns“, die Sonderwegsthese des Ausnahmecharakters der Entwicklung Spaniens in die Moderne, aufgegeben und durch ein „Paradigma der Normalität“ ersetzt, demzufolge Spanien keinen historischen Sonderfall negativer Art darstelle, sondern schon immer eine Variante des gemeineuropäischen Modernisierungsprozesses gewesen sei.

Damit entstand ein Bild Spaniens, das die eigene Geschichte in einem versöhnlichen Licht zeigt. Viele Historiker betonen heute vor allem die „Normalität“ des

<sup>27</sup> Vgl. hierzu etwa David Herzberger, *Narrating the Past. Fiction and Historiography in Postwar Spain*, Durham 1995. Zum Spielfilm über Bürgerkrieg und Diktatur im spanischen Kino und Fernsehen nach 1975 vgl. den gut dokumentierten Beitrag von David Rey, *Die Franco-Ära in der medialen Geschichtskultur Spaniens. Bürgerkrieg und Diktatur in Kino und Fernsehen seit 1975*, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte*, Bd. 4, 2003, S. 113–160.

<sup>28</sup> Vgl. (eine knappe Auswahl) Antonio Muñoz Molina, *Beatus Ille*, Madrid 1985; ders., *Sefarad. Novela de novelas*, Madrid 2001; Fernando Díaz-Plaja, *El desfile de la victoria*, Madrid 1976; Jesús Torbado, *En el día de hoy*, Barcelona 1979; Manuel Vázquez Montalbán, *El pianista*, Barcelona 1985; Rafael Chirbes, *La Larga Marcha*, Barcelona 1996; Juan Manuel de Prada, *Las máscaras del héroe*, Madrid 1996; Manuel Rivas, *El lápiz del carpintero*, Madrid 1998; ders., *¿Qué me quiere amor?*, Madrid 1996; Andrés Trapiello, *La noche de los cuatro caminos. Una historia del maquis*, Madrid 1945, Madrid 2001; Javier Cercas, *Soldados de Salamina*, Barcelona 2001; Dulce Chacón, *La voz dormida*, Madrid 2002; Jesús Ferrero, *Las trece rosas*, Madrid 2003. Zur romanhaften Verarbeitung der Transición vgl. Juan Luis Cebrián, *Francomoribundia*, Madrid 2003.

<sup>29</sup> Z.B. *Soldados de Salamina* (2002), unter der Regie von David Trueba. Das Buch zur Entstehung des Films: Javier Cercas/David Trueba, *Diálogos de Salamina, un paseo por el cine y la literatura*, Madrid 2002. Vgl. auch den Film von Montxo Armendáriz, *Silencio roto* (2001) über die Guerrilla in der Nachkriegszeit und den Dokumentarfilm (Produzent: Montxo Armendáriz; Regie: Javier Corcuera) *La guerrilla de la memoria* (2002) mit Interviews von Überlebenden des *maquis*. Vergleichbar in der Anlage (Gespräche mit Überlebenden) ist Jaime Camino, *Los niños de Rusia* (2001).

Landes. Dies aber bedeutet, daß zuvor eine neue Identität, zumindest eine neue Sicht der Vergangenheit, konstruiert werden mußte.

Seit Spanien Mitglied von EG und NATO ist, seit das Land in den Kreis der demokratischen Staaten zurückgekehrt ist, will man nichts mehr wissen von der „Anomalie“ der spanischen Geschichte im 19. Jahrhundert, vom „Schmerz“ der [18]98er Generation, vom „Mißerfolg“ und „Fehlschlag“ der ökonomischen Entwicklung, wie sie Sozial- und Wirtschaftshistoriker während des Franquismus skizziert hatten. Die spanische Historiographie hat damit einen bedeutenden Paradigmenwechsel vollzogen oder ist dabei, ihn zu vollziehen: Eine grundsätzliche Revision der Geschichte läßt diese nicht mehr als von säkularem Mißerfolg beladen erscheinen. Die spanische Geschichte wird als ein Fall unter vielen in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts dargestellt; gerade im Vergleich mit anderen europäischen Gesellschaften könne die spanische Erfahrung nicht als „atypisch“ bezeichnet werden. Ganz im Gegenteil: Der Verlauf der spanischen Geschichte sei „vollständig europäisch“, man könne und müsse vor allem auf die „Normalität“ der Entwicklung verweisen.

Der historiographische Perspektivenwechsel stellt gewissermaßen das Ergebnis der politischen Erfahrungen einer Historikergeneration dar, die erst nach der Katastrophe des Bürgerkrieges geboren worden ist, die in den fünfziger und sechziger Jahren ein Spanien auf negativen Sonderwegen kennenlernte, das tatsächlich nur erklärt werden konnte, wenn die Eigentümlichkeiten der Entwicklung der Vergangenheit aufgezeigt wurden, das dann aber nach 1975 schnell und erfolgreich einen Demokratisierungsprozeß durchlief, der jetzt seinerseits einer historischen Erklärung und Herleitung bedurfte. Sie begaben sich daher auf die Suche nach einem „anderen“ Spanien, dem der industriellen Entwicklung, des politischen Liberalismus, der europäischen Ausrichtung. Hatten die älteren Historikergenerationen ein rurales, zurückgebliebenes, von der europäischen Entwicklung isoliertes Spanien „erfunden“, so rückten die jüngeren nun das alternativ-liberale, das (wenn auch mit manchen Verzögerungen und Abweichungen) schon immer europäische Spanien in den Mittelpunkt der Untersuchungen. Heute geht es nicht mehr um die Beantwortung der Frage, warum die spanische Entwicklung ein Fehlschlag war – da dieses Sonderwegparadigma inzwischen als Mythos decouviert wird –, sondern warum sie erfolgreich ist<sup>30</sup>.

Natürlich blieb auch diese Neuinterpretation der spanischen Geschichte nicht unwidersprochen. Ohne die überholte Sonderwegsthese wieder in die Diskussion zu bringen, verweisen Kritiker der Normalisierungsthese auf jene Faktoren, die einzigartig für die spanische Entwicklung sind, so daß man sie auch weiterhin als Beleg für eine gewisse „Anormalität“ der Entwicklung zitieren könne. Hierzu gehörten etwa die Schwäche des spanischen Liberalismus im 19. Jahrhundert und die im europäischen Kontext beispiellose Dominanz des Militärs im zivilen und politischen Leben des Landes; die Fortdauer der antiliberal-absolutistischen Bewegung des Carlismus, der im 19. Jahrhundert mehrere Bürgerkriege auslöste

<sup>30</sup> Zur Neu-Interpretation vgl. Walther L. Bernecker, *Spanische Geschichte. Von der Reconquista bis heute*, Darmstadt 2002.

und bis 1936 von Bedeutung blieb; der außerordentlich schwache „nation-building-Prozeß“ im 19. Jahrhundert, der kein spanisches Nationalprojekt hervorbrachte, vielmehr zu alternativen nationalistischen Bewegungen in der Peripherie des Landes (Katalonien, Baskenland) führte, die in ihren Regionen zu den führenden politischen Kräften wurden; der Verlust des immensen Kolonialreiches (1810–1824 und 1898) zu einem Zeitpunkt, als die anderen europäischen Mächte imperialistisch ausgriffen – ein Verlust, der zu einem nahezu vollständigen Bedeutungsverlust Spaniens in der internationalen Arena und nach 1898 außerdem zu einer schweren Identitätskrise des Landes führte; schließlich das jahrzehntelange Bestehen des autoritären, in seinen Anfängen faschistischen Franco-Regimes, das aus einem blutigen Bürgerkrieg hervorging, für lange Zeit die Spaltung des Landes perpetuierte und schließlich die europäische Integration Spaniens bis zum Ende des 20. Jahrhunderts verzögerte.

Obwohl die Auseinandersetzung über diese Aspekte in der spanischen und internationalen Historiographie anhält, setzen sich die „Normalisierungsthese“ immer deutlicher durch. Die spanische Demokratie bedarf nicht nur der Bestätigung durch die Wähler, sondern auch der historischen Legitimierung. Und dieser Legitimierung dient der Paradigmenwechsel, weshalb auch historische Werke zum 19. Jahrhundert eine unmittelbar zeitgeschichtliche Bedeutung haben.

Wenn die politische Realität des vergangenen Vierteljahrhunderts die „Normalitäts“-These durchaus zu stützen scheint, so fungierte die sozial- und geschichtswissenschaftliche Darstellung der Transition als *success-story* zugleich auch als eine wichtige Argumentationsressource für die Diskurse der politischen Öffentlichkeit. Eine konsensfähige „Tradition“ zur Begründung der parlamentarischen Demokratie stand ja nicht zur Verfügung, weshalb neue Bilder erforderlich wurden, die nun die Transition selbst lieferte: die nationale Versöhnung, die Protagonisten des Übergangsprozesses, die volkstümliche Monarchie, die Verfassung als Konsens aller Parteien, die symbolische und institutionelle Rückkehr Spaniens nach Europa. Die Transition und ihre Symbolbilder avancierten zum Fluchtpunkt nicht nur für das Selbstverständnis des neuen Staates, sondern auch für das historische Bewußtsein vieler Spanier<sup>31</sup>. Entscheidenden Anteil an der Konsolidierung eines positiven Bildes dieser Periode haben dabei nach Meinung von Víctor Sampedro und Raquel Saiz Tomé die Massenmedien. Ihrer auf Umfragen gestützten Untersuchung zufolge habe insbesondere das Fernsehen eine Art staatsbürgerkundlicher Mission erfüllt, indem es bestimmte Urteile über die jüngere Geschichte in systemstabilisierender Weise durch mannigfache Wiederholung im Bewußtsein der Bevölkerung verankert habe. Einen besonderen Platz auf dieser „kognitiven Landkarte“ der Transitionsepoche nehmen auch der König und sein Regierungschef Adolfo Suárez ein, die den Übergang gleichsam personifizieren, während ihre ursprünglichen Verbindungen zur Diktatur bei der Mehrzahl der Befragten völlig in Vergessenheit geraten sind<sup>32</sup>.

<sup>31</sup> Vgl. Víctor Pérez Díaz, *La emergencia de la España democrática*.

<sup>32</sup> Während König Juan Carlos offiziell als Nachfolger Francos sein Amt antrat, hatte Adolfo Suárez bis zu seiner Berufung in das Amt des Regierungschefs als Generalsekretär die ursprüng-

Obgleich diese Analyse für die große Mehrheit der spanischen Bevölkerung zutrifft, ist nicht zu übersehen, daß das Bild der Transition in bestimmten Landesteilen von einer deutlich anderen, oft zwischen Skepsis und Ablehnung schwankenden Haltung bestimmt ist. Dies gilt insbesondere für jene Regionen, in denen wie in Katalonien und im Baskenland eine starke nationalistische Partei den politischen Ton angibt. Während dort die Erinnerung an die franquistische Diktatur als Urerfahrung einer nicht nur politischen, sondern vor allem auch ethnisch-kulturellen Verfolgung wachgehalten wird, richtet sich die positive Aneignung der Transitionsperiode danach, ob und in welchem Maße die neue Demokratie die politischen Forderungen der Nationalisten zu erfüllen vermochte. Der militante baskische Radikalnationalismus, der in seiner Bedrohungsperzeption offenkundig bis heute nicht zwischen Diktatur und Demokratie unterscheiden will, nimmt in dieser Hinsicht zweifellos die Extremposition ein. In diesem Zusammenhang ist in der Literatur die Rede von regional unterschiedlichen historischen Gedächtnissen als möglichem Weg zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Franco-Diktatur<sup>33</sup>. Am Beispiel der stark nationalistisch geprägten Regionen wird deutlich, daß die identitätsstiftende Kraft der Transition begrenzt ist und daß vor allem die verdrängten Jahrzehnte der Diktatur weiterhin ihren Platz im kommunikativen Gedächtnis haben.

### Schlußbemerkung

Läßt sich insgesamt von einer geglückten Transition sprechen? Zweifellos war die institutionelle Transformation erfolgreich, Spanien kehrte in kürzester Zeit nach fast vierzigjähriger Diktatur auf den westeuropäischen Weg zurück. Voraussetzung dafür, daß dieses von der großen Mehrheit der Spanier begrüßte Ziel erreicht werden konnte, waren die Pakte zwischen der reformbereiten franquistischen Elite und der neuen Opposition, die freilich eine Tabuisierung der diktatorischen Repression zur Folge hatten. Lange Zeit war die spanische Gesellschaft bereit, diesen Preis zu zahlen; erst neuerdings, ein Vierteljahrhundert nach der Transition, wird der Schweigekonsens aufgebrochen. Verbunden mit dem Wunsch nach einer historischen Herleitung der Demokratie und einer Uminterpretation der Geschichte artikuliert sich immer stärker das gesellschaftliche Bedürfnis nach Aufarbeitung der dunklen Phasen des Franquismus. In diesem Bereich ist die Transition noch lange nicht beendet, sie steht vielmehr erst an ihrem Anfang.

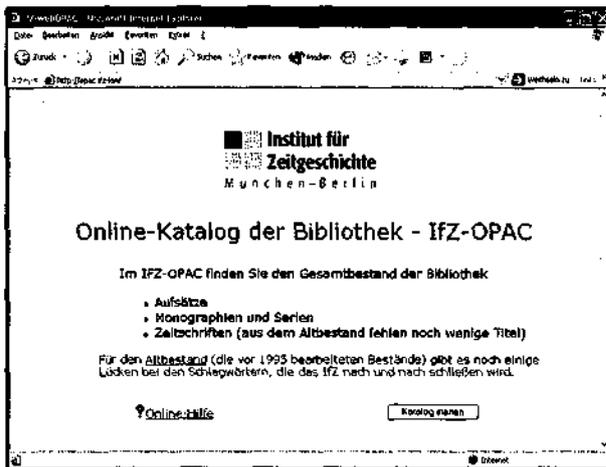
lich faschistische Staatspartei Falange geführt. Vgl. Víctor Sampedro/Raquel Saiz Tomé, Consumo de medios de comunicación y memoria histórica, <http://interculturalcommunication.org/pdf/sampedrosaiz.pdf> (06. Mai 2003).

<sup>33</sup> Vgl. Ignacio Sotelo, Vergangenheitsbewältigung: Spanien ein unpassendes Beispiel, in: Klaus Sühl (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989. Ein unmöglicher Vergleich?, Berlin 1994, S. 44–57.

## Online-Recherche zur Zeitgeschichte

Kataloge der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte im Internet

Als die Spezialbibliothek zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert mit einzigartigen Beständen zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Dritten Reiches bietet die Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) seit August 2004 ihren Gesamtbestand zur Recherche im Internet an.



Ein besonderer Vorzug der IfZ-Bibliothek ist die intensive Sacherschließung ihrer Bestände sowie die Verzeichnung von Aufsätzen aus Zeitschriften und Sammelwerken. Bislang war dieser Fundus nur Forschern vor Ort zugänglich – in den vielfach benutzten und allseits geschätzten Zettelkatalogen. Nach über fünfzig Jahren haben diese Zettelkataloge nun ausgedient.

In einem großen dreijährigen Digitalisierungsprojekt wurden die Inhalte der Zettelkataloge in den Bibliotheksverbund Bayern (BVB) und den IfZ-OPAC überführt. Dabei wurden von Fachkräften der Firmen Spicontent, Regensburg, und SPI Technologies, Manila/Philippinen, etwa 700.000 Karteikarten nach Anweisungen des IfZ verarbeitet. Neben dem Alphabetischen Katalog wurden auch die Informationen aus dem Systematischen Katalog, dem Personen-Katalog und Teile des Geographischen Kataloges in die Datenbank übertragen. Damit zählt die IfZ-Bibliothek zu den Pionieren bei der retrospektiven Katalogisierung von Sachkatalogen.

Mit dem neuen OPAC können jetzt weltweit die differenzierten Erschließungsinstrumente der IfZ-Bibliothek zur umfassenden und bequemen Online-Recherche genutzt werden:

- Autoren- und Titel-Recherche
- Systematik-Recherche mit Notationen der IfZ-Systematik
- Schlagwort-Recherche für Personen, Geographika und Sachbegriffe

Der OPAC enthält derzeit etwa 215.000 Titel- bzw. Datensätze, darunter etwa 3.300 Zeitschriftentitel und über 81.000 Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken.

**<http://www.ifz-muenchen.de/bibliothek/index.html>**

# Oldenbourg

Werner Bergengruen  
**Schriftstellereistenz in der Diktatur**  
Aufzeichnungen und Reflexionen zu  
Politik, Geschichte und Kultur  
1940–1963

Herausgegeben von Frank-Lothar Kroll,  
N. Luise Hackelsberger und Sylvia Taschka

zum Inhalt Der deutsch-baltische Schriftsteller Werner Bergengruen (1892–1964) zählt zu den prominentesten Repräsentanten der »Inneren Emigration«. Seine nach 1933 in Deutschland erschienenen Werke markierten eine Kontrastposition zur herrschenden Ideologie, indem sie den weltanschaulichen Vorgaben der nationalsozialistischen Staatsführung ein an unanfechtbaren ethischen Normen orientiertes, christlich-humanistisch geprägtes Welt- und Menschenbild entgegensetzten. Bergengruens grundsätzlich regimekritische Einstellung manifestierte sich darüber hinaus vor allem in seinen seit 1940 verfassten autobiographischen Aufzeichnungen. Er hat an ihnen bis kurz vor seinem Tod gearbeitet, so dass sie eine Fülle auch retrospektiver, das Epochenjahr 1945 überschreitender Reflexionen zur Geschichte des Dritten Reiches aus der Perspektive dessen bieten, der die Diktatur Hitlers aus unmittelbarer Nähe in kritischer Distanz miterlebt hat.

2004  
Ca. 296 S.  
Br. ca. € 34,80  
ISBN 3-486-20023-2  
Biographische Quellen  
zur Zeitgeschichte  
Band 22

Eine Publikation  
des Instituts  
für Zeitgeschichte

**Zuletzt erschienen:**  
Band 21  
**Hans Reichmann**  
**Deutscher Bürger**  
**und verfolgter Jude**  
Novemberpogrom  
und KZ Sachsenhausen  
1937 bis 1939  
Bearbeitet von  
Michael Wildt  
1998. 300 S., € 39,80  
ISBN 3-486-56339-4

Band 20  
**Max Hirschberg**  
**Jude und Demokrat**  
Erinnerungen eines  
Münchener Rechts-  
anwalts 1883 bis 1939  
Bearbeitet von  
Reinhard Weber  
1998. 324 S.  
4 Abb., € 49,80  
ISBN 3-486-56367-X

Ihre Bestellung richten Sie bitte an Ihren Fachbuchhändler

Jahrgang 52 (2004) oder direkt an: [verkauf.f@verlag.oldenbourg.de](mailto:verkauf.f@verlag.oldenbourg.de)  
Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>  
URL: [http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2004\\_4.pdf](http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2004_4.pdf)  
VfZ-Recherche: <http://vfz.ifz-muenchen.de>

**Harold James, War and peace in times of globalization.**

Continued globalization certainly is not an inevitable and inexorable phenomenon. There have been several previous waves of "globalization", with increased integration of capital, labor and goods markets and impressive technical improvements: in the late nineteenth and early twentieth century, but also in the eighteenth century. The earlier episodes came to an end, in large measure because of domestic political reactions to new inequalities apparently generated by globalization. Earlier globalization eras also ended because of the impact of external conflicts. Wars, even small wars, make people think more in terms of security and more in terms of relative gains and losses, and less in terms of mutual advantage and collective goods. In a world obsessed by conflict, the rules that are necessarily required in operating an interdependent global order are reinterpreted as being the arbitrary imposition of a hegemonic power.

**Sergej Slutsch, Stalin's "war scenario 1939": A speech never delivered. The history of a forgery.**

For the past 65 years, a speech that Stalin allegedly gave at a secret politburo session on the eve of World War II has repeatedly caught the attention of historians. It is believed that in this speech, the Soviet dictator explained his motives for the pact of non-aggression with Hitler in detail. According to a French news agency Stalin claimed the following: not only did the German-Soviet treaty allow a German attack against Poland, but it would also draw the whole of Europe into a long war and thereby create an opportunity for a Communist revolution on the whole continent.

If this was true, Hitler and Stalin would share the responsibility for the unleashing of the Second World War. On the other hand, an article by Eberhard Jäckel in the *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* revealed this document to be a fake as early as 1958. Recently, new findings in Russian archives have raised speculations anew. The author disproves such allegations and reveals the motives behind such deliberate historical misrepresentations.

**Ralf Abrens, The scapegoat. The Dresdner Bank and the Nuremberg trial against Karl Rasche.**

Between 1945 and 1947, the American Military Government investigated the members of the executive and the supervisory boards of all big German banks for suspected war crimes. Only one single banker, however, was actually tried and consequently sentenced to seven years in prison. This was Karl Rasche, the spokesman of the board of executives of the *Dresdner Bank*. The trial against Rasche serves very well to show a fundamental problem of the American criminal prosecution after the war. Although it is true that Rasche was especially incrimi-

nated through his contacts with the SS and his business activities in the occupied zones, he was at the same time tried as a representative of the *Dresdner Bank* and as symbolic political figure. Rasche was the only banker who was called to account for the German banks participating in the National Socialist system of exploiting occupied countries, a fact which shows the shortcomings of the Western allies' post-war trials. The *Dresdner Bank* themselves did not want to have to do anything with Rasche after the trial, which made it clear that they had found a "scapegoat" for their behaviour during the NS rule. This gave them an excuse for refraining from every further examination of their own role between 1933 and 1945.

*Michael Wildt, Himmler's appointments diary from the year 1937.*

This essay deals with recently found pages listing Himmler's daily appointments in 1937. They were found in the Moscow *Sonderarchiv* ("special archive"). Up to now, Himmler's appointments in 1937 had only been known for the time between June and August 1937. Therefore, the pages found are a valuable historical source, even if there are some small gaps in the chronology of events.

The appointments diary documents how Himmler wanted to strengthen the SS as an organization of racist and ideological selection. He restructured the central authority for questions of race and settlement (the so called *Rasse- und Siedlungshauptamt*), and curtailed the influence of Richard Walther Darré. Closely cooperating with Karl Wolff, Himmler fostered relations with representatives of industry and commerce in the *Freundeskreis Reichsführer-SS* in order to raise money for strengthening the SS. The diary of appointments also documents the people who composed the circle before 1939. Furthermore, it shows that Himmler vehemently pushed ahead with his plans to amalgamate the SS with the police in order to create a uniform "corps of state protection", and that he also tried to bring the border police under his control. Besides, he cooperated with the police force of fascist Italy, an early connection with a future ally. Together with Theodor Eicke, Himmler saw to the creation of two new concentration camps at that time, namely in Sachsenhausen and in Buchenwald. Last but not least, Himmler's many appointments with Hitler are proof that Himmler's role within the leading National Socialist circles was certainly not a peripheral one, even if his person was not very prominent as regards the political arguments within the regime in 1937.

*Walther L. Bernecker, Spain's transition from dictatorship to democracy – interpretations, revisions and coming to terms with the past.*

This essay deals with the characteristics of the Spanish transition, i.e. the change-over from dictatorship to democracy after Franco had died in 1975, and especially its deficits, which historians have recently given greater consideration. The points that are now viewed critically have found expression in the different inter-

pretations of the period of transition, which, in turn, refer to differing interpretations of the civil war and of Franco's regime itself. As the transition was marked by a desire for compromise and agreement, no reappraisal of the past in society and politics was achieved during those years. Only very recently has there been a broader public discussion about the repressive aspects of the Spanish civil war and Franco's ensuing rule. Finally, the essay refers as to how Spanish history was reinterpreted in the face of the fact that today's democracy had to be derived from somewhere. The "paradigm of failure" was replaced by a "paradigm of normality", which is why historians have abandoned the assumption of a Spanish "Sonderweg".

VfZ 4/2004

Dr. **Harold James**, Professor am Department of History, Princeton (218 Dickinson Hall, Princeton, New Jersey 08544); veröffentlichte u. a.: „The German Slump. Politics and Economics 1924–1936“ (Oxford 1986); „A German Identity 1770–1990“ (Routledge, 1989); „International Monetary Cooperation Since Bretton Woods“ (Washington 1996); „Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft“ (München 1997); „Die Deutsche Bank und die Arisierung“ (München 2001); „The End of Globalization: Lessons from the Great Depression“ (Cambridge/Mass. 2001); „Europe reborn: a history 1914–2000“ (Harlow 2003).



Dr. **Sergej Slutsch**, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts der Slawenkunde an der Akademie der Wissenschaften Russlands (Leninskij Prospekt 32a, 117 334 Moskau); veröffentlichte u. a.: „Deutschland und die UdSSR 1918–1939. Mouve und Folgen außenpolitischer Entscheidungen“, in: Deutsch-russische Zeitenwende: Krieg und Frieden 1941–1995, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Jochen Löser, Daniel Proektor und Sergej Slutsch (Baden-Baden 1995), S. 28–90; „Hitler, Stalin und die Genese der vierten Teilung Polens“, in: Osteuropa zwischen Hitler und Stalin 1939–1941, hrsg. von Vladimir Volkov und Leonod Gibianskij (Moskau 1999), S. 77–168 (rus.); „Macht und Terror in der Sowjetunion“, in: Verbrechen erinnern: Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, hrsg. von Volkhard Knigge und Norbert Frei (München 2002), S. 111–123.



Dr. **Ralf Ahrens**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der TU Dresden (Danckelmannstr. 19, 14059 Berlin); veröffentlichte u. a.: „Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976“ (Köln/Weimar/Wien 2000); „Planwirtschaft, Prävention und Effizienz. Zur Wirtschaftsgeschichte des Gesundheitswesens in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR“, in: Udo Schagen/Sabine Schleiermacher (Hrsg.), Sozialmedizin, Sozialhygiene, Public Health: Konzepte und Visionen zum Verhältnis von Medizin und Gesellschaft in historischer Perspektive (Berlin 2002), S. 41–52; „Normsetzungsanspruch und Weltmarktdynamik. Reformversuche in der Außenwirtschaftssteuerung der DDR in den sechziger Jahren“, in: Christoph Boyer (Hrsg.), Sozialistische Reformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich (Baden-Baden 2004).





Dr. **Michael Wildt**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung (Mittelweg 36, 20148 Hamburg) und Privatdozent für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hannover; veröffentlichte zuletzt: als Herausgeber „Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS“ (Hamburg 2003); „Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes“ (Hamburg 2002). Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte: Volksgemeinschaft als politisches Ordnungskonzept; antisemitische Gewalt gegen Juden in Deutschland 1930 bis 1939.



Dr. **Walther L. Bernecker**, Professor für Auslandswissenschaft – Romanischsprachige Kulturen an der Universität Erlangen-Nürnberg (Findelgasse 9, 90402 Nürnberg); veröffentlichte u. a.: „España entre tradición y modernidad. Política, economía, sociedad (siglos XIX y XX)“ (Madrid 1999); „Spanische Geschichte. Von der Reconquista bis heute“ (Darmstadt 2002); „Europa zwischen den Weltkriegen 1914–1945“ (Stuttgart 2002); zusammen mit Klaus Dirscherl als Herausgeber „Spanien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur“ (Frankfurt/Main 2004).